



Neumarkt 18-24

50667 Köln

BASISPROSPEKT VOM 26.09.2014

FÜR

SCHULDVERSCHREIBUNGEN

mit fester Verzinsung,

ohne periodische Verzinsung,

mit variabler Verzinsung,

nachrangig oder nicht nachrangig

INHALTSVERZEICHNIS

1	Zusammenfassung des Prospekts.....	5
1.1	Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise	5
1.2	Abschnitt B – Emittent.....	6
1.3	Abschnitt C – Wertpapiere	9
1.4	Abschnitt D – Risiken	12
1.5	Abschnitt E – Angebot	16
2	Risikofaktoren.....	19
2.1	Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin.....	19
2.2	Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere	22
3	Emittentenbeschreibung	26
3.1	Angaben zur Emittentin	26
3.1.1	Verantwortliche Personen.....	26
3.1.2	Abschlussprüfer.....	26
3.1.3	Angaben über die Emittentin	26
3.1.3.1	Juristischer Name und Handelsregistereintragung.....	26
3.1.3.2	Gründung der Kreissparkasse Köln	26
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	26
3.1.3.4	Geschäftsanschrift.....	27
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind.....	27
3.1.3.6	Einlagensicherung und Rating	27
3.1.4	Geschäftsüberblick.....	29
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen.....	29
3.1.4.2	Geschäftsfelder	29
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	30
3.1.5	Organisationsstruktur	30
3.1.6	Trendinformationen.....	31
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane.....	31
3.1.7.1	Organe.....	31
3.1.7.2	Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder	31
3.1.7.3	Interessenkonflikte	34
3.1.8	Träger der Kreissparkasse Köln	34
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	34
3.1.9.1	Geschäftsjahr	35
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen.....	35
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren.....	35

3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage des Konzerns Kreissparkasse Köln.....	35
3.1.12	Einsehbare Dokumente.....	35
3.2	Übersicht der per Verweis in diesen Prospekt einbezogenen Angaben.....	36
4	Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln.....	37
4.1	Allgemeines.....	37
4.2	Verantwortliche Personen.....	37
4.3	Wichtige Angaben	38
4.3.1	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte.....	38
4.3.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses.....	38
4.4	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische oder mit variabler Verzinsung	38
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer.....	38
4.4.2	Anwendbares Recht	38
4.4.3	Verbriefung	38
4.4.4	Währung	38
4.4.5	Status und Rang	38
4.4.6	Rechte aus dem Wertpapier	39
4.4.7	Verzinsung.....	39
4.4.7.1	Schuldverschreibung mit fester Verzinsung	39
4.4.7.2	Schuldverschreibung ohne periodische Verzinsung.....	40
4.4.7.3	Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung	40
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	41
4.4.9	Rendite.....	41
4.4.10	Ermächtigung	41
4.4.11	Emissionstermin	41
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere	42
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland.....	42
4.4.14	Verkaufsbeschränkungen	43
4.5	Zusätzliche Informationen	43
4.5.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden...	43
4.5.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen.....	44
4.5.3	Zustimmung zur Prospektverwendung.....	44
4.5.4	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen	44
4.5.5	Rating.....	44
4.5.6	Übernommene Informationen von Seiten Dritter	45
4.6	Bedingungen und Konditionen des Angebots.....	45
4.6.1	Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots	45

4.6.1.1	Bedingungen, denen das Angebot unterliegt.....	45
4.6.1.2	Emissionsvolumen, Stückelung.....	45
4.6.1.3	Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn.....	45
4.6.1.4	Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung.....	45
4.6.1.5	Mindestzeichnung, Mindestanlagebetrag.....	45
4.6.1.6	Lieferung der Wertpapiere.....	46
4.6.1.7	Ergebnis des Angebots.....	46
4.6.2	Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung.....	46
4.6.2.1	Potentielle Investoren.....	46
4.6.2.2	Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages.....	46
4.6.3	Kursfestsetzung, Verkaufskurs.....	46
4.6.4	Platzierung und Emission.....	46
4.6.4.1	Platzierung.....	46
4.6.4.2	Zahl- und Hinterlegungsstelle.....	47
4.6.4.3	Emissionsübernahme, Platzierung durch andere Kreditinstitute.....	47
4.6.4.4	Emissionsübernahmevertrag.....	47
4.6.5	Voraussichtliche Ausgaben des Anlegers.....	47
4.7	Zulassung zum Handel.....	47
4.8	Märkte, auf denen Schuldverschreibungen derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind.....	47
5	Anleihebedingungen.....	48
6	Muster der Endgültigen Bedingungen.....	52
7	Finanzteil.....	F-1
8	Unterschriftenseite.....	U-1

1 Zusammenfassung des Prospekts

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, den sogenannten „Punkten“. Diese Punkte sind in den Abschnitten A – E enthalten und nummeriert. (A.1 – E.7).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung dieses Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, kann es Lücken in der Nummerierungsreihenfolge geben.

Sogar wenn ein Punkt aufgrund des Typs von Wertpapieren und Emittenten erforderlich sein kann, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit der Erwähnung „entfällt“ eingefügt.

1.1 Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweis Diese Zusammenfassung sollte als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch "Prospekt" genannt) verstanden werden.

Der Anleger sollte jede Entscheidung zur Anlage in die betreffenden Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch "Schuldverschreibungen" genannt) auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, hat der als Kläger auftretende Anleger möglicherweise in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen.

Die Kreissparkasse Köln übernimmt die Verantwortung für diese Zusammenfassung. Diejenigen Personen, die die Verantwortung für die Zusammenfassung einschließlich der Übersetzung hiervon übernommen haben oder von denen der Erlass ausgeht, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.

A.2 Zustimmung zur Prospektverwendung Die Emittentin stimmt der Verwendung des Prospekts für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch alle Finanzintermediäre zu (generelle Zustimmung).

Angebotsfrist Die spätere Weiterveräußerung und endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre kann während der Dauer der Gültigkeit des Prospekts gemäß Artikel 9 der

	Prospektrichtlinie erfolgen.
Bedingung der Zustimmung	Diese Zustimmung erfolgt nicht vorbehaltlich etwaiger Bedingungen.
Hinweis	Falls ein Finanzintermediär ein Angebot macht, unterrichtet dieser Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen.

1.2 Abschnitt B – Emittent

B.1	Juristische und kommerzielle Bezeichnung	Kreissparkasse Köln
B.2	Sitz und Rechtsform	Die Kreissparkasse Köln ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, eingetragen beim Amtsgericht Köln unter HRA 15033 und mit Sitz in Köln.
B.4b	Alle bereits bekannten Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken.	Entfällt. Es sind keine Trends bekannt, die sich auf die Emittentin und ihre Branche auswirken.
B.5	Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe	Die rechtlich eigenständige Kreissparkasse Köln ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Kreissparkasse Köln ist Mutterunternehmen im „Konzern Kreissparkasse Köln“. Dem Konzern zugehörig sind neben der Kreissparkasse Köln acht verbundene inländische Unternehmen. An drei dieser Tochtergesellschaften (KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln; Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG; KSK-Wagniskapital GmbH, Köln) ist die Emittentin direkt und an fünf Töchtern (KSK-Finanzvermittlung GmbH, Köln; KSK-Immobilien GmbH, Köln; KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln; PARETO GmbH, Köln; SOLUM Facility Management GmbH, Köln) indirekt beteiligt. Sämtliche Tochterunternehmen haben ihren Sitz im Satzungsgebiet.
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt, da aufgrund gesetzlicher Gegebenheiten keine Veröffentlichungspflicht besteht.
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen	Entfällt, da keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk vorhanden sind.
B.12	Ausgewählte wesentliche Finanzinformationen	Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß HGB für die Geschäftsjahre 2012 und 2013, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den Konzernberichten 2012 und 2013 entnommen. Bei den Finanzinformationen handelt es sich um geprüfte und bei den zusammengefassten Finanzinformationen handelt es sich um ungeprüfte Angaben.
	Jahresabschluss	31.12.2013 in Mio. EUR 31.12.2012 in Mio. EUR

Geschäftsvolumen	24.051,5	24.342,2
Bilanzsumme	23.701,9	23.979,1
Kreditvolumen	19.570,6	19.356,0
Kundeneinlagen	17.300,9	17.287,0
Wertpapieranlagen	2.179,5	2.649,4
Eigenkapital	1.469,2	1.426,5
	01.01.2013 – 31.12.2013	01.01.2012 – 31.12.2012
Zinsertrag	798,8	864,1
Zinsüberschuss	451,9	428,4
Personalaufwand	261,4	248,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	104,0	109,5
Jahresüberschuss	50,2	51,4

Eine Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben, oder beschreiben Sie jede wesentliche Verschlechterung.

Seit dem letzten geprüften Abschluss zum 31.12.2013 sind keine wesentlichen Verschlechterungen in den Aussichten der Kreissparkasse Köln eingetreten.

Eine Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder Handelsposition des Emittenten, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind.

Entfällt, da seit dem 31.12.2013 keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Köln eingetreten sind.

B.13 Beschreibung aller Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit des Emittenten

Entfällt, es liegen keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit des Emittenten vor, die für die Bewertung seiner Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.

B.14 Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe, sowie Abhängigkeiten des Emittenten von anderen Unternehmen der Gruppe

Siehe zunächst B.5. Abhängigkeiten von anderen Unternehmen der Gruppe: Entfällt, da die Kreissparkasse Köln unabhängig ist.

- B.15 Haupttätigkeiten** Die Kreissparkasse Köln ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand sicherzustellen. Die Kreissparkasse Köln stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise sowie die Wirtschaftserziehung der Jugend. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Landkreise im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.
- Die Kreissparkasse Köln betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen und ihre Satzung keine Einschränkungen vorsehen.
- B.16 Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse** Träger der Kreissparkasse Köln ist der vom Rhein-Erft-Kreis, vom Rhein-Sieg-Kreis, vom Rheinisch-Bergischen Kreis und vom Oberbergischen gebildete „Zweckverband für die Kreissparkasse Köln“ mit Sitz in Köln
- B.17 Rating** Unter anderem auf Basis des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe hat die Ratingagentur Moody's Investors Services Limited (Moody's) der Kreissparkasse Köln zum 08.08.2014 folgende Ratingeinschätzungen abgegeben (Institutsrating):
- | Kriterium | Bewertung | Unverändert seit |
|---|------------------|-------------------------|
| Langfristige Verbindlichkeiten (Long Term Bank Deposits) | Aa3 (negativ) | 29.05.2014 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten (Short Term Bank Deposits) | Prime-1 (stabil) | 08.07.2004 |
| Finanzkraft (Bank Financial Strength) | C- (stabil) | 14.01.2013 |
- Die für langfristige Verbindlichkeiten erteilten Moody's-Ratings sind Meinungen über das relevante Kreditrisiko festverzinslicher Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder darüber. Sie betreffen die Möglichkeit, dass eine finanzielle Verpflichtung nicht wie zugesichert eingehalten werden kann. Aa-geratete Verbindlichkeiten sind von hoher Qualität und bergen ein sehr geringes Kreditrisiko.
- Die von Moody's erteilten Kurzfristratings sind Meinungen über die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten. Emittenten, die mit Prime-1 bewertet werden, verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.
- Die für Banken erteilten Finanzkraftratings sind Meinungen über die einer Bank innewohnende Sicherheit und Solidität. Als solche

lassen sie bestimmte externe Kreditrisiken und Unterstützungsmechanismen unberücksichtigt. „C“-geratete Banken verfügen über eine ausreichend hohe eigene Finanzkraft.

Ein Ratingausblick – hier der Zusatz „negativ“ bzw. „stabil“ – ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird.

1.3 Abschnitt C – Wertpapiere

- | | | |
|-----|--|---|
| C.1 | Art und Gattung der angebotenen und/oder zum Handel zuzulassenden Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennung | <p>Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Globalinhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●.</p> <p>Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.</p> <p>Die Schuldverschreibungen samt [Zins- und] Rückzahlungsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung verbrieft.</p> <p>Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.</p> <p>Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.</p> |
| C.2 | Währung | Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben. |
| C.5 | Beschränkungen in der freien Übertragbarkeit | Entfällt. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar. |
| C.8 | Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich der Rangordnung und Beschränkungen dieser Rechte | <p><u>Anwendbares Recht der Wertpapiere:</u></p> <p>Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.</p> <p><u>Mit den Wertpapieren verbunden Rechte:</u></p> <p>Durch die Schuldverschreibungen erhalten die Gläubiger einen Anspruch auf Tilgung der Schuldverschreibungen zu 100% des Nennwerts am Fälligkeitstag sowie gegebenenfalls auf</p> |

Zinszahlungen.

Status der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-] nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie / Reihe sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Bei nachrangigen Schuldverschreibungen wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten.]

Beschränkungen der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte

Entfällt, es bestehen keine Beschränkungen der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte.

C.9 Angaben zum nominalen Zinssatz, Datum ab dem die Zinsen gezahlt werden und Zinsfälligkeitstermin,

[Entfällt, da periodische Zinszahlungen auf die Schuldverschreibung nicht geleistet werden.][Zinssatz: ●

Zinslaufperioden: ●

Zinszahlungstag: ●

[Beschreibung des variablen Zinssatzes

Der maßgebliche variable Zinssatz (F-Zinssatz) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der

	<p>„Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB).</p> <p>Der maßgebliche Variable Zinssatz (F-Zinssatz) berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %][zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].]</p>
Fälligkeitstermin,	<p>Fälligkeitstag: ●</p> <p>Tilgung: 100% des Nennwertes der Schuldverschreibung</p>
Rendite,	<p>Rendite: [Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]</p> <p>[Entfällt, bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung kann die Rendite zum Zeitpunkt der Emission nicht angegeben werden.]</p>
Rückzahlungsverfahren,	<p>Sämtliche zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.</p>
Name des Vertreters der Schuldtitelinhaber	<p>Entfällt. Es gibt keinen Vertreter der Schuldtitelinhaber.</p>
C.10 Beeinflussung der variablen Verzinsung durch das Basisinstrument	<p>[Entfällt. Vorliegend handelt es sich um [Schuldverschreibungen, die keine periodische Verzinsung aufweisen.][Schuldverschreibungen, die mit einer festen Verzinsung ausgestattet sind.]]</p> <p>[Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen variablen Zinssatzes (F-Zinssatzes) wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt.</p> <p>Die Entwicklung des maßgeblichen variablen Zinssatzes (F-Zinssatzes) ist aufgrund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten.</p> <p>Der Wert der Schuldverschreibung hängt somit von der Entwicklung des Referenzzinssatzes ab. Bei steigendem Referenzzinssatz fällt der Wert der Schuldverschreibung, bei fallendem Referenzzinssatz steigt der Wert der Schuldverschreibung und bei gleichbleibenden Referenzzinssätzen verändert sich der Wert der Schuldverschreibung grundsätzlich nicht.</p> <p>Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die zukünftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des variablen Zinssatzes (F-Zinssatzes) zu treffen. Auch aufgrund der historischen Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der</p>

Schuldverschreibungen gezogen werden.]

C.11 Zulassung zum Handel

[Die Emittentin beabsichtigt die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf.]

[Entfällt. Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungen in den Freiverkehr einzubeziehen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.]

1.4 Abschnitt D – Risiken

D.2 Risikofaktoren
hinsichtlich der
Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit für Verpflichtungen aus Wertpapieren der Kreissparkasse Köln wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben und sollten bei der Anlageentscheidung berücksichtigt werden

Modellrisiko

Die Kreissparkasse Köln investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Sie bedient sich insbesondere bei der Abbildung der Risiken geeigneter Modelle. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Köln auswirken, wenn die angewandten Modelle, Methoden und Parameter nicht voll wirksam sind oder die entstehenden Risiken nicht voll abdecken.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen.

Der gesamte Geschäftsbetrieb ist mit fortschreitender Technisierung extrem abhängig von EDV- und Kommunikationssystemen. Auswirkungen mit erheblichen Kosten und Verlusten ergeben sich hierbei insbesondere durch einen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme oder auch durch schwere Störungen des Geschäftsbetriebs in Folge von Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder sonstigen Ereignissen vergleichbaren Ausmaßes.

Wettbewerb

Sollte es der Kreissparkasse Köln nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.

Adressenrisiko

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Sollte sich die Bonitätsstruktur oder die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios verschlechtern, wäre die Emittentin höheren Bonitäts- und Adressenausfallrisiken ausgesetzt. Ebenso ist unter Adressenrisiko das Risiko aus dem Eingehen von Beteiligungen zu verstehen.

Die Emittentin kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs und Währungsrisiken sowie aus Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen. Ungünstige Entwicklungen an den Finanzmärkten können somit zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Kreissparkasse Köln führen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko tritt ein, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann (sog. Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Falls eine Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Das Refinanzierungsrisiko könnte sich etwa bei einer Verschlechterung des Institutsratings der Kreissparkasse Köln aufgrund einer negativen Geschäftsentwicklung oder aufgrund einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin realisieren. Zudem könnten Aktiva nicht oder nur mit einem Verlustliquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko).

Risiken aus der Verwendung von Bewertungsmodellen für Wertpapiere

Unter Umständen sind Märkte für bestimmte Wertpapiersegmente inaktiv. Daher werden von der Kreissparkasse Köln die beizulegenden (Zeit-)Werte für die entsprechenden Papiere mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt. Die Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist hierbei mit Ermessensentscheidungen verbunden, die im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Diese können sich negativ in den zukünftigen Ergebnissen der Kreissparkasse Köln bemerkbar machen.

Sonstige Risiken

Hierunter fasst die Kreissparkasse Köln die folgenden Risiken zusammen:

- Strategisches Risiko

Die Kreissparkasse Köln unterliegt als Marktteilnehmer zahlreichen Umwelteinflüssen wie z. B. Wettbewerbssituation, volkswirtschaftliches Umfeld, rechtliche Rahmenbedingungen, politisches System. Unternehmerische Fehlentscheidungen des Managements können dazu führen, dass die Kreissparkasse Köln Wettbewerbsnachteile erleidet. Dies wiederum kann erhebliche und nachhaltige Auswirkungen auf die Geschäfts- und Ertragslage haben.

- Absatzrisiko

Absatzrisiko bedeutet, dass die Kreissparkasse Köln nicht die nötigen Margen mit dem Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen erwirtschaftet.

- Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die Sparkasse zu hohe Kosten für den Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen aufwenden muss, um auf Dauer ertragsstark und wettbewerbsfähig zu sein.

- Risiko aus Outsourcing

Hierunter sind alle Risiken zu verstehen, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen an ein anderes Unternehmen entstehen können. Insbesondere besteht hier das Risiko, dass diese Aktivitäten und Prozesse nicht zeit- und / oder qualitätsgerecht bzw. überhaupt nicht erbracht werden und somit negativen Einfluss auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln haben.

Risiko aus Abwicklung der WestLB

Die Kreissparkasse Köln war als Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) in Düsseldorf mittelbar an der WestLB beteiligt.

Aus der WestLB wurden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in die Erste Abwicklungsanstalt übertragen. Entsprechend seines Anteils ist der RSGV verpflichtet, Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen bzw. tatsächliche liquiditätsmäßige Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch deren Eigenkapital und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, zu übernehmen.

Auf die Sparkasse entfällt eine anteilige Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Hierfür wird jährlich eine bilanzielle Risikovorsorge gebildet. Eine vorzeitige Inanspruchnahme ist nicht auszuschließen.

D.3 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse werden von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Schuldverschreibungen, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können börsennotiert oder nicht börsennotiert sein. Der Kurs börsennotierter Schuldverschreibungen bestimmt sich anhand der Marktgegebenheiten und kann unterhalb des Emissionskurses bzw. des Kaufpreises fallen. Die Emittentin beabsichtigt, für nicht börsennotierte Schuldverschreibungen regelmäßig An- und Verkaufskurse zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und bei veränderlichem Zinssatz

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Der Kurs von Schuldverschreibungen wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus beeinflusst. Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.

Ausfallrisiken bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen. Bei Insolvenz der Emittentin werden zunächst alle nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt. Erst danach werden, soweit möglich, ausstehende Nachrangschuldverschreibungen bedient.

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko eines schwankenden Zinssatzes und somit schwankender Zinsbeträge. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrungen mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen. Für die Investoren kann sich hieraus das Risiko ergeben, das investierte Kapital gar nicht, erst zu einem späteren Zeitpunkt oder nur zu einem Teil zurückzuerhalten.

Risiko durch Veränderung des Ratings der Schuldverschreibung

Schuldverschreibungen können ein Rating aufweisen. Eine Veränderung des Ratings der Schuldverschreibungen kann einen Handel mit den Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen. Dies gilt auch für eine veränderte Beurteilung des Ratings durch die Marktteilnehmer. Im Fall eines Verkaufs der Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag, könnte ein Investor einen Verlust im Vergleich zum eingesetzten Kapital erleiden.

1.5 Abschnitt E – Angebot

- | | | |
|------|-------------------------------|--|
| E.2b | Verwendung des Emissionserlös | Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet. |
| E.3 | Angebotskonditionen. | <u>Bedingung des Angebots</u> |

Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.

Beginn des Öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].

[Die Schuldverschreibungen können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden. Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. [Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht verwendet]

Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung

[Nicht anwendbar]

[Ein Zuteilungsverfahren ist nicht bestimmt.]

[● ggf. Zuteilungsverfahren definieren]

Mindestzeichnungsbetrag, Mindestanlagebetrag, Höchstzeichnungsbetrag

[Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt ●.] [Der Mindestanlagebetrag beträgt ●.] [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt ●.]

Lieferung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen samt eventueller Zinsansprüche sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.

Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung**Potentielle Investoren:**

Die Schuldverschreibungen werden an Privatanleger und/ oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland

verkauft.

[Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages

[Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank oder durch die Emittentin.]

[Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.]]

Kursfestsetzung, Verkaufskurs

Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

[Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

Platzierung

Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln [sowie ● ggf. weitere Kreditinstitute nennen] bezogen werden.

Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die anfänglich bestellte Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln.

- | | | |
|-----|--|---|
| E.4 | Beschreibung aller für die Emission/das Angebot wesentlichen Interessen, einschließlich Interessenkonflikte. | Entfällt, wesentliche Interessen und Interessenkonflikte liegen nicht vor. |
| E.7 | Voraussichtliche Ausgaben des Anlegers | <p>Im Rahmen der Emission werden die Inhaberschuldverschreibungen dem Anleger im Rahmen eines Festpreisgeschäfts überlassen. Bei dieser Vereinbarung eines festen oder bestimmbaren Preises (Festpreisgeschäft) werden für den Erwerb und die Veräußerung keine zusätzlichen Entgelte und fremden Kosten berechnet. Diese sind mit dem Festpreis abgegolten.</p> <p>Werden die Inhaberschuldverschreibungen im Depot der Kreissparkasse Köln verwahrt so entstehen laufende Kosten. Informationen über die Höhe der laufenden Kosten (zum Beispiel Verwahrtgelte) können Sie dem Preis- und Leistungsverzeichnis der Kreissparkasse Köln entnehmen.</p> |

2 Risikofaktoren

2.1 Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin

Die Kreissparkasse Köln ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Ein Eintritt dieser Risiken kann je nach Ausmaß erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Köln wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den Bankensektor insgesamt betreffen. Ein potenzieller Investor sollte diese Risikofaktoren bei der Anlageentscheidung berücksichtigen:

Die Kreissparkasse Köln hat zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagement etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Modellrisiko

Die Kreissparkasse Köln investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Sie bedient sich insbesondere bei der Abbildung der Risiken geeigneter Modelle. Diese Modelle stellen generell ein vereinfachtes Abbild der Realität dar und unterliegen damit dem Risiko, dass reale Ereignisse gar nicht, nicht in vollem Umfang, zu spät oder falsch dargestellt werden. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich trotz dieses Risikomanagements aufgrund fehlerhafter Modelle und hierin enthaltener Parameter Risiken unerwartet negativ auf die Kreissparkasse Köln auswirken und somit insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang, einem Verlust oder zu einem Reputationsschaden führen.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln hängt in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzfristigen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Kreissparkasse Köln offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall verfügbarer EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und Einsatz von Notfallplänen beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Kreissparkasse Köln führen könnten.

Die internen Geschäftsprozesse beinhalten Kontrollverfahren und Qualitätsstandards, die das Risiko durch technisches Versagen, Fehlverhalten oder Beratungsfehler von Mitarbeitern aber auch bewusste Betrugshandlungen minimieren sollen. Ein Versagen oder Umgehen dieser Kontrollen kann negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Finanzlage der Emittentin nach sich ziehen.

Darüber hinaus können unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Köln herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Kreissparkasse Köln nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Adressenrisiko

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Das Bonitätsrisiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider. Als Kreditinstitut ist die Kreissparkasse Köln dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner, beispielsweise infolge von einzelwirtschaftlichen Entwicklungen, Entwicklungen in einer Branche, einer Region (insbesondere dem Geschäftsgebiet) oder der gesamten nationalen und internationalen Wirtschaft ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Köln nicht nachkommen können.

Unter die Adressenrisiken fallen auch die Risiken aus dem Eingehen von Beteiligungen. Neben den Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben geht die Sparkasse auch renditeorientierte Beteiligungen ein.

Obwohl die Kreissparkasse Köln ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann sich aufgrund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die Bonitätsstruktur oder die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios verschlechtern. Die Kreissparkasse Köln wäre dann höheren Bonitäts- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss. Dies gilt auch für Wertkorrekturen bei direkten und indirekten Beteiligungen der Sparkasse.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs-, und Währungsrisiken sowie aus Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen.

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze aufgrund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Kreissparkasse Köln und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Köln können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Kreissparkasse Köln nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Kreissparkasse Köln zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und einem stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Kreissparkasse Köln auswirken.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko tritt ein, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann (sog. Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Das Refinanzierungsrisiko könnte sich etwa bei einer Verschlechterung des Institutsratings der Kreissparkasse Köln aufgrund einer negativen Geschäftsentwicklung oder aufgrund einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin realisieren. Zudem könnten Aktiva nicht oder nur mit einem Verlust liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko).

Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Kreissparkasse Köln ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva in Form eines Liquiditätspuffers vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsabrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung des Eintretens dieses Risikos nicht ausgeschlossen.

Risiken aus der Verwendung von Bewertungsmodellen für Wertpapiere

Unter Umständen sind Märkte für bestimmte Wertpapiersegmente inaktiv. Das heißt in diesen Wertpapiermärkten sind entweder Käufer oder Verkäufer nicht mehr vorhanden, so dass ein geregelter Handel nicht möglich ist. Daher werden von der Kreissparkasse Köln die beizulegenden (Zeit-)Werte für die entsprechenden Papiere mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt. Die Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist hierbei mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Diese Schätzunsicherheiten können sich negativ in den zukünftigen Ergebnissen der Kreissparkasse Köln bemerkbar machen.

Sonstige Risiken

Hierunter fasst die Kreissparkasse Köln die folgenden Risiken zusammen:

- Strategisches Risiko

Die Kreissparkasse Köln unterliegt als Marktteilnehmer zahlreichen Umwelteinflüssen wie z. B. Wettbewerbssituation, volkswirtschaftliches Umfeld, rechtliche Rahmenbedingungen, politisches System, usw.. Sie ist daher einem ständigen Wandel ihres Marktumfeldes ausgesetzt auf welchen sie reagieren muss, innerhalb dessen sie aber vor allem aktiv ihre geschäftspolitische Ausrichtung definieren muss. Unternehmerische Fehlentscheidungen des Managements können dazu führen, dass die Kreissparkasse Köln Marktanteile verliert, Markttrends verpasst oder sonstige Nachteile im Wettbewerb erleidet. Dies wiederum kann erhebliche und nachhaltige Auswirkungen auf die Geschäfts- und Ertragslage haben. Durch eine Verschlechterung des konjunkturellen Umfeldes könnte die Rentabilität eingeschränkt werden.

- Absatzrisiko

Absatzrisiko bedeutet, dass die Kreissparkasse Köln nicht die nötigen Margen mit dem Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen erwirtschaftet, um auf Dauer ertragsstark und damit wettbewerbsfähig zu sein. Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt.

- **Kostenrisiko**

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die Sparkasse zu hohe Kosten für den Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen aufwenden muss und damit die nötigen Deckungsbeiträge fehlen, um auf Dauer ertragsstark und wettbewerbsfähig zu sein.

- **Risiko aus Outsourcing**

Hierunter sind alle Risiken zu verstehen, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen an ein anderes Unternehmen, welche ansonsten von der Sparkasse selbst erbracht würden, entstehen können. Insbesondere besteht hier das Risiko, dass die ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse nicht zeit- und / oder qualitätsgerecht bzw. überhaupt nicht erbracht werden und somit negativen Einfluss auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Köln haben.

Risiko aus der Abwicklung der WestLB

Die Kreissparkasse Köln war als Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) in Düsseldorf mittelbar an der WestLB beteiligt.

Aus der WestLB wurden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in die Erste Abwicklungsanstalt übertragen. Entsprechend seines Anteils ist der RSGV verpflichtet, Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen bzw. tatsächliche liquiditätsmäßige Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch deren Eigenkapital und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, zu übernehmen. Die Haftungssumme des RSGV ist dabei auf 2,25 Mrd. Euro beschränkt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (15,64%). Um dieses Risiko abzusichern, bildet die Sparkasse über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge. Eine vorzeitige Inanspruchnahme aus dieser Haftungsverpflichtung ist nicht auszuschließen.

2.2 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Sollten ein oder mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Eine individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist daher sinnvoll. Die folgenden Informationen sollten vor der Anlageentscheidung durch einen potenziellen Investor geprüft werden.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben. Insbesondere kann durch Inflation der künftige Geldwert und somit die reale Rendite einer Anlage verringert werden.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Schuldverschreibungen, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können börsennotiert oder nicht börsennotiert sein. Der Kurs börsennotierter Schuldverschreibungen bestimmt sich anhand der Marktgegebenheiten und kann unter den Emissionskurs bzw. den Kaufpreis fallen. Für nicht börsennotierte Schuldverschreibungen kann es schwieriger sein, ihren Wert zu bestimmen.

Soweit die Emittentin keine Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind nach für den Gläubiger geltenden Steuerrecht möglicherweise steuerpflichtig.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und bei veränderlichem Zinssatz

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen. Dies kann bei gefallenem Marktzinsniveau dazu führen, dass die Wiederanlage im Vergleich zur laufenden Verzinsung der Schuldverschreibung zu einem niedrigeren Zinssatz erfolgt.

Veränderungen des Marktzinsniveaus haben unmittelbar Auswirkungen auf den Kurs einer Schuldverschreibung. Generell sinken die Kurswerte bei steigenden Zinsen und umgekehrt. Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger aufgrund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiken bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind.

Die Emittentin ist außerdem nicht verpflichtet, auf Nachrangschuldverschreibungen Tilgungs- und Zinszahlungen zu leisten, sofern dadurch ihre Eigenmittel die gesetzlichen Mindestanforderungen nicht mehr erfüllen.

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Bei unterschiedlicher Bewertung der Bonität der Emittentin durch die Marktteilnehmer können insbesondere die Kurse von nachrangigen Schuldverschreibungen unter den Kursen für vergleichbare nicht nachrangige Schuldverschreibungen liegen.

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung umfasst immer das Risiko eines schwankenden Zinssatzes und somit schwankenden Zinsbeträgen. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrungen mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Referenzzinssätze haben und die damit verbunden Risiken kennen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Kreissparkasse Köln keine Kontrolle hat. Eine historische Wertentwicklung des Referenzzinssatzes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit angesehen werden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Diese Gefahr besteht unabhängig davon, ob die Schuldverschreibungen börsennotiert oder nicht börsennotiert sind. Es gibt keine Gewähr, dass sich ein liquider Markt für die Schuldverschreibungen entwickeln wird, oder, falls ein solcher bereits existiert, dass dieser weiter fortbestehen wird. Eine Notierung von Schuldverschreibungen an einer Börse führt nicht zwangsläufig zu höherer Liquidität. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen. Für die Investoren kann sich hieraus das Risiko ergeben, das investierte Kapital gar nicht, erst zu einem späteren Zeitpunkt oder nur zu einem Teil zurückzuerhalten.

Risiko durch Veränderung des Ratings der Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, können ein Rating aufweisen oder nicht. Eine Veränderung des Ratings der Schuldverschreibungen kann einen Handel mit den Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen. Dies gilt auch für eine veränderte Beurteilung des Ratings durch die Marktteilnehmer. Im Fall eines Verkaufs der Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag, könnte ein Investor einen Verlust im Vergleich zum eingesetzten Kapital erleiden.

Ein Rating stellt keine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf einer Schuldverschreibung dar.

3 Emittentenbeschreibung

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln, übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind

3.1.2 Abschlussprüfer

Jahres- und Konzernabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 war der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Prüfungsstelle, Kirchfeldstraße 60, 40217 Düsseldorf. Die geprüften Finanzinformationen sind wie in den Abschnitten 3.1.9.2 und 3.2 beschrieben in den Prospekt einbezogen.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist eine nach dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung, die unter anderem die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte vornimmt. Sie prüft ebenfalls die Konzernabschlüsse und die Konzernlageberichte. Die Prüfungsstelle ist unabhängig und nicht weisungsgebunden; sie berücksichtigt die Grundsätze des Institutes der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW).

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist Mitglied des IDW sowie freiwilliges Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer Name und Handelsregistereintragung

Der juristische und kommerzielle Name lautet Kreissparkasse Köln.

Die Kreissparkasse Köln ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HRA 15033 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Kreissparkasse Köln

In der Rechtsform der Zweckverbandssparkasse besteht die Kreissparkasse Köln seit dem 01.01.1923. Hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Existenz beruft sich die Emittentin auf das Gründungsdatum ihrer ältesten Rechtsvorgängerin, der 1853 gegründeten Sparkasse der Stadt Wipperfürth.

Als Zweckverbandssparkasse ist die Kreissparkasse Köln getragen vom Rhein-Erft-Kreis, vom Rhein-Sieg-Kreis, vom Rheinisch-Bergischen Kreis und vom Oberbergischen Kreis. Diese vier Kreise bilden – zum Zweckverband vereinigt – den Träger der Emittentin.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Kreissparkasse Köln ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Köln.

Die Emittentin unterliegt dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen. Die Rechtsverhältnisse der Emittentin werden darüber hinaus durch die Satzung der Kreissparkasse Köln geregelt. Die Kreissparkasse Köln unterliegt der staatlichen Aufsicht des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen (Sparkassenaufsichtsbehörde). Die Satzung und deren Änderungen bedürfen der Genehmigung der Sparkassenaufsichtsbehörde.

Die Kreissparkasse Köln als Kreditinstitut unterliegt zusätzlich, nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG), der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, einer bundesunmittelbaren, rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Bundesanstalt untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Kreissparkasse Köln ist unter ihrer Geschäftsanschrift Neumarkt 18-24, 50667 Köln, Telefon: 0221/227-01 erreichbar.

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Besondere, seit dem letzten geprüften Jahresabschluss in Verbindung mit der Geschäftstätigkeit der Sparkasse eingetretene Ereignisse liegen nicht vor.

3.1.3.6 Einlagensicherung und Rating

Die Kreissparkasse Köln ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses Sicherungssystem besteht aus satzungsrechtlich in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundenen Fonds: 11 Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassenverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute. Die Fondsvermögen dienen der Durchführung von Stützungsmaßnahmen zur Sanierung und stellen sicher, dass ein Institut seine Verbindlichkeiten weiterhin erfüllen kann.

Nach § 2 der Satzung des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands schützt der Fonds die Einlagen von Kunden (Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“) sowie die Schuldverschreibungen der Mitgliedssparkassen im Besitz der Kunden. Kunden im Sinne der Satzung sind Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen sowie öffentliche Stellen. Einlagen der Kunden sind insbesondere Spareinlagen, Sparkassenbriefe sowie Termin- und Sichteinlagen. Geschützt werden ebenfalls Verbindlichkeiten gegenüber Kapitalanlagegesellschaften und deren Depotbanken (Bilanzposition: „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“), soweit es sich um Teile des Fondsvermögens handelt, sowie Mittel, die den Mitgliedssparkassen von Kreditinstituten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentlich geförderte Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Unter anderem auf Basis des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe hat die Ratingagentur Moody's Investors Services Limited (Moody's) der Kreissparkasse Köln zum 08.08.2014 folgende Ratingeinschätzungen abgegeben (Institutsrating):

Kriterium	Bewertung	Unverändert seit
Langfristige Verbindlichkeiten (Long Term Bank Deposits)	Aa3 (negativ)	29.05.2014
Kurzfristige Verbindlichkeiten (Short Term Bank Deposits)	Prime-1 (stabil)	08.07.2004
Finanzkraft (Bank Financial Strength)	C- (stabil)	14.01.2013

Die für langfristige Verbindlichkeiten erteilten Moody's-Ratings sind Meinungen über das relevante Kreditrisiko festverzinslicher Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder darüber. Sie betreffen die Möglichkeit, dass eine finanzielle Verpflichtung nicht wie zugesichert eingehalten werden kann. Aa-geratete Verbindlichkeiten sind von hoher Qualität und bergen ein sehr geringes Kreditrisiko. Moody's verwendet in den Ratingkategorien Aa bis Caa zusätzlich numerische Unterteilungen. Der Zusatz „1“ bedeutet, dass eine entsprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während „2“ und „3“ das mittlere bzw. untere Drittel anzeigen.

Die von Moody's erteilten Kurzfrustratings sind Meinungen über die Fähigkeit eines Emittenten zur Erfüllung seiner kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten. Derartige Verbindlichkeiten verfügen, sofern nicht ausdrücklich anders festgelegt, in der Regel über eine Ursprungslaufzeit von höchstens 13 Monaten. Emittenten, die mit Prime-1 bewertet werden, verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Die für Banken erteilten Finanzkraftratings sind Meinungen über die einer Bank innewohnende Sicherheit und Solidität. Als solche lassen sie bestimmte externe Kreditrisiken und Unterstützungsmechanismen unberücksichtigt. „C“-geratete Banken verfügen über eine ausreichend hohe eigene Finanzkraft. In der Regel handelt es sich um Institute mit einer zwar eher eingeschränkten, aber noch immer hochwertigen Geschäftsstruktur. Diese Banken weisen entweder eine akzeptable finanzwirtschaftliche Verfassung in einem sicheren und stabilen operativen Umfeld oder aber eine gute finanzwirtschaftliche Verfassung in einem weniger sicheren und stabilen operativen Umfeld auf. Moody's verwendet in den Ratingkategorien unterhalb von A zusätzlich ein „+“ und oberhalb von E zusätzlich ein „-“, wo dies angebracht erscheint, um Feinabstufungen zwischen stärkeren und schwächeren Banken innerhalb derselben Kategorie kenntlich zu machen.

Ein Ratingausblick – hier der Zusatz „negativ“ bzw. „stabil“ – ist eine Meinung über die Richtung, in die sich ein Rating mittelfristig voraussichtlich entwickeln wird. Die Ausblicke werden in die folgenden vier Kategorien unterteilt: positiv (POS), negativ (NEG), stabil (STA) und „noch unbestimmt“ (DEV – „developing“, d. h. ereignisabhängig).

Des Weiteren hat die Sparkassen-Finanzgruppe bei der Ratingagentur Moody's Investors Service Limited ein Corporate Family Rating (Verbundrating) von Aa2, bei der Agentur DBRS Ratings Limited (DBRS) ein Floor-Rating (=Mindestbonitätsbewertung) von A(High) und einen Rating-Floor von A+ für die Sparkassen bei Fitch Deutschland GmbH (Fitch Ratings) eingeholt.

DBRS (Floor-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe)

Kriterium	Bewertung	Unverändert seit
Langfristige Verbindlichkeiten (Long Term Debt and Deposits)	A (high)	18.01.2007
Kurzfristige Verbindlichkeiten (Short Term Debt and Deposits)	R-1 (middle)	18.01.2007

Fitch Ratings (Rating-Floor der Sparkassen-Finanzgruppe)

Kriterium	Bewertung	Unverändert seit
Langfristige Verbindlichkeiten (Long Term Issuer Default Rating)	A+ (stabil)	27.09.2010
Kurzfristige Verbindlichkeiten (Short Term Issuer Default Rating)	F1+	27.09.2010

Die vorgenannten Rating-Definitionen stammen von den Internetseiten von Moody's (<http://www.moody's.de>), Fitch Ratings (<http://www.fitchratings.de>), DBRS (<http://www.dbrs.com>) und wurden korrekt wiedergegeben. Ferner sind – soweit bekannt und aus den von den Ratingagenturen Moody's Investors Services Limited (Moody's), Fitch Deutschland GmbH (Fitch Ratings) und DBRS Ratings Limited (DBRS) veröffentlichten Information ableitbar – keine Tatsachen unterschlagen worden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Jede der im vorherigen Absatz genannten Rating-Agenturen ist in der Europäischen Gemeinschaft ansässig und besitzt eine Registrierung gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Kreissparkasse Köln ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand sicherzustellen. Die Kreissparkasse Köln stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise sowie die Wirtschaftserziehung der Jugend. Die Geschäfte der Emittentin sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck ihres Geschäftsbetriebes. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Landkreise im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Kreissparkasse Köln betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Sie unterscheidet die Geschäftssegmente Privatkunden, Firmenkunden, Kommunen sowie Beteiligungen und Treasury.

Die Sparkasse bietet ihren Kunden ein vielfältiges Produktspektrum und umfassende Bank- und Beratungsdienstleistungen aus den Bereichen Vermögensbildung und -verwaltung, Geld- und Kapitalanlage, Finanzierung sowie Zahlungsverkehr.

Kerngeschäftsfelder sind das Einlagen- und das Kreditgeschäft. Neben klassischen Anlage- und Finanzierungsformen wie Termin- und Spareinlagen oder Kontokorrent- und Ratenkrediten sowie Hypothekenfinanzierungen zählen zur Leistungspalette der Kreissparkasse Köln ebenso vergleichsweise junge Produkte wie strukturierte Anlagen und Finanzierungen, Leasing, Factoring oder Mezzaninekapital. Eine lange Tradition besitzt die Beratung, Betreuung und Begleitung von Existenzgründern. Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln sind die Bereitstellung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen und das Wertpapiergeschäft.

Im Rahmen des Sparkassenverbundes kooperiert die Sparkasse bei ihrer Geschäftstätigkeit unter anderem mit folgenden Partnerunternehmen:

- DekaBank Deutsche Girozentrale,
- Gruppe Deutsche Leasing,
- Hessische Landesbank (Helaba)
- LBS Westdeutsche Landesbausparkasse,
- MasterCard,
- neue leben Pensionsverwaltung AG,
- Profinanz Versicherungsmakler GmbH,
- Provinzial Rheinland,
-  S-Broker AG,
-  S-CountryDesk GbR,
-  S-direkt Versicherung AG,
-  S-Kreditpartner GmbH

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Emittentin ist das Gebiet der am Zweckverband für die Kreissparkasse Köln beteiligten Kreise und gliedert sich geografisch in den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Sieg-Kreis, den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Oberbergischen Kreis. In der Fläche umfasst das Geschäftsgebiet ca. 3.650 km². Zu den vier Kreisen gehören 50 Städte und Gemeinden (in acht davon existieren eigenständige kommunale Sparkassen).

Innerhalb des Geschäftsgebiets ist es der Sparkasse erlaubt, Geschäftsstellen einzurichten. Im Laufe des Jahres 2013 führte die Kreissparkasse Köln in mehreren Teilschritten eine umfassende Weiterentwicklung und Optimierung ihres Vertriebsnetzes durch. Ende 2013 war die Emittentin in der Region Köln/Bonn an 237 Service-Standorten präsent, darunter – gegliedert in 8 Direktionen – 30 Regional-Filialen, 134 Filialen sowie vier Mobile Filialen mit insgesamt 46 Service-Haltepunkten.

Kreditvergaben an Personen mit Sitz oder Niederlassung außerhalb des Geschäftsgebietes sind satzungsgemäß grundsätzlich auf die Gebiete der Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Arnsberg sowie der Kreise Ahrweiler, Neuwied und Altenkirchen beschränkt (Regionalprinzip).

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Kreissparkasse Köln ist eigenständig.

Die Kreissparkasse Köln ist Mutterunternehmen im „Konzern Kreissparkasse Köln“. In den Konzernabschluss sind neben der Kreissparkasse Köln acht verbundene inländische Unternehmen einbezogen. An drei dieser Tochtergesellschaften ist die Emittentin direkt und an fünf Töchtern indirekt beteiligt. Sämtliche Tochterunternehmen haben ihren Sitz im Satzungsgebiet.

An folgenden in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist die Emittentin direkt beteiligt:

Unternehmen	Beteiligungsquote
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln	100,0 %
Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG	100,0 %
KSK-Wagniskapital GmbH, Köln	93,2 %

An folgenden in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist die Emittentin indirekt beteiligt:

Unternehmen	Beteiligungsquote
KSK-FinanzVermittlung GmbH, Köln	100,0 %
KSK-Immobilien GmbH, Köln	100,0 %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln	100,0 %
PARETO GmbH, Köln	100,0 %
SOLUM Facility Management GmbH, Köln	100,0 %

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem 31.12.2013 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Köln eingetreten.

Es sind keine Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Kreissparkasse Köln zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Kreissparkasse Köln sind:

- der Vorstand,
- der Verwaltungsrat.

3.1.7.2 Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Vorstand

Der Vorstand der Kreissparkasse Köln besteht satzungsgemäß aus fünf Mitgliedern. Daneben können zwei stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat ist zuständig für die Bestellung, die Wiederbestellung, die Ablehnung der Wiederbestellung und die Abberufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

Vorsitzender: Alexander Wüerst

Stellvertretender Vorsitzender: Josef Hastrich

Mitglieder:
Wolfgang Schmitz
Dr. Klaus Tiedeken
Christian Bonnen

Stellvertretende Mitglieder
Volker Wolf
Udo Buschmann

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien in nachfolgend aufgeführten großen Kapitalgesellschaften:

Dr. Klaus Tiedeken	Deutsche WertpapierService Bank AG
	Hospitalvereinigung St. Marien GmbH
Christian Bonnen	neue leben Pensionskasse AG

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Neumarkt 18-24, 50667Köln.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln besteht satzungsgemäß aus dem vorsitzenden Mitglied und dreiundzwanzig weiteren Mitgliedern.

Vorsitzende Verwaltungsrat:

Vorsitzendes Mitglied

Michael Kreuzberg
Landrat

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Dr. Torsten Bieber
Regierungsdirektor Bundesrechnungshof

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter

Mitglieder Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln:

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Michaela Balansky Betriebsprüferin Stadt Köln	Elisabeth Anschütz Ausbilderin Bildungs- träger VSB gGmbH	Sebastian Hartmann MdB Abgeordneter	Cornelia Mazur-Flöer Selbstständige Rechtsanwältin
Jürgen Becker Staatssekretär a.D.	Ivo Hurnik Regierungsdirektor Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Hans Theo Klug Oberstudiendirektor i.R.	Dr. Matthias Petran Studiendirektor i.R.
Dr. Torsten Bieber Regierungsdirektor Bundesrechnungshof	Brigitte Donie Hausfrau	Oliver Krauß Syndikusanwalt Regionalverkehr Köln GmbH	Silke Josten-Schneider Prokuristin Heizung Solaranlagen Sanitär
Peter Biesenbach MdL Abgeordneter	Frank Mederlet Geschäftsführer SPD NRW	Hans Krings Staatssekretär a.D.	Dierk Timm Selbstständiger Unternehmer Immobilienverwaltung
Elmar Gillet Selbstständiger Unternehmer Tonträgergroßhandel	Uwe Zaar Diplom-Volkswirt Rheinische Kliniken Düsseldorf	Holger Müller MdL Abgeordneter	Klaus-Dieter Becker Geschäftsführender Gesellschafter Feuchtigkeitssanierung
Gregor Golland MdL Abgeordneter	Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter Beteili- gungsunternehmen	Roland Rickes Geschäftsführender Gesellschafter Organisationsberatung	Ursula Ehren Familienfrau

Dietmar Tendler
Oberstudienrat

Udo Scharnhorst
Pensionär

Willi Zylajew
Geschäftsführer
Unternehmensberatung

Martina Engels-Bremer
Geschäftsführende
Gesellschafterin Mess-
und Regelungstechnik

Gerhard Zorn
Landesverwaltungs-
direktor Landschafts-
verband Rheinland

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm
Selbstständiger
Rechtsanwalt

Mitglieder Arbeitnehmersvertreter

Mitglied	Stellvertreter	Mitglied	Stellvertreter
Willy Axer Sparkassenangestellter	Peter Üeberberg Sparkassenangestellter	Christa Peters Sparkassenangestellte	Julia Richter Sparkassenangestellte
Wilfried Bolender Sparkassenangestellter	Doris Schwarz Sparkassenangestellte	Ulrich Tepper Sparkassenangestellter	Anita Bolz Sparkassenangestellte
Otilie Kügler Sparkassenangestellte	Rolf Gless Sparkassenangestellter	Michael Wiegand Sparkassenangestellter	Christoph Belke Sparkassenangestellter
Manfred Nelles Sparkassenangestellter	Christian Schorn Sparkassenangestellter	Simone Zens Sparkassenangestellte	Marco Dörner Sparkassenangestellter

Teilnehmer an den Verwaltungsratssitzungen nach § 11 Absatz 3 Satz 2 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen:**Hauptverwaltungsbeamter**

Michael Kreuzberg
Landrat

1. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat

2. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Hagen Jobi
Landrat

3. Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten

Sebastian Schuster
Landrat

Teilnehmer mit beratender Stimme nach § 10 Absatz 4 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen:

Hagen Jobi
Landrat

Sebastian Schuster
Landrat

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Neumarkt 18-24, 50667 Köln.

3.1.7.3 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bestehen derzeit keine potentiellen Interessenskonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Köln sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Träger der Kreissparkasse Köln

Träger der Kreissparkasse Köln im Sinne von § 1 Abs. 1 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen ist der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln. Der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat seinen Sitz in Köln. Mitglieder des Zweckverbandes sind die vier Trägerkreise Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis sowie der Oberbergische Kreis.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Kreissparkasse Köln entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Kreissparkasse Köln beruhen auf den Geschäftsabschlüssen der Kreissparkasse Köln für ihre zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2013 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen. Die Finanzinformationen umfassen jeweils den Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht sowie den Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Bei den historischen Finanzinformationen handelt es sich um geprüfte Informationen.

Die historischen Finanzinformationen zeigen die Konzernabschlüsse der Geschäftsjahre 2012 und 2013 sowie den Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln für das Geschäftsjahr 2013. Die genannten Konzernabschlüsse und der Einzelabschluss der Emittentin wurden entsprechend der deutschen Rechnungslegung nach HGB aufgestellt.

Der Konzernlagebericht und der Konzernabschluss zum 31.12.2013 des Konzerns Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln, sind im Abschnitt 7 – Finanzteil – auf den Seiten F-2 bis F-79 abgedruckt. Dieser enthält auch den Konzernabschluss nach HGB zum 31.12.2012 als Vergleichszahlen.

Der Jahres-Einzelabschluss und der Lagebericht der Kreissparkasse Köln 2013 sind im Abschnitt 7 – Finanzteil – auf den Seiten F-80 bis F-149 abgedruckt.

Bezüglich des Konzernlageberichts und des Konzernabschlusses zum 31.12.2012 des Konzerns Kreissparkasse Köln wird auf die Seite F-150 verwiesen.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Kreissparkasse Köln noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der mindestens letzten 12 Monate bestanden / abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Kreissparkasse Köln oder ihres Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage des Konzerns Kreissparkasse Köln

Seit dem 31.12.2013 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage des Konzerns Kreissparkasse Köln eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Prospektes sind die Jahresberichte und die HGB-Einzelabschlüsse 2012 und 2013 der Kreissparkasse Köln, die Satzung der Kreissparkasse Köln, sowie die Satzung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln in Papierform einsehbar. Die Jahresberichte und die HGB-Einzelabschlüsse sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner in Papierform erhältlich.

Die HGB-Konzernabschlüsse 2012 und 2013 der Kreissparkasse Köln sowie sonstige historische Finanzinformationen der Geschäftsjahre 2012 und 2013, die den Konzern Kreissparkasse Köln sowie die konsolidierten Tochterunternehmen betreffen, sind unter dem Namen der Emittentin bzw. der Töchter in der Rubrik Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte im elektronischen Bundesanzeiger (<http://www.ebundesanzeiger.de>) abrufbar.

3.2 Übersicht der per Verweis in diesen Prospekt einbezogenen Angaben

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht zum 31.12.2012 des Konzerns Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln, auf die auf der Seite F-150 dieses Prospektes und hier verwiesen wird, wurden im Basisprospekt vom 26.09.2013 für Schuldverschreibungen auf den Seiten F-2 bis F-82 abgedruckt und werden auf Seite F-150 dieses Prospektes in den Prospekt einbezogen. Dieser Basisprospekt ist auf der Internetseite der Kreissparkasse Köln (<https://www.ksk-koeln.de/basisprospekt-fuer-ihs-vom-26.09.2013.pdf>) veröffentlicht. Die nicht aufgenommen Teile des Basisprospektes vom 26.09.2013 sind für den Anleger nicht relevant.

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln

4.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Inhaberschuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Inhaberschuldverschreibungen sind handelbare Wertpapiere, die dem jeweiligen Inhaber der Schuldverschreibung das Recht verbrieft, von der Emittentin der Schuldverschreibungen am Fälligkeitstag einen bestimmten Rückzahlungsbetrag zu erhalten. Rechtlich betrachtet erwirbt ein Anleger beim Kauf von Schuldverschreibungen einen Miteigentumsanteil an einer Global-Inhaber-Schuldverschreibung, durch die die oben genannten Ansprüche der Schuldverschreibungsinhaber verbrieft sind. Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare und unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung oder mit variabler Verzinsung zu begeben.

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung. Auf festverzinsliche Schuldverschreibungen wird an festgelegten Zinszahltagen ein fester Zinsbetrag gezahlt. Die Rückzahlung erfolgt zu 100% des Nennbetrages am Fälligkeitstermin.
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung (Null-Kupon-Schuldverschreibung). Null-Kupon-Schuldverschreibungen werden mit einem Abschlag auf den Nennwert begeben und zum Nennbetrag von 100% an einem festgelegten Fälligkeitstermin zurückgezahlt.
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung. Auf variabel verzinsliche Schuldverschreibungen wird an festgelegten Zinszahltagen ein variabler Zinsbetrag gezahlt. Die Verzinsung der unter diesem Basisprospekt begebenen Schuldverschreibungen erfolgt in Abhängigkeit zu einem vorher festgelegten Referenzzinssatz, dem EURIBOR in seinen verschiedenen Laufzeitausprägungen, abzüglich / zuzüglich eines Ab- bzw. Aufschlags. Der EURIBOR ist die Abkürzung für European Interbank Offered Rate und bezeichnet die durchschnittlichen Zinssätze für verschiedene Laufzeiten zu denen europäische Banken einander Einlagen gewähren.
Die Schuldverschreibung wird zu 100% des Nennbetrages am Fälligkeitstermin zurückgezahlt.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln übernimmt für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Wichtige Angaben

4.3.1 Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte

Wesentliche Interessen und Interessenkonflikte liegen nicht vor.

4.3.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische oder mit variabler Verzinsung

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Köln handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, die Bezeichnung der Serie/Reihe wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

ISIN-Code und WKN werden in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen samt eventueller Zinsansprüche sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige oder als nicht nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie / Reihe sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten.

4.4.6 Rechte aus dem Wertpapier

Sofern die Schuldverschreibungen eine Verzinsung vorsehen, erhält der Gläubiger das Recht auf Zinszahlungen. Des Weiteren erhält der Gläubiger am Fälligkeitstag das Recht auf Rückzahlung zum Nennbetrag.

Die Schuldverschreibungen sind sowohl für die Emittentin als auch für die Gläubiger der Schuldverschreibungen unkündbar.

Ein besonderes Verfahren zur Wahrnehmung dieser genannten Rechte aus dem Wertpapier ist nicht erforderlich, dies erfolgt automatisch über die depotführende Stelle.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung oder mit variabler Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

4.4.7.1 Schuldverschreibung mit fester Verzinsung

Festverzinsliche Schuldverschreibungen sehen während ihrer Laufzeit eine im Voraus festgelegte Verzinsung in Bezug auf ihren Nennbetrag vor, deren Höhe sich aus den Emissionsbedingungen ergibt. Die Zinshöhe bleibt für die gesamte Laufzeit unverändert. Aufgrund der Festlegung der Zinssätze partizipiert der Anleger somit nicht von einem allgemein steigenden Marktzinsniveau.

Die Emissionsbedingungen können eine Zinsperiode oder mehrere Zinsperioden vorsehen. Zinsperioden können jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich oder eine andere, in den Emissionsbedingungen festgelegte Dauer aufweisen. Bei den Schuldverschreibungen kann die erste oder die letzte Zinsperiode länger bzw. kürzer sein als die übrigen Zinsperioden. Die Zinsen sind nachträglich am Ende der jeweiligen Zinsperiode an die Schuldverschreibungsgläubiger zahlbar.

4.4.7.2 Schuldverschreibung ohne periodische Verzinsung

Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung sehen keine periodischen Zahlungen von Zinsen an die Schuldverschreibungsgläubiger vor. Die Schuldverschreibungen werden zu einem anfänglichen Ausgabepreis ausgegeben, der unter dem Nennbetrag liegt. In diesem Fall werden die Schuldverschreibungen zu einem Rückzahlungsbetrag in Höhe des Nennbetrags zurückgezahlt.

Der Differenzbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen und dem vom Anleger gezahlten Kaufpreis für den Erwerb der Schuldverschreibungen (einschließlich im Zusammenhang mit dem Kauf aufgewendeter Provisionen und Transaktionskosten) stellt die alleinige Ertragsmöglichkeit des Schuldverschreibungsgläubigers bis zur Fälligkeit dar. Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung können mögliche Kursverluste nicht durch andere Erträge kompensiert werden.

4.4.7.3 Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung

Im Fall von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz legen die Endgültigen Bedingungen den Referenzzinssatz fest. Der maßgebliche Variable Zinssatz (F-Zinssatz) berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz, dem EURIBOR, und einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Auf- oder Abschlag. Die Zinsfeststellungstermine des variablen Zinssatzes sind in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

Der Referenzzinssatz bestimmt somit die Höhe der variablen Verzinsung und nimmt Einfluss auf den Wert der Schuldverschreibung. Bei steigendem Referenzzinssatz fällt der Wert der Schuldverschreibung, bei fallendem Referenzzinssatz steigt der Wert der Schuldverschreibung und bei gleichbleibenden Referenzzinssätzen verändert sich der Wert der Schuldverschreibung grundsätzlich nicht.

Unter gewissen Umständen kann der Referenzzinssatz Marktstörungen unterworfen sein. Marktstörung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Feststellung des Referenzzinssatzes außerplanmäßig ausgesetzt oder eingeschränkt wird. Eine solche Situation ist denkbar bei gravierenden Störungen der wirtschaftlichen oder politischen Lage, beispielsweise bei Börsencrashes, Krieg, Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder Aufständen. Ebenfalls denkbar sind technische Probleme, die die Feststellung des Referenzzinssatzes verhindern, z.B. Ausfall der Datenübertragung.

Der Referenzzinssatz wird am jeweiligen in den Endgültigen Bedingungen genannten Zinsfeststellungstag über die Seite „EURIBOR01“ des Nachrichtendienstes Reuters abgerufen. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB)

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des in den Endgültigen Bedingungen genannten relevanten Referenzzinssatzes die Information über den Informationsanbieter Bloomberg herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten in den Endgültigen Bedingungen geregelten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR festzulegen

Im Falle einer Marktstörung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen variablen Zinssatz (F-Zinssatz) innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.

Die vergangene und künftige Wertentwicklung des EURIBOR und seine Volatilität können unter <https://www.ksk-koeln.de/leistungen/wertpapiere/boerseninformationen/SInvestor.aspx> nachvollzogen werden.

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

Verzinsung und Modalitäten der Zinszahlung werden in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % an dem in den Endgültigen Bedingungen genannten Fälligkeitstag zurückgezahlt.

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf fünf Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

4.4.9 Rendite

Bei der Berechnung der persönlichen Rendite der Schuldverschreibungen nach Kosten sind alle Zahlungsströme der Schuldverschreibungen zu berücksichtigen (Verkaufskurs, alle Zinszahlungen, die Kapitalrückzahlung und etwaige Transaktionskosten).

Dadurch, dass die Schuldverschreibungen mit Zinssätzen verzinst werden können, deren Höhe bei Begebung der Schuldverschreibungen nicht feststeht, kann die Rendite der Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung erst nach der letzten Zinszahlung bei Rückzahlung der Schuldverschreibungen berechnet werden.

Falls für die Schuldverschreibungen für bestimmte Zinsperioden bereits Zinssätze vorgesehen werden, wird in den Endgültigen Bedingungen die Mindestrendite vor Kosten, die mit den Schuldverschreibungen erzielt werden kann (ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten und etwaigen Ausgabeaufschlägen) angegeben.

Bei der Renditeberechnung nach der Methode des internen Zinsfußes (IRR: Internal rate of return) wird ein Abzinsungssatz ermittelt, bei dem die Summe der Barwerte aller Kapitaleinzahlungen, Ausschüttungen und Kapitalauszahlungen zu Laufzeitbeginn gleich groß ist und damit zu einem Kapitalwert von null führt. Der interne Zinsfuß gibt damit ökonomisch gesehen die Verzinsung des jeweils in der Anlage gebundenen Kapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Kapitals über den Betrachtungszeitraum an. Bei der internen Zinsfußmethode handelt es sich um eine der am häufigsten verwendeten Renditeberechnungsmethoden. Der interne Zinsfuß sollte jedoch nicht als alleiniges Kriterium für die Vorteilhaftigkeit einer Investition herangezogen werden, sondern immer im Gesamtzusammenhang betrachtet werden.

4.4.10 Ermächtigung

Aufgrund eines Vorstandsbeschlusses, dessen Datum in den Endgültigen Bedingungen vorgesehen ist, begibt die Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln Schuldverschreibungen.

4.4.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden an dem in den Endgültigen Bedingungen genannten Datum erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die folgenden allgemeinen und generellen Informationen über die Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland beziehen sich auf die Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung der Schuldverschreibungen. Aufgrund der Komplexität der steuerrechtlichen Vorschriften werden lediglich die wesentlichen zum Datum des Prospekts in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Aspekte der Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen für inländische Privatanleger, welche die Wertpapiere im Privatvermögen halten, behandelt.

Auf im Ausland ansässige oder betriebliche Anleger sind nachfolgende Ausführungen nicht anwendbar

Darüber hinaus kann im Rahmen dieses Prospektes nicht auf konkrete Sachverhalte sowie auf die besonderen Umstände des persönlichen Steuerfalles eines jeden Anlegers eingegangen werden. Potentiellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

Einkommensteuer

Der Einkommensteuer unterliegen nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 Einkommensteuergesetz (EStG) die Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren (z.B. Bankschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kommunalobligationen etc.). Die Einkommensteuer wird in Form einer Kapitalertragsteuer durch Einbehalt der auszahlenden Stelle erhoben. Für inländische Privatanleger hat der Einbehalt der Kapitalertragsteuer Abgeltungswirkung (Abgeltungsteuer). Die Höhe der Abgeltungsteuer beträgt 25 Prozent. Zusätzlich wird ein Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent auf die Abgeltungsteuer einbehalten. Im Fall der Kirchensteuerpflicht ermäßigt sich die Abgeltungsteuer um 25 Prozent der auf die Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer. Die Kirchensteuer ist grundsätzlich ebenfalls durch die auszahlende Stelle einzubehalten. Ab dem Jahr 2015 erfolgt deshalb eine elektronische Abfrage der Kirchensteuerabzugsmerkmale (KiStAM) seitens der auszahlenden Stelle bei der Finanzverwaltung, sofern der Kunde nicht widersprochen hat.

Gewinne aus der Veräußerung von festverzinslichen Wertpapieren unterliegen der Einkommensteuer nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG. Die vorgenannten Ausführungen zur Abgeltungsteuer, Kirchensteuer und zum Solidaritätszuschlag gelten entsprechend. Werden festverzinsliche Wertpapiere vor Couponfälligkeit verkauft, so erhält der Verkäufer Stückzinsen, die nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG ebenfalls der Abgeltungsteuer unterliegen.

Werden festverzinsliche Wertpapiere während einer laufenden Zinsperiode angekauft, zahlt der Erwerber an den Veräußerer Stückzinsen für den bisherigen Besitzzeitraum. Gezahlte Stückzinsen können mit positiven Einnahmen aus Kapitalvermögen des laufenden Jahres verrechnet werden. Sie dürfen nicht mit anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden. Nicht verrechenbare Stückzinsen mindern die Einkünfte aus Kapitalvermögen in den Folgejahren.

Sofern die Wertpapiere im Privatvermögen gehalten werden, gilt die Einkommensteuer mit dem Einbehalt der Abgeltungsteuer, des Solidaritätszuschlages sowie der Kirchensteuer als abgegolten. Soweit die Versteuerung der Kapitaleinkünfte nach den persönlichen Umständen des Gläubigers mit dem persönlichen Steuersatz günstiger ist, kann im Wege der Einkommensteuerveranlagung die zu viel einbehaltene Abgeltungsteuer vom Finanzamt erstattet werden. Die „Günstigerprüfung“ kann im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung beim Finanzamt beantragt werden. Für den Fall, dass trotz Kirchensteuerpflicht des Anlegers aufgrund einer Ausübung des Widerspruchsrechts zur KiStAM-Abfrage keine Kirchensteuer von den Kapitaleinkünften erhoben wurde, sind die Kapitalerträge für Zwecke der Kirchensteuer in der Einkommensteuererklärung zu erfassen.

Werbungskosten

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist als Werbungskosten ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801,00 bei zusammenveranlagten Ehegatten EUR 1.602,00 abzuziehen. Darüber hinaus ist kein Abzug von tatsächlichen Werbungskosten möglich. Negative Einkünfte können hierdurch nicht entstehen. Ein von einem Ehegatten nicht ausgenutzter Anteil am Sparerpauschbetrag ist auf den anderen Ehegatten übertragbar.

Einbehalt von Abgeltungsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag

Werden Schuldverschreibungen in einem Depot eines inländischen Kreditinstitutes verwaltet, wird die Abgeltungsteuer zzgl. des darauf entfallenden Solidaritätszuschlages sowie ggf. der Kirchensteuer von der auszahlenden Stelle einbehalten und an den Fiskus abgeführt, so dass der Gläubiger der Schuldverschreibungen lediglich den Restbetrag gutgeschrieben bekommt. Grundsätzlich wird kein Steuereinbehalt vorgenommen, soweit der Gläubiger bei der auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag einreicht, jedoch nur bis zur Höhe des jeweils anwendbaren Sparerpauschbetrages. Ein Steuereinbehalt wird ebenfalls nicht vorgenommen, wenn der Gläubiger der Schuldverschreibung bei der auszahlenden Stelle eine Nichtveranlagungsbescheinigung einreicht, die vom jeweiligen örtlichen Finanzamt ausgestellt wird.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

4.4.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot oder der Verkauf dieser Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Dies gilt insbesondere für Länder, welche die Prospektrichtlinie bis zum Tag der Veröffentlichung dieses Prospekts nicht umgesetzt haben. Je nach Anwendungsbereich solcher gesetzlichen Beschränkungen können auch deutsche Anleger hiervon betroffen sein. Die Emittentin gibt in diesem Zusammenhang keine Zusicherung ab, dass dieser Prospekt in einer dieser Rechtsordnungen mit den dort geltenden gesetzlichen Vorschriften rechtmäßig verteilt werden darf oder dass die Schuldverschreibungen rechtmäßig angeboten werden dürfen. Die Schuldverschreibungen dürfen daher nur dann unmittelbar oder mittelbar angeboten oder verkauft werden, wenn dies unter Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften der jeweiligen Rechtsordnung erfolgt. Gleiches gilt für die Weitergabe dieses Prospekts.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.5 Zusätzliche Informationen

4.5.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie z. B. Verzinsung, Laufzeit, Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission.

4.5.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln sowie auf den Geschäftsstellen der Kreissparkasse Köln kostenlos erhältlich.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die gedruckten Fassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln sowie auf den Geschäftsstellen der Kreissparkasse Köln kostenlos erhältlich.

4.5.3 Zustimmung zur Prospektverwendung

Die Emittentin stimmt der Verwendung dieses Prospekts, einschließlich etwaiger Nachträge sowie ggf. der zugehörigen Endgültigen Bedingungen, durch Institute im Sinne von § 3 Abs. 3 WpPG für die Zwecke des öffentlichen Angebots der unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen im Rahmen der geltenden Verkaufsbeschränkungen in Deutschland für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts zu und übernimmt die Haftung für den Inhalt dieses Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung von Wertpapieren durch diese Institute im Sinne von § 3 Abs. 3 WpPG.

Die spätere Weiterveräußerung und endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre kann während der Dauer der Gültigkeit des Prospekts gemäß Artikel 9 der Prospektrichtlinie erfolgen.

Diese Zustimmung erfolgt nicht vorbehaltlich etwaiger Bedingungen.

Falls ein Finanzintermediär ein Angebot macht, unterrichtet dieser Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen.

Jeder Finanzintermediär, der diesen Prospekt verwendet, hat auf seiner Website anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen, an die die Zustimmung gebunden ist, verwendet.

4.5.4 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An den Emissionen sind keine Berater beteiligt. In der Wertpapierbeschreibung ist kein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden und es sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.

4.5.5 Rating

Angaben zum Rating der Kreissparkasse Köln (Institutsrating) sind dem vorliegenden Basisprospekt unter Ziffer 3.1.3.6 zu entnehmen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass einzelne Serien / Reihen von Schuldverschreibungen nach ihrer Emission geratet werden. Wenn eine Emission geratet ist, wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt, ob die Emittentin Informationen nach der Emission liefern wird und wo diese Informationen gegebenenfalls erhältlich sind.

4.5.6 Übernommene Informationen von Seiten Dritter

Die Angaben über das Rating der Kreissparkasse Köln (Institutsrating) unter Ziffer 3.1.3.6 sind korrekt wiedergegeben worden. Ferner sind – soweit bekannt und aus den von den Ratingagenturen Moody's Investors Services Limited (Moody's), Fitch Deutschland GmbH (Fitch Ratings) und DBRS Ratings Limited (DBRS) veröffentlichten Information ableitbar – keine Tatsachen unterschlagen worden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4.6 Bedingungen und Konditionen des Angebots

Die jeweiligen Bedingungen und Konditionen des Angebotes werden vor Beginn einer Emission festgelegt und in den Endgültigen Bedingungen veröffentlicht.

4.6.1 Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots

4.6.1.1 Bedingungen, denen das Angebot unterliegt

Die Emittentin hat das Recht, eine Emission nicht zu begeben, sofern sich während einer Angebotsfrist das Marktumfeld oder sonstige Rahmenbedingungen der Emission so gravierend verändern, dass nach Ansicht der Emittentin die Marktgerechtigkeit des Angebots der Schuldverschreibungen nicht mehr gegeben ist.

Die Emittentin behält sich ferner vor, die Emission nicht zu begeben, sofern das in den Endgültigen Bedingungen genannte Emissionsvolumen nicht erreicht wird.

4.6.1.2 Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots und die Stückelung der Inhaberschuldverschreibungen werden in den Endgültigen Bedingungen veröffentlicht.

4.6.1.3 Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

Die Emission wird für einen einzelnen Investor / eine Investorengruppe, sowie für Privatanleger aufgelegt, im freihändigen Verkauf angeboten oder im Rahmen eines Zeichnungsverfahrens platziert.

Die Zeiträume des öffentlichen Angebots und der Zeichnungsphase werden in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

4.6.1.4 Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung

In den Endgültigen Bedingungen wird das Zuteilungsverfahren der jeweiligen Emission geregelt.

4.6.1.5 Mindestzeichnung, Mindestanlagebetrag

Mindestzeichnung und Mindestanlagebetrag werden in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

4.6.1.6 Lieferung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen samt eventueller Zinsansprüche sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die spätestens am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar.

4.6.1.7 Ergebnis des Angebots

Sofern die Schuldverschreibungen im Rahmen eines Zeichnungsverfahrens platziert werden, erhalten die jeweiligen Endgültigen Bedingungen Informationen im Bezug auf die Veröffentlichung des Ergebnisses des Angebots. Die jeweiligen Endgültigen Bedingungen enthalten zudem die Information, ob vor dieser Veröffentlichung eine Aufnahme des Handels in den Schuldverschreibungen möglich ist.

4.6.2 Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung

4.6.2.1 Potentielle Investoren

Die Schuldverschreibungen werden an Privatanleger und / oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

4.6.2.2 Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages

Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank oder durch die Emittentin. Sollte für die jeweilige Emission eine Einbeziehung in den Freiverkehr vorgesehen sein, ist die Aufnahme des Handels vor der Einbeziehung in den Freiverkehr grundsätzlich nicht möglich.

Die Emittentin legt in den Endgültigen Bedingungen fest, ob sie unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse stellt und Schuldverschreibungen ankauft.

4.6.3 Kursfestsetzung, Verkaufskurs

Die Emittentin legt entweder an einem bestimmten Tag oder am Ende der Zeichnungsfrist einen ersten Verkaufskurs fest. Gegebenenfalls werden die Schuldverschreibungen im Anschluss daran freibleibend zum Verkauf gestellt; die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt. Die Modalitäten werden für den Einzelfall in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

4.6.4 Der Verkaufskurs wird über das Internet bekanntgegeben. Die genaue Bezugsadresse wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt. Platzierung und Emission

4.6.4.1 Platzierung

Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln bezogen werden. Sofern eine Platzierung durch ein oder mehrere zusätzliche andere Kreditinstitute erfolgt, wird dies in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.6.4.2 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die anfänglich bestellte Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln. Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Zahlstelle zu bestellen. Jede Änderung der Bestellung einer Zahlstelle wird unverzüglich durch Veröffentlichung eines Nachtrags zu der jeweiligen Emission unter Hinweisbekanntmachung im Bundesanzeiger oder in einem überregionalen Börsenpflichtblatt bekannt gegeben.

4.6.4.3 Emissionsübernahme, Platzierung durch andere Kreditinstitute

Sofern ein Vertrieb der Schuldverschreibungen durch ein oder mehrere Institute vorgesehen ist, wird dies in den Endgültigen Bedingungen ausgewiesen.

4.6.4.4 Emissionsübernahmevertrag

Soweit anwendbar, ist das Datum des Emissionsübernahmevertrages in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

4.6.5 Voraussichtliche Ausgaben des Anlegers

Im Rahmen der Emission werden die Inhaberschuldverschreibungen dem Anleger im Rahmen eines Festpreisgeschäfts überlassen. Bei dieser Vereinbarung eines festen oder bestimmbaren Preises (Festpreisgeschäft) werden für den Erwerb und die Veräußerung keine zusätzlichen Entgelte und fremden Kosten berechnet. Diese sind mit dem Festpreis abgegolten.

Werden die Inhaberschuldverschreibungen im Depot der Kreissparkasse Köln verwahrt so entstehen laufende Kosten. Informationen über die Höhe der laufenden Kosten (zum Beispiel Verwarentgelte) können Sie dem Preis- und Leistungsverzeichnis der Kreissparkasse Köln entnehmen.

4.7 Zulassung zum Handel

Die Einbeziehung bzw. die Nichteinbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf ist in den Endgültigen Bedingungen geregelt.

4.8 Märkte, auf denen Schuldverschreibungen derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind

Sofern Schuldverschreibungen derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind, wird hierauf in den Endgültigen Bedingungen hingewiesen.

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Kreissparkasse Köln, Köln (nachstehend die „Emittentin“ genannt) im Gesamtnennbetrag von ● (in Worten ●) ist eingeteilt in ● auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (nachstehend die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je ●.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Köln handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie / Reihe ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (nachstehend die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn (nachstehend die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

§ 5 Kündigungsrechte

Die Schuldverschreibungen sind sowohl für die Emittentin als auch für die Gläubiger der Schuldverschreibungen unkündbar.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung, Bankgeschäftstag

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am ● (der „Fälligkeitstag“) zurückgezahlt.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 5 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie / Reihe sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.]

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG.)

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst. Die Zinsen sind [nachträglich am ● für die Zeit vom ● bis zum ● und anschließend] jeweils nachträglich am ● eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinstermin“). Die erste Zinszahlung erfolgt am ●.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der abgelaufenen Tage einer Zinsperiode dividiert durch die Anzahl der Tage einer Zinsperiode, die mit der Anzahl der Zinstermine pro Jahr multipliziert wird (Actual/Actual gemäß ICMA)] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht.

Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht, Zinsen in Höhe des gemäß Abs. 1 vereinbarten Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[Ohne periodische Verzinsung

Periodische Zinszahlungen werden auf die Schuldverschreibungen nicht geleistet.

Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibung vorangeht, Zinsen in Höhe von [● Emissionsrendite einfügen] per annum an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)] [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) sowie evtl. weiteren von den Zinsterminen abweichende Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind jeweils nachträglich [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinsterminen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Die Kreissparkasse Köln berechnet den maßgeblichen F-Zinssatz unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Die Kreissparkasse Köln berechnet den maßgeblichen F-Zinssatz dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [zuzüglich ● %], [er beträgt mindestens ● %] [er beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der tatsächlichen Anzahl] von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 6) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 6), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagenkonvention „modified following adjusted“).

Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet an dem Tag, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibung vorangeht, Zinsen in Höhe des sich anschließenden maßgeblichen F-Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag (§ 6), ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Köln.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Muster der Endgültigen Bedingungen

Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln vom 26.09.2014 einschließlich etwaiger Nachträge zu lesen. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge kann auf der Website der Kreissparkasse Köln (<http://www.ksk-koeln.de>) eingesehen werden. Der Basisprospekt vom 26.09.2014 ist in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen, um sämtliche Angaben zu erhalten. Kopien des Prospektes werden an der Hauptstelle der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln, zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Eine Zusammenfassung für die einzelne Emission ist diesen Endgültigen Bedingungen beigelegt.

1. **[Seriennummer] / [Tranchennummer]:** ●
2. **ISIN:** ●
3. **WKN:** ●
4. **Rangfolge:** Die Schuldverschreibungen werden als [nicht nachrangige][nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

[Als nicht nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.]

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG.)

5. Zinssatz:***[(bei fester Verzinsung:)]***

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst. Die Zinsen sind [nachträglich am ● für die Zeit vom ● bis zum ● und anschließend] jeweils nachträglich am ● eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein „Zinstermin“). Die erste Zinszahlung erfolgt am ●.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der abgelaufenen Tage einer Zinsperiode dividiert durch die Anzahl der Tage einer Zinsperiode, die mit der Anzahl der Zinstermine pro Jahr multipliziert wird (Actual/Actual gemäß ICMA)] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe § 6 Anleihebedingungen) vorausgeht.

Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht, Zinsen in Höhe des vereinbarten Festzinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Periodische Zinszahlungen werden auf die Schuldverschreibungen nicht geleistet.

Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Betrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibung vorangeht, Zinsen in Höhe der Emissionsrendite an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)] [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) sowie evtl. weitere von den Zinstermen abweichende Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind jeweils nachträglich [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die europäische Zentralbank (EZB)

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich / zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis [der tatsächlichen Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360] [● evtl. andere Zinskonvention einfügen].

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die

Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet an dem Tag, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibung vorangeht, Zinsen in Höhe des sich anschließenden maßgeblichen F-Zinssatzes an. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen bleiben unberührt.]

Die vergangene und künftige Wertentwicklung des EURIBOR und seine Volatilität können unter <https://www.ksk-koeln.de/leistungen/wertpapiere/boerseninformationen/Sinvestor.a.spx> nachvollzogen werden.

- 6. Angaben zum Referenzwert:** [Die Beschreibung des Referenzwerts entfällt.]
- [EURIBOR ist die Abkürzung für European Interbank Offered Rate und bezeichnet die durchschnittlichen Zinssätze für verschiedene Laufzeiten zu denen europäische Banken einander Einlagen gewähren.]
- 7. Fälligkeitstermin;** ●
- 8. Angabe der Rendite:** [Bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung kann die Rendite zum Zeitpunkt der Emission nicht angegeben werden.]
- [Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]
- 9. Beschlüsse/ Ermächtigung/ Genehmigung :** Die Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Köln mit Sitz in Köln werden auf Grund der Genehmigung vom ● begeben.
- 10. Voraussichtlicher Emissionstermin:** ●
- 11. Angebotskonditionen:** [Nicht anwendbar]
- [Die Emittentin hat das Recht, eine Emission nicht zu begeben, sofern sich während einer Angebotsfrist das Marktumfeld oder sonstige Rahmenbedingungen der Emission so gravierend verändern, dass nach Ansicht der Emittentin die Marktgerechtigkeit des Angebots der Schuldverschreibungen nicht mehr gegeben ist.]
- [Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von ● nicht erreicht wird.]

- 12. Gesamtsumme der Emission, Stückelung:** Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ● (der „Nennbetrag“).
- 13. Öffentliches Angebot:** Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].
- 14. Angebotsfrist:** [Nicht anwendbar]
- [Die Schuldverschreibungen können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden. Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. [Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht verwendet] [● ggf. Zeichnungsverfahren definieren]] [Die Gesamtsumme, die am Ausgabetag emittiert wird, wird am Ende der Zeichnungsphase festgelegt. Die Emittentin wird die Gesamtsumme nach ihrer Festlegung im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite der Emittentin veröffentlichten.]
- 15. Beschreibung der Möglichkeiten zur Reduzierung der Zeichnungen und des Verfahrens für die Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Antragssteller:** [Nicht anwendbar]
- [Ein Zuteilungsverfahren ist nicht bestimmt.]
- [● ggf. Zuteilungsverfahren definieren]
- 16. Mindestzeichnungshöhe:** [Nicht anwendbar] [●]
- 17. Maximale Zeichnungshöhe:** [Nicht anwendbar] [●]
- 18. Mindestanlagebetrag:** [Nicht anwendbar] [●]
- 19. Preisfestsetzung:** [Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]]
- [Die Emittentin bestimmt am [●] [Ende der Zeichnungsfrist] den Ersten Verkaufskurs. Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
- [Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.]
- Der Verkaufskurs ist über die Internetadresse [●] abrufbar.
- 20. Platzierung:** Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln [sowie ● ggf. weitere Kreditinstitute nennen] bezogen werden.
- 21. Emissionsübernahme:** [Name und Anschrift der Institute, die bereit sind, eine Emission auf Grund einer bindenden Zusage zu übernehmen, oder der Institute, die bereit sind, eine Emission ohne eine bindende Zusage oder gemäß Vereinbarungen "zu den bestmöglichen Bedingungen" zu übernehmen; Hauptmerkmale; ggf. Erklärung zum nicht abgedeckten Teil; Gesamtbetrag der Übernahmeprovision und der Platzierungsprovision] [Nicht anwendbar]
- 22. Name und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren:** [Nicht anwendbar] [●]
- 23. Datum des Emissionsübernahmevertrags:** [Nicht anwendbar]
- [Der Vertrag zur Übernahme der Emission der Schuldverschreibungen, Serie / Reihe ●, wurde am ● geschlossen.]

- 24. Zulassung zum Handel:** [Die Emittentin beabsichtigt die [Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf.]]
- [Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungen in den Freiverkehr einzubeziehen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.]
- 25. Märkte, auf denen Schuldverschreibungen derselben Gattung bereits zum Handel zugelassen sind:** [Nicht anwendbar] [● ggf. Märkte angeben]
- 26. Rating:** [Nicht anwendbar]
- [● ggf. angeben, ob und wo Informationen bzgl. des emissionsspezifischen Ratings erhältlich sind]

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht 2013	F-2
Grundlagen der Geschäftstätigkeit des Konzerns	F-2
Wirtschaftsbericht	F-3
Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung des Konzerns	F-5
Darstellung und Analyse der Lage des Konzerns.....	F-9
Nachtragsbericht	F-13
Chancen- und Risikobericht	F-13
Prognosebericht.....	F-30
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013.....	F-34
Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung	F-36
Eigenkapitalspiegel	F-37
Kapitalflussrechnung.....	F-37
Konzernanhang	F-38
Grundlagen der Konzernrechnungslegung	F-38
Konsolidierungskreis	F-39
Konsolidierungsgrundsätze.....	F-39
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	F-41
Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro	F-44
Erläuterungen zur Konzernbilanz.....	F-44
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.....	F-55
Sonstige Angaben.....	F-56
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-79
Lagebericht 2013	F-80
Grundlagen der Geschäftstätigkeit	F-80
Wirtschaftsbericht	F-81
Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung	F-83
Darstellung und Analyse der Lage.....	F-87
Nachtragsbericht	F-91
Chancen- und Risikobericht	F-91
Prognosebericht.....	F-108
Jahresbilanz zu 31. Dezember 2013	F-111
Gewinn- und Verlustrechnung	F-113
Anhang.....	F-114
Grundlagen der Rechnungslegung	F-114
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	F-114
Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro	F-117
Erläuterungen zur Bilanz	F-118
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	F-130
Sonstige Angaben.....	F-131
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-149
Per Verweis in den Prospekt einbezogene Angaben	F-150

Konzernlagebericht 2013

Grundlagen der Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Kreissparkasse Köln als Muttergesellschaft des Konzerns ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Als Zweckverbandssparkasse ist sie getragen vom Rhein-Erft-Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Oberbergischen Kreis, die – zum Zweckverband vereinigt – den Träger der Sparkasse bilden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf (RSGV) und über den Regionalverband dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. in Berlin/Bonn (DSGV) angeschlossen.

Die Kreissparkasse Köln ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes an dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Dieses System stellt sicher, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Es besteht aus den satzungsrechtlich in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundenen Fonds. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns wird ganz überwiegend durch die Geschäftsaktivitäten der Sparkasse bestimmt. Ihren Aktivitäten legt die Kreissparkasse Köln eine Geschäftsstrategie zugrunde, die ihre wirtschaftliche Ausgangssituation, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen berücksichtigt und die wesentlichen geplanten geschäftlichen Aktivitäten enthält. Das Einhalten der Geschäftsstrategie wird durch den Vorstand überwacht. Die Geschäftsstrategie wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeiten sieht die Kreissparkasse Köln – ihrem öffentlichen Auftrag entsprechend – in der bedarfsgerechten Versorgung ihres Geschäftsgebietes mit Finanzdienstleistungen, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen umfassen. Hierbei wird die Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern der S-Finanzgruppe, den verschiedenen Tochtergesellschaften der Sparkasse sowie externen Kooperationspartnern intensiv genutzt. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften sind insbesondere in den Bereichen Kapitalbeteiligungen, Finanzvermittlungen und Immobilien tätig.

Die flächendeckende Präsenz ist eine der wesentlichen Grundlagen des Geschäftsmodells und ermöglicht es, die Menschen und Unternehmen in allen Regionen des Geschäftsgebietes zu erreichen. Im Geschäftsjahr 2013 hat die Sparkasse ihr Vertriebskonzept neu ausgerichtet, wobei sowohl in Beratungsqualität als auch in ein optimales Beratungsumfeld investiert wurde.

Die Sparkasse bietet heute ihr Komplettangebot an Sparkassenleistungen an deutlich mehr Standorten in der Fläche an als bisher. Die Zahl der Regional-Filialen mit Sitz der Regionaldirektionen wurde von elf auf dreißig erhöht. In diesen Regional-Filialen wurde das Leistungsspektrum spürbar ausgeweitet: Es erstreckt sich von der Privatkundenberatung über die Vermögens- und Wertpapierberatung bis hin zum bedarfsorientierten Einsatz des Private Banking einschließlich der Vermögensverwaltung und Finanzplanung; auch die Baufinanzierungsberatung, die Beratung durch Versicherungsexperten und Geschäftskundenberatung finden in den Regional-Filialen statt. Die Firmenkunden werden ganzheitlich über alle Produkte in acht Firmenkundendirektionen mit weiteren fünf ergänzenden Standorten sowie weiteren Filialen mit Firmenkundenberatung betreut. Zur Sicherstellung einer flä-

chendeckenden Absicherung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen werden an den Standorten, die durch die Zusammenlegung von Kleinstgeschäftsstellen vakant wurden, die Basis-Finanzdienstleistungen durch den Einsatz von Mobilien Filialen und ein erweitertes SB-Netz gewährleistet. Daneben wurde und wird in den konsequenten Ausbau des medialen Vertriebs investiert, der zur Unterstützung und Ergänzung des stationären Vertriebs dient.

Die Sparkasse unterstützt überdies die Kreise und Kommunen in ihrem Wirtschaftsraum als Hausbank sowie wirtschaftlicher Partner. Die gelebte Partnerschaft mit den Trägerkreisen und Kommunen konkretisiert sich u.a. in der Zusammenarbeit bei der Struktur- und Wirtschaftsförderung. So engagiert sich die Kreissparkasse Köln durch Beteiligungen an Gründer- und Technologiezentren in allen vier Trägerkreisen sowie an Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften und unterstützt den Bildungssektor, um hierdurch zu einer weiter prosperierenden Entwicklung in der Region beizutragen.

Außerdem nimmt die Förderung gemeinnütziger, gesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten einen breiten Raum ein. So engagiert sich die Kreissparkasse Köln sowohl über Spenden- und Sponsoringleistungen als auch über ihre Stiftungen bei zahlreichen gemeinwohlorientierten Förderungsaktivitäten.

Gemeinwohl- und Erfolgsorientierung werden hierbei nicht als Gegensätze angesehen. Sie bilden gemeinsam das Fundament der Geschäftsphilosophie der Kreissparkasse Köln. Der erzielte Gewinn der Sparkasse dient hierbei der Eigenkapitalbildung, um damit auch in Zukunft die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages sicherzustellen, und – unter Berücksichtigung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III – angemessener Gewinnausschüttungen an den Zweckverband.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland hat sich nach einem schwachen Winterhalbjahr 2012/2013 nach und nach verbessert. In einem global schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kehrte die deutsche Wirtschaft 2013 auf einen moderaten Wachstumspfad zurück.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt über das gesamte Jahr 2013 betrachtet um 0,4 % (Vorjahr: 0,7 %). Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wurde hierbei ausschließlich durch die Binnenwirtschaft getragen. Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein. Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Vorjahr. Gleichzeitig stiegen die Importe, maßgeblich angeregt durch die Binnennachfrage, um 1,3 %. Die Binnenkonjunktur profitierte wie schon in der Vorperiode von einer günstigen Arbeitsmarktsituation. Das hohe Beschäftigungsniveau und erwartete Einkommenszuwächse stärkten den privaten Konsum (+0,9 %). Zugleich spornten außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen sowie ein Mangel an als sicher und rentabel empfundenen Möglichkeiten der Kapitalanlage die Immobiliennachfrage an. Diesen Impulsen für den Wohnungsbau stand eine geringe Investitionstätigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Hand gegenüber. Preisbereinigt gingen die Bauinvestitionen dadurch insgesamt um 0,3 % zurück. Unternehmen und Staat zusammen investierten zudem 2,2 % weniger in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Als wichtigster Grund für die Investitionshemmnisse – insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft – gilt trotz der erreichten Beruhigung an den Finanzmärkten unverändert die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Schuldenkrise.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchsen 2013 kontinuierlich. Mit 42,0 Millionen Erwerbstätigen wurde abermals ein neuer Beschäftigungsrekord erzielt. Allerdings speiste sich der Zuwachs der Beschäftigung vor allem aus einem Anstieg des Erwerbsspersonenzpotenzials durch Zuwanderung und höhere Erwerbsneigung. Als strukturelles Arbeitsmarktproblem erweist sich zunehmend, dass berufliche Qualifikation und begrenzte räumliche Mobilität der Arbeitslosen nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passen. Durchschnittlich lag die Arbeitslosenquote 2013 mit 6,8 % leicht über dem Vorjahr. Ein höheres Beitragsaufkommen der sozialen Sicherungssysteme und gestiegene Steuereinnahmen verbesserten 2013 weiter die Kassenlage von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt wies Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. Der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland reduzierte sich im Jahresdurchschnitt auf 1,5 % (Vorjahr: +2,0 %).

Für die Region Köln/Bonn konstatieren die Industrie- und Handelskammern in Köln und Bonn für 2013 eine gute Entwicklung. Nach einem auch hier eher verhaltenen Start in das Berichtsjahr hat sich das Wachstum im weiteren Jahresverlauf stabilisiert. Die konjunkturelle Lage in der Region wurde in den vergangenen zwölf Monaten ebenfalls maßgeblich von der robusten Binnennachfrage und weniger von der Investitionstätigkeit gestützt. Auf Basis eines soliden, wenn auch verhaltenen Wachstums blicken viele Unternehmen mit Zuversicht in die Zukunft, so etwa in der Chemie- und Pharmaindustrie, dem Fahrzeugbau, der Gummi- und Kunststoffindustrie oder dem Dienstleistungssektor. Insgesamt mehren sich offenbar die Anzeichen für eine zunehmende Wachstumsdynamik. Auf kommunaler Ebene schränkte eine oft hohe Verschuldung die Handlungsspielräume der Kommunen weiter ein. Entsprechend gingen von den kommunalen Investitionen 2013 keine Impulse aus. Mit Ausnahme des Oberbergischen Kreises, bei dem die Arbeitslosenquote im Vergleich Dezember 2013 zu 2012 gleich blieb, nahm die Arbeitslosigkeit im Trägergebiet marginal zu. Die Quoten blieben jedoch in allen vier Trägerkreisen unter dem Vergleichswert auf Landesebene und waren, abgesehen von einer Ausnahme, auch geringer als die Arbeitslosenquote im Bund.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Herausforderungen für die Kreditwirtschaft durch die verhaltene Konjunktur, den zunehmenden Wettbewerb und das inzwischen erreichte hohe Maß an Regulierung blieben auch 2013 unvermindert bestehen.

Die führenden Notenbanken hielten an ihrer expansiven Geldpolitik zur Stabilisierung der Märkte und zur Stimulierung des globalen Wirtschaftswachstums während des ganzen Jahres fest. In diesem Rahmen senkte die Europäische Zentralbank u.a. ihren wichtigsten Leitzins in zwei Teilschritten auf das Rekordtief von 0,25 %.

Aufgrund der im Vergleich zur Inflationsrate geringen Renditen sinkt erkennbar die Sparbereitschaft. Statt gebotener finanzieller Vorsorge für das Alter wächst angesichts inflationsbedrohter Geldvermögen die Konsumbereitschaft. Zugleich haben viele Kunden den Wunsch, sich das niedrige Zinsniveau langfristig für den Immobilienerwerb zu sichern. Ein Spagat, der für die Kreditwirtschaft angesichts einer von der EU-Bankenaufsicht verstärkt geforderten fristenkongruenten Refinanzierung nur schwer zu meistern ist. Neben der aus der aktuellen Zinssituation resultierenden geringen Zinsspanne führt außerdem ein zunehmender Preiswettbewerb durch neue Vertriebswege und zusätzliche Marktteilnehmer zu stetig wachsendem Ertragsdruck im Kreditgewerbe. Dem stehen infolge der Finanzmarkt- und Schuldenkrise höhere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Institute gegenüber. Hinzu kommen Forderungen an die Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Bankenrettungsfonds und zur Schaffung einer grenzübergreifenden Einlagensicherung in den EU-Staaten. Restriktionen in der Anlageberatung, Diskussionen um ein europäisches Sparkonto zur Unternehmensfinanzierung – die Liste regulatorischer Eingriffe des Staates oder der EU wird stetig länger und verunsichert oft sogar die Kunden, wie das bei vielen deutschen Kreditinstituten erkennbar geschrumpfte Wertpapiergeschäft zeigt. Banken und Sparkassen reagierten auf diese Entwicklung auch 2013 durch Anpassungen der Geschäfts-

politik sowie Neustrukturierung im Vertrieb, und auch ein Personalabbau scheint bei einigen Häusern nicht mehr generell ausgeklammert zu werden.

Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung des Konzerns

Geschäftsvolumen und Konzernbilanzsumme

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die Kreissparkasse Köln geprägt.

Geschäftsvolumen und Konzernbilanzsumme	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Geschäftsvolumen	24.051,5	24.342,2	-290,7	-1,2
Konzernbilanzsumme	23.701,9	23.979,1	-277,2	-1,2

Das Geschäftsjahr 2013 stand im Zeichen der Neuausrichtung des Vertriebskonzeptes der Sparkasse, das die Bedürfnisse der Kunden nach qualifizierter Beratung an mehr Orten wie auch über Online-Kanäle in den Mittelpunkt stellt.

Der Konzern Kreissparkasse Köln konnte so seine Marktposition in dem eingangs beschriebenen wirtschaftlichen Umfeld sowie vor dem Hintergrund eines anhaltenden starken Wettbewerbs erfolgreich behaupten. Das Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals ausgebaut werden. Bei den bilanzwirksamen Kundeneinlagen waren trotz der gesunkenen Sparneigung, des intensiven Wettbewerbs sowie der andauernden Niedrigzinsphase insgesamt leichte Mittelzuflüsse zu verzeichnen.

Das Geschäftsvolumen (Konzernbilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) verringerte sich um 290,7 Mio. Euro auf 24.051,5 Mio. Euro. Die Konzernbilanzsumme ging um 277,2 Mio. Euro auf 23.701,9 Mio. Euro zurück. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Sparkasse den Bestand der Eigenanlagen im Jahresverlauf beträchtlich abgebaut hat. Diese Mittel wurden zu einem großen Teil dazu verwendet, Refinanzierungen zurückzuführen.

Insgesamt ist die Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der dargestellten Rahmenbedingungen im abgelaufenen Geschäftsjahr als zufriedenstellend einzustufen.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Forderungen an Kunden	19.221,0	18.992,9	228,1	1,2
Eventualverbindlichkeiten	349,6	363,1	-13,5	-3,7
Gesamt	19.570,6	19.356,0	214,6	1,1

Das Kreditvolumen des Konzerns Kreissparkasse Köln (Forderungen an Kunden und Eventualverbindlichkeiten) konnte um 214,6 Mio. Euro auf 19.570,6 Mio. Euro gesteigert werden. Bestandszuwächse waren bei Privatkunden und öffentlichen Haushalten zu verzeichnen, wohingegen die Kreditbestände der Firmenkunden leicht rückläufig waren. Die Entwicklung im Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr ist insgesamt als zufriedenstellend einzustufen, wenngleich das Wachstum des Kreditvolumens hinter den Erwartungen zurückblieb.

Das Zusagevolumen im gesamten Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 7,1 % gesteigert werden und entsprach damit den Erwartungen.

Die Kreditnachfrage wurde hierbei wie in den Vorjahren maßgeblich durch das Firmenkundengeschäft geprägt. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus war weiterhin eine starke Präferenz hin zu langfristigen Finanzierungen zu verzeichnen. Parallel zur weiterhin lebhaften Kreditnachfrage nutzten Firmenkunden freie Mittel, um neben planmäßigen Rück-

fürungen in beträchtlichem Maße Sondertilgungen zu leisten. Daneben war im kurzfristigen Bereich eine verstärkte Rückführung von Kontokorrentkrediten zu beobachten. Insgesamt war somit ein leichter Rückgang des Kreditvolumens im Firmenkundengeschäft zu verzeichnen.

Im stark umkämpften Marktsegment der privaten Wohnungsbaufinanzierung haben die Neubewilligungen im Vergleich zum Vorjahr erneut zugelegt. Die positive Entwicklung der letzten Jahre konnte somit fortgesetzt werden. Diese Gelder wurden vornehmlich für den Erwerb von Bestandsimmobilien verwendet. Obgleich die Kunden aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wie in den Vorjahren freie Liquidität nutzten, um in beträchtlichem Umfang Sondertilgungen zu leisten, waren im Privatkundengeschäft insgesamt moderate Bestandszuwächse festzustellen.

Im Kommunkundenkreditgeschäft hat sich das Kreditvolumen weiter erhöht. Hierbei wurden insbesondere kurzfristige Kredite, aber auch langfristige Finanzierungen nachgefragt. Die Bestände bei mittelfristigen Krediten waren hingegen rückläufig.

Das Kreditvolumen, bezogen auf die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln, verteilt sich schwerpunktmäßig mit 49 % auf Unternehmen und Selbstständige (Vorjahr: 50 %) und mit 38 % auf Privatkunden (Vorjahr: 38 %). Die übrigen Ausleihungen entfallen mit 12 % (Vorjahr: 11 %) auf öffentliche Haushalte (ohne kommunal verbürgte Finanzierungen) sowie mit 1 % auf sonstige Kreditnehmer (Vorjahr: 1 %). Die Ausleihungen der vollkonsolidierten Tochterunternehmen machen 0,05 % (Vorjahr: 0,1 %) des Kreditvolumens des Konzerns Kreissparkasse Köln aus.

Eigenanlagen

Die Eigenanlagen umfassen die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Positionen Aktiva 5, 6 und 6a. Der Bestand wurde insgesamt um 17,7 % auf 2.179,5 Mio. Euro abgebaut. Im Geschäftsjahr 2013 wurden Verbriefungstransaktionen in Form von Schuldverschreibungen mit Buchwerten von 14,5 Mio. Euro vom Anlage- in das Umlaufvermögen (Liquiditätsreserve) umgewidmet. Zum Bilanzstichtag befinden sich keine Wertpapiere des Anlagevermögens mehr im Bestand.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere verringerten sich um 17,9 % auf 1.930,8 Mio. Euro. Diese Bestände dienen vornehmlich der Liquiditätssteuerung.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde um 16,2 % auf 248,7 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang resultiert aus der Auflösung eines Spezialfonds des Anlagevermögens.

Der Konzern Kreissparkasse Köln hält zum Bilanzstichtag direkt bzw. indirekt lediglich geringe Bestände an Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten (einschließlich Staatsanleihen) des Euro-Währungsraums. Diese sind in Relation zum Gesamtbestand der Eigenanlagen von untergeordneter Bedeutung. Weitergehende Erläuterungen sind in den Abschnitten „Ertragslage“ und „Chancen- und Risikobericht“ enthalten.

Konzernanteilsbesitz

Der unter den Beteiligungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesene Anteilsbesitz des Konzerns Kreissparkasse Köln reduzierte sich um 11,2 % auf 314,0 Mio. Euro. Ursächlich war insbesondere die Abschreibung einer Verbundbeteiligung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Einlagengeschäft

Einlagenbestände	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.608,9	16.343,5	265,4	1,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.221,7	2.092,3	129,4	6,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	186,2	218,0	-31,8	-14,6
Genussrechtskapital	17,2	25,3	-8,1	-32,0
Gesamt	19.034,0	18.679,1	354,9	1,9

Die gesamten Einlagenbestände erhöhten sich um 354,9 Mio. Euro auf 19.034,0 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert fast ausschließlich aus der Zunahme der bei Kreditinstituten platzierten hauseigenen Emissionen, wohingegen die Einlagenbestände im Kundengeschäft nur leicht gestiegen waren. Die Entwicklung im Kundeneinlagengeschäft blieb insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

Wie in den Vorjahren war bei den Kunden eine deutliche Liquiditätspräferenz zu erkennen. Bei Produkten mit Laufzeiten über einem Jahr waren sie weiterhin eher zurückhaltend.

Einlagenbestände nach Produkten	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Spareinlagen	5.678,9	5.647,7	31,2	0,6
Hauseigene Emissionen	4.271,8	4.207,2	64,6	1,5
Sichteinlagen	5.134,6	4.629,7	504,9	10,9
Geldmarktkonten	2.908,5	2.628,6	279,9	10,6
Befristete Einlagen	1.040,2	1.565,9	-525,7	-33,6
Gesamt	19.034,0	18.679,1	354,9	1,9
Davon: Hauseigene Emissionen bei Kreditinstituten	1.733,1	1.392,1	341,0	24,5

Die Spareinlagen als wichtigste Refinanzierungsquelle der Sparkasse wiesen einen leichten Anstieg um 31,2 Mio. Euro auf 5.678,9 Mio. Euro auf. Zuflüsse waren vor allem in den Beständen des S-ZinsPlus sowie bei den normalverzinslichen Spareinlagen zu verzeichnen, wohingegen die Bestände des S-Zuwachssparens, der bonifizierten Spareinlagen sowie des S-ExtraSparens rückläufig waren.

Die befristeten Einlagen, die die Termineinlagen von Kunden und Institutionellen beinhalten, verringerten sich deutlich um 525,7 Mio. Euro auf 1.040,2 Mio. Euro. Bestandsrückgänge waren in allen Kundengruppen festzustellen, wobei die größten Abflüsse auf Firmenkunden entfielen.

Der Bestand an hauseigenen Emissionen (Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kapitalbriefe und Genussrechtskapital) erhöhte sich per saldo um 64,6 Mio. Euro auf 4.271,8 Mio. Euro. Auf der einen Seite wurden die Refinanzierungen bei Kreditinstituten durch die Ausgabe von Hypothekendarlehen signifikant aufgestockt. Auf der anderen Seite waren stark rückläufige Bestände der an Privat- und Geschäftskunden ausgegebenen Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen zu verzeichnen.

Der Bestand an Sichteinlagen und Geldmarktkonten erhöhte sich um 784,8 Mio. Euro auf 8.043,1 Mio. Euro. Mittelzuflüsse gab es in allen Kundengruppen, wobei die größten Bestandszuwächse bei Privatkunden zu beobachten waren.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund des Abbaus von kurzfristigen Liquiditätspositionen um 4,3 % auf 1.209,8 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 15,3 % auf 2.691,7 Mio. Euro. Im Berichtsjahr wurden insbesondere Refinanzierungen in Form von langfristigen Sparkassenbriefen bei anderen Kreditinstituten und Offenmarktgeschäften in beträchtlicher

Höhe planmäßig zurückgeführt. Die Rückgänge wurden durch die Ausgabe langfristiger Namenspfandbriefe sowie durch höhere laufende Verbindlichkeiten bei der eigenen Girozentrale zum Bilanzstichtag teilweise kompensiert.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Obwohl die Kurse an den Börsen 2013 neue Höchstmarken erreichten, zeigte sich das Wertpapierkommissionsgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin verhalten. Zwar belebte sich das hauseigene Wertpapiergeschäft im Vergleich zum Vorjahr, blieb aber gemessen an den Wertpapierumsätzen merklich hinter dem Niveau aus der Zeit vor der Finanz- und Staatsschuldenkrise zurück.

Der Nettoabsatz (Ankäufe abzüglich Verkäufe und Fälligkeiten) verzeichnete einen Rückgang auf -291,7 Mio. Euro (Vorjahr: -196,8 Mio. Euro). Die im Kundenauftrag abgewickelten Umsätze erhöhten sich um 3,5 % auf 4,0 Mrd. Euro, wodurch die Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft gegenüber dem Vorjahresniveau leicht gestiegen sind.

Die Entwicklung des Wertpapierkommissionsgeschäftes blieb somit im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

Darstellung und Analyse der Lage des Konzerns

Ertragslage

Der Konzernjahresüberschuss verringerte sich leicht um 1,2 Mio. Euro auf 50,2 Mio. Euro. Wie in den Vorjahren wurde das Konzernjahresergebnis von verschiedenen gegenläufigen Effekten beeinflusst.

Der Bruttoertrag konnte aufgrund eines verbesserten Zinsergebnisses und eines im Vergleich zum Vorjahr positiven Saldos der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen um 24,6 Mio. Euro auf 610,5 Mio. Euro gesteigert werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Letzterer im Vorjahr maßgeblich durch eine Sonderumlage, die durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband erhoben worden war, belastet wurde.

Das Ergebnis vor Bewertung erhöhte sich um 12,8 Mio. Euro auf 191,7 Mio. Euro. Neben den zuvor beschriebenen Effekten wirkten sich hier insbesondere gestiegene Personalaufwendungen aus.

Das Ergebnis nach Bewertung verringerte sich aufgrund eines insgesamt gestiegenen Bewertungsaufwandes um 5,5 Mio. Euro auf 104,0 Mio. Euro. Das Bewertungsergebnis war maßgeblich durch die Abschreibung auf eine Verbundbeteiligung geprägt.

Insgesamt konnte der Konzern Kreissparkasse Köln im abgelaufenen Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern-GuV) erzielen.

Ertragslage		2013 Mio. Euro	2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
	Zinsergebnis (GuV 1 bis GuV 3 sowie GuV 5)	468,9	455,7	13,2	2,9
+	Erträge aus assoziierten Unternehmen (GuV 4)	0,0	0,0	0,0	0,0
+	Provisionsüberschuss (GuV 6 ./ GuV 7)	135,4	134,9	0,5	0,4
+	Nettoertrag des Handelsbestands (GuV 8)	2,9	4,2	-1,3	-31,0
+	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (GuV 9 ./ GuV 12)	3,3	-8,9	12,2	> 100,0
=	Bruttoertrag	610,5	585,9	24,6	4,2
./	Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 und GuV 11)	418,8	407,0	11,8	2,9
=	Ergebnis vor Bewertung	191,7	178,9	12,8	7,2
./	Bewertungsergebnis (GuV 13, GuV 15 und GuV 18)	87,7	69,4	18,3	26,4
=	Ergebnis nach Bewertung	104,0	109,5	-5,5	-5,0
./	Außerordentliche Aufwendungen (Übergangseffekte aus Erstanwendung BilMoG, GuV 21)	1,0	1,0	0,0	0,0
=	Ergebnis vor Steuern	103,0	108,5	-5,5	-5,1
./	Steueraufwand (GuV 23 und GuV 24)	52,8	57,1	-4,3	-7,5
=	Konzernjahresüberschuss	50,2	51,4	-1,2	-2,3

Das Zinsergebnis (einschließlich der GuV-Posten 3 und 5) verbesserte sich trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase bei weiterhin zunehmender Wettbewerbsintensität um 2,9 % auf 468,9 Mio. Euro und lag damit deutlich über den Erwartungen. Mit einem Anteil von 76,8 % am Bruttoertrag (Vorjahr: 77,8 %) bleibt das Zinsergebnis weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle.

Der Provisionsüberschuss (GuV-Posten 6 und 7) erhöhte sich leicht um 0,5 Mio. Euro auf 135,4 Mio. Euro und lag damit unter den Erwartungen. Insgesamt macht der Provisionsüberschuss 22,2 % des Bruttoertrages aus (Vorjahr: 23,0 %).

Der Nettoertrag des Handelsbestands (GuV-Posten 8) verringerte sich um 1,3 Mio. Euro auf 2,9 Mio. Euro und fiel damit niedriger aus als geplant.

Verwaltungsaufwendungen		2013	2012	Veränderung	Veränderung
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
	Personalaufwand (GuV 10a)	261,4	248,1	13,3	5,4
+	Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	138,5	140,2	-1,7	-1,2
=	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10)	399,9	388,3	11,6	3,0
+	Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	18,9	18,7	0,2	1,1
=	Gesamt	418,8	407,0	11,8	2,9

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 11,8 Mio. Euro auf 418,8 Mio. Euro.

Die darin enthaltenen Personalaufwendungen sind im Wesentlichen bedingt durch die Tarifierhöhungen sowie aufgrund von Aufwendungen für Vorruhestandsregelungen um 13,3 Mio. Euro auf 261,4 Mio. Euro gestiegen und lagen damit über den Erwartungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich aufgrund eines weiterhin effizienten Kostenmanagements leicht um 1,7 Mio. Euro auf 138,5 Mio. Euro und lagen damit unter den Planwerten. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV-Posten 11) belaufen sich auf 18,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18,7 Mio. Euro). Die Relation der Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10 und 11) zum Bruttoertrag verringerte sich auf 68,6 % (Vorjahr: 69,5 %).

Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen (GuV-Posten 9 abzüglich GuV-Posten 12) beläuft sich auf 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: -8,9 Mio. Euro). Im Vorjahr hatte der Rheinische Sparkassen- und Giroverband zur Deckung der Verbandskosten eine Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erhoben. Auf die Kreissparkasse Köln entfiel anteilig ein Betrag in Höhe von 14,7 Mio. Euro, der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter GuV-Posten 12 ausgewiesen wurde. Im Berichtsjahr enthalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) als wesentlichen Einzelbetrag Aufwendungen in Höhe von 9,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für Aufwendungsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö.K. aus einer Verbundbeteiligung.

Bei der Bewertung und Bilanzierung der Eigenanlagen wurde besonderes Augenmerk auf die Bewertungsgrundlage gelegt. Infolge des Fehlens aktiver Märkte wurden überwiegend indikative Kurse herangezogen. Darüber hinaus erfolgte die Bewertung in verschiedenen Fällen mit Hilfe von internen Bewertungsmodellen. Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist hierbei mit Ermessensentscheidungen verbunden. Trotz sachgerechter Ermessensausübung kann dies im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Die Vorgehensweise bei der Bewertung der Wertpapierbestände ist im Konzernanhang ausführlich dargestellt.

Bewertungsergebnis		2013	2012	Veränderung	Veränderung
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
	Bewertungsergebnis Kredite und Wertpapiere der Liquiditätsreserve (GuV 13)	31,9	19,5	12,4	63,6
+	Sonstiges Bewertungsergebnis (GuV 15)	24,5	13,7	10,8	78,8
+	Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	31,3	36,2	-4,9	-13,5
=	Gesamt	87,7	69,4	18,3	26,4

Das Bewertungsergebnis ist um 18,3 Mio. Euro auf 87,7 Mio. Euro angestiegen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV-Posten 13) erhöhten sich um 12,4 Mio. Euro auf 31,9 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert aus den Bewertungsaufwendungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve infolge der Entwicklungen an den Zins- und Aktienmärkten (Vorjahr: positives Bewertungsergebnis). Der Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen hat sich aufgrund des stabilen konjunkturellen Umfeldes, verbunden mit einem aktiven Risikomanagement, gegenüber dem historischen Tiefststand des Vorjahres nochmals verringert. Der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft fiel somit deutlich niedriger aus als geplant.

Das sonstige Bewertungsergebnis (GuV-Posten 15) verzeichnete einen Anstieg von 10,8 Mio. Euro auf 24,5 Mio. Euro. Das Ergebnis selbst beruht maßgeblich auf einer erneuten Abschreibung einer Verbundbeteiligung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert, die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher ausfiel. Dieser Effekt wurde teilweise durch Nettoerträge aus dem Abgang der Wertpapiere des Anlagevermögens kompensiert. Diese resultieren im Wesentlichen aus Gewinnen aus der Auflösung eines Spezialfonds.

Aus den Wertpapieren der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens ergaben sich insgesamt leicht positive Effekte auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Das Bewertungsergebnis der eigenen Wertpapiere fiel deutlich besser aus als erwartet.

Als Folge der im Jahr 2009 beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG hat die Sparkasse für das Geschäftsjahr 2013 eine Vorsorge in Höhe von 11,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,8 Mio. Euro) durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Weitergehende Erläuterungen sind im Konzernanhang ausführlich dargestellt. Daneben wurde dem Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestands in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) zugeführt. Des Weiteren wurden im Hinblick auf die höheren Eigenkapitalanforderungen nach Basel III weitere Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen. Insgesamt ergibt sich eine Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken von 31,3 Mio. Euro (Vorjahr: 36,2 Mio. Euro).

Die außerordentlichen Aufwendungen (GuV-Posten 21) betragen wie im Vorjahr 1,0 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich um den Zuführungsbetrag zu den unmittelbaren Pensionsrückstellungen aus der Erstanwendung des BilMoG, der in Ausübung des Übergangswahlrechtes gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren verteilt wird.

Im Geschäftsjahr betrug der Steueraufwand (GuV-Posten 23 und 24) 52,8 Mio. Euro (Vorjahr: 57,1 Mio. Euro). Die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV-Posten 23) verringerten sich um 4,4 Mio. Euro auf 51,9 Mio. Euro. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus deutlich geringeren Nachzahlungen für Vorjahre.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Lageberichtes entscheidet der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Einzelabschluss der Sparkasse in Höhe von 54,5 Mio. Euro. Der Konzernjahresüberschuss beläuft sich auf 50,2 Mio. Euro.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernlageberichtes verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Sicherheitsrücklage beträgt 1.418,6 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Konzernbilanzgewinn von 50,2 Mio. Euro erzielt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB mit 162,2 Mio. Euro ausgewiesen. Hiervon entfallen 55,6 Mio. Euro auf die Vorsorge für die Risiken einer Inanspruchnahme im Zusammenhang mit den indirekten Verpflichtungen gegenüber der Ersten Abwicklungsanstalt sowie 1,6 Mio. Euro auf den Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB. Ergänzend verfügt die Institutsgruppe Kreissparkasse Köln über weitere Eigenkapitalbestandteile.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel der Institutsgruppe Kreissparkasse Köln bezogen auf die gewichtete Risikoposition, bestehend aus dem Adressenrisiko, dem Marktrisiko und dem operationellen Risiko, überschreitet per 31.12.2013 mit einer Gesamtkennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) von 12,9 % (Vorjahr: 12,2 %) deutlich die von der Bankenaufsicht vorgeschriebene Mindestnorm von 8 %.

Die höheren Eigenkapitalanforderungen, die sich aus den neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III ergeben, werden auf aktueller Basis von der Institutsgruppe Kreissparkasse Köln bereits erfüllt.

Mit einer harten Kernkapitalquote von 10,9 % werden sowohl die Kernkapitalquote von 6 % als auch die Gesamtquote von 8 % übererfüllt.

Die größten Einzelpositionen auf der Aktivseite der Konzernbilanz stellen mit 81 % die Forderungen an Kunden sowie mit 9 % die Eigenanlagen dar. Auf der Passivseite der Konzernbilanz dominieren mit 70 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 11 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für die Adressenausfallrisiken des Konzerns ist angemessen Vorsorge getroffen. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch entsprechende Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Bewertung der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Zahlungsbereitschaft der Kreissparkasse Köln war jederzeit gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Weitergehende Erläuterungen zur Steuerung von Liquiditätsrisiken und zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht enthält der Risikobericht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personal- und Sozialbereich

Ende 2013 beschäftigte der Konzern Kreissparkasse Köln 4.342 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten betrug 1.271. Mit 451 Auszubildenden wird eine unverändert hohe Ausbildungsquote ausgewiesen. Diese wird maßgeblich durch die Kreissparkasse Köln bestimmt. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten der Kreissparkasse Köln beträgt 20 Jahre und das Durchschnittsalter 43 Jahre. 35 % der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder einem Abschluss zum Sparkassenbetriebswirt eine höhere Qualifizierung auf.

Förderengagement

Unter dem Motto „In der Region – für die Region“ ist die Kreissparkasse Köln bestrebt, alle Bürger an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen.

Das Engagement der Sparkasse ist hierbei breitgefächert. Die Kreissparkasse Köln ist beispielsweise Träger von insgesamt dreizehn Stiftungen. Ihre Tätigkeit deckt das gesamte Spektrum gemeinnütziger Förderzwecke in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Jugendförderung, Natur- und Umweltschutz und Sport ab.

Im Geschäftsjahr 2013 konnten insgesamt 5,7 Mio. Euro für gemeinnützige Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die finanziellen Zuwendungen aus eigenen Mitteln, dem PS-Zweckertrag und Ausschüttungen der Stiftungen flossen in über 3.000 soziale, kulturelle und bildungsorientierte Projekte wie auch umweltbezogene Maßnahmen und Sportaktivitäten bis hin zur Unterstützung von Aufgaben wie der Schuldnerberatung.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken des Konzerns werden maßgeblich durch die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln bestimmt. Somit beziehen sich die Angaben innerhalb des Chancen- und Risikoberichtes grundsätzlich auf den Einzelabschluss der Kreissparkasse Köln.

Innerhalb des Risikomanagementsystems der Kreissparkasse Köln werden bei der Risikomessung konzernrelevante Sachverhalte im Wege des Durchschauprinzips berücksichtigt. Im Rahmen der Messung von Beteiligungsrisiken wird hierbei auf die einzelnen Zielbeteiligungen und nicht auf die vollkonsolidierten Tochterunternehmen abgestellt.

Risikomanagement

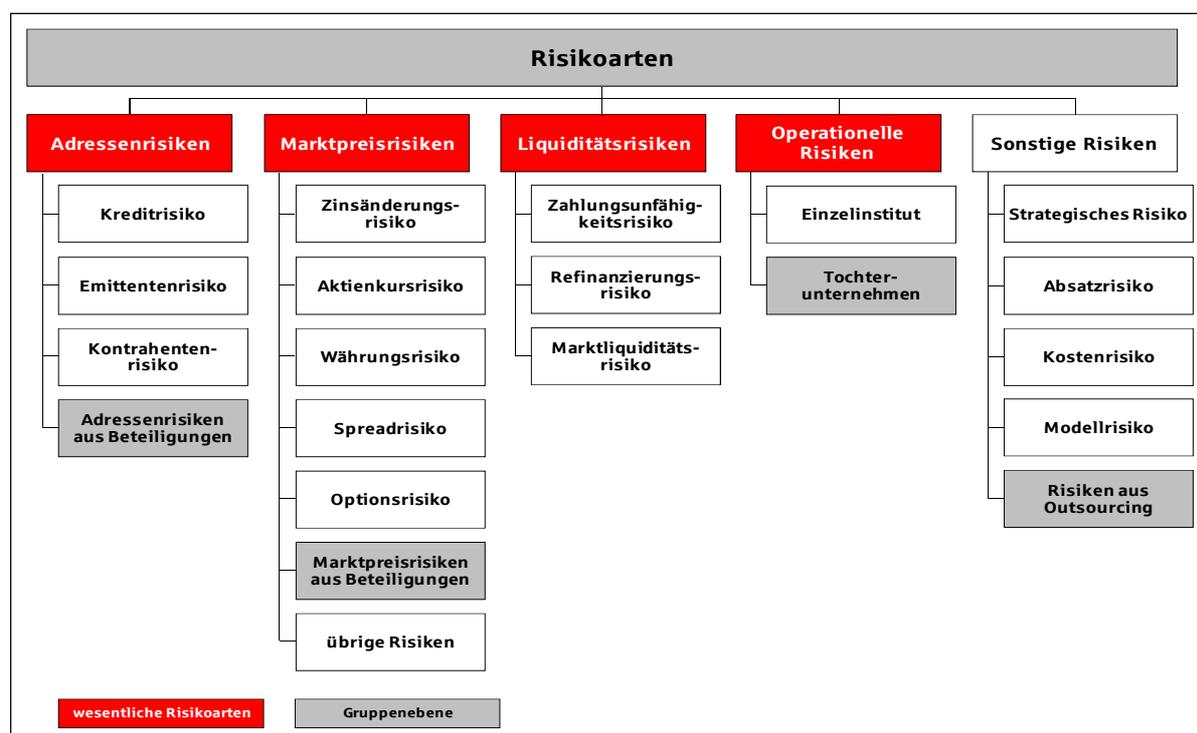
Grundlagen

Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Sparkasse beruhen auf der laufenden Beurteilung des Verhältnisses von erzielbarer Rendite und einzugehenden Risiken unter konsequenter Sicherung der Risikotragfähigkeit. Daher sind die Identifikation und die exakte Messung aller wesentlichen Risiken Grundlagen ihres Risikomanagementsystems. Die Methoden zur Steuerung der Gesamtrisiken entsprechen dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte. Mit ihrem Risikomanagementsystem erfüllt die Kreissparkasse Köln die gesetzlichen Anforderungen, insbesondere werden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten (MaRisk) beachtet.

Als Risiko bezeichnet die Sparkasse die Gefahr eines Verlustes oder Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete Entwicklung. Sie steuert die Risiken auf der Grundlage einer aus der Geschäftsstrategie, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, konsistent abgeleiteten Risikostrategie.

Die Risikostrategie beschreibt die Ziele der Sparkasse im Rahmen des Risikomanagements und die Strukturen, die sie zu diesem Zweck implementiert hat. Für die wesentlichen Risikoarten hat der Vorstand darüber hinaus individuelle Teilstrategien in Kraft gesetzt. Das Strategiesystem aus Geschäfts- und Risikostrategie sowie Teilstrategien je Risikoart wird jährlich vom Vorstand überprüft, gegebenenfalls angepasst und mit dem Risikoausschuss des Verwaltungsrates erörtert.

Die Risikoarten (Gesamtrisikoprofil) sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse die Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken identifiziert. Diesen Risikoarten wird im Rahmen der Risikosteuerung besondere Bedeutung beigemessen, da aus ihnen eine unmittelbare und kurzfristige Bedrohung für die Existenz oder die Ertragskraft der Sparkasse resultieren könnte. Das Gesamtrisikoprofil wird turnusmäßig im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft und gegebenenfalls angepasst.



Die Risikoarten werden in der Risikosteuerung auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Die quantifizierbaren Risikoarten (Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Spreadrisiko, Refinanzierung als Teil des Liquiditätsrisikos, Absatz- und Kostenrisiken) werden in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufgenommen, während die nicht quantifizierbaren Risikoarten durch Gestaltung der Prozesse oder durch zusätzliche Kennziffern neben der Risikotragfähigkeit gemanagt werden (strategische Risiken, allgemeines Liquiditätsrisiko, Modellrisiken, Risiken aus Outsourcing). Die Aggregation der für die einzelnen Risikoarten ermittelten Risiken zum Gesamtrisiko erfolgt konservativ ohne die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten (Inter-Risikokonzentrationen).

Intra-Risikokonzentrationen sollen so weit wie möglich vermieden bzw. verringert werden. Im Bereich der Adressenrisiken sollen bestehende Konzentrationen in Form von individuellen Großengagements mit Hilfe von Engagementstrategien abgebaut werden. Branchenkonzentrationen werden untersucht und überwacht. Risikokonzentrationen im Bereich der Eigenanlagen werden durch gezielte Diversifikationsstrategien hinsichtlich der Emittentenauswahl verhindert. Zur Minimierung möglicher Konzentrationen im Bereich des Zinsrisikos wird eine gleichmäßige Ablaufstruktur angestrebt.

Darüber hinaus werden Intra-Risikokonzentrationen, soweit möglich und sinnvoll, im Rahmen der Risikomessung berücksichtigt. So werden beispielsweise im Rahmen des Ad-

ressenrisikomodells Credit Portfolio View (CPV) Risikokonzentrationen aus Branchen- und Größenkonzentrationen abgebildet.

Organisation

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand, von dem alle wesentlichen Beschlüsse im Rahmen des Risikomanagements getroffen werden. Die zur Steuerung notwendigen Informationen über die Risikosituation des Hauses erhält der Vorstand von den marktunabhängigen Bereichen Risikocontrolling und Kredit-Risiko-Steuerung.

Der Vorstand informiert den Verwaltungsrat regelmäßig über die Risikosituation der Sparkasse, wobei die detaillierte Berichterstattung an den vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss gerichtet ist. Der Vorsitzende des Risikoausschusses informiert anschließend den gesamten Verwaltungsrat.

Maßnahmenvorschläge zur Steuerung bestimmter Risikoarten werden dem Vorstand auch durch zu seiner Unterstützung eingesetzte Ausschüsse vorgelegt. Dabei befassen sich der Bilanzstrukturausschuss mit Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung, das Kreditkomitee mit Adressenrisikosteuerung und der OpRisk-Ausschuss mit der Steuerung von operationellen Risiken. Das Gremium für neue Produkte koordiniert den Neue-Produkte-Prozess, bei dem alle mit einer Produkteinführung verbundenen Risiken und Veränderungen der Prozessabläufe analysiert werden. In den Ausschüssen sind jeweils Markt- und Überwachungsbereiche vertreten.

Auf Basis einer Risikoanalyse ist die Sparkasse zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anforderungen für bedeutende Institute gemäß der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Instituts-Vergütungsverordnung) von ihr nicht anzuwenden sind. Insbesondere hat sie auch auf die Einsetzung eines Vergütungsausschusses verzichtet.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner System- und Funktionsprüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Für alle zeitkritischen Aktivitäten und Prozesse werden bei der Kreissparkasse Köln Notfallkonzepte erarbeitet und in einem Notfallhandbuch dokumentiert.

Risikotragfähigkeit

Bestimmung der Risikotragfähigkeit

Zur Begrenzung und Steuerung der Risiken hat die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept verabschiedet, das durch Gegenüberstellung von Risiken und Risikodeckungspotenzial die laufende Risikotragfähigkeit sichert. Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt sowohl die Wirkung der Risiken im laufenden Geschäftsjahr (GuV-Ebene) als auch die durch Risikoeintritt mögliche Barwertveränderung des Bestandsvermögens auf Jahressicht (Vermögensebene). Das Konfidenzniveau der den Limiten gegenübergestellten Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Der aus den Vorschriften der SolV abgeleitete notwendige Anteil des Risikodeckungspotenzials für die Fortführung der Sparkasse wird nicht zur Risikonahme verwendet. Diese Leitlinie zur Bestimmung des „einsetzbaren Risikodeckungspotenzials“ stellt sicher, dass der Sparkasse auch bei Eintritt der Risiken genügend Eigenmittel zur Unterlegung der Risikopositionen verbleiben (Going-Concern-Ansatz). Welcher Teil des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials tatsächlich zur Limitierung freigegeben wird („eingesetztes Risikodeckungspotenzial“), wird jährlich im Kontext der operativen Planung vom Vorstand festgelegt.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial im jahresbezogenen Verlustlimitsystem auf GuV-Ebene besteht im Wesentlichen aus dem Gewinn vor Steuern, den Vorsorgereserven und

Teilen der Sicherheitsrücklage. Für die Risikoberechnung wird das Restjahr als Haltedauer zugrunde gelegt (Ausnahme: Marktpreisrisiken Handelsbuch mit Haltedauer 10 Tage), wobei bereits eingetretene Abweichungen zur Planung berücksichtigt werden. Jeweils ab dem 30. Juni des laufenden Jahres wird eine Risikotragfähigkeitsbetrachtung über den Bilanzstichtag hinaus mit Haltedauer bis zum 31.12. des Folgejahres durchgeführt.

Zur Sicherung eines Mindestgewinnes durch rechtzeitige Risikoreduktion wird ergänzend täglich das sogenannte Gewinnrisikolimit überwacht, dessen Risikodeckungspotenzial im Wesentlichen aus dem Gewinn vor Steuern und den Vorsorgereserven besteht. Im Unterschied zum jahresbezogenen Verlustlimitsystem wird beim Gewinnrisikolimit auch das Marktpreisrisiko der Wertpapiere im Anlagebuch für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet.

Basis für das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf Vermögensebene ist das Bestandsvermögen der Sparkasse auf Jahressicht. Die Risikolimits sind relativ zum Risikodeckungspotenzial festgelegt, so dass sie sich automatisch der aktuellen Risikotragfähigkeit der Sparkasse anpassen. Die zur Risikoberechnung unterstellten Haltedauern betragen auf der Vermögensebene 10 Tage für Marktpreisrisiken im Handelsbuch und 250 Tage für alle anderen Risiken.

Geschäfte dürfen von den operativen Bereichen nur im Rahmen der vorgegebenen Risiko- und Verlustlimite getätigt werden. Deren Einhaltung wird monatlich überwacht. Bei Überschreitungen verfügt die Sparkasse über geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Risikotragfähigkeit.

Bei Festlegung der Limite für das Jahr 2013 betrug die Summe der Verlustlimite 89 % des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials. Für die Vermögenslimite wurden 70 % des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials durch den Vorstand bereitgestellt. Der Anteil der Limite je Risikoart an der Summe aller Limite ist in folgender Tabelle dargestellt:

Anteil in %	Verlustlimite	Vermögenslimite
Adressenrisiken	41	29
Marktpreisrisiken	47	54
Operationelle Risiken	2	2
Sonstige Risiken	10	15
Summe	100	100

Berichtssystem zur Risikotragfähigkeit und Überwachung der Risikostrategien

Risikobericht nach MaRisk

Der Bereich Risikocontrolling erstellt unter Beteiligung des Bereiches Kredit-Risiko-Steuerung quartalsweise einen umfassenden Risikobericht, der dem Gesamtvorstand zugeleitet und im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtert wird.

Im Risikobericht wird die Risikosituation der Sparkasse dargestellt, umfassend analysiert und beurteilt. Insbesondere werden die Entwicklung der Risikotragfähigkeit erläutert und die Limitauslastungen untersucht. Bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit werden auch die Ergebnisse von auf Institutsebene durchgeführten Stresstests berücksichtigt.

Im Adressenrisikokapitel werden insbesondere die Entwicklung des Kreditportfolios (z.B. nach Branchenstruktur und Risikoklassen), die Einhaltung bzw. Auslastung der Limitsysteme, die Entwicklung der Großkredite und bedeutender Engagements sowie der Geschäftsverlauf im Kreditgeschäft dargestellt. Besondere Beachtung findet dabei die Darstellung möglicher Risikokonzentrationen. Darüber hinaus werden die Adressenrisiken aus Eigenanlagen untersucht.

Im Abschnitt über Marktpreisrisiken wird detailliert über die Risiko- und Ergebnisentwicklung der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen, d.h. über die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften und die Zinsrisiken im Anlagebuch, informiert.

Im Kapitel über Liquiditätsrisiken finden sich Analysen zur Entwicklung der Liquiditätskennziffer und des Liquiditätspuffers sowie Untersuchungen zur Auswirkung geeigneter Szenarien.

Im Berichtsteil über operationelle Risiken wird eine Übersicht und Analyse der eingetretenen Schäden gegeben. Ebenso erfolgt eine Analyse des Risikos auf Basis von simulierten Verlustverteilungen (Monte-Carlo-Simulation). Die Ergebnisse der Risikoinventur werden einmal jährlich im ergänzenden Bericht über operationelle Risiken analysiert und erläutert.

In einem gesonderten Kapitel werden die wesentlichen Annahmen und Parameter der Risikoermittlung dargestellt und es wird gegebenenfalls über deren Änderungen berichtet.

Das abschließende Kapitel enthält die Ergebnisse und ausführliche methodische Beschreibungen umfangreicher Stresstests auf Risikoarten- und Gesamtinstitutsebene.

Jeweils zu Jahresbeginn wird ein Zusatzbericht mit den Ergebnissen der inversen Stresstests erstellt.

Ebenso in Form von Zusatzberichten erfolgt die Modellvalidierung im Bereich der Adressen- und Marktpreisrisiken. Inhalt sind ausführliche kritische Analysen zu den zugrunde liegenden Modellen der Risikoquantifizierung und den hier einfließenden Parametern.

Risikotragfähigkeitsbericht

Monatlich erstellt der Bereich Risikocontrolling einen Risikotragfähigkeitsbericht, der die aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnungen der GuV- und Vermögensebene sowie die Limitauslastungen nach Risikoarten umfasst.

Tagesreport

Für die tägliche Berichterstattung über Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erstellt der Bereich Risikocontrolling den mit dem Handel abgestimmten Tagesreport. Adressaten sind der Vorstand und die für Handel, Überwachung und Revision zuständigen Zentralbereichsleiter. Der Tagesreport umfasst neben der Risikoinformation die Handelsergebnisse sowie die Tages- und Buchwerte der Wertpapierbestände. Auf der GuV-Ebene wird über die aktuelle Auslastung des Gewinnrisikolimits und auf der Vermögensebene über die aktuellen Auslastungen der Risikolimiten von Handels- und Anlagebuch berichtet.

Bericht über die Asset-Allocation

Die in der Geschäftsstrategie, der Risikostrategie und den Teilstrategien zu einzelnen Risikoarten fixierten Vorgaben zur Vermögensstruktur der Kreissparkasse Köln werden monatlich an den Bilanzstrukturausschuss und über diesen an den Vorstand berichtet.

Zinsbuchreport

Die Einhaltung der Strategievorgaben für Zinsrisiken im Anlagebuch stellt der Bereich Risikocontrolling im monatlichen Zinsbuchreport für den Bilanzstrukturausschuss dar. Hierzu werden die Cashflowstruktur, die Risiko-Rendite-Relation und die Kennziffer im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks aufgezeigt.

Ad-hoc-Berichterstattung

Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und die interne Revision weitergeleitet. Für alle wesentlichen Risiken sind risikoartenspezifische Entwicklungen definiert, die einen Ad-hoc-Bericht auslösen.

Risikomanagement der Risikoarten

Adressenrisiken

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- und Eigenanlagengeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls. Das Bonitätsrisiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider. Adressenrisiken umfassen neben dem klassischen Kreditausfallrisiko auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Kernpunkt der Adressenrisikostrategie ist die Vermeidung von Risiken aus Größenkonzentrationen durch die Festlegung von Obergrenzen für Engagements von Kreditnehmereinheiten sowie von ratingabhängigen Limiten für Kreditnehmer. Das Wachstum im breiten und diversifizierten Kreditgeschäft steht im Mittelpunkt der angestrebten Kreditportfolioentwicklung.

Der Einsatz von Ratingverfahren ist für die Sparkasse bei der Adressenrisikosteuerung grundlegend. Für Kunden der Sparkasse werden überwiegend auf internen Verfahren (Standard-, Immobiliengeschäfts- und KundenKompaktRating sowie KundenScoring) basierende Ratingnoten ermittelt. Sofern dies nicht möglich ist, werden ergänzend externe Ratings verwendet. Die Bonität von Emittenten und Kontrahenten wird anhand von Ratings externer Ratingagenturen beurteilt. Die Ratings werden auch in der Vertriebssteuerung, d.h. zur Vor- und Nachkalkulation, eingesetzt. Sie sind zudem Grundlage des Kompetenzsystems der Sparkasse.

Zur frühzeitigen Erkennung sich abzeichnender Risiken im Kreditgeschäft setzt die Sparkasse ein maschinelles Frühwarnsystem ein. Mit Hilfe von Frühwarnindikatoren aus Konto- und Systemdaten sowie weiteren qualitativen Merkmalen werden regelmäßig und strukturiert Engagements mit erhöhtem Risikopotenzial identifiziert. Ziel ist die rechtzeitige Einleitung von Gegenmaßnahmen und gegebenenfalls Überleitung in die Intensiv- oder Sanierungsbetreuung.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Kreditrisikomanagements hat der Vorstand das Kreditkomitee installiert, das sich aus dem Markt- und dem Marktfolgevorstand sowie leitenden Mitarbeitern aus den jeweiligen Fachbereichen zusammensetzt. Dieses Gremium erarbeitet Vorschläge zu individuellen Engagementstrategien, in denen die Adressenrisikostrategie der Kreissparkasse Köln konkretisiert wird.

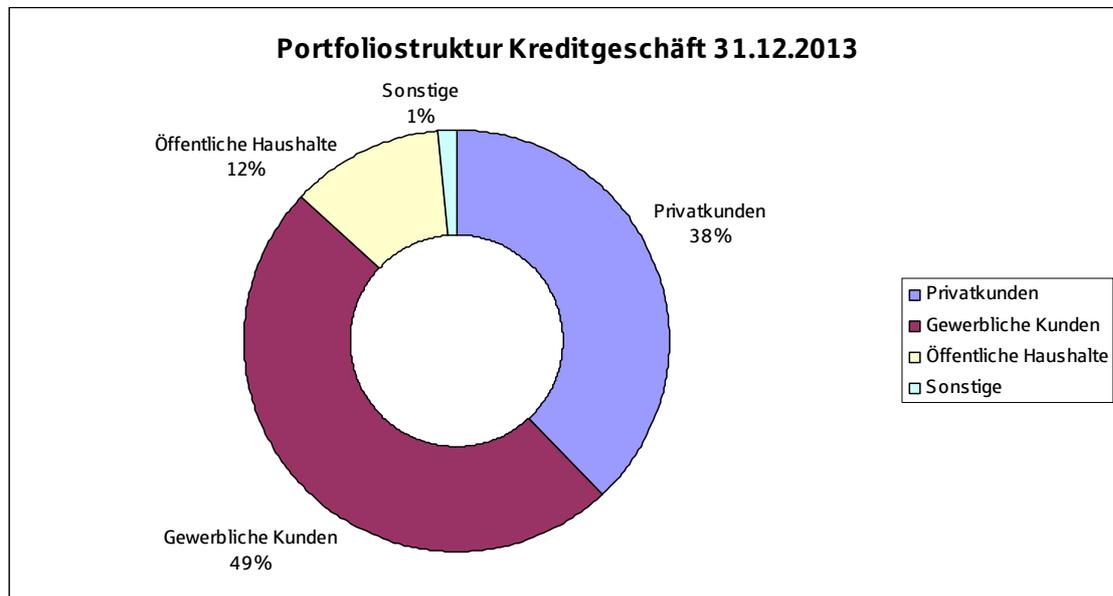
Mit der Kreditdatenbank Risikomanagementsystem (RMS) wird im Zentralbereich Kredit-Risiko-Management eine Vielzahl risikorelevanter Informationen auf Kundenebene analysiert. Hierdurch verfügt die Sparkasse über eine hohe Transparenz der Struktur und Entwicklung des Kreditportfolios.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Sparkasse das Adressenrisikomodell CPV ein. CPV bewertet Kredit-, Kontrahenten- und Anteilseignerrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb des Portfolios ab und berücksichtigt Schwankungen der Sicherheitenverwertung. Es dient insbesondere der Identifizierung von Risikokonzentrationen.

Aufgrund einer Ratingveränderung bei einem Kreditnehmerverbund kam es Ende Februar 2013 zu einer einmaligen Limitüberschreitung im Verlustlimit Adressenrisiken aus Krediten und Beteiligungen. Im übrigen Jahresverlauf bewegten sich die Risikopositionen innerhalb der festgelegten Limite.

Adressenrisiken im Kreditgeschäft

Schwerpunkt des originären Kreditgeschäfts zum Stichtag 31.12.2013 sind mit 49 % (Vorjahr: 50 %) des Gesamtvolumens die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige sowie mit 38 % (Vorjahr: 38 %) die Kredite an Privatkunden.



Das Kundenkreditportfolio ist insgesamt gut diversifiziert. Zur Verbesserung der Größenklassenstruktur ist eine Obergrenze für das Volumen von Kreditnehmereinheiten festgelegt. Für die wenigen über dieser Grenze liegenden Engagements liegen strukturell begründete Ausnahmen oder Einzelengagementstrategien vor, die vom Gesamtvorstand beschlossen wurden.

Innerhalb der gewerblichen Kunden haben die Branchen verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Wohnungswesen und Grundstückswesen mit zusammen 52 % einen wesentlichen Anteil am Portfolio der Sparkasse (Vorjahr: 52 %). Der Credit-Value-at-Risk unter Einbeziehung des Beteiligungsportfolios (Konfidenzniveau 99 %, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 127,7 Mio. Euro (Vorjahr: 159,7 Mio. Euro). Seine Berechnung berücksichtigt die Risikokonzentrationen des Kreditportfolios.

Die Ratingabdeckungsquote, bezogen auf das Kreditvolumen im originären Kundenkreditgeschäft, beträgt 98,3 % zum 31.12.2013 und konnte gegenüber dem Vorjahr (97,3 %) weiter leicht verbessert werden.

Die Ratingstruktur des Kreditportfolios hat sich im Laufe des Jahres 2013 weiter verbessert. Bei der Ratinggliederung nach Gesamtkreditvolumen befinden sich bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 17 zum Jahresende 83 % (Vorjahr: 83 %) in den Kategorien 1 bis 8 mit niedrigen Ausfallwahrscheinlichkeiten. In den mit hohen Ausfallwahrscheinlichkeiten verbundenen Ratingklassen 13 bis 17 ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Das betreute Volumen in der Sanierung ist ebenfalls rückläufig.

Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgesichert. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegte sich unter Vorjahresniveau und lag deutlich unter den Erwartungen.

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses 2013 haben keine wertaufhellenden Tatbestände vorgelegen, die zu einem zusätzlichen Risikovorsorgebedarf geführt haben.

Adressenrisiken aus Beteiligungen

Die operative Steuerung der Beteiligungen erfolgt durch den Bereich Beteiligungen/Wagniskapital auf Basis von Vorstandsbeschlüssen. Die Beteiligungen der Sparkasse werden nach ihren jeweiligen Beteiligungsmotiven klassifiziert. Neben den Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben geht die Sparkasse auch renditeorientierte Beteiligungen mit dem Schwerpunkt der Beteiligung an der Entwicklung von Immobilienprojekten ein.

Die Risikomessung und -beurteilung von Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft erfolgt gemeinsam mit dem Kreditportfolio, wodurch Diversifikationseffekte berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wird das gebildete Gesamtportfolio auf Risikokonzentrationen untersucht.

Die Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG machen zusammen etwa 64 % des gesamten Beteiligungsportfolios auf Ebene der Institutsgruppe gemäß SolvV aus. In Relation zum Anteilsbesitz im Konzernabschluss beträgt der Anteil rund 85 %. Bei den Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Sparkassenverbund wurden weitere Abschreibungen vorgenommen.

Die nach Beteiligungszweck unterteilten Volumensleitlinien für renditeorientierte Beteiligungen wurden eingehalten.

Adressenrisiken aus Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute

Die von der Sparkasse gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich in eigen- und fremdgemanagte Anlagen. Im Bereich der eigengemanagten Anlagen wird strategiegemäß nur in Papiere mit gutem Rating investiert.

Bei dem fremdgemanagten Teil der Eigenanlagen (Publikums- und Spezialfonds) wird auf eine breite Streuung der Portfolios und damit auf Risikodiversifizierung geachtet.

Das Verbriefungssegment wurde im Jahr 2013 deutlich reduziert. Weitere Details zur Entwicklung bei den Wertpapieren werden unter „Marktpreisrisiken“ dargestellt.

Die risikoorientierten Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten werden laufend durch den Bereich Analyse/Kreditservice überwacht. Zur Begrenzung von Kontrahentenrisiken und zur Sicherung von Linien im Rahmen der Liquiditätssteuerung werden Collateralvereinbarungen mit zahlreichen Geschäftspartnern eingesetzt.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken sowie durch Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen. Rohwaren- und sonstige Preisrisiken geht die Kreissparkasse Köln derzeit nicht ein.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Risikomanagements hat der Vorstand den Bilanzstrukturausschuss eingerichtet, dem der Überwachungsvorstand und der Handelsvorstand sowie Vertreter der Zentralbereiche Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) sowie Finanzen und Controlling angehören. Der Bilanzstrukturausschuss erarbeitet für den Vorstand Vorschläge zu Fragen der Risikotragfähigkeit und der Marktpreisrisiko- und Liquiditätsrisikosteuerung. Für die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen ist der Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) zuständig.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken werden neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate eingesetzt.

Im Rahmen des Risikomanagements eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Hierbei handelt es sich zum einen um derivative Geschäfte, die Zins- und Währungsrisiken aus Aktivgeschäften absichern. Zum anderen werden Kundengeschäfte in Derivaten (Swaps und Caps/Collars) durch entsprechende Gegengeschäfte abgesichert. Darüber hinaus hat die Sparkasse Futures zur Absicherung einer Anlage in einem Wertpapier-Sondervermögen erworben, und lang laufende Optionen so kombiniert, dass sich daraus festverzinsliche Refinanzierungen ergeben. Ausführliche Erläuterungen zu Bewertungseinheiten sind im Konzernanhang im Abschnitt „Sonstige Angaben – Angaben zu Bewertungseinheiten“ enthalten.

Daneben werden Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung eingesetzt. Sie werden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen mit Kunden getätigt, die aufgrund der korrespondierenden Gegengeschäfte mit Kreditinstituten die Voraussetzung der besonderen Währungsdeckung erfüllen.

Im Handelsbuch werden keine Derivate zu Handelszwecken abgeschlossen.

Das Volumen der zuvor beschriebenen derivativen Finanzinstrumente zum 31.12.2013 wird im Konzernanhang im Abschnitt „Sonstige Angaben – Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten“ näher erläutert.

Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäften

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften verwendet die Sparkasse das Value-at-Risk-Modul und den Kovarianz-Manager der Software SimCorp Dimension. Als Datenquellen für Kurse, Renditen und Volatilitäten sowie die eigene Ermittlung von Risikoparametern nutzt die Sparkasse die Datenanbieter Reuters und Bloomberg.

Der Value-at-Risk wird auf Basis einer Datenhistorie von 1.000 Handelstagen ermittelt. Auf der Vermögensebene erfolgt die Berechnung für die eigengemanagten Papiere unter vollständiger Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, wohingegen auf der GuV-Ebene die unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten ermittelten Einzelrisiken konservativ ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten summiert werden. Ein Backtesting der Marktpreisrisikomessung für Handelsgeschäfte führt die Sparkasse regelmäßig durch.

Im Verlauf des Jahres 2013 lagen die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften im Rahmen der festgelegten Limite.

Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Zur Sicherstellung eines möglichst stabilen Eigenhandelserfolgs strebt die Sparkasse Handelserträge in Form von Kurs-, Preis- und Provisionsergebnissen aus dem kurzfristigen Kauf und Wiederverkauf von Finanzinstrumenten an. Sie führt hierzu nur kundeninduzierte Geschäfte durch. Daneben werden in geringem Umfang Vorkäufe für das Retailgeschäft über das Handelsbuch vorgenommen.

Die größten Handelsbuch-Positionen im Jahr 2013 bestanden in Renten.

Die Limite für Handelsbuchpositionen waren im Berichtsjahr nur sehr gering ausgelastet.

Aufgrund der seit längerem geringen Bestände im Handelsbuch hat die Sparkasse mit Wirkung zum 17.12.2013 den Status als Handelsbuchinstitut aufgegeben. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Anpassung der Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbuch vorgenommen.

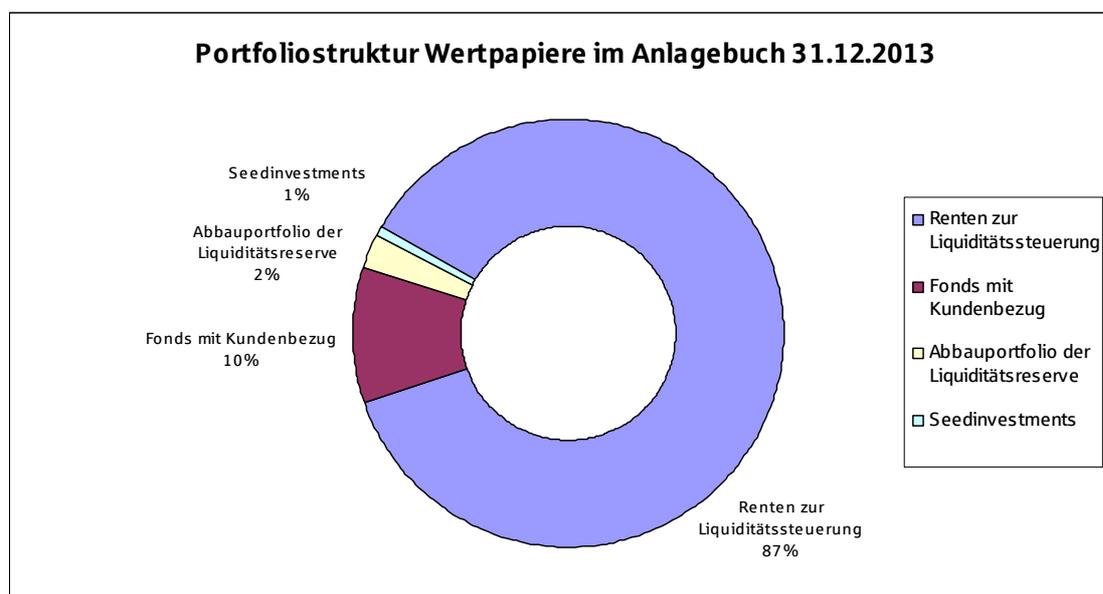
Marktpreisrisiko im Anlagebuch

Dem Anlagebuch werden die nicht dem Handelsbuch zugewiesenen Geschäfte zugeordnet. Es besteht aus einem eigengemanagten Teil, der der Liquiditätssteuerung dient, und fremdgemanagten Positionen in Publikums- und Spezialfonds.

Zur Fokussierung auf die Liquiditätssicherung werden fremdgemanagte Anlagepositionen weitgehend abgebaut. Ausgenommen hiervon sind Positionen mit Kundenbezug und Seedinvestments (Fondsinvestments zur Unterstützung der Akquisition von Verwahrstellenmandaten).

Das Wertpapierportfolio im Anlagebuch hat ein Volumen von etwa 2,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro) und unterteilt sich in fünf Segmente (siehe Abbildung). Die Rentenposition besteht zu 99 % (Vorjahr: 99 %) aus Papieren guter bis sehr guter Bonität (Rating von AAA bzw. AA). Der Anteil der ABS-Transaktionen in der eigengemanagten Rentenposition beträgt knapp 1 %.

Die Spezial- und Publikumsfonds beinhalten ein gut diversifiziertes Portfolio aus Anleihen und Aktien sowie Aktien- und Zinsderivaten.



Portfoliostruktur Anlagebuch (Beizulegende Zeitwerte)	31.12.2012 Mio. Euro	31.03.2013 Mio. Euro	30.06.2013 Mio. Euro	30.09.2013 Mio. Euro	31.12.2013 Mio. Euro
Renten zur Liquiditätssteuerung	2.296,5	2.082,4	2.092,9	2.035,5	1.912,7
Fonds mit Kundenbezug	196,0	195,5	199,5	203,4	206,0
Seedinvestments	16,2	7,0	15,2	14,8	21,0
Abbauportfolio der Liquiditätsreserve	51,2	51,1	44,9	43,2	51,9
Anlagevermögen	99,1	103,3	92,8	76,5	0,0
Gesamt	2.659,0	2.439,3	2.445,3	2.373,4	2.191,6

Im Jahresverlauf wurden die Rentenbestände zur Liquiditätssteuerung um ca. 17 % abgebaut. Die Duration des Rentenportfolios verblieb dabei auf sehr niedrigem Niveau. Im vierten Quartal 2013 wurde das Anlagevermögen aufgelöst bzw. in das Umlaufvermögen (Liquiditätsreserve) umgewidmet.

Die Limite wurden über das gesamte Jahr 2013 deutlich eingehalten.

Verbriefungspositionen/Anlagevermögen

Verbriefungspositionen (ABS) sind zum Abschlussstichtag nur noch im Abbauportfolio der Liquiditätsreserve enthalten. Der Bestand konnte über Tilgungen und Verkäufe im abgelauften Jahr weiter reduziert werden. Im vierten Quartal 2013 wurde der Spezialfonds mit entsprechenden Beständen aufgelöst. Die verbliebenen Einzelpapiere sind aus dem Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve umgewidmet worden.

Der Buchwert der ABS-Transaktionen beträgt zum Stichtag 31.12.2013 12,0 Mio. Euro (Vorjahr: insgesamt 93,9 Mio. Euro).

Es handelt sich um acht Einzeladressen, vorwiegend im Investment-Grade-Bereich. Hierbei liegt der regionale Schwerpunkt auf Irland.

Aus diesem Segment ergab sich isoliert betrachtet im Jahr 2013 insgesamt ein positiver Ergebniseffekt.

Auf Basis der bereits vorgenommenen Risikovorsorge und des fortgeschrittenen Abbaus sind mögliche weitere Risiken der Verbriefungspositionen von der Sparkasse tragbar.

Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten

Das Rentenportfolio in der Liquiditätsreserve besteht im Wesentlichen aus Anleihen öffentlicher Emittenten bzw. staatsgarantierten Papieren sowie Pfandbriefen und Bankenanleihen.

Aus dem Umtausch griechischer Staatsanleihen im Jahr 2012 befindet sich zum Bilanzstichtag eine griechische Anleihe mit einem Buchwert von null Euro (Vorjahr: null Euro) im Bestand. Es handelt sich hierbei um eine Anleihe mit einem Anspruch auf eine an die Entwicklung des griechischen Bruttoinlandsprodukts gekoppelte Zinszahlung. Diese Anleihe hat eine Laufzeit von 30 Jahren und einen Nominalwert von 11,9 Mio. Euro, der bei Fälligkeit nicht zur Rückzahlung gelangt, sondern ausschließlich als Berechnungsgrundlage für die Zinszahlungen dient.

Neben den oben dargestellten Verbriefungen hat die Sparkasse lediglich direkt oder indirekt gehaltene geringe Bestände an Anleihen von Emittenten aus den besonders im Blickpunkt stehenden Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Der Tageswert zum Stichtag belief sich auf 0,7 Mio. Euro.

Gesamturteil Wertpapiere im Anlagebuch

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten führt zum Bilanzstichtag insgesamt zu einem leicht positiven Bewertungsergebnis aus den Wertpapieren des Anlagebuches.

Die Sparkasse beurteilt ihre Risikosituation bei den Marktpreisrisiken für Wertpapiere des Anlagebuchs als gut. Die Limite bleiben für das Jahr 2014 unverändert.

Im Rahmen der Aufstellung des Konzernabschlusses 2013 haben keine wertaufhellenden Tatbestände vorgelegen, die zu einem zusätzlichen Bewertungsbedarf geführt haben.

Marktpreisrisiken aus Beteiligungen

Marktnahe Beteiligungen beinhalten neben ihrem Ausfallrisiko auch ein Marktpreisrisiko. Der für aktienähnliche Beteiligungen ermittelte Value-at-Risk wird dem Limit für Marktpreisrisiken der Wertpapiere des Anlagebuchs und Beteiligungen zugeordnet. Die Berechnung erfolgt hier über Parameter eines geeigneten Indexes bzw. eines Einzeltitels. Auch die aus den im Bereich Beteiligungen/Wagniskapital abgeschlossenen Mezzanine-Finanzierungen entstehenden Zinsänderungsrisiken fließen in die Risikoberechnung ein.

Zinsrisiko im Anlagebuch

Die Kreissparkasse Köln geht zum Erreichen ihrer Ertragsziele Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ein. Zinsänderungen wirken zum einen auf den Zinsüberschuss (GuV-Ebene), zum

anderen auf den Barwert zinsensitiver Positionen (Vermögensebene). Die Sparkasse setzt dementsprechend unterschiedliche Verfahren zur Risikomessung auf GuV- und Vermögensebene ein.

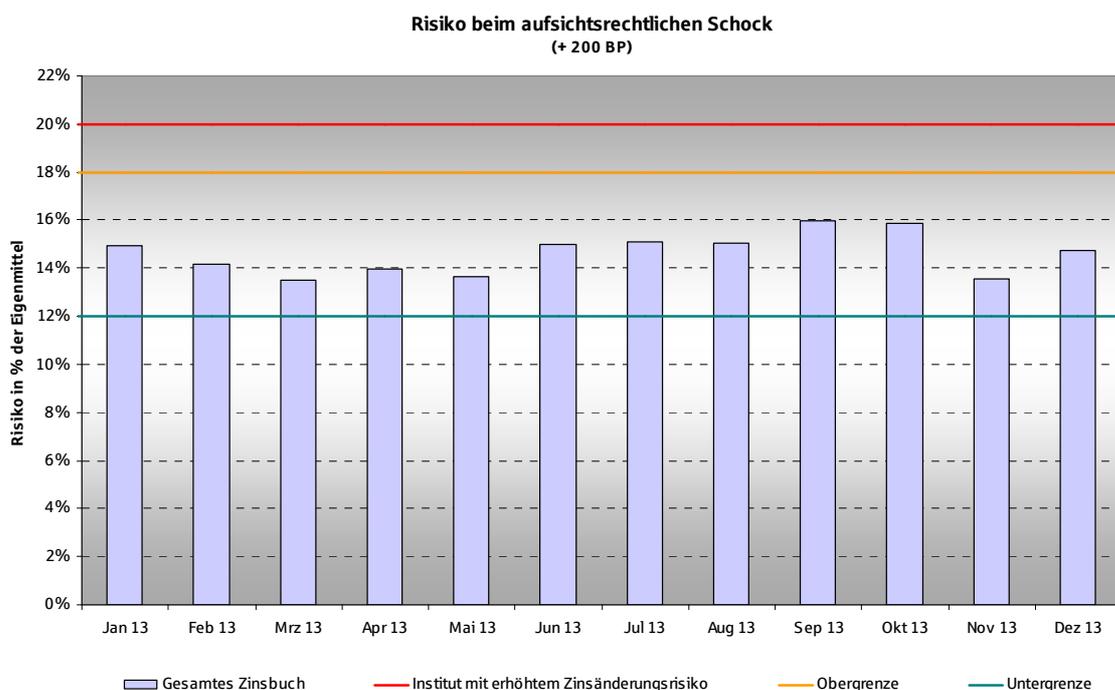
Die Cashflows der Kundenforderungen/-verbindlichkeiten werden zur Ermittlung des Value-at-Risk mit geeigneten Parametern abgezinst. Implizite Optionen aus Passivprodukten werden dabei mit statistischer Ausübung und szenarioabhängiger optionaler Ausübung berücksichtigt. Variable Produkte fließen mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitt ein.

Auf der GuV-Ebene wurde das Zinsüberschussrisiko im Berichtsjahr mit Hilfe von periodenorientierten, dynamischen Zinselastizitätsbilanzen ermittelt. Ab dem Jahr 2014 wird das Elastizitätskonzept durch die Verwendung der gleitenden Durchschnitte aus der Vermögensebene abgelöst. Abweichungen vom geplanten Zinsüberschuss fließen in die Limitauslastung ein.

Im abgelaufenen Jahr bewegten sich die Risiken innerhalb der vorgegebenen Limite. Das relative Limit für barwertige Zinsänderungsrisiken bleibt für das Jahr 2014 bei 28 % des eingesetzten Risikodeckungspotenzials. Das absolute GuV-Limit von 40 Mio. Euro wird auch für 2014 als ausreichend angesehen.

Ergänzend zur Risikoberechnung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte zum Zinsbuch zusammengefasst und analysiert. Das Zinsbuch wird daraufhin untersucht, ob die Cashflowstruktur ausgeglichen ist und die Risiko-Rendite-Relation auf der Effizienzlinie liegt. Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und der Möglichkeit steigender Zinsen hat die Sparkasse im vergangenen Jahr ihre Zinsrisikoposition am mittleren Bereich des für das Zinsbuch in der Zinsrisikostategie festgelegten Zielkorridors ausgerichtet.

Damit lag das Risiko aus der Simulation des standardisierten Zinsschocks gemäß Rundschreiben 11/2011 der BaFin (+200 bzw. -200 Basispunkte) im Jahr 2013 weit unter den als ad-hoc-meldepflichtig festgelegten 20 % der anrechenbaren Eigenmittel.



Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

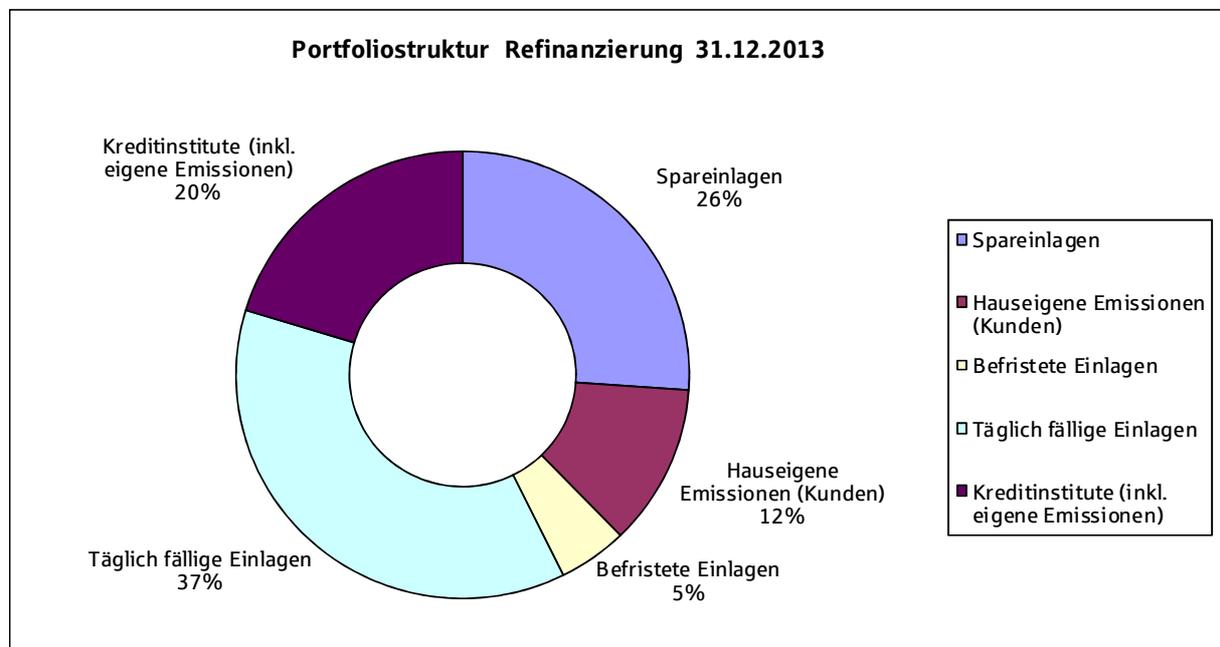
Dabei bezeichnet die Sparkasse mit Zahlungsunfähigkeitsrisiko die aktuelle oder zukünftige Gefahr, Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen zu können. Unter Refinanzierungsrisiko wird die Gefahr höherer Refinanzierungskosten und unter Marktliquiditätsrisiko die mögliche mangelnde Liquidität von Produkten und Märkten verstanden mit der Folge, dass Positionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht ohne Wertabschlag liquidiert oder durch Gegengeschäfte glattgestellt werden können.

Der Risikoeintritt bei anderen Risikoarten kann immer auch Auswirkungen auf die Zahlungsströme der Sparkasse haben. Ein effektives Risikomanagement dieser anderen Risiken stellt somit stets eine Form des Liquiditätsrisikomanagements dar.

Für die Aufgaben des operativen Liquiditätsrisikomanagements ist der Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) zuständig, die Funktion des Liquiditätsrisikocontrollings wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement umfasst die tägliche Liquiditätssteuerung, die Liquiditätsplanung, die Beobachtung der Refinanzierungskosten, die Erschließung neuer Refinanzierungsquellen und die Strukturierung der Aktiva/Passiva. Ziele sind die Schaffung einer guten Diversifikation in der Anlage und in der Refinanzierung, eine regelmäßige Beurteilung und permanente Erweiterung der Funding-Quellen, die Vereinbarung von Collateral-Verträgen mit wichtigen Derivatepartnern sowie die Investorenansprache.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31.12.2013, untergliedert nach Produkten, zeigt derzeit drei bestimmende Säulen der Refinanzierung: täglich fällige Einlagen, Spareinlagen und Refinanzierungen bei Kreditinstituten.

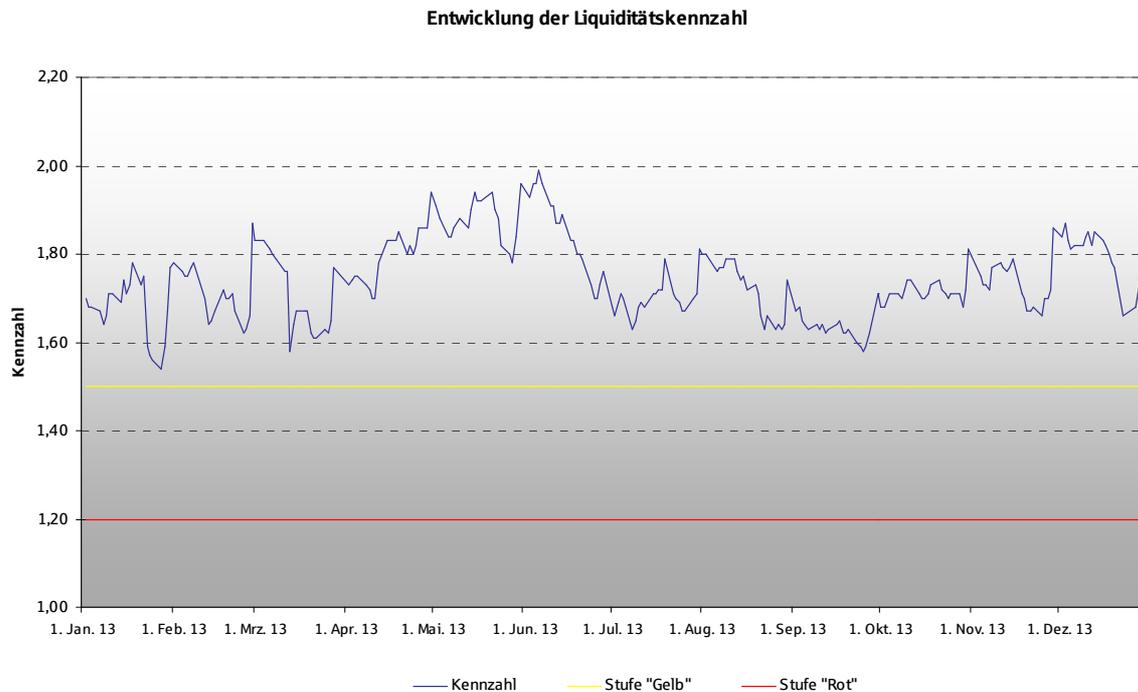


Die Überwachung der Liquiditätsrisiken durch den Bereich Risikocontrolling hat unter anderem das Ziel, sich abzeichnende Liquiditätsengpässe frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Zu den Aufgaben des Liquiditätsrisikocontrollings zählt auch das Risikoreporting der Liquiditätsrisiken an den Vorstand.

Die Sparkasse kombiniert den durch die LiqV erfüllten quantitativen Ansatz der jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit mit qualitativen Anforderungen an das Liquidi-

tätsmanagement. Hierzu gehören die tägliche Berechnung der Liquiditätskennzahl sowie die Definition eines Engpasses und vorgelagerter Schwellenwerte, die im Rahmen eines Frühwarnsystems Maßnahmen zur Abwendung eines eventuellen Liquiditätsengpasses herbeiführen sollen.

Im Jahresverlauf 2013 schwankte diese täglich ermittelte Kennziffer zwischen 1,54 und 1,99 (Vorjahr: zwischen 1,62 und 2,03) und lag damit durchgehend deutlich über dem Mindestwert von 1 sowie über den intern festgelegten Warngrenzen.



Für den Fall eines Liquiditätsengpasses wird eine Liquiditätsleiter, d.h. eine nach Prioritäten gegliederte Aufstellung der aktuellen Liquidität sowie sämtlicher Maßnahmen, mit denen kurzfristig Liquidität beschafft werden kann, vorgehalten. Damit wird im Falle einer Krisensituation die Reaktionszeit deutlich verkürzt.

Darüber hinaus überwacht die Sparkasse einen Liquiditätspuffer, der aus den als am liquidesten eingeschätzten Wertpapieren der Liquiditätsreserve (Liquiditätskategorien 1 und 2 nach dem Katalog im Europäischen System der Zentralbanken [ESZB]), soweit sie frei von Belastungen sind, dem freien Verfügungsrahmen im ESZB (Betrag, der zur Inanspruchnahme der Spitzenrefinanzierungsfazilität bzw. anderer Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung steht) sowie den Barmitteln und Zentralbankguthaben gebildet wird. Als Mindestvolumen des Liquiditätspuffers wurden die nach einem selbst entwickelten Modell berechneten, unter Stress zu erwartenden Liquiditätszu- und -abflüsse innerhalb von 30 Tagen festgelegt. Wie bei der Liquiditätskennziffer besteht auch hier ein zweistufiger Eskalationsprozess mit dem Mindestvolumen als Limitgrenze und einer Warnstufe bei Unterschreiten von 120 % des Mindestvolumens.

Der Liquiditätspuffer schwankte im Berichtszeitraum zwischen dem 1,4- bis 2,9-Fachen des festgelegten Mindestvolumens.

Die Gefahr höherer Refinanzierungskosten wird durch die Bereitstellung von Risikodeckungspotenzial auf Basis der geplanten Refinanzierungsvolumina im Limitsystem berücksichtigt.

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen von Stresstests berücksichtigt.

Die Kreissparkasse Köln hält im Anlagebuch vor allem Renten zur Liquiditätssteuerung. Daher investiert sie in LCR-konforme Wertpapiere. Auf Basis der Planzahlen und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation. Die Liquiditätssituation der Sparkasse ist damit unverändert als gut zu beurteilen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen. Reputationsrisiken werden als Folge operationeller Risiken in die Betrachtung einbezogen, jedoch nicht quantitativ bewertet. Die Identifikation von operationellen Risiken erfolgt durch die „Risikoinventur“ und die „Schadensfalldatenbank“.

Die Kreissparkasse Köln steuert den operationellen Bereich (Gestaltung der Prozesse, technisch-organisatorische Ausstattung, personelle Ressourcen) mit dem Ziel, ein unter Kosten- und Nutzenaspekten sinnvolles Risikoniveau einzunehmen. Der Fokus der Steuerung liegt auf den „bedeutenden Schadensfällen“ und den „wesentlichen operationellen Risiken“. Das sind Schadensfälle ab einer Höhe von 500 Tsd. Euro bzw. Risiken, die solche Schadensfälle auslösen können.

Im OpRisk-Ausschuss, der bei Bedarf, mindestens aber jährlich zusammentrifft, sind neben den Vorstandsdezernenten für Revision und Organisation die Zentralbereiche Finanzen und Controlling, Organisation, Personal, Revision, die Bereiche Prävention und Compliance sowie die Profinanz Versicherungsmakler GmbH vertreten, um vor dem Hintergrund der Analysen aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur gemeinsam mit dem OpRisk-Verantwortlichen aus dem Bereich Risikocontrolling mögliche Maßnahmen zu prüfen und dem Vorstand vorzuschlagen.

Werden wesentliche operationelle Risiken erkannt, so sind auf der Basis der Ursachenanalyse Maßnahmen vorgesehen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein tolerables Maß senken und/oder die Verluste im Schadensfall begrenzen. Sind Steuerungsmaßnahmen im Sinne eines aktiven Managements nicht möglich oder unrentabel, verzichtet die Sparkasse auf aktive Steuerungsmaßnahmen und trägt die möglichen Verluste. Hierfür hält die Sparkasse im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts Risikodeckungspotenzial bereit.

Im Berichtsjahr wurde der Value-at-Risk mit Hilfe eines zentral vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) zur Verfügung gestellten Quantifizierungstools auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation berechnet. Dort finden die Schadenshäufigkeiten gemäß Schadensfalldatenbank, die Schadenshöhen aus dem DSGV-Datenpooling, an dem sich die Sparkasse beteiligt, und die Schadenshöhen aus Verlustpotenzialschätzungen der Risikoinventur Eingang.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 1.521 (Vorjahr: 1.183) Schadensfälle in der Schadensfalldatenbank erfasst. Dabei sind zwei Schadensfälle als bedeutend einzustufen.

Insgesamt sind die operationellen Schäden im Berichtszeitraum als mittel zu bewerten. Vor dem Hintergrund der regelmäßig stattfindenden Risikoinventur sind keine die Risikotragfähigkeit gefährdenden operationellen Risiken erkennbar. Die Risiken auf GuV- und Vermögensebene lagen im Berichtszeitraum innerhalb der festgelegten Limite. Das Verlustlimit wurde für das Jahr 2014 um zwei Mio. Euro auf insgesamt 15 Mio. Euro angehoben.

Sonstige Risiken

Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt. Der strategischen Positionierung gegen Absatzrisiken dienen das breite Produktangebot, die regionale Heterogenität sowie die Nutzung unterschiedlicher Vertriebswege und Kundenbindungskonzepte.

Der Gefahr steigender Kosten begegnet die Sparkasse durch ein Budgetierungsverfahren und laufende Überwachung der Kostenentwicklung. Strategisch positioniert sich die Sparkasse über die laufende Optimierung der Prozesse, geeignete Outsourcingmaßnahmen und die langfristig angelegte Steuerung der Personalkapazitäten.

Zur Unterlegung mit Risikokapital werden Absatz- und Kostenrisiken durch vereinfachte Verfahren pauschaliert berechnet.

Für die nicht quantifizierbaren sonstigen Risiken hat die Sparkasse steuernde Prozesse installiert.

Die Sparkasse hat zur Begleitung von Auslagerungsprozessen den Bereich Dienstleistersteuerung eingerichtet, der u.a. für die operative Begrenzung der Risiken aus Outsourcing zuständig ist.

Zur Berücksichtigung strategischer Risiken werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Grundlagen des Geschäftsmodells überprüft und die notwendigen strategischen Impulse entwickelt. Weiterhin wird durch das externe Rating eine Qualitätssicherung der Geschäftsstrategie erreicht.

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutsche Landesbank AG (WestLB AG), haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt – EAA“) vereinbart. Die Vereinbarungen sehen vor, dass der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Düsseldorf, entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet ist, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der EAA von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die EAA im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (14,85 %).

Um dieses Risiko abzuschirmen, wird der Konzern Kreissparkasse Köln für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge nach § 340g HGB bilden.

Eine Inanspruchnahme des RSGV vor Ablauf der 25 Jahre kann – auch wenn es dafür zurzeit keine Erkenntnisse gibt – nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Damit wären dann auch entsprechende Belastungen für den Konzern Kreissparkasse Köln verbunden, falls die Inanspruchnahme über die bereits gebildete Vorsorge hinausgeht.

Stresstests

Die Kreissparkasse Köln führt im Rahmen ihrer Risikoberichterstattung umfangreiche Stresstests durch.

Um mögliche Wirkungen unterschiedlicher konjunktureller Entwicklungen auf die Risikosituation abschätzen zu können, betrachtet die Sparkasse vier hypothetische Szenarien mit unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungspfaden: Aufschwung, Stillstand, Rückfall sowie Inflationsschock.

Diese Szenarien werden von der Sparkasse dergestalt interpretiert und in Parameter umgesetzt, dass sie in einer außergewöhnlichen, aber plausibel möglichen belastenden Variante auftreten. Ergänzend werden im Rahmen der Überlegungen zu Adressenrisiken Risikokonzentrationen berücksichtigt; d.h., es werden mögliche negative Sonderentwicklungen von großen Engagements oder Beteiligungen unterstellt.

Zu den vier Quartalsstichtagen im Jahr 2013 zeigten die Ergebnisse, dass die betrachteten Szenarien sowohl auf GuV- als auch auf Vermögensebene durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind.

Mit inversen Stresstests wird untersucht, welche Ereignisse das Institut in seiner Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Kern der inversen Stresstests ist die qualitative Suche nach auch unwahrscheinlich erscheinenden möglichen Kausalketten, die eventuell im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung nicht erfasst werden.

Die Ergebnisse der inversen Stresstests bestätigen die Aussagen des Risikoberichts zur Einschätzung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Es müssen extreme Entwicklungen unterstellt werden, um eine Gefährdung des Geschäftsmodells der Sparkasse zu konstruieren.

Neben diesen risikoartenübergreifenden Stresstests erfolgen umfangreiche, detaillierte Stressbetrachtungen für die einzelnen Risikoarten. Hierfür wurden auf Basis von zwölf real eingetretenen Krisen (Asienkrise, Dotcom-Blase usw.) Szenarien entwickelt. Deren Auswirkungen auf das aktuelle Portfolio werden vierteljährlich simuliert. Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen für einzelne und mehrere risikobestimmende Parameter kombiniert durchgeführt. Dies sind zum einen Marktpreise (z.B. Aktienkurse, Zinssätze), aber auch Modellparameter (z.B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Schadenshäufigkeiten, Haircuts oder Liquiditätsabflussquoten).

Gesamtrisikosituation

Die Sparkasse steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht. Die jeweiligen Gesamtrisiken haben im Jahr 2013 an keinem der Stichtage das entsprechende eingesetzte Risikodeckungspotenzial überschritten. Die Risikotragfähigkeit der Sparkasse war somit jederzeit gewährleistet.

Die Sparkasse geht davon aus, dass vor dem Hintergrund der nachhaltigen Geschäftsstrategie mit der Fokussierung auf Kundengeschäftsaktivitäten bei konsequenter Begrenzung der Risiken das vorhandene System der Risikosteuerung auch zukünftig geeignet ist, die Risikotragfähigkeit der Sparkasse sicherzustellen, obgleich die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter dem Einfluss des Konsolidierungszwangs der hohen Staatsdefizite der westlichen Industrienationen nicht vollständig einzuschätzen ist.

Die steigenden Anforderungen an die Eigenmittel, die aus dem Basel-III-Prozess resultieren, werden über den Planungsprozess angemessen berücksichtigt. Die Risikotragfähigkeit ist mit Blick auf das Jahr 2014 gegeben.

Prognosebericht

Im Prognosebericht des Konzerns Kreissparkasse Köln werden die wesentlichen Chancen und Risiken erläutert und beurteilt. Diese werden im Wesentlichen durch die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Köln beeinflusst. Der Prognosezeitraum beträgt ein Jahr. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Der Konzern Kreissparkasse Köln verfügt über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können. Aussagen zur Risikolage sind im Risikobericht enthalten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unter den Volkswirtschaften aus dem Euroraum entwickelt sich Deutschland gegenwärtig mit am besten und die bis dato für das erste Quartal vorliegenden Konjunkturdaten lassen ein kräftiges Wirtschaftswachstum in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 erwarten. Es ist davon auszugehen, dass die hohe Wachstumsdynamik auch in den nächsten Monaten gehalten werden kann. Die deutsche Wirtschaft profitiert hierbei insbesondere von der stabilen Arbeitsmarktsituation. Positive Wachstumsimpulse sind auch von Seiten der Ausüstungsinvestitionen zu erwarten. Neben der sich abzeichnenden Konjunkturbelebungs-

sprechen Nachholeffekte für ein Anziehen der Investitionstätigkeit. Für diese Einschätzung sprechen auch die vermutlich noch sehr lange Zeit sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und die reichlichen Eigenfinanzierungsmittel sowie die gute Liquiditätsausstattung der Unternehmen. Das anhaltend niedrige Zinsniveau sollte zudem die Bauinvestitionen stützen. Dies in Kombination mit einer sich weiter auf Expansionskurs befindenden Weltwirtschaft – die positiv auf den deutschen Exportsektor ausstrahlen sollte – lässt für das Jahr 2014 einen erfreulichen Konjunkturjahrgang erwarten.

Alles in allem deutet sich an, dass sich die globale Wirtschaftserholung fortsetzen wird, dass es aber zahlreiche Problembereiche gibt, die auf globaler und auf Euroland-Ebene gegen eine überschäumende Wachstumsdynamik sprechen. Die Euroland-Wirtschaft befindet sich zwar auf Erholungskurs, dieser vollzieht sich jedoch langsam. Die Peripherieländer kommen bei der Bewältigung ihrer Probleme zwar voran, bis die strukturellen Verkrustungen in diesen Ländern jedoch vollständig beseitigt sind, bedarf es eines mehrjährigen Anpassungsprozesses. Dies steht einem kräftigen Aufschwung in den Krisenländern bis auf Weiteres entgegen. So wird die hohe Arbeitslosigkeit voraussichtlich nur langsam zurückgehen. Zudem ist die Belastung durch die Verschuldung im öffentlichen und im privaten Sektor nach wie vor hoch. Da sich zudem für die nächste Zeit keine nennenswerten Inflationsrisiken abzeichnen, ist davon auszugehen, dass der geldpolitische Kurs der EZB weiterhin stärker auf die Krisenländer ausgerichtet bleibt. Die zuletzt vereinzelt gehegten Deflationsrisiken sollten sich nicht manifestieren, so dass die EZB zunächst auf weitere geldpolitische Impulse verzichten dürfte und die Leitzinsen unverändert bei 0,25% belassen sollte. Eine Zinssenkung und/oder weitere unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen würden nur dann in den Blickpunkt rücken, wenn sich der mittelfristige Inflationsausblick nach unten verschiebt.

Mit Blick auf den deutschen Rentenmarkt und den weiteren Verlauf im Jahr 2014 spricht die Aussicht auf ein über lange Zeit sehr niedriges Leitzinsniveau dafür, dass das kurze Laufzeitsegment auch in diesem Jahr kaum nennenswerte Renditen abwirft. Vor allem im langen Laufzeitsegment ist das aktuelle Renditeniveau jedoch nicht zu rechtfertigen. Es ist davon auszugehen, dass der Tiefpunkt bei der Inflation im März durchschritten wurde und die Teuerungsrate nunmehr in einen flachen Aufwärtstrend einschwenkt. Im weiteren Jahresverlauf sollten daher die Diskussionen um weitere geldpolitische Maßnahmen seitens der EZB zur Abwehr von Deflationsrisiken tendenziell abebben und damit zugleich die Unterstützung für Bundesanleihen zurückgehen. Das Anstiegspotenzial der Renditen scheint jedoch begrenzt. Die Schuldenkrise ist längst nicht überstanden und der Nachrichtenfluss bezüglich dieses Themas sollte im weiteren Jahresverlauf dafür sorgen, dass deutsche Staatspapiere weiter gefragt sind. Hinzu kommen regulatorische Vorschriften, die liquide Vermögenswerte mit erstklassiger Bonität begünstigen. Ab einer gewissen Steilheit der Zinsstruktur dürften Käufe von Pensionsfonds und Lebensversicherern das Potenzial der Renditen nach oben begrenzen. Vor dem skizzierten Hintergrund sollten 10-jährige Bundesanleihen zum Jahresende zwischen 2,00 und 2,50 % rentieren.

Konzern Kreissparkasse Köln

Unter der Annahme, dass sich die deutsche Wirtschaft entsprechend den allgemeinen Erwartungen entwickelt und sich weitere positive Effekte durch das neue Vertriebskonzept der Sparkasse entfalten, strebt der Konzern Kreissparkasse Köln ein moderates Wachstum des Geschäftsvolumens an. Hierbei ist der Fokus auf das traditionelle Sparkassengeschäft gerichtet. Potenziale liegen weiterhin im mittelständischen Firmenkundenkreditgeschäft, wobei unverändert die Qualität des Neugeschäftes im Vordergrund stehen soll. Im Privatkundengeschäft soll die starke Marktstellung durch eine qualitativ hochwertige Beratung weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die Entwicklung des bilanzneutralen Wertpapiergeschäftes ist maßgeblich davon abhängig, inwieweit die Kunden ihr Vertrauen in die Märkte zurückerlangen. Daneben soll das Verbundgeschäft intensiviert werden. Ansätze bieten sich weiterhin im Bereich der Vermittlung der privaten Altersvorsorge, der Versicherungen sowie der Leasingfinanzierungen.

Aufgrund des anhaltend harten Konditionenwettbewerbs und einer Fortdauer des – im historischen Kontext gesehen – niedrigen Zinsniveaus ist für das Jahr 2014 mit einem Zinsergebnis leicht unter dem Niveau von 2013 zu rechnen.

Im Provisionsgeschäft wird gegenüber 2013 von deutlich steigenden Erträgen ausgegangen.

Bei den Personalaufwendungen ist aufgrund der vorliegenden Tarifergebnisse mit einem moderat steigenden Aufwand zu rechnen. Die Sachaufwendungen dürften leicht über den Werten des Geschäftsjahres 2013 liegen.

Im Kredit- und Wertpapiergeschäft wird gegenüber dem historisch niedrigen Bewertungsergebnis des Berichtsjahres mit einem vermutlich deutlich höheren Risikovorsorgebedarf geplant.

Insgesamt wird erwartet, dass die weiterhin mit Unsicherheit behaftete konjunkturelle Entwicklung die Ertragslage des Konzerns und somit den Konzernjahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2014 beeinträchtigen kann. Auf Basis der eigenen Ertragsstärke aus dem traditionellen Bankgeschäft sollten mögliche Belastungen jedoch verkraftbar sein. Ohne erneute Sondereffekte wie dem Bewertungsbedarf bei Verbundbeteiligungen ist im Folgejahr von einem Konzernjahresergebnis auf dem Niveau des Berichtsjahres auszugehen. Somit dürften die Voraussetzungen für entsprechende Dotierungen des Konzerneigenkapitals sowie des Fonds für allgemeine Bankrisiken gegeben sein.

Köln, 30. April 2014

Kreissparkasse Köln

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Schmitz

Dr. Tiedeken Bonnen

Konzernabschluss

zum 31. Dezember 2013

des Konzerns Kreissparkasse Köln

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Köln

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2012 Tsd. Euro
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		111.450.657,67		103.481
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		314.225.943,84		207.102
			425.676.601,51	310.583
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-,-		-
b) Wechsel		-,-,-		-
			-,-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		790.393.053,14		959.541
b) andere Forderungen		419.440.697,59		303.999
			1.209.833.750,73	1.263.539
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	10.160.794.325,74 Euro			(9.913.191)
Kommunalkredite	2.956.715.287,89 Euro			(2.866.097)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-,-		4.244
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-,- Euro			(4.244)
			-,-,-	4.244
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	500.319.296,81			584.521
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	500.319.296,81 Euro			(584.521)
bb) von anderen Emittenten		1.225.709.913,70		1.591.064
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.203.998.854,68 Euro		1.726.029.210,51	2.175.585
c) eigene Schuldverschreibungen			204.087.393,64	(1.538.262)
Nennbetrag	203.821.000,00 Euro			171.920
				(171.597)
			1.930.116.604,15	2.351.749
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
			248.675.949,73	296.652
6 a. Handelsbestand				
			677.226,50	1.005
7. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-,- Euro			(-)
8. Assoziierte Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-,- Euro			(-)
9. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-,- Euro			(-)
10. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite	29.113.866,77 Euro			(62.718)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				
			-,-,-	-
12. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.621.853,85		7.592
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-,-		99
			8.621.853,85	7.690
13. Sachanlagen				
			184.496.652,00	185.067
14. Sonstige Vermögensgegenstände				
			67.374.873,85	105.582
15. Rechnungsabgrenzungsposten				
			62.278.249,22	48.061
16. Aktive latente Steuern				
			-,-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
			-,-,-	-
Summe der Aktiva			23.701.942.006,75	23.979.149

		Passivseite	
		31.12.2012	
	Euro	Euro	Tsd. Euro
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		52.807.345,07	33.236
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>2.638.871.135,40</u>	<u>3.143.853</u>
		2.691.678.480,47	3.177.089
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	5.568.077.655,66		5.542.428
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>110.832.849,89</u>		<u>105.319</u>
		5.678.910.505,55	5.647.747
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	8.043.053.611,15		7.258.352
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>2.886.896.973,56</u>		<u>3.437.428</u>
		10.929.950.584,71	10.695.780
		16.608.861.090,26	16.343.527
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>2.221.715.587,89</u>	<u>2.092.273</u>
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		---	-
darunter:			
Geldmarktpapiere	---		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	---		(-)
		2.221.715.587,89	2.092.273
3a. Handelsbestand		---	-
4. Treuhandverbindlichkeiten		<u>29.175.136,19</u>	<u>62.815</u>
darunter:			
Treuhandkredite	<u>29.113.866,77</u> Euro		<u>(62.718)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>122.337.418,60</u>	<u>282.328</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>28.843.094,74</u>	<u>35.550</u>
6a. Passive latente Steuern		---	-
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>81.836.425,21</u>	<u>76.279</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>8.714.738,59</u>	<u>32.189</u>
c) andere Rückstellungen		<u>73.970.722,11</u>	<u>76.433</u>
		164.521.885,91	184.902
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		<u>186.191.528,29</u>	<u>217.952</u>
9. Genussrechtskapital		<u>17.219.980,00</u>	<u>25.263</u>
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>2.825.450,00</u> Euro		<u>(12.103)</u>
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		<u>162.195.761,38</u>	<u>130.940</u>
darunter:			
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	<u>1.620.592,91</u> Euro		<u>(1.327)</u>
11. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital		---	-
b) Kapitalrücklage		---	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	<u>1.418.624.428,61</u>		<u>1.374.674</u>
cb) andere Rücklagen	---		-
		1.418.624.428,61	1.374.674
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		<u>404.716,95</u>	<u>387</u>
e) Konzernbilanzgewinn		<u>50.172.897,46</u>	<u>51.451</u>
		1.469.202.043,02	1.426.512
Summe der Passiva		23.701.942.006,75	23.979.149
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		---	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>349.579.621,04</u>	<u>363.053</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		---	-
		349.579.621,04	363.053
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		---	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		---	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>1.452.896.705,05</u>	<u>1.436.010</u>
		1.452.896.705,05	1.436.010

Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Zeit vom 1.Januar bis 31.12.2013

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2012 Tsd. Euro
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>763.406.703,53</u>			817.547
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>35.394.408,27</u>			46.540
		798.801.111,80		864.087
		<u>346.940.048,37</u>		435.676
2. Zinsaufwendungen			451.861.063,43	428.410
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.424.102,95		19.363
b) Beteiligungen		9.377.487,01		7.895
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>148.725,00</u>		-
			16.950.314,96	27.258
4. Erträge aus assoziierten Unternehmen			-,-	2
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
6. Provisionserträge		146.851.833,29		144.617
7. Provisionsaufwendungen		<u>11.442.714,20</u>		9.740
			135.409.119,09	134.876
8. Nettoertrag des Handelsbestands			2.935.196,71	4.156
9. Sonstige betriebliche Erträge			<u>35.895.108,85</u>	38.541
			643.050.803,04	633.245
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>210.552.574,79</u>			198.024
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung <u>16.389.962,26</u> Euro	<u>50.809.407,01</u>	261.361.981,80		50.074
				248.098
				(16.328)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>138.535.752,73</u>		140.191
			399.897.734,53	388.289
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			18.914.979,12	18.743
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>32.642.469,98</u>	47.257
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		31.895.203,64		19.512
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
			31.895.203,64	19.512
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		24.481.066,17		13.684
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
			24.481.066,17	13.684
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			4.547,93	33
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Zuführungen zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB <u>293.519,67</u> Euro			<u>31.255.580,56</u>	36.207
				(416)
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			103.959.221,11	109.521
20. Außerordentliche Erträge			-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>1.048.102,00</u>		1.048
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes <u>1.048.102,00</u> Euro				(1.048)
22. Außerordentliches Ergebnis			1.048.102,00	1.048
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		51.856.981,70		56.336
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>863.893,07</u>		761
			52.720.874,77	57.097
25. Konzernjahresüberschuss			50.190.244,34	51.376
26. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallendes Ergebnis			17.346,88	- 75
27. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			50.172.897,46	51.451
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			50.172.897,46	51.451
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
30. Konzernbilanzgewinn			<u>50.172.897,46</u>	51.451

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel des Konzerns Kreissparkasse Köln informiert über die Entwicklung des Konzerneigenkapitals. Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgt in enger Anlehnung an den DRS 7.

Euro	Kreissparkasse Köln			Minderheits- gesellschafter	Konzern- eigenkapital
	Gewinnrücklagen	Konzerngewinn	Eigenkapital gemäß Konzernbilanz		
Bestand zum 01.01.2012	1.338.111.316,21	36.562.450,64	1.374.673.766,85	462.372,87	1.375.136.139,72
Konzernjahresüberschuss 2012	0,00	51.450.661,76	51.450.661,76	-75.002,80	51.375.658,96
Zuführungen zur Sicherheitsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung aus dem Konzernbilanzgewinn Vorjahr	36.562.450,64	-36.562.450,64	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
übrige Veränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bestand zum 31.12.2012	1.374.673.766,85	51.450.661,76	1.426.124.428,61	387.370,07	1.426.511.798,68
Konzernjahresüberschuss 2013	0,00	50.172.897,46	50.172.897,46	17.346,88	50.190.244,34
Zuführungen zur Sicherheitsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung aus dem Konzernbilanzgewinn Vorjahr	43.950.661,76	-43.950.661,76	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	-7.500.000,00	-7.500.000,00	0,00	-7.500.000,00
übrige Veränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bestand zum 31.12.2013	1.418.624.428,61	50.172.897,46	1.468.797.326,07	404.716,95	1.469.202.043,02

Zur Ausschüttung an den Träger der Kreissparkasse Köln stehen zum 31.12.2013 54,5 Mio. Euro zur Verfügung. Ausschüttungssperren bestehen nicht. Nach Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Lageberichtes entscheidet der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Jahresüberschusses.

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über die Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns Kreissparkasse Köln. In getrennter Darstellung wird der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der Cashflow aus Investitionstätigkeit sowie der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen stimmt mit der Veränderung des Zahlungsmittelfonds überein. Zum Zahlungsmittelfonds gehören der Kassenbestand und die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank (ohne Zinsabgrenzung für die Mindestreserve). Die Kapitalflussrechnung ist eng an den bankspezifischen DRS 2-10 angelehnt.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für den Konzern Kreissparkasse Köln weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Cashflowbetrachtung in Mio. Euro	2013	2012
Konzernjahresüberschuss (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern)	50,2	51,4
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	94,9	71,9
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen (ohne Rückstellungen für Ertragsteuern)	0,5	-2,5
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	0,7	0,8
Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-10,9	-6,2
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-387,8	-365,3
Zwischensumme	-252,4	-249,9
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit (nach Korrektur um zahlungswirksame Bestandteile)		
Forderungen an Kreditinstitute	52,7	1.118,2
Forderungen an Kunden	-268,8	-309,3
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	347,1	-366,1
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	45,6	2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-473,5	-640,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	253,6	-121,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	133,2	9,4
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-192,8	-61,8
Erhaltene Zinsen und Dividenden	827,4	901,8
Gezahlte Zinsen	-370,0	-454,4
Ertragsteuerzahlungen	-60,9	-64,2
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	41,2	-236,2
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	143,9	192,4
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1,2	0,8
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-6,1	-4,5
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-16,2	-8,0
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-3,2	-3,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	119,6	177,5
Mittelveränderungen aus sonstigem Eigenkapital (Genussrechts- und Nachrangkapital) (Saldo)	-38,1	-32,4
Ausschüttungen	-7,5	0,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-45,6	-32,4
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	310,5	401,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	41,2	-236,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	119,6	177,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-45,6	-32,4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	425,7	310,5

Konzernanhang

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV.

Von dem Wahlrecht gemäß § 297 Abs. 1 Satz 2 HGB, den Konzernabschluss um eine Segmentberichterstattung zu erweitern, wurde kein Gebrauch gemacht.

Daneben wurden in enger Anlehnung die vom Deutschen Standardisierungsrat verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gegebenen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) angewendet. Einschlägig sind hierbei die Standards zum Konsolidierungskreis (DRS 19), zum Konzerneigenkapital (DRS 7), zur Kapitalflussrechnung (DRS 2-10) und zum Konzernlagebericht (DRS 20).

Soweit andere bekannt gegebene Deutsche Rechnungslegungsstandards gesetzliche Vorschriften konkretisieren, wurden diese der Bilanzierung und Bewertung zugrunde gelegt. Eine von den Empfehlungen der DRS abweichende Nutzung gesetzlicher Wahlrechte behält sich der Konzern Kreissparkasse Köln vor. Konzernanhangangaben erfolgen grundsätzlich nur im gesetzlich geforderten Umfang. Deshalb wurde insbesondere bei Umsetzung des DRS 18 (Latente Steuern) auf die Angaben gemäß DRS 18.67 (Überleitungsrechnung) und DRS 18.64 (Erläuterung nicht angesetzter aktiver Differenzen) verzichtet.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss werden neben der Kreissparkasse Köln wie im Vorjahr folgende acht verbundene inländische Unternehmen einbezogen:

Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG, Siegburg
 KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln
 KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln
 KSK-FinanzVermittlung GmbH, Hennef
 KSK-Immobilien GmbH, Köln
 KSK-Wagniskapital GmbH, Köln
 PARETO GmbH, Köln
 SOLUM Facility Management GmbH, Sankt Augustin

Im Einzelnen ergibt sich folgende Zuordnung im Konzernabschluss:

	Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Berichtsjahr
Verbundene Unternehmen	28	+2	-	+1/-1	30
davon in den Konzernabschluss einbezogen	8	-	-	-	8
gem. § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen	20	+2	-	+1/-1	22
Assoziierte Unternehmen (at equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	-	-	-	-	-
Assoziierte Unternehmen (nicht at equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	27	-	-2	-	25
Gemeinschaftsunternehmen (at equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	-	-	-	-	-
Gemeinschaftsunternehmen (nicht at equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	22	+1	-	-1/+1	23

Tochterunternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wurden nicht in den Konzernabschluss einbezogen. 22 verbundene Unternehmen wurden gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert. Die anteilige Bilanzsumme dieser Unternehmen beträgt rund 0,22 % der Konzernbilanzsumme. Basis für die Ermittlung ist jeweils der Durchschnitt der letzten drei Jahre.

23 Gemeinschaftsunternehmen mit einem Gesamtbuchwert von 12,4 Mio. Euro sowie 25 assoziierte Unternehmen mit einem Gesamtbuchwert von 2,5 Mio. Euro wurden nicht at equity bewertet, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln wurde den gesetzlichen Vorschriften entsprechend nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Das Geschäftsjahr aller in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften entspricht dem Kalenderjahr.

Alle Erstkonsolidierungen im Konzern erfolgten nach der Neubewertungsmethode. Bei den vollkonsolidierten Tochterunternehmen, die vor der Umstellung auf das BilMoG erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen wurden, handelt es sich um Altfälle in Sinne des Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB, so dass die Methoden zur Konsolidierung beibehalten werden konnten. Hierbei wurden die Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile zugrunde gelegt. Unterschiedsbeträge, die zwischen dem Erwerbszeitpunkt und dem Beginn des Geschäftsjahres der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss entstanden waren, wurden erfolgsneutral mit den Konzern-Gewinnrücklagen verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge aus Geschäftsbeziehungen zwischen einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert. Eventuell auftretende Zwischengewinne werden eliminiert, sofern sie nicht für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Vergleichbarkeit aufeinanderfolgender Konzernabschlüsse

Die Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG wurde 2012 erstmalig vollkonsolidiert. Mit wirtschaftlicher Wirkung vom 29.12.2012 hatte die Sparkasse die von der Sparkasse Köln-Bonn gehaltenen Kommanditanteile erworben. Die Kreissparkasse Köln ist seither alleinige Kommanditistin.

Die Gesellschaft erbringt Marktfolgeaufgaben im Bereich des Kreditgeschäftes der Kreissparkasse Köln. Die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss erfolgte vor dem Hintergrund, dass es sich hierbei um bedeutende Nebenleistungen im Zusammenhang mit dem originären Bankgeschäft handelt.

Infolge der geringen Zeitspanne zwischen dem Erwerbszeitpunkt und dem Bilanzstichtag des Vorjahres wurde aus Wesentlichkeitsgründen auf eine Einbeziehung der anteiligen Aufwendungen und Erträge der Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Konzerngeschäftsjahr 2012 verzichtet.

Die Gesellschaft erbringt ihre Dienstleistungen gegenüber der Kreissparkasse Köln gegen Erstattung aller Kosten (Kostenumlageverfahren ohne Gewinnaufschlag). Dementsprechend weist sie jeweils ein Jahresergebnis von null Euro aus.

Sofern die Änderung des Konsolidierungskreises bereits Eingang in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Konzerngeschäftsjahr 2012 gefunden hätte, so wäre das Konzernjahresergebnis demzufolge unverändert geblieben. Veränderungen hätten sich im Wesentlichen per saldo bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (-1,1 Mio. Euro) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-1,2 Mio. Euro) ergeben.

Die Vergleichbarkeit der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen für die Konzerngeschäftsjahre 2012 und 2013 ist somit gegeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Für den Konzernabschluss des Konzerns Kreissparkasse Köln gelten grundsätzlich die Ausweis-, Bewertungs- und Verfahrensgrundsätze der Kreissparkasse Köln, sofern für die Erstellung des Konzernabschlusses keine abweichenden gesetzlichen Regelungen im Vergleich zur Erstellung des Einzelabschlusses einschlägig sind. Dementsprechend wurden die Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen nach den für die Kreissparkasse Köln geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht geändert. Da keine dauerhafte Halteabsicht mehr besteht, hat die Sparkasse im Geschäftsjahr 2013 Verbriefungstransaktionen in Form von Schuldverschreibungen mit Buchwerten von insgesamt 14,5 Mio. Euro vom Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) umgewidmet. Damit sind zum Bilanzstichtag keine Wertpapiere des Anlagevermögens mehr im Bestand.

Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) wurden zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund des Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Die Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, sind auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt worden.

Angesichts der Unsicherheit über die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise wurden nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Konzernlagebericht aufgenommen. Zum Bilanzstichtag ist eine griechische Anleihe mit einem Buchwert von null Euro im Bestand. Es handelt sich hierbei um eine aus dem Umtausch resultierende sogenannte GDP-Linked Note mit einem Anspruch auf eine an die Entwicklung des griechischen Bruttoinlandsprodukts gekoppelte Zinszahlung. Im Geschäftsjahr 2013 wurde auf diese Anleihe keine Abschreibung vorgenommen.

Finanzinstrumente des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet worden (§ 340e Abs. 3 HGB). Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende Zeitwert dem Markt- beziehungsweise Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt.

Ein aktiver Markt wurde unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte wurden im Wesentlichen für Anteile an Publikumsfonds und sämtliche Staatsanleihen aus der Eurozone (exklusive Griechenland) festgestellt.

Für Teile des zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen wurden zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, wurden die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, wurden grundsätzlich die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse herangezogen. Diese indikativen Kurse wurden einer Plausibilitätskontrolle mittels alternativer Marktpreise unterzogen. Darüber hinaus wurde – soweit erforderlich – in Einzelfällen eine Plausibilitätskontrolle in Form einer theoretischen Bewertung vorgenommen. Bei Verbriefungstransaktionen wurden theo-

retische Bewertungen durchgeführt, die mittels anderer verfügbarer Informationsquellen plausibilisiert wurden. Erbrachten die Plausibilitätsprüfungen kein eindeutiges Ergebnis, wurden je Position zusätzliche fundamentale Daten ausgewertet.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis eines Bewertungsmodells werden, soweit möglich, beobachtbare Marktdaten herangezogen. Als Bewertungsmodell wird größtenteils das sogenannte Discounted-Cashflow-Verfahren genutzt. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen eine für den Interbankenhandel mit Zinsswaps beobachtbare Zinsstrukturkurve („Swapkurve“) sowie Spreads verwendet. Die Spreads wurden einem gängigen Marktinformationssystem (System RVI von Barclays Capital) entnommen beziehungsweise daraus abgeleitet, so dass diese Spreads dem Kreditrisiko und der Liquiditätssituation Rechnung tragen. Die Bewertung synthetischer Verbriefungstransaktionen erfolgte auf Basis einer Fundamentalwertermittlung. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden insbesondere das ursprünglich geplante Cashflowprofil, die aktuelle Marktlage sowie spezifische Eigenschaften des Referenzportfolios und deren grundlegende Analyse mit einbezogen, um den Barwert der zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme abbilden zu können. Die Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, sind zu Anschaffungspreisen, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder und vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert waren. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben der Stellungnahme IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Gebäude des Anlagevermögens sowie andere abnutzbare, unbewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Immaterielle Anlagewerte sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Es bestehen außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung. Wie in den Vorjahren erfolgte keine Berücksichtigung rein steuerlich motivierter Abschreibungen. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 410 Euro werden Vermögensgegenstände nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Die in den Vorjahren aus Wesentlichkeitsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen für geringwertige Wirtschaftsgüter gebildeten Sammelposten werden über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden nicht als Aktivposten in die Konzernbilanz aufgenommen.

Die Herstellungskosten werden unter Einbeziehung angemessener Teile der Gemeinkosten ermittelt. Fremdkapitalzinsen gemäß § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB werden nicht einbezogen.

Insgesamt ergibt sich im Konzernabschluss 2013 ein über den Saldierungsbereich hinausgehender Überhang aktiver Steuerlatenzen. Ein Abgrenzungsposten für aktive Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert. Die latenten Steuern nach § 306 HGB werden mit denen nach § 274 HGB zusammengefasst.

Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Emittierte Zerobonds wurden mit ihrem Barwert bewertet. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berech-

net. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,6 % und Rentensteigerungen von 1,8 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Abs. 1 EGHGB), wurde Gebrauch gemacht. Im Jahr 2013 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 1,0 Mio. Euro zugeführt, der in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ enthalten ist. Der in den Folgejahren noch zuzuführende Betrag beläuft sich auf 11,5 Mio. Euro.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus Sparprodukten, Leistungen an Arbeitnehmer und außerbilanziellen Geschäften. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung wurde eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen eine Inanspruchnahme hinreichend wahrscheinlich ist. In Einzelfällen wurde dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken ist die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt worden.

Rückstellungen mit einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst. Bei bestimmten Gruppen von Rückstellungen wurde auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes wurde grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend wurde für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges beziehungsweise des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestands zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) des Bankbuchs (Zinsbuchs) hat die Sparkasse auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB als Micro-Hedges zur Absicherung von Zins-, Währungs- und Zahlungsstromänderungsrisiken von Darlehen, Schuldscheindarlehen und Derivaten gebildet. Die Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 15 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Konzernanhangs.

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs noch in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, wurden einzeln bewertet. Da es sich um besonders gedeckte Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen handelt, konnten nach § 340h HGB auch schwebende Gewinne berücksichtigt werden.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate wurden zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlicher Vermögensgegenstand beziehungsweise als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

Ausweis in Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Konzernanhang

Die laufenden Zinserträge und -aufwendungen aus den Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit der internen Steuerung in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen verbucht. Die Zuführung des Sonderpostens nach § 340e Abs. 4 HGB erfolgt in dem GuV-Posten „Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken“ und wird dort gesondert ausgewiesen.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Konzernanhang. Dabei wurden die Erträge und Aufwendungen für bankgeschäftliche Sachverhalte unter dem Zinsergebnis und für sonstige Sachverhalte unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

Der gesonderte Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt im Konzernanhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis wurden auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Für entsprechende, zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung wird ausgegangen, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um Tages-, Termingelder, Darlehen, Devisenoptionen und Devisentermingeschäfte von Kunden und in Ausnahmefällen von Kreditinstituten, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Aufwendungen aus der Währungsumrechnung entstanden darüber hinaus nicht.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die zu Posten oder Unterposten der Konzernbilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

31.12.2013

Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale 257.729.028,97

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 281.739.640,81

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 26.344.673,69

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 75.547.286,82

- mehr als fünf Jahre 19.574.100,00

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

31.12.2013

31.12.2012

Euro

Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen 4.122.238,84 3.930

- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 89.820.853,41 83.077

- nachrangige Forderungen 9.334.275,01 34.452

darunter:

an verbundene Unternehmen 262.238,84 0

an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 3.951.813,13 4.247

Für die nachrangigen Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen überwiegend durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 0,00 4.268

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen: 31.12.2013

Euro

- bis drei Monate 798.701.709,28

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 1.266.800.332,13

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 4.128.689.992,44

- mehr als fünf Jahre 11.996.754.331,99

- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit 1.016.382.966,90

Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

31.12.2013

Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2014 fällig werden 469.634.478,38

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 1.721.022.283,86

- nicht börsennotiert 209.094.320,29

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Staatspapiere Eurozone	166,4	ja	Börsen-/Marktpreis
Länderanleihen und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	660,4		
davon	535,1	nein	Indikativer Preis
davon	125,3	nein	Bewertungsmodell
Sonstige verschreibungen	1.086,8		
davon	698,0	nein	Indikativer Preis
davon	388,8	nein	Bewertungsmodell

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

31.12.2013

31.12.2012

Euro

Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände 5.065.471,92 5.065

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Aktien	15,3	nein	Indikativer Preis
Genussscheine	4,9	nein	Bewertungsmodell
Publikumsfondsanteile	90,7	ja	Rücknahmepreis gemäß Kapitalanlagegesetzbuch
Spezialfondsanteile	137,6	nein	Rücknahmepreis gemäß Kapitalanlagegesetzbuch
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		31.12.2013	
		Euro	
- börsennotiert		0,00	
- nicht börsennotiert		95.799.557,30	

Aktiva 6a - Handelsbestand

Mit Wirkung zum 17.12.2013 hat die Sparkasse den Status als Handelsbuchinstitut aufgegeben. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbuch wurden angepasst. Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis ergaben sich nicht.

Der Handelsbestand gliedert sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

Bilanzwert:
Euro

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

677.266,50

Finanzinstrumente des Handelsbestands wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde entweder der Marktpreis oder ein nach anerkannter Bewertungsmethode ermittelter Preis angesetzt. Einzelheiten hierzu sind unter den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben. Als Marktpreis für die Handelsaktiva wurde aus Vereinfachungsgründen der Geldkurs verwendet.

In Übereinstimmung mit der Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VAR) ermittelt. Dabei wurden eine Haltedauer von 10 Tagen und ein Beobachtungszeitraum von 1.000 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % zugrunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 7.181,03 Euro.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Sonstige Bankschuldverschreibungen	0,7	nein	Indikativer Preis

Der Konzern Kreissparkasse Köln hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches und vergleichbarer ausländischer Investmentvermögen:

	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert/ Marktwert	Ausschüttung 2013	Tägliche Rückgabe möglich
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	
Immobilienfonds					
Europäische Immobilien	68,7	69,0	0,3	2,1	eingeschränkt ¹⁾
Aktienfonds					
Europäische Aktien	14,9	17,5	2,6	0,0	ja
Europäische Aktien	9,8	11,6	1,8	0,0	ja
Europäische Aktien	5,0	5,2	0,2	0,0	ja
Mischfonds					
Europäische Anleihen und Aktien	13,9	14,1	0,2	0,4	ja
Europäische Anleihen sowie Derivatestrategien	42,2	42,2	0,0	0,4	ja
Europäische Anleihen und Aktien	48,2	48,2	0,0	1,1	ja
Europäische Anleihen und Aktien	13,3	15,0	1,7	0,3	ja
Europäische Anleihen sowie Derivatestrategien	4,0	4,1	0,1	0,0	ja

1) 180-tägige Ankündigung

Aktiva 7 – Beteiligungen**Aktiva 8 – Assoziierte Unternehmen****Aktiva 9 - Anteile an verbundenen Unternehmen**

Nähere Angaben zum Konzernanteilsbesitz sind im Abschnitt Sonstige Angaben – Angaben zum Konzernanteilsbesitz – enthalten.

Aktiva 10 - Treuhandvermögen

31.12.2013

Euro

Beim Treuhandvermögen handelt es sich um:

- Forderungen an Kunden	29.113.866,77
- Forderungen an Kreditinstitute	61.269,42

Aktiva 13 - Sachanlagen

31.12.2013

31.12.2012

Euro

Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	82.554.535,34	87.121
--	---------------	--------

Aktiva 14 - Sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2013

31.12.2012

Euro

Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	0,00	17.686
------------------------------------	------	--------

Aktiva 15 - Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2013

31.12.2012

Euro

Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	36.201.143,72	20.115
--	---------------	--------

Der starke Bestandszuwachs gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Emission von zwei Nullkupon-Namenspfandbriefen mit Nominalwerten von 33,4 und 15,0 Mio. Euro.

Aktiva 16 – Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Der Konzern Kreissparkasse Köln hat diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,8 % und eines Gewerbesteuersatzes von 16,6 %

unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern wurden hierbei verrechnet. Ein verbleibender Überhang aktiver latenter Steuern nach § 274 HGB wurde im Konzern nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen bei Forderungen an Kunden, Wertpapieren, Beteiligungen und Rückstellungen. Darüber hinaus sind steuerliche Verlustvorträge bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern berücksichtigt worden. Aufgrund der Regelungen des Investmentsteuergesetzes ergeben sich im Fall der Veräußerung von Investmentanteilen Steuerbe- und -entlastungseffekte, die in die Berechnung der latenten Steuern einbezogen wurden. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne hält der Konzern Kreissparkasse Köln die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben. Steuerliche Effekte aus der Anwendung des § 306 HGB ergaben sich nicht.

31.12.2013

Euro

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von

314.283.945,04

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Immaterielle Anlagewerte
	Euro	Euro	Euro
Anschaffungskosten	369.925.321,77	210.411.206,58	47.829.341,41
Zugänge	5.240.620,89	10.934.002,50	3.249.083,05
Abgänge	4.560.063,34	5.287.140,48	6.889.016,00
Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
Zuschreibungen	0,00	1.222.018,38	0,00
Abschreibungen und Wert- berichtigungen insgesamt	245.279.828,30	158.109.486,00	35.567.554,61
Bilanzwert 31.12.2013	125.326.051,02	59.170.600,98	8.621.853,85
(Vorjahr)	(129.770.772,72)	(55.296.483,38)	(7.690.356,63)
Abschreibungen und Wertbe- richtigungen des Geschäftsjahres	8.504.287,01	8.143.663,28	2.267.028,83
(Vorjahr)	(8.344.101,70)	(8.210.328,34)	(2.188.071,06)
Finanzanlagevermögen	Bilanzwert 31.12.2012	Veränderungen im Geschäftsjahr	Bilanzwert 31.12.2013
	Euro	Euro	Euro
Schuldverschreibungen und an- dere festverzinsliche Wertpapiere	56.062.765,36	-56.062.765,36	0,00
Aktien und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	48.493.621,38	-48.493.621,38	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.308.674,11	146.200,00	1.454.874,11
Beteiligungen	352.221.369,50	-39.680.407,03	312.540.962,47
Sonstige Vermögens- gegenstände	17.819.267,24	-17.685.522,69	133.744,55

Die Zuschreibung bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung resultiert aus der Rückgängigmachung von in Vorjahren vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen auf Kunstgegenstände, die keiner planmäßigen Wertminderung unterliegen.

	Euro	
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	58.348.571,49	5
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	267.213.435,24	4
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	182.742.759,17	4
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	725.424.676,89	0
- mehr als fünf Jahre	1.405.118.460,96	

<u>Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</u>	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.388.172,91	1.884
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25.041.960,36	38.275
Der Unterposten a)ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	4.813.935,18	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	87.922.766,93	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.397.010,12	
- mehr als fünf Jahre	1.699.137,66	
Der Unterposten b)bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	756.786.927,34	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	495.217.025,75	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	783.191.418,10	
- mehr als fünf Jahre	828.608.967,40	

<u>Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten</u>	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	300.000,00	2.175

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2014 fällige Beträge
enthalten: 462.227.263,39

Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten 31.12.2013

Euro

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 29.113.866,77

- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 61.269,42

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten 31.12.2013

Euro

31.12.2012

Tsd. Euro

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem
Auszahlungsbetrag von Forderungen 20.088.774,15

27.225

Passiva 8 - Nachrangige Verbindlichkeiten

31.12.2013

Euro

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,61 % und ursprüngliche Laufzeiten von neun bis dreizehn Jahren.

Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden nachrangige Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig in Höhe von: 72.108.350,00

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in folgender Höhe angefallen: 8.190.380,66

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag in Euro	Zinssatz	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
25.000.000,00	4,4 %	17.11.2014	Nein
20.000.000,00	5,8 %	16.12.2014	Nein
20.000.000,00	3,65 %	22.06.2015	Nein
20.000.000,00	5,0 %	04.08.2015	Nein
20.000.000,00	5,25 %	30.12.2015	Nein

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich**Eventualverbindlichkeiten**

Bei den Kreditgewährungen des Konzerns Kreissparkasse Köln werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse wird für die hier ausgewiesenen Beträge davon ausgegangen, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung des Konzerns Kreissparkasse Köln führen. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, wurden ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen des Kreditvergabeprozesses des Konzerns Kreissparkasse Köln herausgelegt. Auf dieser Grundlage ist der Konzern Kreissparkasse Köln der Auffassung, dass die Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

31.12.2013

Euro

Unter den Passiva und Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von:

214.774.720,84

31.12.2013

Euro

Für die folgenden in der Konzernbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen

1.700.949.846,15

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

<u>GuV-Posten 2 - Zinsaufwendungen</u>	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Aufwendungen aus der Aufzinsung beziehungsweise der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen	314.044,72	298
--	------------	-----

<u>GuV-Posten 9 - Sonstige betriebliche Erträge</u>	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

Der Posten enthält:

- Erträge aus der Währungsumrechnung einschließlich realisierter Erträge	1.795.818,50	1.864
--	--------------	-------

<u>GuV-Posten 12 - Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Aufwendungen aus der Aufzinsung beziehungsweise der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen und Rentenverpflichtungen	7.199.046,70	6.295
--	--------------	-------

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten als wesentlichen Einzelbetrag Aufwendungen in Höhe von 9,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für Aufwendungser-satzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö.K. aus der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft LBBH.

GuV-Posten 23 - Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Posten beinhaltet nur laufende Steuern. Hierin sind per saldo Steueraufwendungen für Vorjahre in Höhe von 1,6 Mio. Euro enthalten.

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Kreissparkasse Köln hat im Geschäftsjahr 2013 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit Nominalwerten von 755,5 Mio. Euro und Öffentliche Pfandbriefe mit Nominalwerten von 58,4 Mio. Euro platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Konzernbilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliedert. Da die Kreissparkasse Köln das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Konzernanhang übernommen. Aus den gleichen Gründen werden nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Konzernbilanz dargestellt, deren Inhalt das Pfandbriefgeschäft betrifft.

<u>Aktiva 4 - Forderungen an Kunden</u>	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) Hypothekendarlehen	10.160.794.325,74	9.913.191
b) Kommunalkredite	2.956.715.287,89	2.866.097
c) andere Forderungen	6.103.509.658,81	6.213.587
darunter:		
gegen Beleihung von Wertpapieren	94.133.229,82	88.939
 <u>Aktiva 15 - Rechnungsabgrenzungsposten</u>	 31.12.2013	 31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	36.201.143,72	19.220
b) andere	26.077.105,50	28.841
 <u>Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	 31.12.2013	 31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	135.837.954,41	95.685
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	65.635.979,46	30.220
c) andere Verbindlichkeiten	2.490.204.546,60	3.051.183
darunter:		
täglich fällig	52.807.345,07	33.236

<u>Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	426.619.215,47	381.537
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe	239.782.799,91	217.670
c)	andere Verbindlichkeiten	15.942.459.074,88	15.744.320
	darunter:		
	täglich fällig	8.043.053.611,15	7.258.352
<u>Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	begebene Schuldverschreibungen	2.221.715.587,89	2.092.273
aa)	Hypothekenspfandbriefe	1.589.787.926,13	1.262.447
ab)	öffentliche Pfandbriefe	133.465.764,94	152.779
ac)	sonstige Schuldverschreibungen	498.461.896,82	677.047
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0
	darunter:		
	Geldmarktpapiere	0,00	0
<u>Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	21.148.126,97	28.622
b)	andere	7.694.967,77	6.928

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG für alle umlaufenden Emissionen stellen sich wie folgt dar (Vorjahreswerte in Klammern):

Hypothekenspfandbriefe:

Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:

(Tsd. Euro)	Wertpapierumlauf		Deckungsmasse		Überdeckung	
Nennwert	2.155.120	(1.744.320)	3.188.322	(2.601.617)	47,9 %	(49,1 %)
Aktueller Barwert	2.212.610	(1.860.379)	3.538.524	(3.003.462)	59,9 %	(61,4 %)
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	2.008.759	(1.707.145)	3.165.990	(2.686.002)	57,6 %	(57,3 %)
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	2.354.408	(1.930.795)	3.825.009	(3.163.489)	62,5 %	(63,8 %)

In der Deckungsmasse befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Derivate.

Laufzeiten der Hypothekendarlehen gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

(Tsd. Euro)	Pfandbriefumlauf		Deckungsstock	
bis zu 1 Jahr	325.300	(344.700)	252.153	(191.710)
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	248.200	(355.300)	276.166	(165.722)
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	204.420	(168.200)	239.466	(182.939)
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	93.000	(194.420)	342.649	(171.975)
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	431.400	(168.000)	376.344	(279.740)
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	752.300	(450.700)	1.486.923	(1.416.072)
mehr als 10 Jahre	100.500	(63.000)	214.621	(193.459)

Realdarlehen / Wertpapiere, gestaffelt nach Betragsstufen:

(Tsd. Euro)	bis zu 300 Tsd. Euro		über 300 Tsd. bis zu 5 Mio. Euro		mehr als 5 Mio. Euro	
	Realdarlehen	2.017.300	(1.633.887)	747.199	(585.027)	69.669
Wertpapiere	0	(0)	56.000	(41.985)	298.154	(318.885)
Deckungsstock gesamt	2.017.300	(1.633.887)	803.199	(627.012)	367.823	(340.718)

Anteil der Objekttypen am Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro		%	
Wohnungen	343.206	(268.345)	12,11	(11,98)
Einfamilienhäuser	1.109.900	(882.444)	39,16	(39,38)
Mehrfamilienhäuser	891.282	(714.244)	31,45	(31,88)
Bürogebäude	202.159	(143.397)	7,13	(6,40)
Handelsgebäude	39.840	(15.749)	1,41	(0,70)
Industriegebäude	3.642	(0)	0,13	(0)
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	244.139	(216.568)	8,61	(9,66)
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	0	(0)	0	(0)
Bauplätze	0	(0)	0	(0)
Gesamt	2.834.168	(2.240.747)	100,00	(100,00)

Nutzungsarten der Einzelobjekte im Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro		%	
Gewerblich	489.780	(375.714)	17,28	(16,77)
Wohnwirtschaftlich	2.344.388	(1.865.033)	82,72	(83,23)
Gesamt	2.834.168	(2.240.747)	100,00	(100,00)

Es befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands im Deckungsstock.

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen und bestanden auch im Vorjahr nicht.

Sonstige Angaben zum Deckungsstock:

Es existieren keine am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt oder Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Keine Zinsen sind rückständig. Die vorgenannten Aussagen treffen auch für das Vorjahr zu.

Derivategeschäfte:

Das Deckungsregister für Hypothekendarlehen enthält aktuell und enthielt zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres keine Derivategeschäfte.

Öffentliche Pfandbriefe:Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:

(Tsd. Euro)	Wertpapierumlauf		Deckungsmasse		Überdeckung	
Nennwert	433.917	(396.500)	603.564	(516.735)	39,1 %	(30,3 %)
Aktueller Barwert	468.713	(461.717)	688.346	(615.154)	46,9 %	(33,2 %)
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	407.671	(402.487)	592.244	(535.041)	45,3 %	(32,9 %)
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	527.309	(499.123)	783.133	(670.017)	48,5 %	(34,2 %)

In der Deckungsmasse befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Derivate.

Laufzeiten der Öffentlichen Pfandbriefe gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

(Tsd. Euro)	Pfandbriefumlauf		Deckungsstock	
bis zu 1 Jahr	0	(21.000)	35.195	(23.438)
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	71.000	(0)	39.736	(15.693)
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	15.000	(71.000)	21.052	(54.311)
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	70.000	(25.000)	29.682	(2.057)
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	46.500	(60.000)	84.827	(16.056)
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	113.000	(124.500)	226.106	(229.115)
mehr als 10 Jahre	118.417	(95.000)	166.966	(176.065)

Verteilung des Deckungsstocks auf Länder und Schuldnerklassen:

(Tsd. Euro)	Deutschland		Gesamt	
Staat	0	(0)	0	(0)
Gebietskörperschaft regional	17.500	(17.499)	17.500	(17.499)
Gebietskörperschaft örtlich	401.319	(337.955)	401.319	(337.955)
Sonstige Schuldner	184.745	(161.281)	184.745	(161.281)

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen und bestanden auch im Vorjahr nicht.

Derivategeschäfte:

Das Deckungsregister für Öffentliche Pfandbriefe enthält aktuell und enthielt zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres keine Derivategeschäfte.

Zusatzangaben nach § 35 RechKredV:

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 2.834.168 Tsd. Euro sowie die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen von 572.564 Tsd. Euro werden in der Konzernbilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 354.154 Tsd. Euro und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere von 31.000 Tsd. Euro finden sich in der Konzernbilanz unter den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Bilanzstichtag stellen sich die für die Finanzlage wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wie folgt dar:

Art des Geschäfts:	Kredite und Einlagen Darlehen	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Geschäfte
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Art der Beziehung:			
Personen in Schlüsselpositionen einsch. nahe Familienangehörige	19,02	8,14	0,01
Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	9,02	6,45	0,08
Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	53,56	19,41	7,23
Sparkassenzweckverband einsch. Trägerkreise	268,37	70,62	11,70
Sonstige nahe stehende Personen und Unternehmen	103,75	118,02	15,18

Da der Konzernabschluss die wirtschaftliche Einheit des Konzerns abbilden soll, wurden Geschäfte zwischen den konsolidierten Konzernunternehmen nicht mit aufgenommen.

In den sonstigen Geschäften mit dem Sparkassenzweckverband sind mit 89,7 Mio. Euro die im Geschäftsjahr erbrachten und die auf die Restlaufzeit voraussichtlich entfallenden Erbpachtzahlungen der Sparkasse enthalten.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten, nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung. Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um gedeckte Währungspositionen, Bewertungseinheiten oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogene schwebende Geschäfte.

Teil A	Nominalbeträge ¹⁾				Beizulegende Zeitwerte ²⁾	Buchwerte	
	in Mio. Euro					in Mio. Euro	in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten				Preis nach Bewertungsmethode		Optionsprämie/Variation Margin/Upfront-Payment
bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Insgesamt				
Zins- / zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Termingeschäfte							
Zinsswaps	202,39	2.939,36	4.927,56	8.069,31	285,37 -491,83		1,25
Zinsswaps in Fremdwährung			0,57	0,57	0,04 -0,04		
Collars		1,32		1,32	0,08 -0,08	(A 14) 0,03 (P 05) 0,03	
Zinsscaps	19,63	84,56	25,29	129,48	0,17 -0,17	(A 14) 0,54 (P 05) 0,77	
Summe	222,02	3.025,24	4.953,42	8.200,68	-206,46		1,25
davon Deckungsgeschäfte	222,02	3.025,24	4.953,42	8.200,68	-206,46		1,25
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte	465,21	10,71		475,92	12,59 -11,72		
Währungsswaps	37,07	252,01	20,44	309,52	20,53 -42,43		4,16
Zinswährungsswaps	2,18	86,72	185,56	274,46	37,70 -38,65		2,51
Basisswaps	25,55	40,23	33,27	99,05	8,63 -8,33		0,88
- Optionen							
Longpositionen	2,18	2,17		4,35	0,17	(A 14) 0,18	
Shortpositionen	2,18	2,17		4,35	-0,17	(P 05) 0,19	
Summe	534,37	394,01	239,27	1.167,65	-21,68		7,55
davon Deckungsgeschäfte	534,37	394,01	239,27	1.167,65	-21,68		7,55

1) Bei Optionen errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

2) Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte sind mit einem Minuszeichen versehen.

Teil B	Nominalbeträge ¹⁾				Beizulegende-Zeitwerte ²⁾	Buchwerte	
	in Mio. Euro					in Mio. Euro	in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten				Insgesamt		Marktpreis
bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre					
Aktien- / aktienindex-bezogene Geschäfte							
Börsen-Produkte							
- Termingeschäfte							
Futures	11,56			11,56	-11,32	(A14) 0,51	0,51
- Optionen							
Longpositionen	127,51			127,51	0,80	(A14) 14,86	
Shortpositionen	127,51			127,51	-77,65	(P05) 76,21 ³⁾	
Summe	266,58			266,58	-88,17		0,51

1) Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

2) Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte sind mit einem Minuszeichen versehen.

3) Zusätzlich sind 12,9 Mio. Euro Verbindlichkeiten aus Aufzinsungsbeträgen passiviert.

Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen mit Kunden erfüllen aufgrund der korrespondierenden Gegengeschäfte mit Kreditinstituten die Voraussetzung der besonderen Währungsdeckung. Dies gilt ebenso für die ausnahmsweise bestehenden Devisentermingeschäfte mit Kreditinstituten, die durch Gegengeschäfte mit Kreditinstituten besonders gedeckt sind. Die übrigen aufgeführten Finanzinstrumente sind derivative Kundengeschäfte mit korrespondierenden Deckungsgeschäften sowie Sicherungsgeschäfte für nicht derivative Kundengeschäfte der Kreissparkasse Köln. Darüber hinaus hat die Kreissparkasse Köln Futures erworben, die eine Anlage in einem Wertpapier-Sondervermögen absichern sollen, und lang laufende Optionen so kombiniert, dass sich daraus festverzinsliche Refinanzierungen ergeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price). Bei einem aktiven Markt entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Das ist bei den oben aufgeführten Börsen-Produkten der Fall. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 30.12.2013 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für Index-, Future-, Devisen- und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters und der Eurex Frankfurt AG entnommen wurden. Zeitwerte von Caps und Collars wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten zum Bilanzstichtag aus der Quelle Reuters herangezogen. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Ermittelt wurden diese anhand der Barwerte der künftigen Zahlungsströme unter Verwendung der Zinskurve der jeweiligen Geschäftswährung per 30.12.2013.

Die nach den Bilanzierungsregeln nicht trennungspflichtigen derivativen Finanzinstrumente, die Bestandteil strukturierter Emissionen sind, wurden nicht aufgenommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente im Interbankengeschäft handelt es sich ausschließlich um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Zinsswaps, Währungsswaps, Zinswährungsswaps, Basisswaps, Zinscaps und Zinscollars mit Kunden abgeschlossen.

Angaben zu Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis wird für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft ermittelt. Die Sparkasse differenziert dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken, und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sogenannten „Einfrierungsmethode“ außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, wird für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung gebildet, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Falls im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellt die Sparkasse einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical-Term-Match-Methode). Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit sind eine Dokumentation unter anderem der Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten.

Da die maßgeblichen Risikoparameter von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufeinander abgestimmt sind, wendet die Sparkasse zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung in der Regel die Critical-Term-Match-Methode an. In Einzelfällen, bei denen diese Methode aufgrund von Abweichungen in den wertbestimmenden Parametern nicht adäquat ist, wird auf den Basis-Point-Value(BPV)-Vergleich zurückgegriffen. Dabei geht die Sparkasse von einer prospektiven Effektivität der Sicherungsbeziehung aus, sofern sich der BPV des Grundgeschäfts und der gegenläufige BPV des Sicherungsgeschäfts weitgehend ausgleichen.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden folgende Posten bzw. Transaktionen einbezogen:

Posten / Transaktionen	Einbezogener Betrag in Euro	Sicherungsart	Gesicherte Risiken
Forderungen an Kunden	243.741.775,82	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko
Vermögensgegenstände gesamt	243.741.775,82		
Festzinsswaps (Euro und Währung), Caps/Collars	2.286.706.672,00	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko
Basisswaps	49.526.569,63	Micro-Hedge	Zahlungsstromänderungsrisiko
Börsen-Aktien/Index-Optionen (BOX)	127.510.241,60	Micro-Hedge	Zahlungsstromänderungsrisiko
Schwebende Geschäfte gesamt	2.463.743.483,23		

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 2.707.485.259,05 Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen werden.

Risikoart	Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Sicherungsart	Prospektive Effektivität
	Art	Betrag in Mio. Euro	Art	Betrag in Mio. Euro		
Wertänderungsrisiko						
Zinsänderungsrisiko	Festverz. Euro-Darlehen	104,4	Festzinsswaps	106,9	Micro-Hedge	Critical Term Match ¹⁾
Zinsänderungsrisiko	Festverz. Schuldscheindarlehen	15,0	Festzinsswaps	15,0	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko	Festzinsswaps	1.991,5	Festzinsswaps	1.991,5	Micro-Hedge	Critical Term Match ¹⁾
Zinsänderungsrisiko	Caps/Collars	65,4	Caps/Collars	65,4	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko Währungskursänderungsrisiko	Festverz. Währungsdarlehen	124,3	Zins-/ Währungsswaps	124,3	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko Währungskursänderungsrisiko	Währungsswaps, Zins-/ Währungsswaps	229,8	Währungsswaps, Zins-/ Währungsswaps	229,8	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zahlungsstromänderungsrisiko						
Zahlungsstromänderungsrisiko (Zins)	Basisswaps	49,5	Basisswaps	49,5	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zahlungsstromänderungsrisiko (Marktpreis)	Börsen-Aktien/ Index-Optionen (BOX)	127,5	Börsen-Aktien/ Index-Optionen (BOX)	127,5	Micro-Hedge	Critical Term Match

1) in Einzelfällen Basis-Point-Value-Vergleich

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes beziehungsweise des Sicherungsgeschäftes.

Angaben zu nicht aus der Konzernbilanz ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutsche Landesbank AG, (unter anderem der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rund 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seinem Anteil verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt in Höhe von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Kreissparkasse Köln entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (14,85 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Konzernabschluss 2013 keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Kreissparkasse Köln während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Um dieses Risiko abzuschirmen, wird der Konzern für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 55,6 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen 11,0 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2013.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Konzernabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2014 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein sogenanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 178,8 Mio. Euro im Jahr 2013 14,2 Mio. Euro.

Nach der vom IDW in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Konzernabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Kreissparkasse Köln entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2013 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 291,0 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke der Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK etwa 29,8 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2013 verwendet.

Angaben zu Honoraren für Abschlussprüfer

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 24 Abs. 3 und § 34 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Kreissparkasse Köln; sie ist auch Konzernabschlussprüfer. Im Geschäftsjahr wurde für den Abschlussprüfer ein Gesamthonorar von 589 Tsd. Euro erfasst. Hiervon entfallen 542 Tsd. Euro auf Abschlussprüfungsleistungen und 47 Tsd. Euro auf andere Bestätigungsleistungen.

Angaben zum Konzernanteilsbesitz

An folgenden Unternehmen hält die Kreissparkasse Köln unmittelbar oder mittelbar Anteile von mindestens 20 %:

1. Tochterunternehmen, die vollkonsolidiert werden:

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital (%)
Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG	Siegburg	100,00
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	100,00
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Köln	100,00
KSK-FinanzVermittlung GmbH	Hennef	100,00
KSK-Immobilien GmbH	Köln	100,00
KSK-Wagniskapital GmbH	Köln	93,20
PARETO GmbH	Köln	100,00
SOLUM Facility Management GmbH	Sankt Augustin	100,00

2. Tochterunternehmen, die aufgrund von untergeordneter Bedeutung nicht einbezogen werden:

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital (%)	Anmerkung
Acorus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG	Lockstedt	100,00	1)
ATRIUM Königsdorf GmbH	Köln	94,00	
Erste KSK Köln Grundbesitz GmbH & Co. KG	Köln	100,00	
Erste KSK Köln Grundbesitz Verwaltungs-GmbH	Köln	100,00	2)
FRANZISKANERHOF Brühl GmbH	Köln	94,00	
HIH Bonn GmbH	Köln	100,00	
Immo-Modul GmbH	Köln	100,00	
KSA Verwaltungsgesellschaft mbH	Siegburg	100,00	2)
KSK Köln Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln	100,00	2)
KSK-Flächenentwicklung GmbH	Köln	100,00	
m & B Wohnbau GmbH	Köln	100,00	
PARETO Elf GmbH	Köln	97,90	
PARETO Sechs GmbH	Köln	100,00	
PARETO Siebzehn GmbH	Köln	100,00	
PARETO Vier GmbH	Köln	75,00	
PARETO Zwei GmbH	Köln	100,00	
Profinanz Versicherungsmakler GmbH	Siegburg	100,00	
Projektgesellschaft Eichholz mbH	Köln	94,80	
Projektgesellschaft Siegtal mbH	Köln	94,00	
Rubidium Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Mainz	100,00	1)
Zweite KSK Köln Grundbesitz GmbH & Co. KG	Köln	100,00	
Zweite KSK Köln Grundbesitz Verwaltungs-GmbH	Köln	100,00	2)

1) Zweckgesellschaft nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB

2) Unternehmen ohne eigene operative Geschäftstätigkeit (Vorratsgesellschaften bzw. Komplementär-GmbHs)

3. Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die aufgrund von untergeordneter Bedeutung nicht at equity bewertet werden:

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital (%)	Klassifizierung	Anmerkung
APW Verwaltungs GmbH	Köln	33,30	Gemeinschaftsunternehmen	2)
APW Wielandstraße GmbH & Co. KG	Köln	33,30	Gemeinschaftsunternehmen	
AutomotiveThermoTech GmbH	Lindlar	25,00	Assoziiertes Unternehmen	
b-onlife AG i.L.	Elsdorf-Heppendorf	28,69	Assoziiertes Unternehmen	1)
BusinessCampus Rhein-Sieg GmbH	Sankt Augustin	40,00	Assoziiertes Unternehmen	
Development Partner AG	Düsseldorf	25,00	Assoziiertes Unternehmen	
digimago GmbH	Siegburg	32,50	Assoziiertes Unternehmen	
Entwicklungsgesellschaft Heussallee mbH & Co. KG	Köln	49,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Entwicklungsgesellschaft Heussallee Verwaltung GmbH	Köln	49,00	Gemeinschaftsunternehmen	2)
Entwicklungs-GmbH Eitorf (Sieg)	Eitorf	35,27	Assoziiertes Unternehmen	
GCC Games Campus Cologne GmbH i.L.	Köln	48,98	Assoziiertes Unternehmen	1)
Grundstücksentwicklung Leichlingen mbH - GEL	Leichlingen	49,00	Assoziiertes Unternehmen	
KAU Projekt GmbH & Co KG	Köln	49,00	Gemeinschaftsunternehmen	
KAU Verwaltungs GmbH (ehemals PARETO Vierzehn GmbH)	Köln	49,00	Gemeinschaftsunternehmen	2)
KmR Immobilien GmbH	Köln	49,90	Gemeinschaftsunternehmen	
MUK Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Köln	43,34	Assoziiertes Unternehmen	1)

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital (%)	Klassifizierung	Anmerkung
nesseler PARETO GmbH	Köln	49,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Occasio Entwicklungsgesellschaft mbH i.L.	Much	49,95	Gemeinschaftsunternehmen	1)
PARETO Acht GmbH	Köln	50,00	Gemeinschaftsunternehmen	
PGT Thermprozess Technik GmbH	Troisdorf	29,97	Assoziiertes Unternehmen	
Projektentwicklung Am Barmbeker Bahnhof in Hamburg Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	25,00	Assoziiertes Unternehmen	
Projektentwicklung Fürstenrieder Straße in München GmbH	Düsseldorf	47,50	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung Große Packhofstraße in Hannover GmbH	Düsseldorf	30,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung in Düsseldorf Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	20,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung KÖLNCUBUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	25,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung Schadowstraße in Düsseldorf GmbH & Co. KG	Düsseldorf	35,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung Schirmständerhaus in Berlin GmbH	Düsseldorf	50,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung Tegernseer Landstraße in München GmbH	Düsseldorf	47,50	Gemeinschaftsunternehmen	
Projektentwicklung Wilmersdorfer Straße in Berlin GmbH & Co. KG	Düsseldorf	25,00	Gemeinschaftsunternehmen	
Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH Swisttal	Swisttal	23,08	Assoziiertes Unternehmen	
Prosystems IT GmbH	Bonn	20,17	Assoziiertes Unternehmen	
Region Köln/Bonn Sparkassen GbR	Leverkusen	33,33	Assoziiertes Unternehmen	
Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH	Bergisch Gladbach	48,00	Assoziiertes Unternehmen	
Rheinwerk-Bonn RWB GmbH i.L.	Köln	36,10	Gemeinschaftsunternehmen	1)
S Institut für Marketing & Kundenbindung GmbH	Elsdorf	20,00	Assoziiertes Unternehmen	
ST@RT Hürth Zentrum für Technologie und Existenzgründung GmbH	Hürth	47,00	Assoziiertes Unternehmen	
Trowista - Troisdorfer Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft mbH	Troisdorf	24,19	Assoziiertes Unternehmen	
VISION Chancenkapi tal Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH & Co. KG i.L.	Bonn	45,00	Assoziiertes Unternehmen	1)
VISION Chancenkapi tal Verwaltungs-Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH i.L.	Bonn	50,00	Gemeinschaftsunternehmen	1) 2)
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim	Bornheim	24,51	Assoziiertes Unternehmen	
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Lohmar	Lohmar	35,69	Assoziiertes Unternehmen	
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Neunkirchen-Seelscheid mbH i.L.	Neunkirchen-Seelscheid	24,51	Assoziiertes Unternehmen	1)
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Windeck mbH	Windeck-Rosbach	30,84	Assoziiertes Unternehmen	
wohn-kreativ & PARETO GmbH & Co. KG	Königswinter	49,90	Gemeinschaftsunternehmen	
wohn-kreativ & PARETO Verwaltungs-GmbH	Königswinter	49,90	Gemeinschaftsunternehmen	2)
WPP Entwicklungsgesellschaft mbH	Köln	33,40	Gemeinschaftsunternehmen	
ZIPPEL COMMUNICATIONS GmbH	Elsdorf-Heppendorf	45,00	Assoziiertes Unternehmen	
ZIPPEL NetMarket GmbH	Elsdorf-Heppendorf	35,00	Assoziiertes Unternehmen	

1) Unternehmen in Liquidation oder Insolvenz

2) Unternehmen ohne eigene operative Geschäftstätigkeit (Vorratsgesellschaften bzw. Komplementär-GmbHs)

4. Sonstiger Anteilsbesitz

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital (%)	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro	Anmerkung
RSOB Rheinische Sparkassen Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	20,84	-8	-8	1)

1) Stimmrechtsanteil weicht vom Kapitalanteil ab.

Angaben zu Organmitgliedern

Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln

Vorsitzendes Mitglied

Werner Stump
Landrat
(bis 30.06.2013)

Willy Zylajew
Geschäftsführer Unternehmensberatung
(02.07.2013 bis 16.12.2013)

Michael Kreuzberg
Landrat
(seit 17.12.2013)

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter
(bis 30.04.2013)

Frank Mederlet
Geschäftsführer SPD NRW
(seit 01.05.2013)

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Frank Mederlet
Geschäftsführer SPD NRW
(bis 30.04.2013)

Sebastian Schuster
Selbstständiger Rechtsanwalt
(seit 01.05.2013)

Mitglieder

Willy Axer
Sparkassenangestellter

Michaela Balansky
Betriebsprüferin Stadt Köln

Klaus-Dieter Becker
Geschäftsführender Gesellschafter
Feuchtigkeitssanierung

Peter Biesenbach MdL
Abgeordneter

Wilfried Bolender
Sparkassenangestellter

Anita Bolz
Sparkassenangestellte

Christoph Cáceres Ayllón
Wirtschaftsfachwirt Bundesagentur für Arbeit

Elmar Gillet
Selbstständiger Unternehmer
Tonträgergroßhandel
Horst Grosspeter
Geschäftsführender Gesellschafter
Beteiligungsunternehmen
(bis 30.06.2013)

Werner Stump

Stellvertreter

Ralf Krupp
Sparkassenangestellter

Claudia Owczarczak-Borowski
Selbstständige Unternehmerin
Organisationsberatung

Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz
Selbstständiger Diplomkaufmann Fremdsprachen

Margit Ahus
Fraktionsgeschäftsführerin

Marco Dörner
Sparkassenangestellter

Peter Bourry
Sparkassenangestellter

Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Beamter Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft

Doris Lambertz
Verwaltungsangestellte

Michael Wiecki
Selbstständiger Unternehmer Immobilien

Landrat a.D.
(02.07.2013 bis 31.01.2014)

Gregor Golland MdL
Abgeordneter
(seit 25.03.2014)

Sebastian Hartmann MdB
Abgeordneter

Bert Höhne
Selbstständiger Unternehmer Immobilien

Wolfgang Horak
Sparkassenangestellter

Hans Theo Klug
Oberstudiendirektor i.R.

Hans Krings
Staatssekretär a.D.

Ottilie Kügler
Sparkassenangestellte

Frithjof Kühn
Landrat

Frank Mederlet
Geschäftsführer SPD NRW

Holger Müller MdL
Abgeordneter

Carla Neisse-Hommelsheim
Geschäftsführende Gesellschafterin Immobilien

Manfred Nelles
Sparkassenangestellter

Gerda Recki
Hausfrau

Christian Drefahl
Wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität Köln

Christel Menten
Sparkassenangestellte

Gregor Golland MdL
Abgeordneter
(bis 24.03.2014)

Dr. Matthias Petran
Studiendirektor i.R.
(seit 25.03.2014)

Heidi Meyn
Selbstständige Unternehmensberaterin
Gießereien

Rolf Glees
Sparkassenangestellter

Michael Solf
Studiendirektor i.R.

Ralf Wurth
Stellvertretender Verwaltungsleiter
Rheinische Kliniken Düsseldorf

Eduard Wolf
Prokurist Heilmittel-Vertriebsgesellschaft

Hildegard Diekhans
Hausfrau
(bis 30.06.2013)

Horst Grosspeter
Geschäftsführender Gesellschafter
Beteiligungsunternehmen
(seit 02.07.2013)

Elke Müller
Sparkassenangestellte

Leo Overath
Rentner

Brigitte Donie
Hausfrau

Christa Peters
Sparkassenangestellte

Albert Heider
Sparkassenangestellter

Julia Richter
Sparkassenangestellte

Tim Cramer
Sparkassenangestellter

Christian Schorn
Sparkassenangestellter

Stephan Heldmann
Sparkassenangestellter

Sebastian Schuster
Selbstständiger Rechtsanwalt

Rolf Bausch
Ministerialrat a.D.

Dietmar Tendler
Oberstudienrat

Udo Scharnhorst
Pensionär

Ulrich Tepper
Sparkassenangestellter

Kerstin Heisig
Sparkassenangestellte

Thomas Trier
Selbstständiger Buchhändler

Roland Rickes
Geschäftsführender Gesellschafter
Organisationsberatung

Guido van den Berg MdL
Abgeordneter

Christa Schütz
Hausfrau

Thomas Wallau
Geschäftsführer ArcelorMittal
Wire Solutions Sales Germany GmbH

Ralf Offergeld
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
BDO Warentreuhand AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Karl-Heinz Weingarten
Geschäftsführer
in der Energiewirtschaft

N.N.
(bis 11.03.2013)

Christian Pohlmann
Politikwissenschaftler M. A.
(seit 12.03.2013)

Michael Wiegand
Sparkassenangestellter

Ditmar Weis
Sparkassenangestellter

Simone Zens
Sparkassenangestellte

Andreas Prinz
Sparkassenangestellter

Gerhard Zorn
Landesverwaltungsdirektor
Landschaftsverband Rheinland

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm
Selbstständiger Rechtsanwalt

Willi Zylajew
Geschäftsführer Unternehmensberatung
(bis 01.07.2013 und seit 17.12.2013)

Michael Schmalen
Selbstständiger Unternehmensberater
Immobilien

N.N.
(02.07.2013 bis 16.12.2013)

Sachverständige Mitglieder

Margit Ahus
Fraktionsgeschäftsführerin

Klaus Pipke
Bürgermeister

**Teilnehmer mit beratender Stimme
nach § 10 Abs. 4 SpkG NW**

Hagen Jobi
Landrat

Michael Kreuzberg
Landrat
(09.10.2013 bis 16.12.2013)

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat

Vorstand der Kreissparkasse Köln

Vorsitzender:	Alexander Wüerst
stellvertretender Vorsitzender:	Josef Hastrich
Mitglieder:	Wolfgang Schmitz Dr. Klaus Tiedeken Christian Bonnen
stellvertretende Mitglieder:	Volker Wolf Udo Buschmann

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsgremiums in nachfolgend aufgeführten großen Kapitalgesellschaften:

Alexander Wüerst	Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG Provinzial Rheinland Versicherung AG
Dr. Klaus Tiedeken	Deutsche WertpapierService Bank AG Hospitalvereinigung St. Marien GmbH
Christian Bonnen	neue leben Pensionskasse AG

Den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse (Hauptausschuss, Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss, Beteiligungsausschuss, Sparkassen-ausschuss), den sachverständigen Mitgliedern sowie den Teilnehmern mit beratender Stimme wurde für ihre Tätigkeit in diesen Gremien ein Sitzungsgeld von 550,- Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden dieser Gremien erhielten jeweils den doppelten Betrag, die stellvertretenden Vorsitzenden den anderthalbfachen Betrag. Außerdem erhielten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, die sachverständigen Mitglieder sowie die Teilnehmer mit beratender Stimme für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. dessen Ausschüssen einen Pauschalbetrag von 2.500,- Euro p.a.; diejenigen Personen, die Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender mindestens eines dieser Gremien waren, erhielten jeweils den doppelten bzw. den anderthalbfachen Pauschalbetrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge: Margit Ahus 12,8 Tsd. Euro, Willy Axer 8,0 Tsd. Euro, Michaela Balansky 10,2 Tsd. Euro, Rolf Bausch 3,9 Tsd. Euro, Klaus-Dieter Becker 9,1 Tsd. Euro, Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz 1,1 Tsd. Euro, Dr. Torsten Bieber 1,7 Tsd. Euro, Peter Biesenbach MdL 23,3 Tsd. Euro, Wilfried Bolender 8,0 Tsd. Euro, Anita Bolz 8,6 Tsd. Euro, Christoph Cáceres Ayllón 9,7 Tsd. Euro, Tim Cramer 1,1 Tsd. Euro, Marco Doerner 0,6 Tsd. Euro, Brigitte Donie 1,7 Tsd. Euro, Elmar Gillet 5,8 Tsd. Euro, Gregor Golland MdL 1,7 Tsd. Euro, Horst Grosspeter 13,1 Tsd. Euro, Sebastian Hartmann 12,4 Tsd. Euro, Jochen Herchenbach 1,1 Tsd. Euro, Bert Höhne 10,8 Tsd. Euro, Wolfgang Horak 11,9 Tsd. Euro, Hagen Jobi 28,1 Tsd. Euro, Hans Theo Klug 13,0 Tsd. Euro, Michael Kreuzberg 5,6 Tsd. Euro, Hans Krings 22,9 Tsd. Euro, Ottilie Kügler 6,4 Tsd. Euro, Frithjof Kühn 33,1 Tsd. Euro, Doris Lambertz 0,6 Tsd. Euro, Frank Mederlet 26,3 Tsd. Euro, Christel Menten 0,6 Tsd. Euro, Holger Müller MdL 28,5 Tsd. Euro, Carla Neisse-Hommelsheim 9,7 Tsd. Euro, Manfred Nelles 6,4 Tsd. Euro, Ralf Offergeld 2,2 Tsd. Euro, Leo Overath 8,6 Tsd. Euro, Christa Peters 12,4 Tsd. Euro, Klaus Pipke 9,7 Tsd. Euro, Andreas Prinz 1,1 Tsd. Euro, Heidemarie Rackwitz-Zimmermann 2,2 Tsd. Euro, Gerda Recki 1,1 Tsd. Euro, Julia Richter 5,3 Tsd. Euro, Udo Scharnhorst 4,6 Tsd. Euro, Michael Schmalen 2,2 Tsd. Euro, Christian Schorn 6,4 Tsd. Euro, Sebastian Schuster 24,9 Tsd. Euro, Michael Solf 1,7 Tsd. Euro, Werner Stump 26,4 Tsd. Euro, Dr. Hermann-Josef Tebroke 29,2 Tsd. Euro, Dietmar Tendler 10,1 Tsd. Euro, Ulrich Tepper 8,0 Tsd. Euro, Thomas Trier 13,0 Tsd. Euro, Guido van den Berg MdL 14,2 Tsd. Euro, Thomas Wallau 6,4 Tsd. Euro, Karl-Heinz Weingarten 16,8 Tsd. Euro, Michael Wiegand 7,5 Tsd. Euro, Prof. Dr. Jürgen Wilhelm 6,5 Tsd. Euro, Eduard Wolf 2,8 Tsd. Euro, Simone Zens 6,9 Tsd. Euro, Gerhard Zorn 16,6 Tsd. Euro, Willi Zylajew 19,1 Tsd. Euro. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 603,7 Tsd. Euro.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 10.304,4 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Hauptausschuss des Verwaltungsrates festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet. Die nachfolgend genannten sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge hat diese Personengruppe Anspruch auf Zahlung von Versorgungsbezügen. Die Höhe richtet sich nach der Dauer der Tätigkeit als Vorstand. Sie beträgt maximal 55 % des Jahresgrundbetrages und der Allgemeinen Zulage. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 63. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Vorstandsvorsitzende, Alexander Wüerst, erhielt im Geschäftsjahr 2013 712,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 54,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 38,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 4.653,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 677,3 Tsd. Euro zugeführt.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Josef Hastrich, erhielt im Geschäftsjahr 2013 624,9 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 47,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 18,7 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.825,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 623,6 Tsd. Euro zugeführt.

Wolfgang Schmitz erhielt im Geschäftsjahr 2013 575,6 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 43,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 19,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.353,7 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 532,8 Tsd. Euro zugeführt.

Dr. Klaus Tiedeken erhielt im Geschäftsjahr 2013 549,3 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 41,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 18,6 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.414,9 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 448,7 Tsd. Euro zugeführt.

Christian Bonnen erhielt im Geschäftsjahr 2013 483,2 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 36,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 26,8 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 1.931,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 284,5 Tsd. Euro zugeführt.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied Volker Wolf erhielt im Geschäftsjahr 2013 412,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 31,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 13,4 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 2.664,7 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 340,0 Tsd. Euro zugeführt.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied Udo Buschmann erhielt im Geschäftsjahr 2013 333,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 25,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 19,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 1.688,6 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 171,1 Tsd. Euro zugeführt.

Insgesamt wurden für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 4.122,0 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe beläuft sich der Barwert der Pensionsansprüche auf insgesamt 21.533,3 Tsd. Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 4.410,5 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 45.007,7 Tsd. Euro und noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz in Höhe von 7.629,1 Tsd. Euro, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31.12.2024 angesammelt werden.

Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.259,6 Tsd. Euro gewährt.

Angaben zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	2.638
Teilzeitkräfte	1.262
	———
	3.900
Auszubildende	377
	———
	4.277
	=====

Köln, 30. April 2014

Der Vorstand der Kreissparkasse Köln

Wüerst

Hastrich

Schmitz

Dr. Tiedeken

Bonnen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Kreissparkasse Köln aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 01.01.2013 bis 31.12.2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Kreissparkasse Köln. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 12. August 2014

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Stöcker
Verbandsprüferin

Lagebericht 2013

Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Kreissparkasse Köln ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Als Zweckverbandssparkasse ist sie getragen vom Rhein-Erft-Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Oberbergischen Kreis, die – zum Zweckverband vereinigt – den Träger der Sparkasse bilden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf (RSGV) und über den Regionalverband dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. in Berlin/Bonn (DSGV) angeschlossen.

Die Kreissparkasse Köln ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes an dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Dieses System stellt sicher, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Es besteht aus den satzungsrechtlich in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundenen Fonds. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute.

Ihren Aktivitäten legt die Kreissparkasse Köln eine Geschäftsstrategie zugrunde, die ihre wirtschaftliche Ausgangssituation, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen berücksichtigt und die wesentlichen geplanten geschäftlichen Aktivitäten enthält. Das Einhalten der Geschäftsstrategie wird durch den Vorstand überwacht. Die Geschäftsstrategie wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeiten sieht die Kreissparkasse Köln – ihrem öffentlichen Auftrag entsprechend – in der bedarfsgerechten Versorgung ihres Geschäftsgebietes mit Finanzdienstleistungen, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen umfassen. Hierbei wird die Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern der S-Finanzgruppe, den verschiedenen Tochtergesellschaften der Sparkasse sowie externen Kooperationspartnern intensiv genutzt.

Die flächendeckende Präsenz ist eine der wesentlichen Grundlagen des Geschäftsmodells und ermöglicht es, die Menschen und Unternehmen in allen Regionen des Geschäftsgebietes zu erreichen. Im Geschäftsjahr 2013 hat die Sparkasse ihr Vertriebskonzept neu ausgerichtet, wobei sowohl in Beratungsqualität als auch in ein optimales Beratungsumfeld investiert wurde.

Die Sparkasse bietet heute ihr Komplettangebot an Sparkassenleistungen an deutlich mehr Standorten in der Fläche an als bisher. Die Zahl der Regional-Filialen mit Sitz der Regionaldirektionen wurde von elf auf dreißig erhöht. In diesen Regional-Filialen wurde das Leistungsspektrum spürbar ausgeweitet: Es erstreckt sich von der Privatkundenberatung über die Vermögens- und Wertpapierberatung bis hin zum bedarfsorientierten Einsatz des Private Banking einschließlich der Vermögensverwaltung und Finanzplanung; auch die Baufinanzierungsberatung, die Beratung durch Versicherungsexperten und Geschäftskundenberatung finden in den Regional-Filialen statt. Die Firmenkunden werden ganzheitlich über alle Produkte in acht Firmenkundendirektionen mit weiteren fünf ergänzenden Standorten sowie weiteren Filialen mit Firmenkundenberatung betreut. Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Absicherung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen werden an den Standorten, die durch die Zusammenlegung von Kleinstgeschäftsstellen vakant wurden, die Basis-Finanzdienstleistungen durch den Einsatz von Mobilien Filialen und ein erweitertes SB-Netz gewährleistet. Daneben wurde und wird in den konse-

quenten Ausbau des medialen Vertriebs investiert, der zur Unterstützung und Ergänzung des stationären Vertriebs dient.

Die Sparkasse unterstützt überdies die Kreise und Kommunen in ihrem Wirtschaftsraum als Hausbank sowie wirtschaftlicher Partner. Die gelebte Partnerschaft mit den Trägerkreisen und Kommunen konkretisiert sich u.a. in der Zusammenarbeit bei der Struktur- und Wirtschaftsförderung. So engagiert sich die Kreissparkasse Köln durch Beteiligungen an Gründer- und Technologiezentren in allen vier Trägerkreisen sowie an Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften und unterstützt den Bildungssektor, um hierdurch zu einer weiter prosperierenden Entwicklung in der Region beizutragen.

Außerdem nimmt die Förderung gemeinnütziger, gesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten einen breiten Raum ein. So engagiert sich die Kreissparkasse Köln sowohl über Spenden- und Sponsoringleistungen als auch über ihre Stiftungen bei zahlreichen gemeinwohlorientierten Förderungsaktivitäten.

Gemeinwohl- und Erfolgsorientierung werden hierbei nicht als Gegensätze angesehen. Sie bilden gemeinsam das Fundament der Geschäftsphilosophie der Kreissparkasse Köln. Der erzielte Gewinn der Sparkasse dient hierbei der Eigenkapitalbildung, um damit auch in Zukunft die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages sicherzustellen, und – unter Berücksichtigung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III – angemessener Gewinnausschüttungen an den Zweckverband.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland hat sich nach einem schwachen Winterhalbjahr 2012/2013 nach und nach verbessert. In einem global schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kehrte die deutsche Wirtschaft 2013 auf einen moderaten Wachstumspfad zurück.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt über das gesamte Jahr 2013 betrachtet um 0,4 % (Vorjahr: 0,7 %). Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wurde hierbei ausschließlich durch die Binnenwirtschaft getragen. Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein. Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Vorjahr. Gleichzeitig stiegen die Importe, maßgeblich angeregt durch die Binnennachfrage, um 1,3 %. Die Binnenkonjunktur profitierte wie schon in der Vorperiode von einer günstigen Arbeitsmarktsituation. Das hohe Beschäftigungsniveau und erwartete Einkommenszuwächse stärkten den privaten Konsum (+0,9 %). Zugleich spornten außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen sowie ein Mangel an als sicher und rentabel empfundenen Möglichkeiten der Kapitalanlage die Immobiliennachfrage an. Diesen Impulsen für den Wohnungsbau stand eine geringe Investitionstätigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Hand gegenüber. Preisbereinigt gingen die Bauinvestitionen dadurch insgesamt um 0,3 % zurück. Unternehmen und Staat zusammen investierten zudem 2,2 % weniger in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Als wichtigster Grund für die Investitionshemmnisse – insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft – gilt trotz der erreichten Beruhigung an den Finanzmärkten unverändert die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Schuldenkrise.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchsen 2013 kontinuierlich. Mit 42,0 Millionen Erwerbstätigen wurde abermals ein neuer Beschäftigungsrekord erzielt. Allerdings speiste sich der Zuwachs der Beschäftigung vor allem aus einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung und höhere Erwerbsneigung. Als strukturelles Arbeitsmarktproblem erweist sich zunehmend, dass berufliche Qualifikation und begrenzte räumliche Mobilität der Arbeitslosen nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfra-

ge passen. Durchschnittlich lag die Arbeitslosenquote 2013 mit 6,8 % leicht über dem Vorjahr. Ein höheres Beitragsaufkommen der sozialen Sicherungssysteme und gestiegene Steuereinnahmen verbesserten 2013 weiter die Kassenlage von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt wies Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. Der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland reduzierte sich im Jahresdurchschnitt auf 1,5 % (Vorjahr: +2,0 %).

Für die Region Köln/Bonn konstatieren die Industrie- und Handelskammern in Köln und Bonn für 2013 eine gute Entwicklung. Nach einem auch hier eher verhaltenen Start in das Berichtsjahr hat sich das Wachstum im weiteren Jahresverlauf stabilisiert. Die konjunkturelle Lage in der Region wurde in den vergangenen zwölf Monaten ebenfalls maßgeblich von der robusten Binnennachfrage und weniger von der Investitionstätigkeit gestützt. Auf Basis eines soliden, wenn auch verhaltenen Wachstums blicken viele Unternehmen mit Zuversicht in die Zukunft, so etwa in der Chemie- und Pharmaindustrie, dem Fahrzeugbau, der Gummi- und Kunststoffindustrie oder dem Dienstleistungssektor. Insgesamt mehren sich offenbar die Anzeichen für eine zunehmende Wachstumsdynamik. Auf kommunaler Ebene schränkte eine oft hohe Verschuldung die Handlungsspielräume der Kommunen weiter ein. Entsprechend gingen von den kommunalen Investitionen 2013 keine Impulse aus. Mit Ausnahme des Oberbergischen Kreises, bei dem die Arbeitslosenquote im Vergleich Dezember 2013 zu 2012 gleich blieb, nahm die Arbeitslosigkeit im Trägergebiet marginal zu. Die Quoten blieben jedoch in allen vier Trägerkreisen unter dem Vergleichswert auf Landesebene und waren, abgesehen von einer Ausnahme, auch geringer als die Arbeitslosenquote im Bund.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Herausforderungen für die Kreditwirtschaft durch die verhaltene Konjunktur, den zunehmenden Wettbewerb und das inzwischen erreichte hohe Maß an Regulierung blieben auch 2013 unvermindert bestehen.

Die führenden Notenbanken hielten an ihrer expansiven Geldpolitik zur Stabilisierung der Märkte und zur Stimulierung des globalen Wirtschaftswachstums während des ganzen Jahres fest. In diesem Rahmen senkte die Europäische Zentralbank u.a. ihren wichtigsten Leitzins in zwei Teilschritten auf das Rekordtief von 0,25 %.

Aufgrund der im Vergleich zur Inflationsrate geringen Renditen sinkt erkennbar die Sparbereitschaft. Statt gebotener finanzieller Vorsorge für das Alter wächst angesichts inflationsbedrohter Geldvermögen die Konsumbereitschaft. Zugleich haben viele Kunden den Wunsch, sich das niedrige Zinsniveau langfristig für den Immobilienerwerb zu sichern. Ein Spagat, der für die Kreditwirtschaft angesichts einer von der EU-Bankenaufsicht verstärkt geforderten fristenkongruenten Refinanzierung nur schwer zu meistern ist. Neben der aus der aktuellen Zinssituation resultierenden geringen Zinsspanne führt außerdem ein zunehmender Preiswettbewerb durch neue Vertriebswege und zusätzliche Marktteilnehmer zu stetig wachsendem Ertragsdruck im Kreditgewerbe. Dem stehen infolge der Finanzmarkt- und Schuldenkrise höhere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Institute gegenüber. Hinzu kommen Forderungen an die Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Bankenrettungsfonds und zur Schaffung einer grenzübergreifenden Einlagensicherung in den EU-Staaten. Restriktionen in der Anlageberatung, Diskussionen um ein europäisches Sparkonto zur Unternehmensfinanzierung – die Liste regulatorischer Eingriffe des Staates oder der EU wird stetig länger und verunsichert oft sogar die Kunden, wie das bei vielen deutschen Kreditinstituten erkennbar geschrumpfte Wertpapiergeschäft zeigt. Banken und Sparkassen reagierten auf diese Entwicklung auch 2013 durch Anpassungen der Geschäftspolitik sowie Neustrukturierung im Vertrieb, und auch ein Personalabbau scheint bei einigen Häusern nicht mehr generell ausgeklammert zu werden.

Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Geschäftsvolumen und Bilanzsumme	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Geschäftsvolumen	24.070,6	24.394,3	-323,7	-1,3
Bilanzsumme	23.721,0	24.031,2	-310,2	-1,3

Das Geschäftsjahr 2013 stand im Zeichen der Neuausrichtung des Vertriebskonzeptes der Sparkasse, das die Bedürfnisse der Kunden nach qualifizierter Beratung an mehr Orten wie auch über Online-Kanäle in den Mittelpunkt stellt.

Die Kreissparkasse Köln konnte so ihre Marktposition in dem eingangs beschriebenen wirtschaftlichen Umfeld sowie vor dem Hintergrund eines anhaltenden starken Wettbewerbs erfolgreich behaupten. Das Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals ausgebaut werden. Bei den bilanzwirksamen Kundeneinlagen waren als Ausdruck der gesunkenen Sparneigung, des intensiven Wettbewerbs sowie der andauernden Niedrigzinsphase insgesamt leichte Mittelabflüsse zu verzeichnen.

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) verringerte sich um 323,7 Mio. Euro auf 24.070,6 Mio. Euro. Die Bilanzsumme ging um 310,2 Mio. Euro auf 23.721,0 Mio. Euro zurück. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Sparkasse den Bestand der Eigenanlagen im Jahresverlauf beträchtlich abgebaut hat. Diese Mittel wurden zu einem großen Teil dazu verwendet, Refinanzierungen zurückzuführen.

Insgesamt ist die Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der dargestellten Rahmenbedingungen im abgelaufenen Geschäftsjahr als zufriedenstellend einzustufen.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Forderungen an Kunden	19.209,4	18.974,2	235,2	1,2
Eventualverbindlichkeiten	349,6	363,1	-13,5	-3,7
Gesamt	19.559,0	19.337,3	221,7	1,1

Das Kreditvolumen der Kreissparkasse Köln (Forderungen an Kunden und Eventualverbindlichkeiten) konnte um 221,7 Mio. Euro auf 19.559,0 Mio. Euro gesteigert werden. Bestandszuwächse waren bei Privatkunden und öffentlichen Haushalten zu verzeichnen, wohingegen die Kreditbestände der Firmenkunden leicht rückläufig waren. Die Entwicklung im Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr ist insgesamt als zufriedenstellend einzustufen, wenngleich das Wachstum des Kreditvolumens hinter den Erwartungen zurückblieb.

Das Zusagevolumen im gesamten Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 7,1 % gesteigert werden und entsprach damit den Erwartungen.

Die Kreditnachfrage wurde hierbei wie in den Vorjahren maßgeblich durch das Firmenkundengeschäft geprägt. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus war weiterhin eine starke Präferenz hin zu langfristigen Finanzierungen zu verzeichnen. Parallel zur weiterhin lebhaften Kreditnachfrage nutzten Firmenkunden freie Mittel, um neben planmäßigen Rückführungen in beträchtlichem Maße Sondertilgungen zu leisten. Daneben war im kurzfristigen Bereich eine verstärkte Rückführung von Kontokorrentkrediten zu beobachten. Insgesamt war somit ein leichter Rückgang des Kreditvolumens im Firmenkundengeschäft zu verzeichnen.

Im stark umkämpften Marktsegment der privaten Wohnungsbaufinanzierung haben die Neubewilligungen im Vergleich zum Vorjahr erneut zugelegt. Die positive Entwicklung der letzten Jahre konnte somit fortgesetzt werden. Diese Gelder wurden vornehmlich für den

Erwerb von Bestandsimmobilien verwendet. Obgleich die Kunden aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wie in den Vorjahren freie Liquidität nutzten, um in beträchtlichem Umfang Sondertilgungen zu leisten, waren im Privatkundengeschäft insgesamt moderate Bestandszuwächse festzustellen.

Im Kommunalkundenkreditgeschäft hat sich das Kreditvolumen weiter erhöht. Hierbei wurden insbesondere kurzfristige Kredite, aber auch langfristige Finanzierungen nachgefragt. Die Bestände bei mittelfristigen Krediten waren hingegen rückläufig.

Das Kreditvolumen verteilt sich schwerpunktmäßig mit 49 % auf Unternehmen und Selbstständige (Vorjahr: 50 %) und 38 % auf Privatkunden (Vorjahr: 38 %). Die übrigen Ausleihungen entfallen mit 12 % (Vorjahr: 11 %) auf öffentliche Haushalte (ohne kommunal verbürgte Finanzierungen) sowie mit 1 % auf sonstige Kreditnehmer (Vorjahr: 1 %).

Eigenanlagen

Die Eigenanlagen umfassen die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Positionen Aktiva 5, 6 und 6a. Der Bestand wurde insgesamt um 17,7 % auf 2.179,5 Mio. Euro abgebaut. Im Geschäftsjahr 2013 hat die Sparkasse Verbriefungstransaktionen in Form von Schuldverschreibungen mit Buchwerten von 14,5 Mio. Euro vom Anlage- in das Umlaufvermögen (Liquiditätsreserve) umgewidmet. Zum Bilanzstichtag befinden sich keine Wertpapiere des Anlagevermögens mehr im Bestand.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere verringerten sich um 17,9 % auf 1.930,8 Mio. Euro. Diese Bestände dienen vornehmlich der Liquiditätssteuerung.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde um 16,2 % auf 248,7 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang resultiert aus der Auflösung eines Spezialfonds des Anlagevermögens.

Die Sparkasse hält zum Bilanzstichtag direkt bzw. indirekt lediglich geringe Bestände an Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten (einschließlich Staatsanleihen) des Euro-Währungsraums. Diese sind in Relation zum Gesamtbestand der Eigenanlagen von untergeordneter Bedeutung. Weitergehende Erläuterungen sind in den Abschnitten „Ertragslage“ und „Chancen- und Risikobericht“ enthalten.

Anteilsbesitz

Der unter den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesene Anteilsbesitz der Kreissparkasse Köln reduzierte sich um 18,2 % auf 367,3 Mio. Euro.

Der hierin enthaltene Beteiligungsbestand verringerte sich infolge einer weiteren Abschreibung einer Verbundbeteiligung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert um 32,0 Mio. Euro auf 269,5 Mio. Euro.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen verringerten sich vornehmlich aufgrund einer Kapitalherabsetzung bei einem Tochterunternehmen um 49,8 Mio. Euro auf 97,8 Mio. Euro.

Einlagengeschäft

Einlagenbestände	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.653,6	16.425,8	227,8	1,4
Verbrieftete Verbindlichkeiten	2.221,7	2.092,3	129,4	6,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	186,2	218,0	-31,8	-14,6
Genussrechtskapital	17,2	25,3	-8,1	-32,0
Gesamt	19.078,7	18.761,4	317,3	1,7

Die gesamten Einlagenbestände erhöhten sich um 317,3 Mio. Euro auf 19.078,7 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert aus der Zunahme der bei Kreditinstituten platzierten hauseigenen Emissionen, wohingegen die Einlagenbestände im Kundengeschäft leicht rückläufig waren. Die Entwicklung im Kundeneinlagengeschäft blieb insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

Wie in den Vorjahren war bei den Kunden eine deutliche Liquiditätspräferenz zu erkennen. Bei Produkten mit Laufzeiten über einem Jahr waren sie weiterhin eher zurückhaltend.

Einlagenbestände nach Produkten	31.12.2013 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung Mio. Euro	Veränderung %
Spareinlagen	5.678,9	5.647,7	31,2	0,6
Hauseigene Emissionen	4.271,8	4.207,2	64,6	1,5
Sichteinlagen	5.138,9	4.633,7	505,2	10,9
Geldmarktkonten	2.915,6	2.642,1	273,5	10,4
Befristete Einlagen	1.073,5	1.630,7	-557,2	-34,2
Gesamt	19.078,7	18.761,4	317,3	1,7
Davon: Hauseigene Emissionen bei Kreditinstituten	1.733,1	1.392,1	341,0	24,5

Die Spareinlagen als wichtigste Refinanzierungsquelle der Sparkasse wiesen einen leichten Anstieg um 31,2 Mio. Euro auf 5.678,9 Mio. Euro auf. Zuflüsse waren vor allem in den Beständen des S-ZinsPlus sowie bei den normalverzinslichen Spareinlagen zu verzeichnen, wohingegen die Bestände des S-Zuwachssparens, der bonifizierten Spareinlagen sowie des S-ExtraSparens rückläufig waren.

Die befristeten Einlagen, die die Termineinlagen von Kunden und Institutionellen beinhalten, verringerten sich deutlich um 557,2 Mio. Euro auf 1.073,5 Mio. Euro. Bestandsrückgänge waren in allen Kundengruppen festzustellen, wobei die größten Abflüsse auf Firmenkunden entfielen.

Der Bestand an hauseigenen Emissionen (Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kapitalbriefe und Genussrechtskapital) erhöhte sich per saldo um 64,6 Mio. Euro auf 4.271,8 Mio. Euro. Auf der einen Seite wurden die Refinanzierungen bei Kreditinstituten durch die Ausgabe von Hypothekendarlehen signifikant aufgestockt. Auf der anderen Seite waren stark rückläufige Bestände der an Privat- und Geschäftskunden ausgegebenen Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen zu verzeichnen.

Der Bestand an Sichteinlagen und Geldmarktkonten erhöhte sich um 778,7 Mio. Euro auf 8.054,5 Mio. Euro. Mittelzuflüsse gab es in allen Kundengruppen, wobei die größten Bestandszuwächse bei Privatkunden zu beobachten waren.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund des Abbaus von kurzfristigen Liquiditätspositionen um 4,3 % auf 1.209,1 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 15,3 % auf 2.691,7 Mio. Euro. Im Berichtsjahr wurden insbesondere Refinanzierungen in Form von langfristigen Sparkassenbriefen bei anderen Kreditinstituten und Offenmarktgeschäften in beträchtlicher Höhe planmäßig zurückgeführt. Die Rückgänge wurden durch die Ausgabe langfristiger Namenspfandbriefe sowie durch höhere laufende Verbindlichkeiten bei der eigenen Girozentrale zum Bilanzstichtag teilweise kompensiert.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Obwohl die Kurse an den Börsen 2013 neue Höchstmarken erreichten, zeigte sich das Wertpapierkommissionsgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin verhalten. Zwar belebte sich das hauseigene Wertpapiergeschäft im Vergleich zum Vorjahr, blieb aber gemessen an den Wertpapierumsätzen merklich hinter dem Niveau aus der Zeit vor der Finanz- und Staatsschuldenkrise zurück.

Der Nettoabsatz (Ankäufe abzüglich Verkäufe und Fälligkeiten) verzeichnete einen Rückgang auf -291,7 Mio. Euro (Vorjahr: -196,8 Mio. Euro). Die im Kundenauftrag abgewickelten Umsätze erhöhten sich um 3,5 % auf 4,0 Mrd. Euro, wodurch die Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft gegenüber dem Vorjahresniveau leicht gestiegen sind.

Die Entwicklung des Wertpapierkommissionsgeschäftes blieb somit im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt hinter den Erwartungen zurück.

Darstellung und Analyse der Lage

Ertragslage

Der Jahresüberschuss erhöhte sich um 6,0 % auf 54,5 Mio. Euro. Wie in den Vorjahren wurde das Jahresergebnis von verschiedenen gegenläufigen Effekten beeinflusst.

Der Bruttoertrag konnte aufgrund eines verbesserten Zinsergebnisses und eines im Vergleich zum Vorjahr positiven Saldos der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen um 25,8 Mio. Euro auf 599,7 Mio. Euro gesteigert werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Letzterer im Vorjahr maßgeblich durch eine Sonderumlage, die durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband erhoben worden war, belastet wurde.

Das Ergebnis vor Bewertung erhöhte sich um 14,0 Mio. Euro auf 191,0 Mio. Euro. Neben den zuvor beschriebenen Effekten wirkten sich hier insbesondere gestiegene Personalaufwendungen aus.

Das Ergebnis nach Bewertung bewegte sich aufgrund eines insgesamt gestiegenen Bewertungsaufwandes mit 106,4 Mio. Euro nahezu auf dem Vorjahresniveau von 106,6 Mio. Euro. Das Bewertungsergebnis war maßgeblich durch die Abschreibung auf eine Verbundbeteiligung geprägt.

Insgesamt konnte die Kreissparkasse Köln auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) erzielen.

Ertragslage		2013	2012	Veränderung	Veränderung
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
	Zinsergebnis (GuV 1 bis GuV 4)	470,3	454,5	15,8	3,5
+	Provisionsüberschuss (GuV 5 ./. GuV 6)	119,5	121,0	-1,5	-1,2
+	Nettoertrag des Handelsbestands (GuV 7)	2,9	4,2	-1,3	-31,0
+	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (GuV 8 ./. GuV 12)	7,0	-5,8	12,8	> 100,0
=	Bruttoertrag	599,7	573,9	25,8	4,5
./.	Verwaltungsaufwendungen (GuV 10 und GuV 11)	408,7	396,9	11,8	3,0
=	Ergebnis vor Bewertung	191,0	177,0	14,0	7,9
./.	Bewertungsergebnis (GuV 13, GuV 15 und GuV 18)	84,6	70,4	14,2	20,2
=	Ergebnis nach Bewertung	106,4	106,6	-0,2	-0,2
./.	Außerordentliche Aufwendungen (Übergangseffekte aus Erstanwendung BilMoG, GuV 21)	1,0	1,0	0,0	0,0
=	Ergebnis vor Steuern	105,4	105,6	-0,2	-0,2
./.	Steueraufwand (GuV 23 und GuV 24)	50,9	54,2	-3,3	-6,1
=	Jahresüberschuss	54,5	51,4	3,1	6,0

Das Zinsergebnis (einschließlich der GuV-Posten 3 und 4) verbesserte sich trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase bei weiterhin zunehmender Wettbewerbsintensität um 3,5 % auf 470,3 Mio. Euro und lag damit deutlich über den Erwartungen. Mit einem Anteil von 78,4 % am Bruttoertrag (Vorjahr: 79,2 %) bleibt das Zinsergebnis weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Kreissparkasse Köln.

Der Provisionsüberschuss (GuV-Posten 5 und 6) verringerte sich leicht um 1,5 Mio. Euro auf 119,5 Mio. Euro und lag damit unter den Erwartungen. Insgesamt macht der Provisionsüberschuss 19,9 % des Bruttoertrages aus (Vorjahr: 21,1 %).

Der Nettoertrag des Handelsbestands (GuV-Posten 7) verringerte sich um 1,3 Mio. Euro auf 2,9 Mio. Euro und fiel damit niedriger aus als geplant.

Verwaltungsaufwendungen		2013	2012	Veränderung	Veränderung
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
	Personalaufwand (GuV 10a)	245,4	233,3	12,1	5,2
+	Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	145,5	145,9	-0,4	-0,3
=	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10)	390,9	379,2	11,7	3,1
+	Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	17,8	17,7	0,1	0,6
=	Gesamt	408,7	396,9	11,8	3,0

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 11,8 Mio. Euro auf 408,7 Mio. Euro.

Die darin enthaltenen Personalaufwendungen sind im Wesentlichen bedingt durch die Tarifierhöhungen sowie aufgrund von Aufwendungen für Vorruhestandsregelungen um 12,1 Mio. Euro auf 245,4 Mio. Euro gestiegen und lagen damit über den Erwartungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich aufgrund eines weiterhin effizienten Kostenmanagements leicht um 0,4 Mio. Euro auf 145,5 Mio. Euro und lagen damit unter den Planwerten. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV-Posten 11) belaufen sich auf 17,8 Mio. Euro (Vorjahr: 17,7 Mio. Euro). Die Relation der Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10 und 11) zum Bruttoertrag verringerte sich auf 68,2 % (Vorjahr: 69,2 %).

Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen (GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12) beläuft sich auf 7,0 Mio. Euro (Vorjahr: -5,8 Mio. Euro). Im Vorjahr hatte der Rheinische Sparkassen- und Giroverband zur Deckung der Verbandskosten eine Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erhoben. Auf die Kreissparkasse Köln entfiel anteilig ein Betrag in Höhe von 14,7 Mio. Euro, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter GuV-Posten 12 ausgewiesen wurde. Im Berichtsjahr enthalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) als wesentlichen Einzelbetrag Aufwendungen in Höhe von 9,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für Aufwendungsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö.K. aus einer Verbundbeteiligung.

Bei der Bewertung und Bilanzierung der Eigenanlagen wurde besonderes Augenmerk auf die Bewertungsgrundlage gelegt. Infolge des Fehlens aktiver Märkte wurden überwiegend indikative Kurse herangezogen. Darüber hinaus erfolgte die Bewertung in verschiedenen Fällen mit Hilfe von internen Bewertungsmodellen. Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist hierbei mit Ermessensentscheidungen verbunden. Trotz sachgerechter Ermessensausübung kann dies im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Die Vorgehensweise bei der Bewertung der Wertpapierbestände ist im Anhang zum Jahresabschluss ausführlich dargestellt.

Bewertungsergebnis		2013	2012	Veränderung	Veränderung
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%
	Bewertungsergebnis Kredite und Wertpapiere der Liquiditätsreserve (GuV 13)	33,2	23,3	9,9	42,5
+	Sonstiges Bewertungsergebnis (GuV 15)	20,1	10,9	9,2	84,4
+	Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	31,3	36,2	-4,9	-13,5
=	Gesamt	84,6	70,4	14,2	20,2

Das Bewertungsergebnis ist um 14,2 Mio. Euro auf 84,6 Mio. Euro angestiegen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV-Posten 13) erhöhten sich um 9,9 Mio. Euro auf 33,2 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert aus den Bewertungsaufwendungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve infolge der Entwicklungen an den Zins- und Aktienmärkten (Vorjahr: positives Bewertungsergebnis). Der Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen hat sich aufgrund des stabilen konjunkturellen Umfeldes, verbunden mit einem aktiven Risikomanagement, gegenüber dem historischen Tiefststand des Vorjahres nochmals verringert. Der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft fiel somit deutlich niedriger aus als geplant.

Das sonstige Bewertungsergebnis (GuV-Posten 15) verzeichnete einen Anstieg von 9,2 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro. Das Ergebnis selbst beruht maßgeblich auf einer erneuten Abschreibung einer Verbundbeteiligung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert, die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher ausfiel. Dieser Effekt wurde teilweise durch Nettoerträge aus dem Abgang der Wertpapiere des Anlagevermögens kompensiert. Diese resultieren im Wesentlichen aus Gewinnen aus der Auflösung eines Spezialfonds.

Aus den Wertpapieren der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens ergaben sich insgesamt leicht positive Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Das Bewertungsergebnis der eigenen Wertpapiere fiel deutlich besser aus als erwartet.

Als Folge der im Jahr 2009 beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG hat die Sparkasse für das Geschäftsjahr 2013 eine Vorsorge in Höhe von 11,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,8 Mio. Euro) durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Weitergehende Erläuterungen sind im Anhang zum Jahresabschluss ausführlich dargestellt. Daneben wurde dem Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestands in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) zugeführt. Des Weiteren wurden im Hinblick auf die höheren Eigenkapitalanforderungen nach Basel III weitere Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen. Insgesamt ergibt sich eine Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken von 31,3 Mio. Euro (Vorjahr: 36,2 Mio. Euro).

Die außerordentlichen Aufwendungen (GuV-Posten 21) betragen wie im Vorjahr 1,0 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich um den Zuführungsbetrag zu den unmittelbaren Pensionsrückstellungen aus der Erstanwendung des BilMoG, der in Ausübung des Übergangswahlrechtes gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren verteilt wird.

Im Geschäftsjahr betrug der Steueraufwand (GuV-Posten 23 und 24) 50,9 Mio. Euro (Vorjahr: 54,2 Mio. Euro). Die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV-Posten 23) verringerten sich um 3,4 Mio. Euro auf 50,0 Mio. Euro. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus deutlich geringeren Nachzahlungen für Vorjahre.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Lageberichtes entscheidet der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Jahresüberschusses von 54,5 Mio. Euro.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Sicherheitsrücklage beträgt 1.393,1 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Bilanzgewinn von 54,5 Mio. Euro erzielt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB mit 162,2 Mio. Euro ausgewiesen. Hiervon entfallen 55,6 Mio. Euro auf die Vorsorge für die Risiken einer Inanspruchnahme im Zusammenhang mit den indirekten Verpflichtungen gegenüber der Ersten Abwicklungsanstalt sowie 1,6 Mio. Euro auf den Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB. Ergänzend verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die gewichtete Risikoposition, bestehend aus dem Adressenrisiko, dem Marktrisiko und dem operationellen Risiko, überschreitet per 31.12.2013 mit einer Gesamtkennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) von 13,1 % (Vorjahr: 12,3 %) deutlich die von der Bankenaufsicht vorgeschriebene Mindestnorm von 8 %.

Die höheren Eigenkapitalanforderungen, die sich aus den neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III ergeben, werden auf aktueller Basis von der Sparkasse bereits erfüllt.

Mit einer harten Kernkapitalquote von 10,9 % werden sowohl die Kernkapitalquote von 6 % als auch die Gesamtquote von 8 % übererfüllt.

Die größten Einzelpositionen auf der Aktivseite der Bilanz stellen mit 81 % die Forderungen an Kunden sowie mit 9 % die Eigenanlagen dar. Auf der Passivseite der Bilanz dominieren mit 70 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 11 % die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für die spezifischen Risiken der Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten ist angemessen Vorsorge getroffen. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch entsprechende Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Bewertung der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Zahlungsbereitschaft der Kreissparkasse Köln war jederzeit gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Weitergehende Erläuterungen zur Steuerung von Liquiditätsrisiken und zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht enthält der Risikobericht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personal- und Sozialbereich

Ende 2013 beschäftigte die Kreissparkasse Köln 3.995 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten betrug 1.172. Mit 430 Auszubildenden weist die Sparkasse eine unverändert hohe Ausbildungsquote auf. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten beträgt 20 Jahre und das Durchschnittsalter 43 Jahre. 35 % der bankspezifisch Beschäftigten weisen mit einem Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrinstituts- oder einem Abschluss zum Sparkassenbetriebswirt eine höhere Qualifizierung auf.

Förderengagement

Unter dem Motto „In der Region – für die Region“ ist die Kreissparkasse Köln bestrebt, alle Bürger an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen.

Das Engagement der Sparkasse ist hierbei breitgefächert. Die Kreissparkasse Köln ist beispielsweise Träger von insgesamt dreizehn Stiftungen. Ihre Tätigkeit deckt das gesamte Spektrum gemeinnütziger Förderzwecke in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Jugendförderung, Natur- und Umweltschutz und Sport ab.

Im Geschäftsjahr 2013 konnten insgesamt 5,7 Mio. Euro für gemeinnützige Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die finanziellen Zuwendungen aus eigenen Mitteln, dem PS-Zweckertrag und Ausschüttungen der Stiftungen flossen in über 3.000 soziale, kulturelle und bildungsorientierte Projekte wie auch umweltbezogene Maßnahmen und Sportaktivitäten bis hin zur Unterstützung von Aufgaben wie der Schuldnerberatung.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

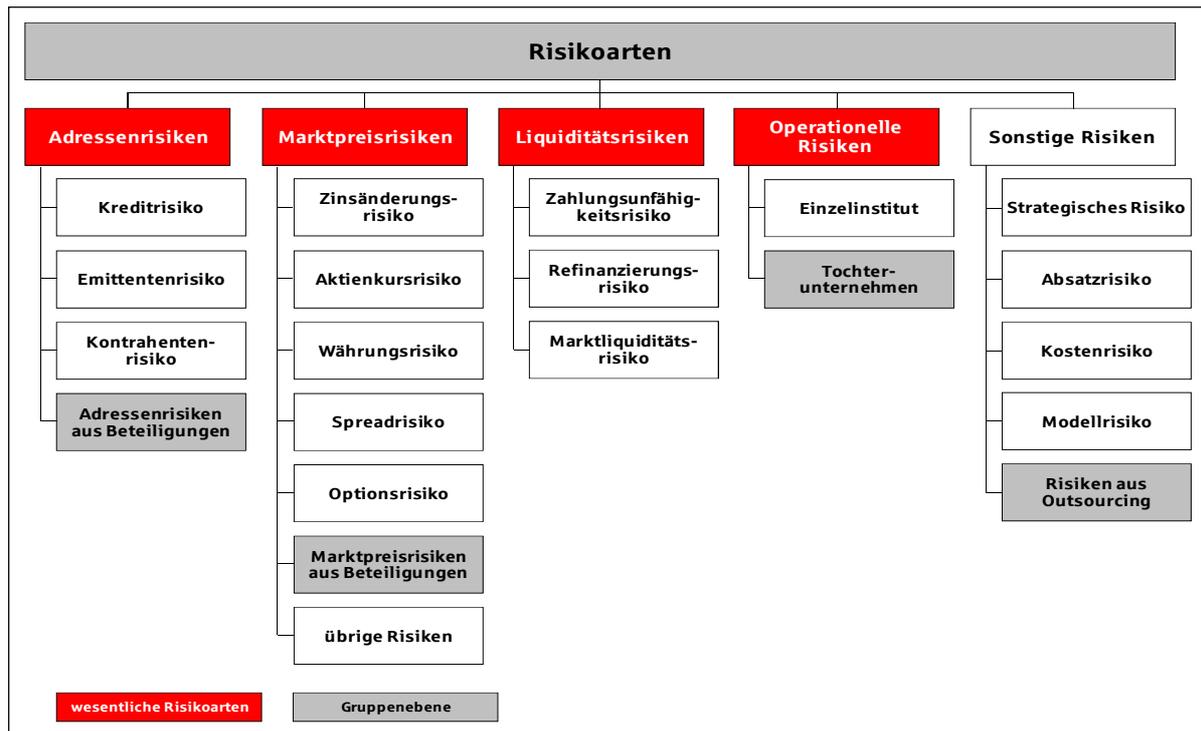
Grundlagen

Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Sparkasse beruhen auf der laufenden Beurteilung des Verhältnisses von erzielbarer Rendite und einzugehenden Risiken unter konsequenter Sicherung der Risikotragfähigkeit. Daher sind die Identifikation und die exakte Messung aller wesentlichen Risiken Grundlagen ihres Risikomanagementsystems. Die Methoden zur Steuerung der Gesamtrisiken entsprechen dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte. Mit ihrem Risikomanagementsystem erfüllt die Kreissparkasse Köln die gesetzlichen Anforderungen, insbesondere werden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten (MaRisk) beachtet.

Als Risiko bezeichnet die Sparkasse die Gefahr eines Verlustes oder Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete Entwicklung. Sie steuert die Risiken auf der Grundlage einer aus der Geschäftsstrategie, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, konsistent abgeleiteten Risikostrategie.

Die Risikostrategie beschreibt die Ziele der Sparkasse im Rahmen des Risikomanagements und die Strukturen, die sie zu diesem Zweck implementiert hat. Für die wesentlichen Risikoarten hat der Vorstand darüber hinaus individuelle Teilstrategien in Kraft gesetzt. Das Strategiesystem aus Geschäfts- und Risikostrategie sowie Teilstrategien je Risikoart wird jährlich vom Vorstand überprüft, gegebenenfalls angepasst und mit dem Risikoausschuss des Verwaltungsrates erörtert.

Die Risikoarten (Gesamtrisikoprofil) sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse die Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken identifiziert. Diesen Risikoarten wird im Rahmen der Risikosteuerung besondere Bedeutung beigemessen, da aus ihnen eine unmittelbare und kurzfristige Bedrohung für die Existenz oder die Ertragskraft der Sparkasse resultieren könnte. Das Gesamtrisikoprofil wird turnusmäßig im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft und gegebenenfalls angepasst.



Die Risikoarten werden in der Risikosteuerung auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Die quantifizierbaren Risikoarten (Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Spreadrisiko, Refinanzierung als Teil des Liquiditätsrisikos, Absatz- und Kostenrisiken) werden in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufgenommen, während die nicht quantifizierbaren Risikoarten durch Gestaltung der Prozesse oder durch zusätzliche Kennziffern neben der Risikotragfähigkeit gemanagt werden (strategische Risiken, allgemeines Liquiditätsrisiko, Modellrisiken, Risiken aus Outsourcing). Die Aggregation der für die einzelnen Risikoarten ermittelten Risiken zum Gesamtrisiko erfolgt konservativ ohne die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten (Inter-Risikokonzentrationen).

Intra-Risikokonzentrationen sollen so weit wie möglich vermieden bzw. verringert werden. Im Bereich der Adressenrisiken sollen bestehende Konzentrationen in Form von individuellen Großengagements mit Hilfe von Engagementstrategien abgebaut werden. Branchenkonzentrationen werden untersucht und überwacht. Risikokonzentrationen im Bereich der Eigenanlagen werden durch gezielte Diversifikationsstrategien hinsichtlich der Emittentenauswahl verhindert. Zur Minimierung möglicher Konzentrationen im Bereich des Zinsrisikos wird eine gleichmäßige Ablaufstruktur angestrebt.

Darüber hinaus werden Intra-Risikokonzentrationen, soweit möglich und sinnvoll, im Rahmen der Risikomessung berücksichtigt. So werden beispielsweise im Rahmen des Adressenrisikomodells Credit Portfolio View (CPV) Risikokonzentrationen aus Branchen- und Größenkonzentrationen abgebildet.

Organisation

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand, von dem alle wesentlichen Beschlüsse im Rahmen des Risikomanagements getroffen werden. Die zur Steuerung notwendigen Informationen über die Risikosituation des Hauses erhält der Vorstand von den marktunabhängigen Bereichen Risikocontrolling und Kredit-Risiko-Steuerung.

Der Vorstand informiert den Verwaltungsrat regelmäßig über die Risikosituation der Sparkasse, wobei die detaillierte Berichterstattung an den vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss gerichtet ist. Der Vorsitzende des Risikoausschusses informiert anschließend den gesamten Verwaltungsrat.

Maßnahmenvorschläge zur Steuerung bestimmter Risikoarten werden dem Vorstand auch durch zu seiner Unterstützung eingesetzte Ausschüsse vorgelegt. Dabei befassen sich der Bilanzstrukturausschuss mit Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung, das Kreditkomitee mit Adressenrisikosteuerung und der OpRisk-Ausschuss mit der Steuerung von operationellen Risiken. Das Gremium für neue Produkte koordiniert den Neue-Produkte-Prozess, bei dem alle mit einer Produkteinführung verbundenen Risiken und Veränderungen der Prozessabläufe analysiert werden. In den Ausschüssen sind jeweils Markt- und Überwachungsbereiche vertreten.

Auf Basis einer Risikoanalyse ist die Sparkasse zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anforderungen für bedeutende Institute gemäß der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Instituts-Vergütungsverordnung) von ihr nicht anzuwenden sind. Insbesondere hat sie auch auf die Einsetzung eines Vergütungsausschusses verzichtet.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner System- und Funktionsprüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Für alle zeitkritischen Aktivitäten und Prozesse werden bei der Kreissparkasse Köln Notfallkonzepte erarbeitet und in einem Notfallhandbuch dokumentiert.

Risikotragfähigkeit

Bestimmung der Risikotragfähigkeit

Zur Begrenzung und Steuerung der Risiken hat die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept verabschiedet, das durch Gegenüberstellung von Risiken und Risikodeckungspotenzial die laufende Risikotragfähigkeit sichert. Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt sowohl die Wirkung der Risiken im laufenden Geschäftsjahr (GuV-Ebene) als auch die durch Risikoeintritt mögliche Barwertveränderung des Bestandsvermögens auf Jahressicht (Vermögensebene). Das Konfidenzniveau der den Limiten gegenübergestellten Value-at-Risk-Werte liegt bei 99 %.

Der aus den Vorschriften der SolV abgeleitete notwendige Anteil des Risikodeckungspotenzials für die Fortführung der Sparkasse wird nicht zur Risikonahme verwendet. Diese Leitlinie zur Bestimmung des „einsetzbaren Risikodeckungspotenzials“ stellt sicher, dass der Sparkasse auch bei Eintritt der Risiken genügend Eigenmittel zur Unterlegung der Risikopositionen verbleiben (Going-Concern-Ansatz). Welcher Teil des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials tatsächlich zur Limitierung freigegeben wird („eingesetztes Risikodeckungspotenzial“), wird jährlich im Kontext der operativen Planung vom Vorstand festgelegt.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial im jahresbezogenen Verlustlimitsystem auf GuV-Ebene besteht im Wesentlichen aus dem Gewinn vor Steuern, den Vorsorgereserven und Teilen der Sicherheitsrücklage. Für die Risikoberechnung wird das Restjahr als Haltedauer zugrunde gelegt (Ausnahme: Marktpreisrisiken Handelsbuch mit Haltedauer 10 Tage), wobei bereits eingetretene Abweichungen zur Planung berücksichtigt werden. Jeweils ab dem 30. Juni des laufenden Jahres wird eine Risikotragfähigkeitsbetrachtung über den Bilanzstichtag hinaus mit Haltedauer bis zum 31.12. des Folgejahres durchgeführt.

Zur Sicherung eines Mindestgewinnes durch rechtzeitige Risikoreduktion wird ergänzend täglich das sogenannte Gewinnrisikolimit überwacht, dessen Risikodeckungspotenzial im Wesentlichen aus dem Gewinn vor Steuern und den Vorsorgereserven besteht. Im Unterschied zum jahresbezogenen Verlustlimitsystem wird beim Gewinnrisikolimit auch das Marktpreisrisiko der Wertpapiere im Anlagebuch für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet.

Basis für das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf Vermögensebene ist das Bestandsvermögen der Sparkasse auf Jahressicht. Die Risikolimiten sind relativ zum Risikodeckungspotenzial festgelegt, so dass sie sich automatisch der aktuellen Risikotragfähigkeit der

Sparkasse anpassen. Die zur Risikoberechnung unterstellten Haltedauern betragen auf der Vermögensebene 10 Tage für Marktpreisrisiken im Handelsbuch und 250 Tage für alle anderen Risiken.

Geschäfte dürfen von den operativen Bereichen nur im Rahmen der vorgegebenen Risiko- und Verlustlimite getätigt werden. Deren Einhaltung wird monatlich überwacht. Bei Überschreitungen verfügt die Sparkasse über geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Risikotragfähigkeit.

Bei Festlegung der Limite für das Jahr 2013 betrug die Summe der Verlustlimite 89 % des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials. Für die Vermögenslimite wurden 70 % des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials durch den Vorstand bereitgestellt. Der Anteil der Limite je Risikoart an der Summe aller Limite ist in folgender Tabelle dargestellt:

Anteil in %	Verlustlimite	Vermögenslimite
Adressenrisiken	41	29
Marktpreisrisiken	47	54
Operationelle Risiken	2	2
Sonstige Risiken	10	15
Summe	100	100

Berichtssystem zur Risikotragfähigkeit und Überwachung der Risikostrategien

Risikobericht nach MaRisk

Der Bereich Risikocontrolling erstellt unter Beteiligung des Bereiches Kredit-Risiko-Steuerung quartalsweise einen umfassenden Risikobericht, der dem Gesamtvorstand zugeleitet und im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtert wird.

Im Risikobericht wird die Risikosituation der Sparkasse dargestellt, umfassend analysiert und beurteilt. Insbesondere werden die Entwicklung der Risikotragfähigkeit erläutert und die Limitauslastungen untersucht. Bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit werden auch die Ergebnisse von auf Institutsebene durchgeführten Stresstests berücksichtigt.

Im Adressenrisikokapitel werden insbesondere die Entwicklung des Kreditportfolios (z.B. nach Branchenstruktur und Risikoklassen), die Einhaltung bzw. Auslastung der Limitsysteme, die Entwicklung der Großkredite und bedeutender Engagements sowie der Geschäftsverlauf im Kreditgeschäft dargestellt. Besondere Beachtung findet dabei die Darstellung möglicher Risikokonzentrationen. Darüber hinaus werden die Adressenrisiken aus Eigenanlagen untersucht.

Im Abschnitt über Marktpreisrisiken wird detailliert über die Risiko- und Ergebnisentwicklung der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen, d.h. über die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften und die Zinsrisiken im Anlagebuch, informiert.

Im Kapitel über Liquiditätsrisiken finden sich Analysen zur Entwicklung der Liquiditätskennziffer und des Liquiditätspuffers sowie Untersuchungen zur Auswirkung geeigneter Szenarien.

Im Berichtsteil über operationelle Risiken wird eine Übersicht und Analyse der eingetretenen Schäden gegeben. Ebenso erfolgt eine Analyse des Risikos auf Basis von simulierten Verlustverteilungen (Monte-Carlo-Simulation). Die Ergebnisse der Risikoinventur werden einmal jährlich im ergänzenden Bericht über operationelle Risiken analysiert und erläutert.

In einem gesonderten Kapitel werden die wesentlichen Annahmen und Parameter der Risikoermittlung dargestellt und es wird gegebenenfalls über deren Änderungen berichtet.

Das abschließende Kapitel enthält die Ergebnisse und ausführliche methodische Beschreibungen umfangreicher Stresstests auf Risikoarten- und Gesamtinstitutsebene.

Jeweils zu Jahresbeginn wird ein Zusatzbericht mit den Ergebnissen der inversen Stress-tests erstellt.

Ebenso in Form von Zusatzberichten erfolgt die Modellvalidierung im Bereich der Adressen- und Marktpreisrisiken. Inhalt sind ausführliche kritische Analysen zu den zugrunde liegenden Modellen der Risikoquantifizierung und den hier einfließenden Parametern.

Risikotragfähigkeitsbericht

Monatlich erstellt der Bereich Risikocontrolling einen Risikotragfähigkeitsbericht, der die aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnungen der GuV- und Vermögensebene sowie die Limitauslastungen nach Risikoarten umfasst.

Tagesreport

Für die tägliche Berichterstattung über Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erstellt der Bereich Risikocontrolling den mit dem Handel abgestimmten Tagesreport. Adressaten sind der Vorstand und die für Handel, Überwachung und Revision zuständigen Zentralbereichsleiter. Der Tagesreport umfasst neben der Risikoinformation die Handelsergebnisse sowie die Tages- und Buchwerte der Wertpapierbestände. Auf der GuV-Ebene wird über die aktuelle Auslastung des Gewinnrisikolimits und auf der Vermögensebene über die aktuellen Auslastungen der Risikolimiten von Handels- und Anlagebuch berichtet.

Bericht über die Asset-Allocation

Die in der Geschäftsstrategie, der Risikostrategie und den Teilstrategien zu einzelnen Risikoarten fixierten Vorgaben zur Vermögensstruktur der Kreissparkasse Köln werden monatlich an den Bilanzstrukturausschuss und über diesen an den Vorstand berichtet.

Zinsbuchreport

Die Einhaltung der Strategievorgaben für Zinsrisiken im Anlagebuch stellt der Bereich Risikocontrolling im monatlichen Zinsbuchreport für den Bilanzstrukturausschuss dar. Hierzu werden die Cashflowstruktur, die Risiko-Rendite-Relation und die Kennziffer im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks aufgezeigt.

Ad-hoc-Berichterstattung

Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und die interne Revision weitergeleitet. Für alle wesentlichen Risiken sind risikoartenspezifische Entwicklungen definiert, die einen Ad-hoc-Bericht auslösen.

Risikomanagement der Risikoarten

Adressenrisiken

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- und Eigenanlagengeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls. Das Bonitätsrisiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider. Adressenrisiken umfassen neben dem klassischen Kreditausfallrisiko auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Kernpunkt der Adressenrisikostrategie ist die Vermeidung von Risiken aus Größenkonzentrationen durch die Festlegung von Obergrenzen für Engagements von Kreditnehmereinheiten sowie von ratingabhängigen Limiten für Kreditnehmer. Das Wachstum im breiten und

diversifizierten Kreditgeschäft steht im Mittelpunkt der angestrebten Kreditportfolioentwicklung.

Der Einsatz von Ratingverfahren ist für die Sparkasse bei der Adressenrisikosteuerung grundlegend. Für Kunden der Sparkasse werden überwiegend auf internen Verfahren (Standard-, Immobiliengeschäfts- und KundenKompaktRating sowie KundenScoring) basierende Ratingnoten ermittelt. Sofern dies nicht möglich ist, werden ergänzend externe Ratings verwendet. Die Bonität von Emittenten und Kontrahenten wird anhand von Ratings externer Ratingagenturen beurteilt. Die Ratings werden auch in der Vertriebssteuerung, d.h. zur Vor- und Nachkalkulation, eingesetzt. Sie sind zudem Grundlage des Kompetenzsystems der Sparkasse.

Zur frühzeitigen Erkennung sich abzeichnender Risiken im Kreditgeschäft setzt die Sparkasse ein maschinelles Frühwarnsystem ein. Mit Hilfe von Frühwarnindikatoren aus Konto- und Systemdaten sowie weiteren qualitativen Merkmalen werden regelmäßig und strukturiert Engagements mit erhöhtem Risikopotenzial identifiziert. Ziel ist die rechtzeitige Einleitung von Gegenmaßnahmen und gegebenenfalls Überleitung in die Intensiv- oder Sanierungsbetreuung.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Kreditrisikomanagements hat der Vorstand das Kreditkomitee installiert, das sich aus dem Markt- und dem Marktfolgevorstand sowie leitenden Mitarbeitern aus den jeweiligen Fachbereichen zusammensetzt. Dieses Gremium erarbeitet Vorschläge zu individuellen Engagementstrategien, in denen die Adressenrisikostrategie der Kreissparkasse Köln konkretisiert wird.

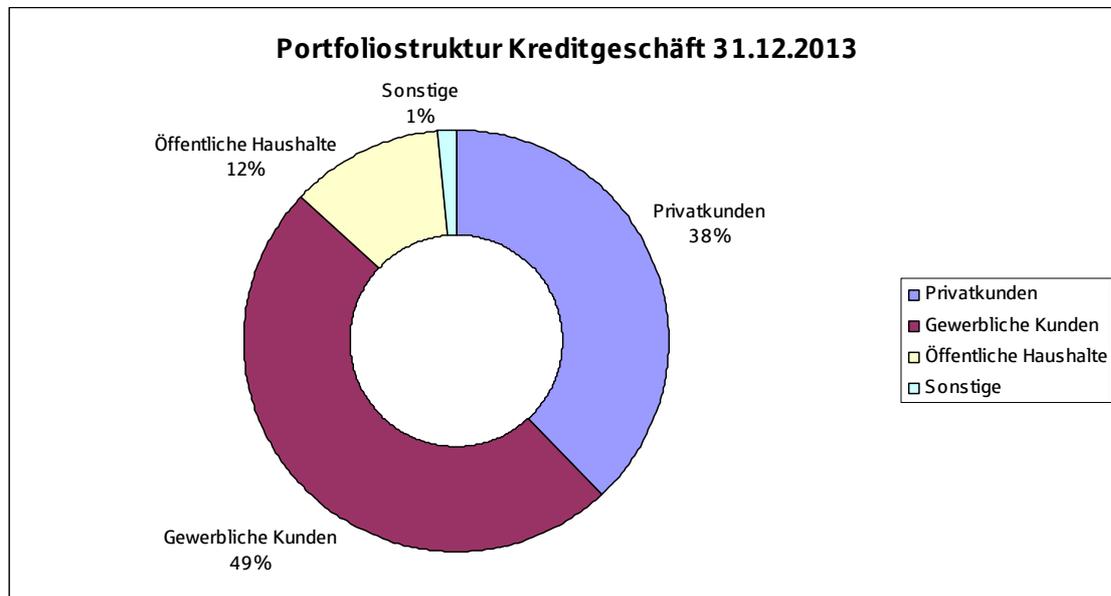
Mit der Kreditdatenbank Risikomanagementsystem (RMS) wird im Zentralbereich Kredit-Risiko-Management eine Vielzahl risikorelevanter Informationen auf Kundenebene analysiert. Hierdurch verfügt die Sparkasse über eine hohe Transparenz der Struktur und Entwicklung des Kreditportfolios.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Sparkasse das Adressenrisikomodell CPV ein. CPV bewertet Kredit-, Kontrahenten- und Anteilseignerrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb des Portfolios ab und berücksichtigt Schwankungen der Sicherheitenverwertung. Es dient insbesondere der Identifizierung von Risikokonzentrationen.

Aufgrund einer Ratingveränderung bei einem Kreditnehmerverbund kam es Ende Februar 2013 zu einer einmaligen Limitüberschreitung im Verlustlimit Adressenrisiken aus Krediten und Beteiligungen. Im übrigen Jahresverlauf bewegten sich die Risikopositionen innerhalb der festgelegten Limite.

Adressenrisiken im Kreditgeschäft

Schwerpunkt des originären Kreditgeschäfts zum Stichtag 31.12.2013 sind mit 49 % (Vorjahr: 50 %) des Gesamtvolumens die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige sowie mit 38 % (Vorjahr: 38 %) die Kredite an Privatkunden.



Das Kundenkreditportfolio ist insgesamt gut diversifiziert. Zur Verbesserung der Größenklassenstruktur ist eine Obergrenze für das Volumen von Kreditnehmereinheiten festgelegt. Für die wenigen über dieser Grenze liegenden Engagements liegen strukturell begründete Ausnahmen oder Einzelengagementstrategien vor, die vom Gesamtvorstand beschlossen wurden.

Innerhalb der gewerblichen Kunden haben die Branchen verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Wohnungswesen und Grundstückswesen mit zusammen 52 % einen wesentlichen Anteil am Portfolio der Sparkasse (Vorjahr: 52 %). Der Credit-Value-at-Risk unter Einbeziehung des Beteiligungsportfolios (Konfidenzniveau 99 %, ein Jahr Haltedauer) beträgt zum Jahresende 127,7 Mio. Euro (Vorjahr: 159,7 Mio. Euro). Seine Berechnung berücksichtigt die Risikokonzentrationen des Kreditportfolios.

Die Ratingabdeckungsquote, bezogen auf das Kreditvolumen im originären Kundenkreditgeschäft, beträgt 98,3 % zum 31.12.2013 und konnte gegenüber dem Vorjahr (97,3 %) weiter leicht verbessert werden.

Die Ratingstruktur des Kreditportfolios hat sich im Laufe des Jahres 2013 weiter verbessert. Bei der Ratinggliederung nach Gesamtkreditvolumen befinden sich bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 17 zum Jahresende 83 % (Vorjahr: 83 %) in den Kategorien 1 bis 8 mit niedrigen Ausfallwahrscheinlichkeiten. In den mit hohen Ausfallwahrscheinlichkeiten verbundenen Ratingklassen 13 bis 17 ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Das betreute Volumen in der Sanierung ist ebenfalls rückläufig.

Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgeschirmt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegte sich unter Vorjahresniveau und lag deutlich unter den Erwartungen.

Adressenrisiken aus Beteiligungen

Die operative Steuerung der Beteiligungen erfolgt durch den Bereich Beteiligungen/Wagniskapital auf Basis von Vorstandsbeschlüssen. Die Beteiligungen der Sparkasse werden nach ihren jeweiligen Beteiligungsmotiven klassifiziert. Neben den Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben geht die Sparkasse auch renditeorientierte Beteiligungen mit dem Schwerpunkt der Beteiligung an der Entwicklung von Immobilienprojekten ein.

Die Risikomessung und -beurteilung von Adressenrisiken im Beteiligungsgeschäft erfolgt gemeinsam mit dem Kreditportfolio, wodurch Diversifikationseffekte berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wird das gebildete Gesamtportfolio auf Risikokonzentrationen untersucht.

Die Beteiligungen zur Erfüllung von Sparkassenaufgaben am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG machen zusammen etwa 64 % des gesamten Beteiligungsportfolios auf Ebene der Institutsgruppe aus. Bei den Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Sparkassenverbund wurden weitere Abschreibungen vorgenommen.

Die nach Beteiligungszweck unterteilten Volumensleitlinien für renditeorientierte Beteiligungen wurden eingehalten.

Adressenrisiken aus Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute

Die von der Sparkasse gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich in eigen- und fremdgemanagte Anlagen. Im Bereich der eigengemanagten Anlagen wird strategiegemäß nur in Papiere mit gutem Rating investiert.

Bei dem fremdgemanagten Teil der Eigenanlagen (Publikums- und Spezialfonds) wird auf eine breite Streuung der Portfolios und damit auf Risikodiversifizierung geachtet.

Das Verbriefungssegment wurde im Jahr 2013 deutlich reduziert. Weitere Details zur Entwicklung bei den Wertpapieren werden unter „Marktpreisrisiken“ dargestellt.

Die risikoorientierten Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten werden laufend durch den Bereich Analyse/Kreditservice überwacht. Zur Begrenzung von Kontrahentenrisiken und zur Sicherung von Linien im Rahmen der Liquiditätssteuerung werden Collateralvereinbarungen mit zahlreichen Geschäftspartnern eingesetzt.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Sparkasse dominierenden Zinsänderungsrisiken auch Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken sowie durch Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen. Rohwaren- und sonstige Preisrisiken geht die Kreissparkasse Köln derzeit nicht ein.

Zu seiner Unterstützung im Rahmen des Risikomanagements hat der Vorstand den Bilanzstrukturausschuss eingerichtet, dem der Überwachungsvorstand und der Handelsvorstand sowie Vertreter der Zentralbereiche Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) sowie Finanzen und Controlling angehören. Der Bilanzstrukturausschuss erarbeitet für den Vorstand Vorschläge zu Fragen der Risikotragfähigkeit und der Marktpreisrisiko- und Liquiditätsrisikosteuerung. Für die operative Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen ist der Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) zuständig.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken werden neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate eingesetzt.

Im Rahmen des Risikomanagements eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Hierbei handelt es sich zum einen um derivative Geschäfte, die Zins- und Währungsrisiken aus Aktivgeschäften absichern. Zum anderen werden Kundengeschäfte in Derivaten (Swaps und Caps/Collars) durch entsprechende Gegengeschäfte abgesichert. Darüber hinaus hat die Sparkasse Futures zur Absicherung einer Anlage in einem Wertpapier-Sondervermögen erworben, und lang laufende Optionen so kombiniert, dass sich daraus festverzinsliche Refinanzierungen ergeben. Ausführliche Erläuterungen zu Bewertungseinheiten sind im Anhang des Jahresabschlusses im Abschnitt „Sonstige Angaben – Angaben zu Bewertungseinheiten“ enthalten.

Daneben werden Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung eingesetzt. Sie werden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen mit Kunden getätigt, die aufgrund der korrespondierenden Gegengeschäfte mit Kreditinstituten die Voraussetzung der besonderen Währungsdeckung erfüllen.

Im Handelsbuch werden keine Derivate zu Handelszwecken abgeschlossen.

Das Volumen der zuvor beschriebenen derivativen Finanzinstrumente zum 31.12.2013 wird im Anhang des Jahresabschlusses im Abschnitt „Sonstige Angaben – Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten“ näher erläutert.

Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäften

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften verwendet die Sparkasse das Value-at-Risk-Modul und den Kovarianz-Manager der Software SimCorp Dimension. Als Datenquellen für Kurse, Renditen und Volatilitäten sowie die eigene Ermittlung von Risikoparametern nutzt die Sparkasse die Datenanbieter Reuters und Bloomberg.

Der Value-at-Risk wird auf Basis einer Datenhistorie von 1.000 Handelstagen ermittelt. Auf der Vermögensebene erfolgt die Berechnung für die eigengemanagten Papiere unter vollständiger Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, wohingegen auf der GuV-Ebene die unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten ermittelten Einzelrisiken konservativ ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten summiert werden. Ein Backtesting der Marktpreisrisikomessung für Handelsgeschäfte führt die Sparkasse regelmäßig durch.

Im Verlauf des Jahres 2013 lagen die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften im Rahmen der festgelegten Limite.

Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Zur Sicherstellung eines möglichst stabilen Eigenhandelserfolgs strebt die Sparkasse Handelserträge in Form von Kurs-, Preis- und Provisionsergebnissen aus dem kurzfristigen Kauf und Wiederverkauf von Finanzinstrumenten an. Sie führt hierzu nur kundeninduzierte Geschäfte durch. Daneben werden in geringem Umfang Vorkäufe für das Retailgeschäft über das Handelsbuch vorgenommen.

Die größten Handelsbuch-Positionen im Jahr 2013 bestanden in Renten.

Die Limite für Handelsbuchpositionen waren im Berichtsjahr nur sehr gering ausgelastet.

Aufgrund der seit längerem geringen Bestände im Handelsbuch hat die Sparkasse mit Wirkung zum 17.12.2013 den Status als Handelsbuchinstitut aufgegeben. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Anpassung der Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbuch vorgenommen.

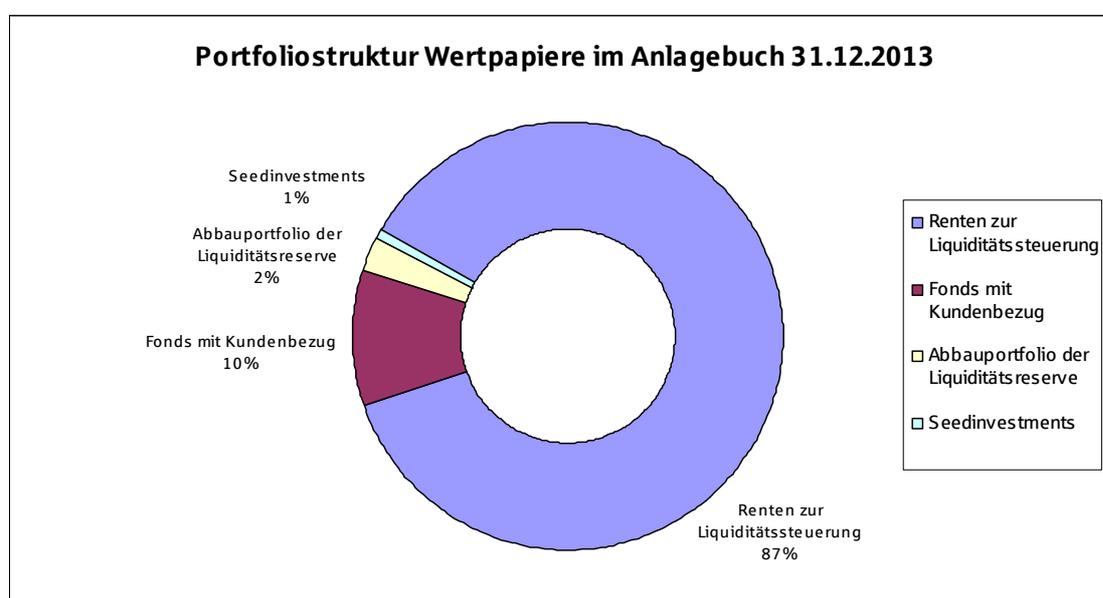
Marktpreisrisiko im Anlagebuch

Dem Anlagebuch werden die nicht dem Handelsbuch zugewiesenen Geschäfte zugeordnet. Es besteht aus einem eigengemanagten Teil, der der Liquiditätssteuerung dient, und fremdgemanagten Positionen in Publikums- und Spezialfonds.

Zur Fokussierung auf die Liquiditätssicherung werden fremdgemanagte Anlagepositionen weitgehend abgebaut. Ausgenommen hiervon sind Positionen mit Kundenbezug und Seedinvestments (Fondsinvestments zur Unterstützung der Akquisition von Verwahrstellenmandaten).

Das Wertpapierportfolio im Anlagebuch hat ein Volumen von etwa 2,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro) und unterteilt sich in fünf Segmente (siehe Abbildung). Die Rentenposition besteht zu 99 % (Vorjahr: 99 %) aus Papieren guter bis sehr guter Bonität (Rating von AAA bzw. AA). Der Anteil der ABS-Transaktionen in der eigengemanagten Rentenposition beträgt knapp 1 %.

Die Spezial- und Publikumsfonds beinhalten ein gut diversifiziertes Portfolio aus Anleihen und Aktien sowie Aktien- und Zinsderivaten.



Portfoliostruktur Anlagebuch (Beizulegende Zeitwerte)	31.12.2012 Mio. Euro	31.03.2013 Mio. Euro	30.06.2013 Mio. Euro	30.09.2013 Mio. Euro	31.12.2013 Mio. Euro
Renten zur Liquiditätssteuerung	2.296,5	2.082,4	2.092,9	2.035,5	1.912,7
Fonds mit Kundenbezug	196,0	195,5	199,5	203,4	206,0
Seedinvestments	16,2	7,0	15,2	14,8	21,0
Abbauportfolio der Liquiditätsreserve	51,2	51,1	44,9	43,2	51,9
Anlagevermögen	99,1	103,3	92,8	76,5	0,0
Gesamt	2.659,0	2.439,3	2.445,3	2.373,4	2.191,6

Im Jahresverlauf wurden die Rentenbestände zur Liquiditätssteuerung um ca. 17 % abgebaut. Die Duration des Rentenportfolios verblieb dabei auf sehr niedrigem Niveau. Im vierten Quartal 2013 wurde das Anlagevermögen aufgelöst bzw. in das Umlaufvermögen (Liquiditätsreserve) umgewidmet.

Die Limite wurden über das gesamte Jahr 2013 deutlich eingehalten.

Verbriefungspositionen/Anlagevermögen

Verbriefungspositionen (ABS) sind zum Abschlussstichtag nur noch im Abbauportfolio der Liquiditätsreserve enthalten. Der Bestand konnte über Tilgungen und Verkäufe im abgelaufenen Jahr weiter reduziert werden. Im vierten Quartal 2013 wurde der Spezialfonds mit entsprechenden Beständen aufgelöst. Die verbliebenen Einzelpapiere sind aus dem Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve umgewidmet worden.

Der Buchwert der ABS-Transaktionen beträgt zum Stichtag 31.12.2013 12,0 Mio. Euro (Vorjahr: insgesamt 93,9 Mio. Euro).

Es handelt sich um acht Einzeladressen, vorwiegend im Investment-Grade-Bereich. Hierbei liegt der regionale Schwerpunkt auf Irland.

Aus diesem Segment ergab sich isoliert betrachtet im Jahr 2013 insgesamt ein positiver Ergebniseffekt.

Auf Basis der bereits vorgenommenen Risikovorsorge und des fortgeschrittenen Abbaus sind mögliche weitere Risiken der Verbriefungspositionen von der Sparkasse tragbar.

Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten

Das Rentenportfolio in der Liquiditätsreserve besteht im Wesentlichen aus Anleihen öffentlicher Emittenten bzw. staatsgarantierten Papieren sowie Pfandbriefen und Bankenanleihen.

Aus dem Umtausch griechischer Staatsanleihen im Jahr 2012 befindet sich zum Bilanzstichtag eine griechische Anleihe mit einem Buchwert von null Euro (Vorjahr: null Euro) im Bestand. Es handelt sich hierbei um eine Anleihe mit einem Anspruch auf eine an die Entwicklung des griechischen Bruttoinlandsprodukts gekoppelte Zinszahlung. Diese Anleihe hat eine Laufzeit von 30 Jahren und einen Nominalwert von 11,9 Mio. Euro, der bei Fälligkeit nicht zur Rückzahlung gelangt, sondern ausschließlich als Berechnungsgrundlage für die Zinszahlungen dient.

Neben den oben dargestellten Verbriefungen hat die Sparkasse lediglich direkt oder indirekt gehaltene geringe Bestände an Anleihen von Emittenten aus den besonders im Blickpunkt stehenden Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Der Tageswert zum Stichtag belief sich auf 0,7 Mio. Euro.

Gesamturteil Wertpapiere im Anlagebuch

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten führt zum Bilanzstichtag insgesamt zu einem leicht positiven Bewertungsergebnis aus den Wertpapieren des Anlagebuches.

Die Sparkasse beurteilt ihre Risikosituation bei den Marktpreisrisiken für Wertpapiere des Anlagebuchs als gut. Die Limite bleiben für das Jahr 2014 unverändert.

Marktpreisrisiken aus Beteiligungen

Marktnahe Beteiligungen beinhalten neben ihrem Ausfallrisiko auch ein Marktpreisrisiko. Der für aktienähnliche Beteiligungen ermittelte Value-at-Risk wird dem Limit für Marktpreisrisiken der Wertpapiere des Anlagebuchs und Beteiligungen zugeordnet. Die Berechnung erfolgt hier über Parameter eines geeigneten Indexes bzw. eines Einzeltitels. Auch die aus den im Bereich Beteiligungen/Wagniskapital abgeschlossenen Mezzanine-Finanzierungen entstehenden Zinsänderungsrisiken fließen in die Risikoberechnung ein.

Zinsrisiko im Anlagebuch

Die Kreissparkasse Köln geht zum Erreichen ihrer Ertragsziele Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ein. Zinsänderungen wirken zum einen auf den Zinsüberschuss (GuV-Ebene), zum anderen auf den Barwert zinsensitiver Positionen (Vermögensebene). Die Sparkasse setzt

dementsprechend unterschiedliche Verfahren zur Risikomessung auf GuV- und Vermögensebene ein.

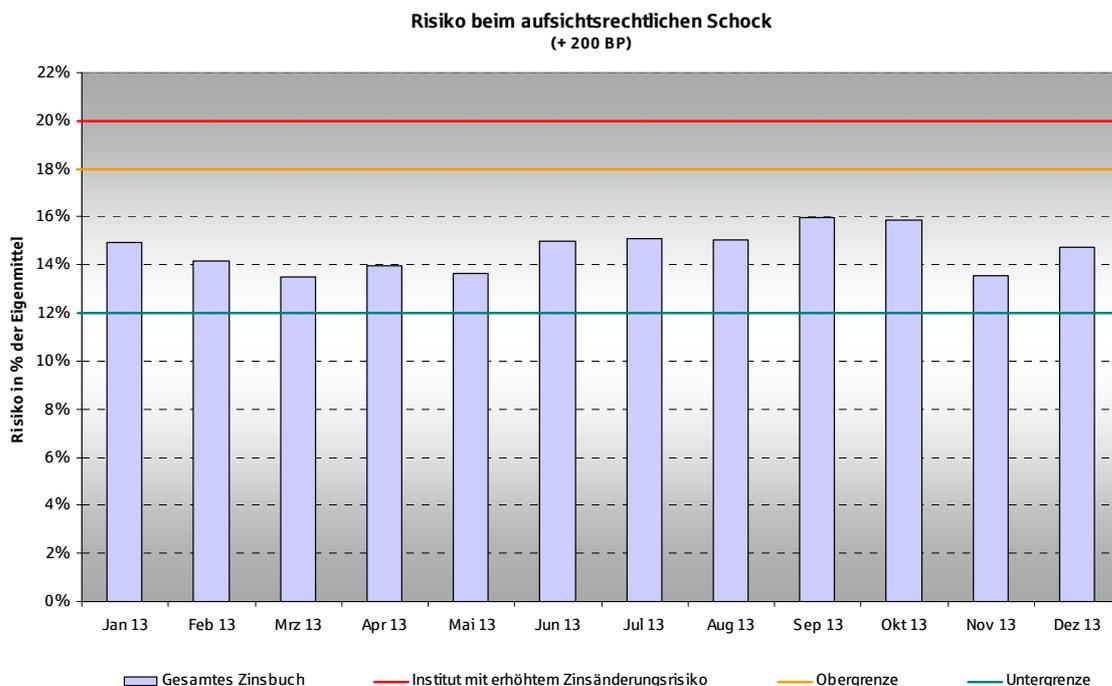
Die Cashflows der Kundenforderungen/-verbindlichkeiten werden zur Ermittlung des Value-at-Risk mit geeigneten Parametern abgezinst. Implizite Optionen aus Passivprodukten werden dabei mit statistischer Ausübung und szenarioabhängiger optionaler Ausübung berücksichtigt. Variable Produkte fließen mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitt ein.

Auf der GuV-Ebene wurde das Zinsüberschussrisiko im Berichtsjahr mit Hilfe von periodenorientierten, dynamischen Zinselastizitätsbilanzen ermittelt. Ab dem Jahr 2014 wird das Elastizitätskonzept durch die Verwendung der gleitenden Durchschnitte aus der Vermögensebene abgelöst. Abweichungen vom geplanten Zinsüberschuss fließen in die Limitauslastung ein.

Im abgelaufenen Jahr bewegten sich die Risiken innerhalb der vorgegebenen Limite. Das relative Limit für barwertige Zinsänderungsrisiken bleibt für das Jahr 2014 bei 28 % des eingesetzten Risikodeckungspotenzials. Das absolute GuV-Limit von 40 Mio. Euro wird auch für 2014 als ausreichend angesehen.

Ergänzend zur Risikoberechnung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte zum Zinsbuch zusammengefasst und analysiert. Das Zinsbuch wird daraufhin untersucht, ob die Cashflowstruktur ausgeglichen ist und die Risiko-Rendite-Relation auf der Effizienzlinie liegt. Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und der Möglichkeit steigender Zinsen hat die Sparkasse im vergangenen Jahr ihre Zinsrisikoposition am mittleren Bereich des für das Zinsbuch in der Zinsrisikostrategie festgelegten Zielkorridors ausgerichtet.

Damit lag das Risiko aus der Simulation des standardisierten Zinsschocks gemäß Rundschreiben 11/2011 der BaFin (+200 bzw. -200 Basispunkte) im Jahr 2013 weit unter den als ad-hoc-meldepflichtig festgelegten 20 % der anrechenbaren Eigenmittel.



Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

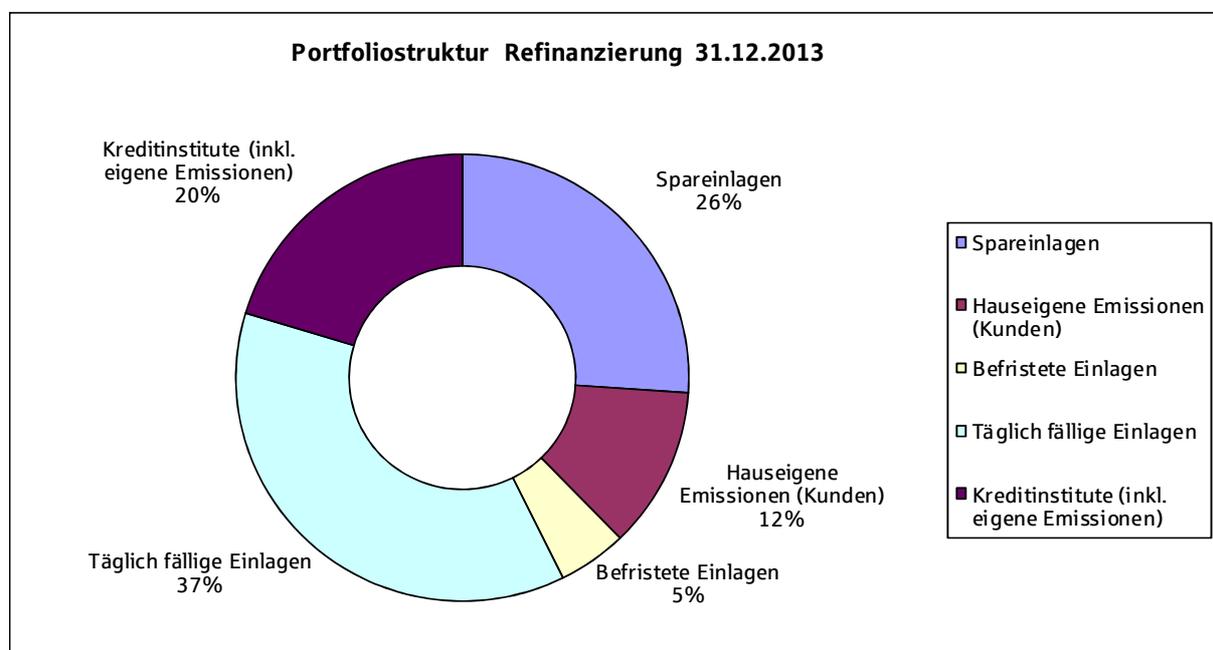
Dabei bezeichnet die Sparkasse mit Zahlungsunfähigkeitsrisiko die aktuelle oder zukünftige Gefahr, Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen zu können. Unter Refinanzierungsrisiko wird die Gefahr höherer Refinanzierungskosten und unter Marktliquiditätsrisiko die mögliche mangelnde Liquidität von Produkten und Märkten verstanden mit der Folge, dass Positionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht ohne Wertabschlag liquidiert oder durch Gegengeschäfte glattgestellt werden können.

Der Risikoeintritt bei anderen Risikoarten kann immer auch Auswirkungen auf die Zahlungsströme der Sparkasse haben. Ein effektives Risikomanagement dieser anderen Risiken stellt somit stets eine Form des Liquiditätsrisikomanagements dar.

Für die Aufgaben des operativen Liquiditätsrisikomanagements ist der Zentralbereich Institutionelle/Eigengeschäft (Treasury) zuständig, die Funktion des Liquiditätsrisikocontrollings wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement umfasst die tägliche Liquiditätssteuerung, die Liquiditätsplanung, die Beobachtung der Refinanzierungskosten, die Erschließung neuer Refinanzierungsquellen und die Strukturierung der Aktiva/Passiva. Ziele sind die Schaffung einer guten Diversifikation in der Anlage und in der Refinanzierung, eine regelmäßige Beurteilung und permanente Erweiterung der Funding-Quellen, die Vereinbarung von Collateral-Verträgen mit wichtigen Derivatepartnern sowie die Investorenansprache.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31.12.2013, untergliedert nach Produkten, zeigt derzeit drei bestimmende Säulen der Refinanzierung: täglich fällige Einlagen, Spareinlagen und Refinanzierungen bei Kreditinstituten.

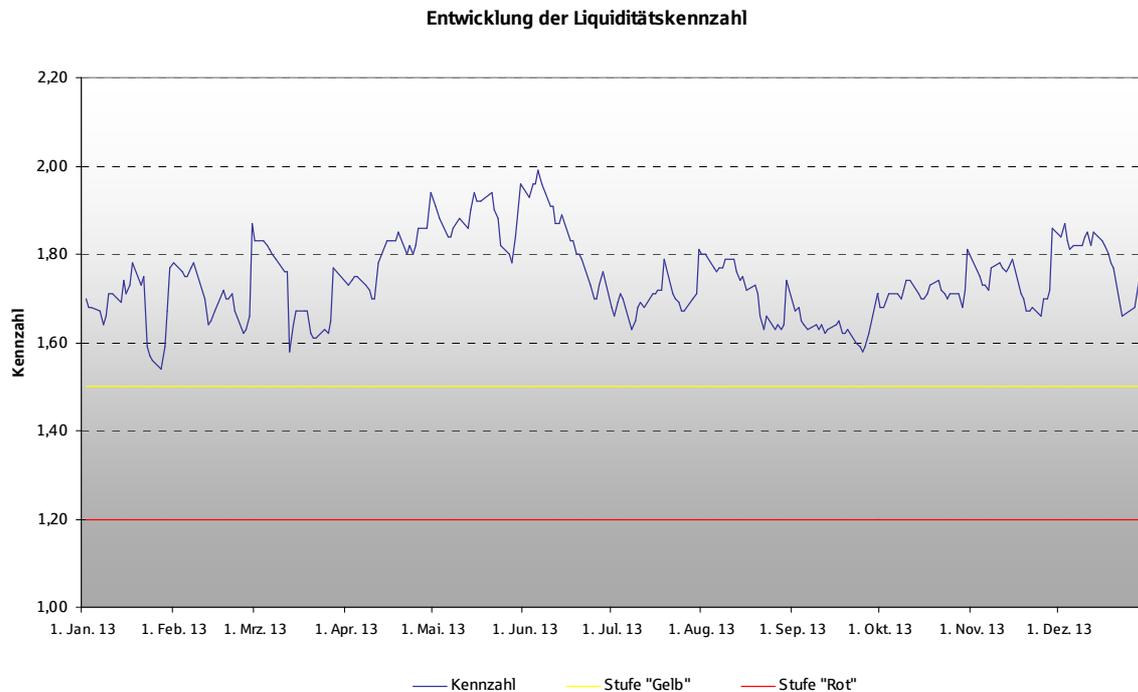


Die Überwachung der Liquiditätsrisiken durch den Bereich Risikocontrolling hat unter anderem das Ziel, sich abzeichnende Liquiditätsengpässe frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Zu den Aufgaben des Liquiditätsrisikocontrollings zählt auch das Risikoreporting der Liquiditätsrisiken an den Vorstand.

Die Sparkasse kombiniert den durch die LiqV erfüllten quantitativen Ansatz der jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit mit qualitativen Anforderungen an das Liquidi-

tätsmanagement. Hierzu gehören die tägliche Berechnung der Liquiditätskennzahl sowie die Definition eines Engpasses und vorgelagerter Schwellenwerte, die im Rahmen eines Frühwarnsystems Maßnahmen zur Abwendung eines eventuellen Liquiditätsengpasses herbeiführen sollen.

Im Jahresverlauf 2013 schwankte diese täglich ermittelte Kennziffer zwischen 1,54 und 1,99 (Vorjahr: zwischen 1,62 und 2,03) und lag damit durchgehend deutlich über dem Mindestwert von 1 sowie über den intern festgelegten Warngrenzen.



Für den Fall eines Liquiditätsengpasses wird eine Liquiditätsleiter, d.h. eine nach Prioritäten gegliederte Aufstellung der aktuellen Liquidität sowie sämtlicher Maßnahmen, mit denen kurzfristig Liquidität beschafft werden kann, vorgehalten. Damit wird im Falle einer Krisensituation die Reaktionszeit deutlich verkürzt.

Darüber hinaus überwacht die Sparkasse einen Liquiditätspuffer, der aus den als am liquiden eingeschätzten Wertpapieren der Liquiditätsreserve (Liquiditätskategorien 1 und 2 nach dem Katalog im Europäischen System der Zentralbanken [ESZB]), soweit sie frei von Belastungen sind, dem freien Verfügungsrahmen im ESZB (Betrag, der zur Inanspruchnahme der Spitzenrefinanzierungsfazilität bzw. anderer Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung steht) sowie den Barmitteln und Zentralbankguthaben gebildet wird. Als Mindestvolumen des Liquiditätspuffers wurden die nach einem selbst entwickelten Modell berechneten, unter Stress zu erwartenden Liquiditätszu- und -abflüsse innerhalb von 30 Tagen festgelegt. Wie bei der Liquiditätskennziffer besteht auch hier ein zweistufiger Eskalationsprozess mit dem Mindestvolumen als Limitgrenze und einer Warnstufe bei Unterschreiten von 120 % des Mindestvolumens.

Der Liquiditätspuffer schwankte im Berichtszeitraum zwischen dem 1,4- bis 2,9-Fachen des festgelegten Mindestvolumens.

Die Gefahr höherer Refinanzierungskosten wird durch die Bereitstellung von Risikodeckungspotenzial auf Basis der geplanten Refinanzierungsvolumina im Limitsystem berücksichtigt.

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen von Stresstests berücksichtigt.

Die Kreissparkasse Köln hält im Anlagebuch vor allem Renten zur Liquiditätssteuerung. Daher investiert sie in LCR-konforme Wertpapiere. Auf Basis der Planzahlen und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation. Die Liquiditätssituation der Sparkasse ist damit unverändert als gut zu beurteilen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen. Reputationsrisiken werden als Folge operationeller Risiken in die Betrachtung einbezogen, jedoch nicht quantitativ bewertet. Die Identifikation von operationellen Risiken erfolgt durch die „Risikoinventur“ und die „Schadensfalldatenbank“.

Die Kreissparkasse Köln steuert den operationellen Bereich (Gestaltung der Prozesse, technisch-organisatorische Ausstattung, personelle Ressourcen) mit dem Ziel, ein unter Kosten- und Nutzenaspekten sinnvolles Risikoniveau einzunehmen. Der Fokus der Steuerung liegt auf den „bedeutenden Schadensfällen“ und den „wesentlichen operationellen Risiken“. Das sind Schadensfälle ab einer Höhe von 500 Tsd. Euro bzw. Risiken, die solche Schadensfälle auslösen können.

Im OpRisk-Ausschuss, der bei Bedarf, mindestens aber jährlich zusammentrifft, sind neben den Vorstandsdezernenten für Revision und Organisation die Zentralbereiche Finanzen und Controlling, Organisation, Personal, Revision, die Bereiche Prävention und Compliance sowie die Profinanz Versicherungsmakler GmbH vertreten, um vor dem Hintergrund der Analysen aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur gemeinsam mit dem OpRisk-Verantwortlichen aus dem Bereich Risikocontrolling mögliche Maßnahmen zu prüfen und dem Vorstand vorzuschlagen.

Werden wesentliche operationelle Risiken erkannt, so sind auf der Basis der Ursachenanalyse Maßnahmen vorgesehen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein tolerables Maß senken und/oder die Verluste im Schadensfall begrenzen. Sind Steuerungsmaßnahmen im Sinne eines aktiven Managements nicht möglich oder unrentabel, verzichtet die Sparkasse auf aktive Steuerungsmaßnahmen und trägt die möglichen Verluste. Hierfür hält die Sparkasse im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts Risikodeckungspotenzial bereit.

Im Berichtsjahr wurde der Value-at-Risk mit Hilfe eines zentral vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) zur Verfügung gestellten Quantifizierungstools auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation berechnet. Dort finden die Schadenshäufigkeiten gemäß Schadensfalldatenbank, die Schadenshöhen aus dem DSGV-Datenpooling, an dem sich die Sparkasse beteiligt, und die Schadenshöhen aus Verlustpotenzialschätzungen der Risikoinventur Eingang.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 1.521 (Vorjahr: 1.183) Schadensfälle in der Schadensfalldatenbank erfasst. Dabei sind zwei Schadensfälle als bedeutend einzustufen.

Insgesamt sind die operationellen Schäden im Berichtszeitraum als mittel zu bewerten. Vor dem Hintergrund der regelmäßig stattfindenden Risikoinventur sind keine die Risikotragfähigkeit gefährdenden operationellen Risiken erkennbar. Die Risiken auf GuV- und Vermögensebene lagen im Berichtszeitraum innerhalb der festgelegten Limite. Das Verlustlimit wurde für das Jahr 2014 um zwei Mio. Euro auf insgesamt 15 Mio. Euro angehoben.

Sonstige Risiken

Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt. Der strategischen Positionierung gegen Absatzrisiken dienen das breite Produktangebot, die regionale Heterogenität sowie die Nutzung unterschiedlicher Vertriebswege und Kundenbindungskonzepte.

Der Gefahr steigender Kosten begegnet die Sparkasse durch ein Budgetierungsverfahren und laufende Überwachung der Kostenentwicklung. Strategisch positioniert sich die Sparkasse über die laufende Optimierung der Prozesse, geeignete Outsourcingmaßnahmen und die langfristig angelegte Steuerung der Personalkapazitäten.

Zur Unterlegung mit Risikokapital werden Absatz- und Kostenrisiken durch vereinfachte Verfahren pauschaliert berechnet.

Für die nicht quantifizierbaren sonstigen Risiken hat die Sparkasse steuernde Prozesse installiert.

Die Sparkasse hat zur Begleitung von Auslagerungsprozessen den Bereich Dienstleistersteuerung eingerichtet, der u.a. für die operative Begrenzung der Risiken aus Outsourcing zuständig ist.

Zur Berücksichtigung strategischer Risiken werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Grundlagen des Geschäftsmodells überprüft und die notwendigen strategischen Impulse entwickelt. Weiterhin wird durch das externe Rating eine Qualitätssicherung der Geschäftsstrategie erreicht.

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutsche Landesbank AG (WestLB AG), haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt – EAA“) vereinbart. Die Vereinbarungen sehen vor, dass der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Düsseldorf, entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet ist, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der EAA von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die EAA im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (14,85 %).

Um dieses Risiko abzuschirmen, wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge nach § 340g HGB bilden.

Eine Inanspruchnahme des RSGV vor Ablauf der 25 Jahre kann – auch wenn es dafür zurzeit keine Erkenntnisse gibt – nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Damit wären dann auch entsprechende Belastungen für die Kreissparkasse Köln verbunden, falls die Inanspruchnahme über die bereits gebildete Vorsorge hinausgeht.

Stresstests

Die Kreissparkasse Köln führt im Rahmen ihrer Risikoberichterstattung umfangreiche Stresstests durch.

Um mögliche Wirkungen unterschiedlicher konjunktureller Entwicklungen auf die Risikosituation abschätzen zu können, betrachtet die Sparkasse vier hypothetische Szenarien mit unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungspfaden: Aufschwung, Stillstand, Rückfall sowie Inflationsschock.

Diese Szenarien werden von der Sparkasse dergestalt interpretiert und in Parameter umgesetzt, dass sie in einer außergewöhnlichen, aber plausibel möglichen belastenden Variante auftreten. Ergänzend werden im Rahmen der Überlegungen zu Adressenrisiken Risikokonzentrationen berücksichtigt; d.h., es werden mögliche negative Sonderentwicklungen von großen Engagements oder Beteiligungen unterstellt.

Zu den vier Quartalsstichtagen im Jahr 2013 zeigten die Ergebnisse, dass die betrachteten Szenarien sowohl auf GuV- als auch auf Vermögensebene durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind.

Mit inversen Stresstests wird untersucht, welche Ereignisse das Institut in seiner Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Kern der inversen Stresstests ist die qualitative Suche nach auch unwahrscheinlich erscheinenden möglichen Kausalketten, die eventuell im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung nicht erfasst werden.

Die Ergebnisse der inversen Stresstests bestätigen die Aussagen des Risikoberichts zur Einschätzung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Es müssen extreme Entwicklungen unterstellt werden, um eine Gefährdung des Geschäftsmodells der Sparkasse zu konstruieren.

Neben diesen risikoartenübergreifenden Stresstests erfolgen umfangreiche, detaillierte Stressbetrachtungen für die einzelnen Risikoarten. Hierfür wurden auf Basis von zwölf real eingetretenen Krisen (Asienkrise, Dotcom-Blase usw.) Szenarien entwickelt. Deren Auswirkungen auf das aktuelle Portfolio werden vierteljährlich simuliert. Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen für einzelne und mehrere risikobestimmende Parameter kombiniert durchgeführt. Dies sind zum einen Marktpreise (z.B. Aktienkurse, Zinssätze), aber auch Modellparameter (z.B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Schadenshäufigkeiten, Haircuts oder Liquiditätsabflussquoten).

Gesamtrisikosituation

Die Sparkasse steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht. Die jeweiligen Gesamtrisiken haben im Jahr 2013 an keinem der Stichtage das entsprechende eingesetzte Risikodeckungspotenzial überschritten. Die Risikotragfähigkeit der Sparkasse war somit jederzeit gewährleistet.

Die Sparkasse geht davon aus, dass vor dem Hintergrund der nachhaltigen Geschäftsstrategie mit der Fokussierung auf Kundengeschäftsaktivitäten bei konsequenter Begrenzung der Risiken das vorhandene System der Risikosteuerung auch zukünftig geeignet ist, die Risikotragfähigkeit der Sparkasse sicherzustellen, obgleich die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter dem Einfluss des Konsolidierungszwangs der hohen Staatsdefizite der westlichen Industrienationen nicht vollständig einzuschätzen ist.

Die steigenden Anforderungen an die Eigenmittel, die aus dem Basel-III-Prozess resultieren, werden über den Planungsprozess angemessen berücksichtigt. Die Risikotragfähigkeit ist mit Blick auf das Jahr 2014 gegeben.

Prognosebericht

Im Prognosebericht der Kreissparkasse Köln werden die wesentlichen Chancen und Risiken erläutert und beurteilt. Der Prognosezeitraum beträgt ein Jahr. Da die nachfolgenden Ausführungen auf Annahmen beruhen, können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Sparkasse verfügt über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können. Aussagen zur Risikolage sind im Risikobericht enthalten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unter den Volkswirtschaften aus dem Euroraum entwickelt sich Deutschland gegenwärtig mit am besten und es ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Lage im Jahresverlauf 2014 weiter aufhellt. Besonders erfreulich ist, dass das Wachstum in diesem Jahr vor allem von der Binnenseite getragen wird. Die deutsche Wirtschaft profitiert hierbei insbesondere von der stabilen Arbeitsmarktsituation. Positive Wachstumsimpulse sind auch von Seiten der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Neben der sich abzeichnenden Konjunkturbelebung sprechen Nachholeffekte für ein Anziehen der Investitionstätigkeit. Für diese Einschätzung sprechen auch die vermutlich noch sehr lange Zeit sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und die reichlichen Eigenfinanzierungsmittel sowie die gute Liquiditätsausstattung der Unternehmen. Das anhaltend niedrige Zinsniveau sollte zudem die Bauinvestitionen stützen. Dies in Kombination mit einer an Dynamik gewinnenden globalen Wirtschaftsentwicklung – die positiv auf den deutschen Exportsektor ausstrahlen sollte – lässt für 2014 einen erfreulichen Konjunkturjahrgang erwarten.

Alles in allem deutet sich an, dass sich die globale Wirtschaftserholung fortsetzen wird, dass es aber zahlreiche Problembereiche gibt, die gegen eine überschäumende Wachstumsdynamik sprechen. Die Euroland-Wirtschaft befindet sich zwar auf Erholungskurs, dieser vollzieht sich jedoch langsam. Da sich zudem für die nächste Zeit keine nennenswerten Inflationsrisiken abzeichnen, ist davon auszugehen, dass der geldpolitische Kurs der EZB weiterhin stärker auf die Krisenländer ausgerichtet bleibt. Auch wenn die EZB sich jüngst ein wenig optimistischer hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung im Euroraum zeigt, ist der Einsatz neuer geldpolitischer Maßnahmen im weiteren Jahresverlauf nicht auszuschließen. Entscheidend wird sein, inwieweit der geldpolitische Transmissionsmechanismus weiter gestört bleibt. Mögliche Maßnahmen sind ein negativer Einlagensatz, Anleihekäufe oder Langfristtender.

Mit Blick auf den deutschen Rentenmarkt und den weiteren Verlauf im Jahr 2014 spricht die Aussicht auf ein über lange Zeit sehr niedriges Leitzinsniveau dafür, dass das kurze Laufzeitsegment auch in diesem Jahr kaum nennenswerte Renditen abwirft. Bei längeren Laufzeiten ist ein moderater Renditeanstieg – ausgehend vom US-Rentenmarkt – zu erwarten. Das Potenzial nach oben ist jedoch eher begrenzt. Die Schuldenkrise ist längst nicht überstanden und der Nachrichtenfluss bezüglich dieses Themas sollte im weiteren Jahresverlauf dafür sorgen, dass deutsche Staatspapiere weiter gefragt sind. Hinzu kommen regulatorische Vorschriften, die liquide Vermögenswerte mit erstklassiger Bonität begünstigen. Ab einer gewissen Steilheit der Zinsstruktur dürften Käufe von Pensionsfonds und Lebensversicherern das Potenzial der Renditen nach oben begrenzen. Vor dem skizzierten Hintergrund sollten 10-jährige Bundesanleihen zum Jahresende zwischen 2,00 und 2,50 % rentieren.

Kreissparkasse Köln

Unter der Annahme, dass sich die deutsche Wirtschaft entsprechend den allgemeinen Erwartungen entwickelt und sich weitere positive Effekte durch das neue Vertriebskonzept entfalten, strebt die Kreissparkasse Köln ein moderates Wachstum des Geschäftsvolumens an. Hierbei ist der Fokus auf das traditionelle Sparkassengeschäft gerichtet. Potenziale liegen weiterhin im mittelständischen Firmenkundenkreditgeschäft, wobei unverändert die Qualität des Neugeschäftes im Vordergrund stehen soll. Im Privatkundengeschäft soll die

starke Marktstellung durch eine qualitativ hochwertige Beratung weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die Entwicklung des bilanzneutralen Wertpapiergeschäftes ist maßgeblich davon abhängig, inwieweit die Kunden ihr Vertrauen in die Märkte zurückerlangen. Daneben soll das Verbundgeschäft intensiviert werden. Ansätze bieten sich weiterhin im Bereich der Vermittlung der privaten Altersvorsorge, der Versicherungen sowie der Leasingfinanzierungen.

Aufgrund des anhaltend harten Konditionenwettbewerbs und einer Fortdauer des – im historischen Kontext gesehen – niedrigen Zinsniveaus ist für das Jahr 2014 mit einem Zinsergebnis leicht unter dem Niveau von 2013 zu rechnen.

Im Provisionsgeschäft wird gegenüber 2013 von deutlich steigenden Erträgen ausgegangen.

Bei den Personalaufwendungen wird von einem nahezu konstanten Niveau ausgegangen. Risiken bestehen hinsichtlich der anstehenden Tarifverhandlungen. Die Sachaufwendungen dürften leicht über den Werten des Geschäftsjahres 2013 liegen.

Im Kredit- und Wertpapiergeschäft wird gegenüber dem historisch niedrigen Bewertungsergebnis des Berichtsjahres mit einem vermutlich deutlich höheren Risikovorsorgebedarf geplant.

Insgesamt wird erwartet, dass die weiterhin mit Unsicherheit behaftete konjunkturelle Entwicklung die Ertragslage und somit den Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr beeinträchtigen kann. Auf Basis der eigenen Ertragsstärke aus dem traditionellen Bankgeschäft sollten mögliche Belastungen jedoch verkraftbar sein. Ohne erneute Sondereffekte wie dem Bewertungsbedarf bei Verbundbeteiligungen ist im Folgejahr von einem Jahresergebnis auf dem Niveau des Berichtsjahres auszugehen. Somit dürften die Voraussetzungen für entsprechende Dotierungen des Eigenkapitals sowie des Fonds für allgemeine Bankrisiken gegeben sein.

Köln, 25. Februar 2014

Kreissparkasse Köln
Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Schmitz

Dr. Tiedeken

Bonnen

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2013

der Kreissparkasse Köln

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Köln

Jahresbilanz zu 31. Dezember 2013

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013			
	Euro	Euro	Euro	31.12.2012 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		111.449.047,71		103.480
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		314.225.943,84		207.102
			425.674.991,55	310.582
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		790.393.053,14		959.541
b) andere Forderungen		418.721.152,64		303.279
			1.209.114.205,78	1.262.820
4. Forderungen an Kunden			19.209.420.220,45	18.974.211
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	10.160.794.325,74	Euro		(9.913.191)
Kommunalkredite	2.956.715.287,89	Euro		(2.866.097)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	Euro		(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		4.244
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	Euro		(4.244)
			-,-	4.244
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		500.319.296,81		584.521
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	500.319.296,81	Euro		(584.521)
bb) von anderen Emittenten		1.225.709.913,70		1.591.064
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.203.998.854,68	Euro	1.726.029.210,51	2.175.585
				(1.538.262)
c) eigene Schuldverschreibungen			204.087.393,64	171.920
Nennbetrag	203.821.000,00	Euro		(171.597)
			1.930.116.604,15	2.351.749
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			248.675.949,73	296.652
6a. Handelsbestand			677.226,50	1.005
7. Beteiligungen			269.524.453,84	301.489
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-	Euro		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	Euro		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			97.819.452,55	147.580
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-	Euro		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	Euro		(-)
9. Treuhandvermögen			29.175.136,19	62.815
darunter:				
Treuhandkredite	29.113.866,77	Euro		(62.718)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.365.284,17		7.439
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			8.365.284,17	7.439
12. Sachanlagen			166.812.727,60	166.066
13. Sonstige Vermögensgegenstände			63.342.005,57	100.782
14. Rechnungsabgrenzungsposten			62.240.865,11	48.038
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			23.720.959.123,19	24.031.226

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2012 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		52.807.345,07		33.236
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.638.871.135,40		3.143.853
			2.691.678.480,47	3.177.089
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	5.568.077.655,66			5.542.428
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	110.832.849,89			105.319
		5.678.910.505,55		5.647.747
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	8.054.479.283,38			7.275.827
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.920.187.160,22			3.502.260
		10.974.666.443,60		10.778.087
			16.653.576.949,15	16.425.834
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.221.715.587,89		2.092.273
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,-	Euro		(-)
eigene Akzepte und Solaw echsel im Umlauf	-,-	Euro		(-)
			2.221.715.587,89	2.092.273
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			29.175.136,19	62.815
darunter:				
Treuhandkredite	29.113.866,77	Euro		(62.718)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			122.667.122,00	282.221
6. Rechnungsabgrenzungsposten			28.587.851,88	35.405
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		81.594.419,21		76.089
b) Steuerrückstellungen		7.391.286,47		30.681
c) andere Rückstellungen		71.386.262,17		74.093
			160.371.967,85	180.863
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			186.191.528,29	217.952
10. Genussschaftskapital			17.219.980,00	25.263
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	2.825.450,00	Euro		(12.103)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			162.195.761,38	130.940
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	1.620.592,91	Euro		(1.327)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gew innrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	1.393.072.107,11			1.349.196
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		1.393.072.107,11		1.349.196
d) Bilanzgew inn		54.506.650,98		51.376
			1.447.578.758,09	1.400.572
Summe der Passiva			23.720.959.123,19	24.031.226
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		349.579.621,04		363.053
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			349.579.621,04	363.053
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.452.836.725,05		1.435.990
			1.452.836.725,05	1.435.990

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2012 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	760.254.520,35			814.296
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	35.394.408,27			46.540
		795.648.928,62		860.836
2. Zinsaufwendungen		347.147.317,87		436.602
			448.501.610,75	424.234
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.424.102,95		19.363
b) Beteiligungen		4.404.555,15		4.911
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		10.000.000,00		6.000
			21.828.658,10	30.275
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		130.333.120,00		130.133
6. Provisionsaufwendungen		10.825.736,26		9.158
			119.507.383,74	120.976
7. Nettoertrag des Handelsbestands			2.935.196,71	4.156
8. Sonstige betriebliche Erträge			38.835.768,39	40.897
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			631.608.617,69	620.538
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	197.088.097,36			185.421
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung	16.381.266,14 Euro	245.433.342,13		47.843 233.264 (16.324)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		145.481.013,38		145.926
			390.914.355,51	379.190
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			17.845.587,55	17.678
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			31.828.297,79	46.635
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		33.231.712,92		23.339
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
			33.231.712,92	23.339
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		20.144.955,77		10.915
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
			20.144.955,77	10.915
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			1.533,00	2
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Zuführungen zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	293.519,67 Euro		31.255.580,56	36.207
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			106.386.594,59	106.572
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	1.029.542,00 Euro			(1.030)
			1.029.542,00	1.030
22. Außerordentliches Ergebnis		49.986.508,54		53.405
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		863.893,07		761
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			50.850.401,61	54.166
25. Jahresüberschuss			54.506.650,98	51.376
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			54.506.650,98	51.376
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			54.506.650,98	51.376
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			54.506.650,98	51.376

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht geändert. Da keine dauerhafte Halteabsicht mehr besteht, hat die Sparkasse 2013 Verbriefungstransaktionen in Form von Schuldverschreibungen mit Buchwerten von insgesamt 14,5 Mio. Euro vom Anlagevermögen in die Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) umgewidmet. Damit hat die Sparkasse zum Bilanzstichtag keine Wertpapiere des Anlagevermögens mehr im Bestand.

Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) hat die Sparkasse zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund des Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden hat die Sparkasse Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Die Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, sind auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt worden.

Angesichts der Unsicherheit über die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise hat die Sparkasse nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Zum Bilanzstichtag ist eine griechische Anleihe mit einem Buchwert von 0 Euro im Bestand. Es handelt sich hierbei um eine aus dem Umtausch resultierende sogenannte GDP-Linked Note mit einem Anspruch auf eine an die Entwicklung des griechischen Bruttoinlandsprodukts gekoppelte Zinszahlung. Im Geschäftsjahr 2013 wurde auf diese Anleihe keine Abschreibung vorgenommen.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet worden (§ 340e Abs. 3 HGB). Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- beziehungsweise Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt.

Einen aktiven Markt hat die Sparkasse unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für Anteile an Publikumsfonds und sämtliche Staatsanleihen aus der Eurozone (exklusive Griechenland) festgestellt.

Für Teile des zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen hat die Sparkasse zunächst Informationen über jüngste Transaktio-

nen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, wurden die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, wurden grundsätzlich die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse herangezogen. Diese indikativen Kurse hat die Sparkasse einer Plausibilitätskontrolle mittels alternativer Marktpreise unterzogen. Darüber hinaus wurde – soweit erforderlich – in Einzelfällen eine Plausibilitätskontrolle in Form einer theoretischen Bewertung vorgenommen. Bei Verbriefungstransaktionen wurden theoretische Bewertungen durchgeführt, die mittels anderer verfügbarer Informationsquellen plausibilisiert wurden. Erbrachten die Plausibilitätsprüfungen kein eindeutiges Ergebnis, wurden je Position zusätzliche fundamentale Daten ausgewertet.

Bei der Bestimmung der beizulegenden (Zeit-)Werte auf Basis eines Bewertungsmodells werden, soweit möglich, beobachtbare Marktdaten herangezogen. Als Bewertungsmodell nutzt die Sparkasse größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Verfahren. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen eine für den Interbankenhandel mit Zinsswaps beobachtbare Zinsstrukturkurve („Swapkurve“) sowie Spreads verwendet. Die Spreads hat die Sparkasse einem gängigen Marktinformationssystem (System RVI von Barclays Capital) entnommen beziehungsweise daraus abgeleitet, so dass diese Spreads dem Kreditrisiko und der Liquiditätssituation Rechnung tragen. Die Bewertung synthetischer Verbriefungstransaktionen erfolgte auf Basis einer Fundamentalwertermittlung. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden insbesondere das ursprünglich geplante Cashflowprofil, die aktuelle Marktlage sowie spezifische Eigenschaften des Referenzportfolios und deren grundlegende Analyse mit einbezogen, um den Barwert der zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme abbilden zu können. Die Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungspreisen, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder und vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert waren. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben der Stellungnahme IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden nicht als Aktivposten in die Bilanz aufgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Es bestehen außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreibt die Sparkasse unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultieren (§ 6b EStG), hat sie ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 410 Euro werden Vermögensgegenstände im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Die in den Vorjahren in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen für geringwertige Wirtschaftsgüter gebildeten Sammelposten werden über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst.

Insgesamt ergibt sich im Jahresabschluss 2013 ein über den Saldierungsbereich hinausgehender Überhang aktiver latenter Steuern. Ein Abgrenzungsposten für aktive latente Steuern wurde in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Emittierte Zerobonds wurden mit ihrem Barwert bewertet. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berech-

net. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,6 % und Rentensteigerungen von 1,8 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Abs. 1 EG-HGB), hat die Sparkasse Gebrauch gemacht. Im Jahr 2013 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 1,0 Mio. Euro zugeführt, der in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ enthalten ist. Der in den Folgejahren noch zuzuführende Betrag beläuft sich auf 11,3 Mio. Euro.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus Sparprodukten, Leistungen an Arbeitnehmer und außerbilanziellen Geschäften. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung hat die Sparkasse eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen eine Inanspruchnahme hinreichend wahrscheinlich ist. In Einzelfällen wurde dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken ist die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt worden.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr hat die Sparkasse die Rückstellungen abgezinst. Bei bestimmten Gruppen von Rückstellungen wurde auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes ist die Sparkasse grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend wurde für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges beziehungsweise des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken hat die Sparkasse einen Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestandes zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) des Bankbuchs (Zinsbuchs) hat die Sparkasse auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB als Micro-Hedges zur Absicherung von Zins-, Währungs- und Zahlungsstromänderungsrisiken von Darlehen, Schuldscheindarlehen und Derivaten gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs noch in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, hat die Sparkasse einzeln bewertet. Da es sich um besonders gedeckte Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen handelt, konnten nach § 340h HGB auch schwebende Gewinne berücksichtigt werden.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate hat die Sparkasse zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand beziehungsweise als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren

Derivativen vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Die laufenden Zinserträge und -aufwendungen aus den Finanzinstrumenten des Handelsbestandes werden in Übereinstimmung mit der internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen verbucht. Die Zuführung des Sonderpostens nach § 340e Abs. 4 HGB erfolgt in dem GuV-Posten „Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken“ und wird dort gesondert ausgewiesen.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Dabei wurden die Erträge und Aufwendungen für bankgeschäftliche Sachverhalte unter dem Zinsergebnis und für sonstige Sachverhalte unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

Der gesonderte Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis hat die Sparkasse auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Für entsprechende, zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung wird ausgegangen, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um Tages-, Termingelder, Darlehen, Devisenoptionen und Devisentermingeschäfte von Kunden und in Ausnahmefällen von Kreditinstituten, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Aufwendungen aus der Währungsumrechnung entstanden darüber hinaus nicht.

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2013	
	Euro	
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	257.729.028,97	
Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	281.020.444,61	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.344.673,69	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	75.547.286,82	
- mehr als fünf Jahre	19.574.100,00	
Aktiva 4 – Forderungen an Kunden	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	3.696.520,78	3.751
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	85.559.101,12	78.520
- nachrangige Forderungen	902.152,72	18.969
darunter:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60,84	0
Für die nachrangigen Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen überwiegend durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von	0,00	4.268

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	31.12.2013 Euro
- bis drei Monate	798.591.209,57
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.265.605.056,41
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.123.293.557,01
- mehr als fünf Jahre	11.993.231.656,65
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1.015.008.801,11

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

31.12.2013
Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2014 fällig werden 469.634.478,38

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 1.721.022.283,86
- nicht börsennotiert 209.094.320,29

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung	
Staatspapiere Eurozone	166,4	ja	Börsen-/Marktpreis	
Länderanleihen und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	660,4			
davon	535,1	nein	Indikativer Preis	
davon	125,3	nein	Bewertungsmodell	
Sonstige Schuldverschreibungen	1.086,8			
davon	698,0	nein	Indikativer	Preis
davon	388,8	nein	Bewertungsmodell	

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	5.065.471,92	5.065
------------------------------------	--------------	-------

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Aktien	15,3	nein	Indikativer Preis
Genussscheine	4,9	nein	Bewertungsmodell
Publikumsfondsanteile	90,7	ja	Rücknahmepreis gemäß Kapitalanlagegesetzbuch
Spezialfondsanteile	137,6	nein	Rücknahmepreis gemäß Kapitalanlagegesetzbuch

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2013
	Euro
- börsennotiert	0,00
- nicht börsennotiert	95.799.557,30

Aktiva 6a – Handelsbestand

Mit Wirkung zum 17.12.2013 hat die Sparkasse den Status als Handelsbuchinstitut aufgegeben. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbuch wurden angepasst. Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergaben sich nicht.

Der Handelsbestand gliedert sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

*Bilanzwert:
Euro*

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

677.266,50

Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde entweder der Marktpreis oder ein nach anerkannter Bewertungsmethode ermittelter Preis angesetzt. Einzelheiten hierzu sind unter den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben. Als Marktpreis für die Handelsaktiva wurde aus Vereinfachungsgründen der Geldkurs verwendet.

In Übereinstimmung mit der Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestandes anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VAR) ermittelt. Dabei wurden eine Haltedauer von 10 Tagen und ein Beobachtungszeitraum von 1.000 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % zugrunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 7.181,03 Euro.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Sonstige Bankschuld- verschreibungen	0,7	nein	Indikativer Preis

Die Kreissparkasse Köln hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches und vergleichbarer ausländischer Investmentvermögen:

	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert/ Marktwert	Ausschüttung 2013	Tägliche Rückgabe möglich
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	
Immobilienfonds					
Europäische Immobilien	68,7	69,0	0,3	2,1	eingeschränkt ¹⁾
Aktienfonds					
Europäische Aktien	14,9	17,5	2,6	0,0	ja
Europäische Aktien	9,8	11,6	1,8	0,0	ja
Europäische Aktien	5,0	5,2	0,2	0,0	ja
Mischfonds					
Europäische Anleihen und Aktien	13,9	14,1	0,2	0,4	ja
Europäische Anleihen sowie Derivatestrategien	42,2	42,2	0,0	0,4	ja
Europäische Anleihen und Aktien	48,2	48,2	0,0	1,1	ja
Europäische Anleihen und Aktien	13,3	15,0	1,7	0,3	ja
Europäische Anleihen sowie Derivatestrategien	4,0	4,1	0,1	0,0	ja

1) 180-tägige Ankündigung

Aktiva 7 – Beteiligungen / Aktiva 8 – Anteile an verbundenen Unternehmen

An folgenden Unternehmen hält die Kreissparkasse Köln unmittelbar oder mittelbar Anteile von mindestens 20 %:

Name der Gesellschaft	Anteil am Kapital (%)	Eigenkapital (Tsd. Euro)	Ergebnis (Tsd. Euro)
Acorus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG, Lockstedt	100,00	-487	8
APW Verwaltungs GmbH, Köln	33,30	³⁾	³⁾
APW Wielandstraße GmbH & Co. KG, Köln	33,30	-32	-33
ATRIUM Königsdorf GmbH, Köln	94,00	814	17
AutomotiveThermoTech GmbH, Lindlar	25,00	177	-140
b-onlife AG i.L., Elsdorf-Heppendorf	28,69	²⁾	²⁾
BusinessCampus Rhein-Sieg GmbH, Sankt Augustin	40,00	232	-6
Development Partner AG, Düsseldorf	25,00	6.593	1.095
digimago GmbH, Siegburg	32,50	70	-23
Entwicklungsgesellschaft Heussallee mbH & Co. KG, Köln	49,00	50	3.929
Entwicklungsgesellschaft Heussallee Verwaltung GmbH, Köln	49,00	³⁾	³⁾
Entwicklungs-GmbH Eitorf (Sieg), Eitorf	35,27	855	8
Erste KSK Köln Grundbesitz GmbH & Co. KG, Köln	100,00	8	-3
Erste KSK Köln Grundbesitz Verwaltungs-GmbH, Köln	100,00	³⁾	³⁾
FRANZISKANERHOF Brühl GmbH, Köln	94,00	-4.329	-58
GCC Games Campus Cologne GmbH i.L., Köln	48,98	²⁾	²⁾
Grundstücksentwicklung Leichlingen GmbH – GEL, Leichlingen	49,00	-61	-62
HIH Bonn GmbH, Köln	100,00	¹⁾	¹⁾
Immo-Modul GmbH, Köln	100,00	6	-1
KAU Projekt GmbH & Co. KG, Köln	49,00	¹⁾	¹⁾
KAU Verwaltungs GmbH, Köln	49,00	³⁾	³⁾
KmR Immobilien GmbH, Köln	49,90	-576	152
Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG, Siegburg	100,00	4	0
KSA Verwaltungsgesellschaft mbH, Siegburg	100,00	35	1
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln	100,00	166.805	4.159
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln	100,00	60.416	2.717
KSK Köln Verwaltungsgesellschaft mbH, Köln	100,00	³⁾	³⁾
KSK-FinanzVermittlung GmbH, Hennef	100,00	308	⁴⁾
KSK-Flächenentwicklung GmbH, Köln	100,00	-3	-2
KSK-Immobilien GmbH, Köln	100,00	257	⁴⁾
KSK-Wagniskapital GmbH, Köln	93,20	5.951	255
m & B Wohnbau GmbH, Köln	100,00	-146	-6
MUK Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH i.L., Köln	43,34	1.032	-45
nesseler PARETO GmbH, Köln	49,00	382	811
Occasio Entwicklungsgesellschaft mbH i.L., Much	49,95	-2	1
PARETO Acht GmbH, Köln	50,00	121	77
PARETO Elf GmbH, Köln	97,90	42	-11
PARETO GmbH, Köln	100,00	3.505	217
PARETO Sechs GmbH, Köln	100,00	364	-99
PARETO Siebzehn GmbH, Köln	100,00	¹⁾	¹⁾
PARETO Vier GmbH, Köln	75,00	125	5
PARETO Zwei GmbH, Köln	100,00	25	⁴⁾
PGT Thermprozesstechnik GmbH, Troisdorf	29,97	534	94
Profinanz Versicherungsmakler GmbH, Siegburg	100,00	276	95
Projektentwicklung Am Barmbeker Bahnhof in Hamburg Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	25,00	9	-1
Projektentwicklung Fürstenrieder Straße in München GmbH, Düsseldorf	47,50	3.391	-8
Projektentwicklung Große Packhofstraße in Hannover GmbH, Düsseldorf	30,00	8.296	-310

Name der Gesellschaft	Anteil am Kapital (%)	Eigenkapital (Tsd. Euro)	Ergebnis (Tsd. Euro)
Projektentwicklung in Düsseldorf Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	20,00	3.114	15
Projektentwicklung KÖLNCUBUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	25,00	3.504	-985
Projektentwicklung Schadowstraße in Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf	35,00	204	65
Projektentwicklung Schirmständerhaus in Berlin GmbH, Düsseldorf	50,00	28	11
Projektentwicklung Tegernseer Landstraße in München GmbH, Düsseldorf	47,50	3.441	-402
Projektentwicklung Wilmersdorfer Straße in Berlin GmbH & Co. KG, Düsseldorf	25,00	222	-10
Projekt-Entwicklungsgesellschaft mbH Swisttal, Swisttal	23,08	43	-10
Projektgesellschaft Eichholz mbH, Köln	94,80	3.551	23
Projektgesellschaft Siegtal mbH, Köln	94,00	-217	238
Prosystems IT GmbH, Bonn	20,17	4.040	1.040
Region Köln/Bonn Sparkassen GbR, Leverkusen	33,33	5	0
Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH, Bergisch Gladbach	48,00	498	-69
Rheinwerk-Bonn RWB GmbH i.L., Köln	36,10	²⁾	²⁾
RSOB Rheinische Sparkassen Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	20,84	-8	-8
Rubidium Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	100,00	48	-3
S Institut für Marketing & Kundenbindung GmbH, Elsdorf	20,00	3.502	684
SOLUM Facility Management GmbH, Sankt Augustin	100,00	270	⁽⁴⁾
ST@RT Hürth Zentrum für Technologie und Existenzgründung GmbH, Hürth	47,00	102	⁽⁴⁾
Trowista – Troisdorfer Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft mbH, Troisdorf	24,19	296	55
VISION Chancenkapital Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH & Co. KG i.L., Bonn	45,00	138	-5
VISION Chancenkapital Verwaltungs-Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH i.L., Bonn	50,00	³⁾	³⁾
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim, Bornheim	24,51	4.434	574
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Lohmar, Lohmar	35,69	1.977	-43
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Neunkirchen-Seelscheid mbH i.L., Neunkirchen-Seelscheid	24,50	²⁾	²⁾
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Windeck mbH, Windeck-Rosbach	30,84	668	20
wohn-kreativ & PARETO GmbH & Co. KG, Königswinter	49,90	50	878
wohn-kreativ & PARETO Verwaltungs-GmbH, Königswinter	49,90	³⁾	³⁾
WPP Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	33,40	24	-1
ZIPPEL COMMUNICATIONS GmbH, Elsdorf-Heppendorf	45,00	-29.855	-155
ZIPPEL NetMarket GmbH, Elsdorf-Heppendorf	35,00	-7.692	-971
Zweite KSK Köln Grundbesitz GmbH & Co. KG, Köln	100,00	15	-3
Zweite KSK Köln Grundbesitz Verwaltungs-GmbH, Köln	100,00	³⁾	³⁾

(1) Gründungsunternehmen; es liegen noch keine Abschlüsse vor

(2) Unternehmen in Liquidation oder Insolvenz; es liegen keine aktuellen Abschlüsse vor

(3) Unternehmen ohne eigene operative Geschäftstätigkeit (Vorratsgesellschaften bzw. Komplementär-GmbHs); auf die Angaben gem. § 285 Nr. 11 HGB kann verzichtet werden.

(4) Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

Bei folgendem Unternehmen ist die Kreissparkasse Köln unbeschränkt haftende Gesellschafterin:

Name der Gesellschaft	Rechtsform	Anteil am Kapital (%)
Region Köln/Bonn Sparkassen GbR, Leverkusen	GbR	33,33

Aktiva 9 – Treuhandvermögen 31.12.2013
Euro

Beim Treuhandvermögen handelt es sich um:

- Forderungen an Kunden	29.113.866,77
- Forderungen an Kreditinstitute	61.269,42

Aktiva 12 – Sachanlagen 31.12.2013 31.12.2012
Euro Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	67.118.186,78	70.609
--	---------------	--------

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände 31.12.2013 31.12.2012
Euro Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	0,00	17.686
------------------------------------	------	--------

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	36.201.143,72	20.115
--	---------------	--------

Der starke Bestandszuwachs gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Emission von zwei Nullkupon-Namenspfandbriefen mit Nominalwerten von 33,4 und 15,0 Mio. Euro.

Aktiva 15 – Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Die Kreissparkasse Köln hat diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,8 % und eines Gewerbesteuersatzes von 16,6 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern wurden hierbei verrechnet. Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen bei Forderungen an Kunden, bei Wertpapieren, Beteiligungen und Rückstellungen. Aufgrund der Regelungen des Investmentsteuergesetzes ergeben sich im Fall der Veräußerung von Investmentanteilen Steuerbe- und -entlastungseffekte, die in die Berechnung der latenten Steuern einbezogen wurden. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne hält die Sparkasse die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

31.12.2013

Euro

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	314.283.945,04
---	----------------

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte
	Euro	Euro	Euro
Anschaffungskosten	369.995.110,74	209.055.118,80	45.871.822,60
Zugänge	5.240.620,89	10.846.465,35	3.161.098,42
Abgänge	4.560.063,34	5.217.176,57	6.889.016,00
Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
Zuschreibungen	0,00	1.222.018,38	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	262.571.615,79	157.197.750,86	33.778.620,85
Bilanzwert 31.12.2013	108.104.052,50	58.708.675,10	8.365.284,17
(Vorjahr)	(111.313.398,90)	(54.752.462,11)	(7.438.996,99)
<hr/>			
Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres	7.686.247,57	7.975.085,74	2.184.254,24
(Vorjahr)	(7.545.203,26)	(8.038.640,36)	(2.094.634,96)
<hr/>			
Finanzanlagevermögen	Bilanzwert 31.12.2012	Veränderungen im Geschäftsjahr	Bilanzwert 31.12.2013
	Euro	Euro	Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.062.765,36	-56.062.765,36	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	48.493.621,38	-48.493.621,38	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	147.579.789,25	-49.760.336,70	97.819.452,55
Beteiligungen	301.488.896,16	-31.964.442,32	269.524.453,84
Sonstige Vermögensgegenstände	17.692.093,01	-17.685.522,69	6.570,32

Die Zuschreibung bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung resultiert aus der Rückgängigmachung von in Vorjahren vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen auf Kunstgegenstände, die keiner planmäßigen Wertminderung unterliegen.

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 31.12.2013
Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 58.348.571,49

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 267.213.435,24

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 182.742.759,17

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 725.424.676,89

- mehr als fünf Jahre 1.405.118.460,96

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 31.12.2013 31.12.2012
Euro Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 51.312.369,18 84.342

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 25.041.960,36 38.275

Der Unterposten a)ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 4.813.935,18

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 87.922.766,93

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 16.397.010,12

- mehr als fünf Jahre 1.699.137,66

Der Unterposten b)bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 768.076.927,34

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 517.217.025,75

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 783.191.418,10

- mehr als fünf Jahre 828.608.967,40

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	300.000,00	2.175
---	------------	-------

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2014 fällige Beträge enthalten:	462.227.263,39	
--	----------------	--

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten	31.12.2013	
	Euro	

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.113.866,77	
--	---------------	--

- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	61.269,42	
--------------------------------------	-----------	--

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	20.088.774,15	27.225
--	---------------	--------

Passiva 9 – Nachrangige Verbindlichkeiten	31.12.2013	
	Euro	

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,61 % und ursprüngliche Laufzeiten von neun bis dreizehn Jahren.

Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden nachrangige Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig in Höhe von:	72.108.350,00	
---	---------------	--

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in folgender Höhe angefallen:	8.190.380,66	
---	--------------	--

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag in Euro	Zinssatz	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
25.000.000,00	4,4 %	17.11.2014	Nein
20.000.000,00	5,8 %	16.12.2014	Nein
20.000.000,00	3,65 %	22.06.2015	Nein
20.000.000,00	5,0 %	04.08.2015	Nein
20.000.000,00	5,25 %	30.12.2015	Nein

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Kreditgewährungen der Kreissparkasse Köln werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse geht die Sparkasse für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, wurden ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen des Kreditvergabeprozesses der Kreissparkasse Köln herausgelegt. Auf dieser Grundlage ist die Sparkasse der Auffassung, dass die Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

31.12.2013

Euro

Unter den Passiva und Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von:

214.774.720,84

31.12.2013

Euro

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen

1.700.949.846,15

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

GuV-Posten 2 – Zinsaufwendungen	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Aufwendungen aus der Aufzinsung beziehungsweise der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen	314.044,72	298
--	------------	-----

GuV-Posten 8 – Sonstige betriebliche Erträge	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

Der Posten enthält:

- Erträge aus der Währungsumrechnung einschließlich realisierter Erträge	1.795.818,50	1.864
--	--------------	-------

GuV-Posten 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen	2013	2012
	Euro	Tsd. Euro

In diesem Posten sind enthalten:

- Aufwendungen aus der Aufzinsung beziehungsweise der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen und Rentenverpflichtungen	7.169.921,70	6.270
--	--------------	-------

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten als wesentlichen Einzelbetrag Aufwendungen in Höhe von 9,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für Aufwandsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö.K. aus der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft LBBH.

GuV-Posten 23 – Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Posten beinhaltet nur laufende Steuern. Hierin sind per saldo Steueraufwendungen für Vorjahre in Höhe von 1,6 Mio. Euro enthalten.

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Kreissparkasse Köln hat im Geschäftsjahr 2013 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit Nominalwerten von 755,5 Mio. Euro und Öffentliche Pfandbriefe mit Nominalwerten von 58,4 Mio. Euro platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliedert. Da die Kreissparkasse Köln das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen werden nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dargestellt, deren Inhalt das Pfandbriefgeschäft betrifft.

<u>Aktiva 4 – Forderungen an Kunden</u>	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) Hypothekendarlehen	10.160.794.325,74	9.913.191
b) Kommunalkredite	2.956.715.287,89	2.866.097
c) andere Forderungen	6.091.910.606,82	6.194.923
darunter:		
gegen Beleihung von Wertpapieren	94.133.229,82	88.939
 <u>Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten</u>	 31.12.2013	 31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	36.201.143,72	19.220
b) andere	26.039.721,39	28.818
 <u>Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	 31.12.2013	 31.12.2012
	Euro	Tsd. Euro
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	135.837.954,41	95.685
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	65.635.979,46	30.220
c) andere Verbindlichkeiten	2.490.204.546,60	3.051.183
darunter:		
täglich fällig	52.807.345,07	33.236

<u>Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	426.619.215,47	381.537
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe	239.782.799,91	217.670
c)	andere Verbindlichkeiten	15.987.174.933,77	15.826.627
	darunter:		
	täglich fällig	8.054.479.283,38	7.275.827
<u>Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	begebene Schuldverschreibungen	2.221.715.587,89	2.092.273
aa)	Hypothekenspfandbriefe	1.589.787.926,13	1.262.447
ab)	öffentliche Pfandbriefe	133.465.764,94	152.779
ac)	sonstige Schuldverschreibungen	498.461.896,82	677.047
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0
	darunter:		
	Geldmarktpapiere	0,00	0
<u>Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten</u>		31.12.2013	31.12.2012
		Euro	Tsd. Euro
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	21.148.126,97	28.622
b)	andere	7.439.724,91	6.783

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG für alle umlaufenden Emissionen stellen sich wie folgt dar (Vorjahreswerte in Klammern):

Hypothekenspfandbriefe:

Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:

(Tsd. Euro)	Wertpapierumlauf		Deckungsmasse		Überdeckung	
Nennwert	2.155.120	(1.744.320)	3.188.322	(2.601.617)	47,9 %	(49,1 %)
Aktueller Barwert	2.212.610	(1.860.379)	3.538.524	(3.003.462)	59,9 %	(61,4 %)
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	2.008.759	(1.707.145)	3.165.990	(2.686.002)	57,6 %	(57,3 %)
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	2.354.408	(1.930.795)	3.825.009	(3.163.489)	62,5 %	(63,8 %)

In der Deckungsmasse befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Derivate.

Laufzeiten der Hypothekendarlehen gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

(Tsd. Euro)	Pfandbriefumlauf		Deckungsstock	
bis zu 1 Jahr	325.300	(344.700)	252.153	(191.710)
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	248.200	(355.300)	276.166	(165.722)
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	204.420	(168.200)	239.466	(182.939)
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	93.000	(194.420)	342.649	(171.975)
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	431.400	(168.000)	376.344	(279.740)
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	752.300	(450.700)	1.486.923	(1.416.072)
mehr als 10 Jahre	100.500	(63.000)	214.621	(193.459)

Realdarlehen / Wertpapiere, gestaffelt nach Betragsstufen:

(Tsd. Euro)	bis zu 300 Tsd. Euro		über 300 Tsd. bis zu 5 Mio. Euro		mehr als 5 Mio. Euro	
Realdarlehen	2.017.300	(1.633.887)	747.199	(585.027)	69.669	(21.833)
Wertpapiere	0	(0)	56.000	(41.985)	298.154	(318.885)
Deckungsstock gesamt	2.017.300	(1.633.887)	803.199	(627.012)	367.823	(340.718)

Anteil der Objekttypen am Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro		%	
Wohnungen	343.206	(268.345)	12,11	(11,98)
Einfamilienhäuser	1.109.900	(882.444)	39,16	(39,38)
Mehrfamilienhäuser	891.282	(714.244)	31,45	(31,88)
Bürogebäude	202.159	(143.397)	7,13	(6,40)
Handelsgebäude	39.840	(15.749)	1,41	(0,70)
Industriegebäude	3.642	(0)	0,13	(0)
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	244.139	(216.568)	8,61	(9,66)
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	0	(0)	0	(0)
Bauplätze	0	(0)	0	(0)
Gesamt	2.834.168	(2.240.747)	100,00	(100,00)

Nutzungsarten der Einzelobjekte im Deckungsstock in Deutschland:

	Tsd. Euro		%	
Gewerblich	489.780	(375.714)	17,28	(16,77)
Wohnwirtschaftlich	2.344.388	(1.865.033)	82,72	(83,23)
Gesamt	2.834.168	(2.240.747)	100,00	(100,00)

Es befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands im Deckungsstock.

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen und bestanden auch im Vorjahr nicht.

Sonstige Angaben zum Deckungsstock:

Es existieren keine am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt oder Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Keine Zinsen sind rückständig. Die vorgenannten Aussagen treffen auch für das Vorjahr zu.

Derivategeschäfte:

Das Deckungsregister für Hypothekendarlehen enthält aktuell und enthielt zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres keine Derivategeschäfte.

Öffentliche Pfandbriefe:

Vergleich Nenn-, Bar- und Risikobarwert der Deckungsmasse gegenüber Pfandbriefumlauf:

(Tsd. Euro)	Wertpapierumlauf		Deckungsmasse		Überdeckung	
Nennwert	433.917	(396.500)	603.564	(516.735)	39,1 %	(30,3 %)
Aktueller Barwert	468.713	(461.717)	688.346	(615.154)	46,9 %	(33,2 %)
Steigendes Zinsniveau (250 BP)	407.671	(402.487)	592.244	(535.041)	45,3 %	(32,9 %)
Sinkendes Zinsniveau (250 BP)	527.309	(499.123)	783.133	(670.017)	48,5 %	(34,2 %)

In der Deckungsmasse befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Derivate.

Laufzeiten der Öffentlichen Pfandbriefe gegenüber Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse:

(Tsd. Euro)	Pfandbriefumlauf		Deckungsstock	
bis zu 1 Jahr	0	(21.000)	35.195	(23.438)
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	71.000	(0)	39.736	(15.693)
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	15.000	(71.000)	21.052	(54.311)
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	70.000	(25.000)	29.682	(2.057)
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	46.500	(60.000)	84.827	(16.056)
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	113.000	(124.500)	226.106	(229.115)
mehr als 10 Jahre	118.417	(95.000)	166.966	(176.065)

Verteilung des Deckungsstocks auf Länder und Schuldnerklassen:

(Tsd. Euro)	Deutschland		Gesamt	
Staat	0	(0)	0	(0)
Gebietskörperschaft regional	17.500	(17.499)	17.500	(17.499)
Gebietskörperschaft örtlich	401.319	(337.955)	401.319	(337.955)
Sonstige Schuldner	184.745	(161.281)	184.745	(161.281)

Rückständige Forderungen (Zahlungsrückstand mindestens 90 Tage) bestehen und bestanden auch im Vorjahr nicht.

Derivategeschäfte:

Das Deckungsregister für Öffentliche Pfandbriefe enthält aktuell und enthielt zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres keine Derivategeschäfte.

Zusatzangaben nach § 35 RechKredV:

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 2.834.168 Tsd. Euro sowie die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen von 572.564 Tsd. Euro werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 354.154 Tsd. Euro und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere von 31.000 Tsd. Euro finden sich in der Bilanz unter den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Bilanzstichtag stellen sich die für die Finanzlage wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wie folgt dar:

Art des Geschäfts:	Kredite und Darlehen	Einlagen	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Geschäfte
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Art der Beziehung:				
Personen in Schlüsselpositionen einschl. nahe Familienangehörige	19,02	8,14	0,01	2,53
Tochterunternehmen (ohne konsolidierte bei 100 % Anteilsbesitz)	8,11	10,21	0,08	4,70
Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen	36,33	19,33	7,23	17,00
Sparkassenzweckverband einschl. Trägerkreise	268,37	70,62	11,70	101,02
Sonstige nahe stehende Personen und Unternehmen	103,75	118,02	15,18	10,87

Geschäfte mit unmittelbar oder mittelbar in 100-prozentigem Anteilsbesitz stehenden, in den Konzernabschluss der Kreissparkasse Köln einbezogenen Unternehmen wurden nicht mit aufgenommen.

In den sonstigen Geschäften mit dem Sparkassenzweckverband sind mit 89,7 Mio. Euro die im Geschäftsjahr erbrachten und die auf die Restlaufzeit voraussichtlich entfallenden Erbpachtzahlungen der Sparkasse enthalten.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten, nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung. Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um gedeckte Währungspositionen, Bewertungseinheiten oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogene schwebende Geschäfte.

Teil A	Nominalbeträge ¹⁾				Beizulegende Zeitwerte ²⁾	Buchwerte	
	in Mio. Euro					in Mio. Euro	in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten				Insge- samt		Preis nach Bewer- tungsme- thode
bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre					
Zins- / zinsindex- bezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Termingeschäfte							
Zinsswaps	202,39	2.939,36	4.927,56	8.069,31	285,37 -491,83		1,25
Zinsswaps in Fremdwährung			0,57	0,57	0,04 -0,04		
Collars		1,32		1,32	0,08 -0,08	(A 13) 0,03 (P 05) 0,03	
Zinsscaps	19,63	84,56	25,29	129,48	0,17 -0,17	(A 13) 0,54 (P 05) 0,77	
Summe	222,02	3.025,24	4.953,42	8.200,68	-206,46		1,25
davon Deckungs- geschäfte	222,02	3.025,24	4.953,42	8.200,68	-206,46		1,25
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Termingeschäfte							
Devisenterminge- schäfte	465,21	10,71		475,92	12,59 -11,72		
Währungsswaps	37,07	252,01	20,44	309,52	20,53 -42,43		4,16
Zinswährungs- swaps	2,18	86,72	185,56	274,46	37,70 -38,65		2,51
Basisswaps	25,55	40,23	33,27	99,05	8,63 -8,33		0,88
- Optionen							
Longpositionen	2,18	2,17		4,35	0,17	(A 13) 0,18	
Shortpositionen	2,18	2,17		4,35	-0,17	(P 05) 0,19	
Summe	534,37	394,01	239,27	1.167,65	-21,68		7,55
davon Deckungs- geschäfte	534,37	394,01	239,27	1.167,65	-21,68		7,55

¹⁾ Bei Optionen errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

²⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte sind mit einem Minuszeichen versehen.

Teil B	Nominalbeträge ¹⁾				Beizulegende Zeitwerte ²⁾	Buchwerte	
	in Mio. Euro					in Mio. Euro	in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten				Insge- samt		Marktpreis
bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	mehr als 5 Jahre					
Aktien- / aktienindex- bezogene Geschäfte							
Börsen-Produkte							
- Termingeschäfte							
Futures	11,56			11,56	-11,32	(A13) 0,51	0,51
- Optionen							
Longpositionen	127,51			127,51	0,80	(A13) 14,86	
Shortpositionen	127,51			127,51	-77,65	(P05) 76,21 ³⁾	
Summe	266,58			266,58	-88,17		0,51

¹⁾ Bei Optionen und Futures errechnet sich der Nominalwert auf Basis des aktuellen Wertes des Underlyings.

²⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte sind mit einem Minuszeichen versehen.

³⁾ Zusätzlich sind 12,9 Mio. Euro Verbindlichkeiten aus Aufzinsungsbeträgen passiviert.

Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen mit Kunden erfüllen aufgrund der korrespondierenden Gegengeschäfte mit Kreditinstituten die Voraussetzung der besonderen Währungsdeckung. Dies gilt ebenso für die ausnahmsweise bestehenden Devisentermingeschäfte mit Kreditinstituten, die durch Gegengeschäfte mit Kreditinstituten besonders gedeckt sind. Die übrigen aufgeführten Finanzinstrumente sind derivative Kundengeschäfte mit korrespondierenden Deckungsgeschäften sowie Sicherungsgeschäfte für nicht derivative Kundengeschäfte der Kreissparkasse Köln. Darüber hinaus hat die Kreissparkasse Köln Futures erworben, die eine Anlage in einem Wertpapier-Sondervermögen absichern sollen, und lang laufende Optionen so kombiniert, dass sich daraus festverzinsliche Refinanzierungen ergeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price). Bei einem aktiven Markt entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Das ist bei den oben aufgeführten Börsen-Produkten der Fall. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 30.12.2013 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für Index-, Future-, Devisen- und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters und der Eurex Frankfurt AG entnommen wurden. Zeitwerte von Caps und Collars wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten zum Bilanzstichtag aus der Quelle Reuters herangezogen. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Ermittelt wurden diese anhand der Barwerte der künftigen Zahlungsströme unter Verwendung der Zinskurve der jeweiligen Geschäftswährung per 30.12.2013.

Die nach den Bilanzierungsregeln nicht trennungspflichtigen derivativen Finanzinstrumente, die Bestandteil strukturierter Emissionen sind, wurden nicht aufgenommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente im Interbankengeschäft handelt es sich ausschließlich um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Zinsswaps, Währungsswaps, Zinswährungsswaps, Basisswaps, Zinscaps und Zinscollars mit Kunden abgeschlossen.

Angaben zu Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis wird für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft ermittelt. Die Sparkasse differenziert dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken, und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sogenannten „Einfrierungsmethode“ außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, wird für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung gebildet, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Falls im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellt die Sparkasse einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical-Term-Match-Methode). Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit sind eine Dokumentation unter anderem der Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten.

Da die maßgeblichen Risikoparameter von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufeinander abgestimmt sind, wendet die Sparkasse zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung in der Regel die Critical-Term-Match-Methode an. In Einzelfällen, bei denen diese Methode aufgrund von Abweichungen in den wertbestimmenden Parametern nicht adäquat ist, wird auf den Basis-Point-Value(BPV)-Vergleich zurückgegriffen. Dabei geht die Sparkasse von einer prospektiven Effektivität der Sicherungsbeziehung aus, sofern sich der BPV des Grundgeschäfts und der gegenläufige BPV des Sicherungsgeschäfts weitgehend ausgleichen.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden folgende Posten bzw. Transaktionen einbezogen:

Posten / Transaktionen	Einbezogener Betrag in Euro	Sicherungsart	Gesicherte Risiken
Forderungen an Kunden	243.741.775,82	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko
Vermögensgegenstände gesamt	243.741.775,82		
Festzinsswaps (Euro und Währung), Caps/Collars	2.286.706.672,00	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko
Basisswaps	49.526.569,63	Micro-Hedge	Zahlungsstromänderungsrisiko
Börsen-Aktien/Index-Optionen (BOX)	127.510.241,60	Micro-Hedge	Zahlungsstromänderungsrisiko
Schwebende Geschäfte gesamt	2.463.743.483,23		

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 2.707.485.259,05 Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen werden.

Risikoart	Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Sicherungsart	Prospektive Effektivität
	Art	Betrag in Mio. Euro	Art	Betrag in Mio. Euro		
Wertänderungsrisiko						
Zinsänderungsrisiko	Festverz. Euro-Darlehen	104,4	Festzinsswaps	106,9	Micro-Hedge	Critical Term Match ¹⁾
Zinsänderungsrisiko	Festverz. Schuld-scheindarlehen	15,0	Festzinsswaps	15,0	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko	Festzinsswaps	1.991,5	Festzinsswaps	1.991,5	Micro-Hedge	Critical Term Match ¹⁾
Zinsänderungsrisiko	Caps/Collars	65,4	Caps/Collars	65,4	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko Währungskurs- änderungsrisiko	Festverz. Wäh-rungsdarlehen	124,3	Zins-/ Währungs-swaps	124,3	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zinsänderungsrisiko Währungskurs- änderungsrisiko	Währungsswaps, Zins-/ Währungs-swaps	229,8	Währungsswaps, Zins-/ Währungs-swaps	229,8	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zahlungsstrom- änderungsrisiko						
Zahlungsstrom- änderungsrisiko (Zins)	Basisswaps	49,5	Basisswaps	49,5	Micro-Hedge	Critical Term Match
Zahlungsstrom- änderungsrisiko (Marktpreis)	Börsen-Aktien/ Index-Optionen (BOX)	127,5	Börsen-Aktien/ Index-Optionen (BOX)	127,5	Micro-Hedge	Critical Term Match

1) in Einzelfällen Basis-Point-Value-Vergleich

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes beziehungsweise des Sicherungsgeschäftes.

Angaben zu nicht aus der Bilanz ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutsche Landesbank AG, (unter anderem der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rund 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seinem Anteil verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt in Höhe von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Kreissparkasse Köln entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (14,85 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2013 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Kreissparkasse Köln während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Um dieses Risiko abzuschirmen, wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge

bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 55,6 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen 11,0 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2013.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Die Kreissparkasse Köln ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2014 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein sogenanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 178,8 Mio. Euro im Jahr 2013 14,2 Mio. Euro.

Nach der vom IDW in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Kreissparkasse Köln entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2013 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 291,0 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke der Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK etwa 29,8 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2013 verwendet.

Angaben zu Honoraren für Abschlussprüfer

Auf die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Honorare für den Abschlussprüfer wurde nach § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet, weil diese Angabe im Konzernabschluss der Kreissparkasse Köln enthalten ist.

Angaben zu Organmitgliedern**Verwaltungsrat****Vorsitzendes Mitglied**

Werner Stump
Landrat
(bis 30.06.2013)

Willy Zylajew
Geschäftsführer Unternehmensberatung
(02.07.2013 bis 16.12.2013)

Michael Kreuzberg
Landrat
(seit 17.12.2013)

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Holger Müller MdL
Abgeordneter
(bis 30.04.2013)

Frank Mederlet
Geschäftsführer SPD NRW
(seit 01.05.2013)

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Frank Mederlet
Geschäftsführer SPD NRW
(bis 30.04.2013)

Sebastian Schuster
Selbstständiger Rechtsanwalt
(seit 01.05.2013)

Mitglieder

Willy Axer
Sparkassenangestellter

Michaela Balansky
Betriebsprüferin Stadt Köln

Klaus-Dieter Becker
Geschäftsführender Gesellschafter
Feuchtigkeitssanierung

Peter Biesenbach MdL
Abgeordneter

Wilfried Bolender
Sparkassenangestellter

Anita Bolz
Sparkassenangestellte

Christoph Cáceres Ayllón
Wirtschaftsfachwirt Bundesagentur für Arbeit

Elmar Gillet
Selbstständiger Unternehmer
Tonträgergroßhandel

Stellvertreter

Ralf Krupp
Sparkassenangestellter

Claudia Owczarczak-Borowski
Selbstständige Unternehmerin
Organisationsberatung

Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz
Selbstständiger Diplomkaufmann Fremdsprachen

Margit Ahus
Fraktionsgeschäftsführerin

Marco Dörner
Sparkassenangestellter

Peter Bourry
Sparkassenangestellter

Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Beamter Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft

Doris Lambertz
Verwaltungsangestellte

Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter Beteiligungsunternehmen (bis 30.06.2013)	Michael Wiecki Selbstständiger Unternehmer Immobilien
Werner Stump Landrat a.D. (02.07.2013 bis 31.01.2014)	
Gregor Golland MdL Abgeordneter (seit 25.03.2014)	
Sebastian Hartmann MdB Abgeordneter	Gerda Recki Hausfrau
Bert Höhne Selbstständiger Unternehmer Immobilien	Christian Drefahl Wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität Köln
Wolfgang Horak Sparkassenangestellter	Christel Menten Sparkassenangestellte
Hans Theo Klug Oberstudiendirektor i.R.	Gregor Golland MdL Abgeordneter (bis 24.03.2014)
	Dr. Matthias Petran Studiendirektor i.R. (seit 25.03.2014)
Hans Krings Staatssekretär a.D.	Heidi Meyn Selbstständige Unternehmensberaterin Gießereien
Otilie Kügler Sparkassenangestellte	Rolf Glees Sparkassenangestellter
Frithjof Kühn Landrat	Michael Solf Studiendirektor i.R.
Frank Mederlet Geschäftsführer SPD NRW	Ralf Wurth Stellvertretender Rheinische Kliniken Düsseldorf
Holger Müller MdL Abgeordneter	Eduard Wolf Prokurist Heilmittel-Vertriebsgesellschaft
Carla Neisse-Hommelsheim Geschäftsführende Gesellschafterin Immobilien	Hildegard Diekhans Hausfrau (bis 30.06.2013)
	Horst Grosspeter Geschäftsführender Gesellschafter Beteiligungsunternehmen (seit 02.07.2013)
Manfred Nelles Sparkassenangestellter	Elke Müller Sparkassenangestellte

Leo Overath Rentner	Brigitte Donie Hausfrau
Christa Peters Sparkassenangestellte	Albert Heider Sparkassenangestellter
Julia Richter Sparkassenangestellte	Tim Cramer Sparkassenangestellter
Christian Schorn Sparkassenangestellter	Stephan Heldmann Sparkassenangestellter
Sebastian Schuster Selbstständiger Rechtsanwalt	Rolf Bausch Ministerialrat a.D.
Dietmar Tendler Oberstudienrat	Udo Scharnhorst Pensionär
Ulrich Tepper Sparkassenangestellter	Kerstin Heisig Sparkassenangestellte
Thomas Trier Selbstständiger Buchhändler	Roland Rickes Geschäftsführender Gesellschafter Organisationsberatung
Guido van den Berg MdL Abgeordneter	Christa Schütz Hausfrau
Thomas Wallau Geschäftsführer ArcelorMittal Wire Solutions Sales Germany GmbH	Ralf Offergeld Wirtschaftsprüfer/Steuerberater BDO Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Karl-Heinz Weingarten Geschäftsführer in der Energiewirtschaft	N.N. (bis 11.03.2013)
	Christian Pohlmann Politikwissenschaftler M.A. (seit 12.03.2013)
Michael Wiegand Sparkassenangestellter	Ditmar Weis Sparkassenangestellter
Simone Zens Sparkassenangestellte	Andreas Prinz Sparkassenangestellter
Gerhard Zorn Landesverwaltungsdirektor Landschaftsverband Rheinland	Prof. Dr. Jürgen Wilhelm Selbstständiger Rechtsanwalt
Willi Zylajew Geschäftsführer Unternehmensberatung (bis 01.07.2013 und seit 17.12.2013)	Michael Schmalen Selbstständiger Unternehmensberater Immobilien
N.N. (02.07.2013 bis 16.12.2013)	

Sachverständige Mitglieder

Margit Ahus
Fraktionsgeschäftsführerin

Klaus Pipke
Bürgermeister

**Teilnehmer mit beratender Stimme
nach § 10 Abs. 4 SpkG NW**

Hagen Jobi
Landrat

Michael Kreuzberg
Landrat
(09.10.2013 bis 16.12.2013)

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat

Vorstand

Vorsitzender:	Alexander Wüerst
stellvertretender Vorsitzender:	Josef Hastrich
Mitglieder:	Wolfgang Schmitz
	Dr. Klaus Tiedeken
	Christian Bonnen
stellvertretende Mitglieder:	Volker Wolf
	Udo Buschmann

Folgende Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Köln sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsgremiums in nachfolgend aufgeführten großen Kapitalgesellschaften:

Alexander Wüerst	Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG Provinzial Rheinland Versicherung AG
Dr. Klaus Tiedeken	Deutsche WertpapierService Bank AG Hospitalvereinigung St. Marien GmbH
Christian Bonnen	neue leben Pensionskasse AG

Den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse (Hauptausschuss, Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss, Beteiligungsausschuss, Sparkassen-ausschuss), den sachverständigen Mitgliedern sowie den Teilnehmern mit beratender Stimme wurde für ihre Tätigkeit in diesen Gremien ein Sitzungsgeld von 550,- Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden dieser Gremien erhielten jeweils den doppelten Betrag, die stellvertretenden Vorsitzenden den anderthalbfachen Betrag. Außerdem erhielten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, die sachverständigen Mitglieder sowie die Teilnehmer mit beratender Stimme für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. dessen Ausschüssen einen Pauschalbetrag von 2.500,- Euro p.a.; diejenigen Personen, die Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender mindestens eines dieser Gremien waren, erhielten jeweils den doppelten bzw. den anderthalbfachen Pauschalbetrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge: Margit Ahus 12,8 Tsd. Euro, Willy Axer 8,0 Tsd. Euro, Michaela Balansky 10,2 Tsd. Euro, Rolf Bausch 3,9 Tsd. Euro, Klaus-Dieter Becker 9,1 Tsd. Euro, Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz 1,1 Tsd. Euro, Dr. Torsten Bieber 1,7 Tsd. Euro, Peter Biesenbach MdL 23,3 Tsd. Euro, Wilfried Bolender 8,0 Tsd. Euro, Anita Bolz 8,6 Tsd. Euro, Christoph Cáceres Ayllón 9,7 Tsd. Euro, Tim Cramer 1,1 Tsd. Euro, Marco Doerner 0,6 Tsd. Euro, Brigitte Donie 1,7 Tsd. Euro, Elmar Gillet 5,8 Tsd. Euro, Gregor Golland MdL 1,7 Tsd. Euro, Horst Grosspeter 13,1 Tsd. Euro, Sebastian Hartmann 12,4 Tsd. Euro, Jochen Herchenbach 1,1 Tsd. Euro, Bert Höhne 10,8 Tsd. Euro, Wolfgang Horak 11,9 Tsd. Euro, Hagen Jobi 28,1 Tsd. Euro, Hans Theo Klug 13,0 Tsd. Euro, Michael Kreuzberg 5,6 Tsd. Euro, Hans Krings 22,9 Tsd. Euro, Ottilie Kügler 6,4 Tsd. Euro, Frithjof Kühn 33,1 Tsd. Euro, Doris Lambertz 0,6 Tsd. Euro, Frank Mederlet 26,3 Tsd. Euro, Christel Menten 0,6 Tsd. Euro, Holger Müller MdL 28,5 Tsd. Euro, Carla Neisse-Hommelsheim 9,7 Tsd. Euro, Manfred Nelles 6,4 Tsd. Euro, Ralf Offergeld 2,2 Tsd. Euro, Leo Overath 8,6 Tsd. Euro, Christa Peters 12,4 Tsd. Euro, Klaus Pipke 9,7 Tsd. Euro, Andreas Prinz 1,1 Tsd. Euro, Heidemarie Rackwitz-Zimmermann 2,2 Tsd. Euro, Gerda Recki 1,1 Tsd. Euro, Julia

Richter 5,3 Tsd. Euro, Udo Scharnhorst 4,6 Tsd. Euro, Michael Schmalen 2,2 Tsd. Euro, Christian Schorn 6,4 Tsd. Euro, Sebastian Schuster 24,9 Tsd. Euro, Michael Solf 1,7 Tsd. Euro, Werner Stump 26,4 Tsd. Euro, Dr. Hermann-Josef Tebroke 29,2 Tsd. Euro, Dietmar Tendler 10,1 Tsd. Euro, Ulrich Tepper 8,0 Tsd. Euro, Thomas Trier 13,0 Tsd. Euro, Guido van den Berg MdL 14,2 Tsd. Euro, Thomas Wallau 6,4 Tsd. Euro, Karl-Heinz Weingarten 16,8 Tsd. Euro, Michael Wiegand 7,5 Tsd. Euro, Prof. Dr. Jürgen Wilhelm 6,5 Tsd. Euro, Eduard Wolf 2,8 Tsd. Euro, Simone Zens 6,9 Tsd. Euro, Gerhard Zorn 16,6 Tsd. Euro, Willi Zylajew 19,1 Tsd. Euro. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 603,7 Tsd. Euro.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 10.304,4 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Hauptausschuss des Verwaltungsrates festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet. Die nachfolgend genannten sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge hat diese Personengruppe Anspruch auf Zahlung von Versorgungsbezügen. Die Höhe richtet sich nach der Dauer der Tätigkeit als Vorstand. Sie beträgt maximal 55 % des Jahresgrundbetrages und der Allgemeinen Zulage. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 63. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Vorstandsvorsitzende, Alexander Würst, erhielt im Geschäftsjahr 2013 712,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 54,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 38,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 4.653,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 677,3 Tsd. Euro zugeführt.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Josef Hastrich, erhielt im Geschäftsjahr 2013 624,9 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 47,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 18,7 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.825,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 623,6 Tsd. Euro zugeführt.

Wolfgang Schmitz erhielt im Geschäftsjahr 2013 575,6 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 43,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 19,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.353,7 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 532,8 Tsd. Euro zugeführt.

Dr. Klaus Tiedeken erhielt im Geschäftsjahr 2013 549,3 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 41,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 18,6 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 3.414,9 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 448,7 Tsd. Euro zugeführt.

Christian Bonnen erhielt im Geschäftsjahr 2013 483,2 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 36,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 26,8 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 1.931,8 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 284,5 Tsd. Euro zugeführt.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied Volker Wolf erhielt im Geschäftsjahr 2013 412,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 31,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 13,4 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 2.664,7 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 340,0 Tsd. Euro zugeführt.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied Udo Buschmann erhielt im Geschäftsjahr 2013 333,0 Tsd. Euro feste Bezüge. Darüber hinaus wurden eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 25,0 Tsd. Euro und sonstige Vergütungen von 19,5 Tsd. Euro gezahlt. Der Barwert der Pensionsansprüche beläuft sich zum 31.12.2013 auf 1.688,6 Tsd. Euro. Der Pensionsrückstellung wurden im Jahr 2013 171,1 Tsd. Euro zugeführt.

Insgesamt wurden für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 4.122,0 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe beläuft sich der Barwert der Pensionsansprüche auf insgesamt 21.533,3 Tsd. Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 4.410,5 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 45.007,7 Tsd. Euro und noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz in Höhe von 7.629,1 Tsd. Euro, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31.12.2024 angesammelt werden.

Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.259,6 Tsd. Euro gewährt.

Angaben zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	2.417
Teilzeitkräfte	1.163
	———
	3.580
Auszubildende	358
	———
	3.938
	=====

Köln, 25. Februar 2014

Der Vorstand

Wüerst

Hastrich

Schmitz

Dr. Tiedeken

Bonnen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Köln für das Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung – und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 6. Mai 2014

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Klein
Verbandsprüfer

Per Verweis in den Prospekt einbezogene Angaben

Der Konzernlagebericht und der Konzernabschluss zum 31.12.2012 des Konzerns Kreissparkasse Köln, Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Köln, auf den hiermit verwiesen wird, sind im Basisprospekt vom 26.09.2013 für Schuldverschreibungen abgedruckt. Entsprechend sind die dortigen Seiten F-2 bis F-32 für den Konzernlagebericht und die Seiten F-33 bis F-82 für den Konzernabschluss per Verweis in diesen Prospekt einbezogen und Bestandteil dieses Prospekts.

8 Unterschriftenseite

Köln, den 26.09.2014

Kreissparkasse Köln

gez. Hastrich

gez. Wolf